

Arbeiten zur Rheinischen Landeskunde

Herausgegeben vom Geographischen Institut der Universität Bonn

ISSN 0373-7187

Heft 25

**Die Wandlungen in der Wirtschafts-  
und Sozialstruktur des Hohen Westerwaldes  
um die Mitte des 20. Jahrhunderts**

von

**Alfred Frischen**

1968

Bonn

Alfred Frischen, Die Wandlungen in der Wirtschafts- und Sozialstruktur  
des Hohen Westerwaldes um die Mitte des 20. Jahrhunderts

**Arbeiten zur Rheinischen Landeskunde**  
Herausgegeben vom Geographischen Institut  
der Universität Bonn  
durch C. Troll, H. Hahn, W. Kuls und W. Lauer  
Schriftleitung: Hans Voigt

---

Heft 25

Alfred Frischen

**Die Wandlungen in der Wirtschafts-  
und Sozialstruktur des Hohen Westerwaldes  
um die Mitte des 20. Jahrhunderts**



1968

---

In Kommission bei  
Ferd. Dümmlers Verlag · Bonn

**Die Wandlungen in der Wirtschafts-  
und Sozialstruktur des Hohen Westerwaldes  
um die Mitte des 20. Jahrhunderts**

Von

**Alfred Frischen**

**Mit 21 Abbildungen, 18 Tabellen im Text, 3 Tabellen im Anhang,  
16 Bildern auf Kunstdrucktafeln und 4 Karten als Beilagen**

**In Kommission bei  
Ferd. Dümmlers Verlag · Bonn**

Der Druck dieses Heftes, insbesondere seine reiche Ausstattung  
mit Textabbildungen und mehrfarbigen Kartenbeilagen  
wurde ermöglicht durch Beihilfen vom

Ministerium für Unterricht und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz,  
Landschaftsverband Rheinland in Köln,  
Kreisausschuß des Dillkreises,  
Landratsamt des Oberwesterwaldkreises

Alle Rechte vorbehalten

D5

Druck: Dr. Friedrich Middelhaue, Opladen

*Meiner Mutter  
in Dankbarkeit gewidmet*

## Vorwort

Landes-, Bezirks- und Kreisgrenzen zerschneiden vielfach Gebiete gleicher naturräumlicher Ausstattung, geschichtlicher Entwicklung, stammesmäßiger Eigenart sowie wirtschaftlicher Struktur und erschweren eine gleichmäßige Entwicklung.

Der Hohe Westerwald erscheint in zweifacher Weise als ein interessantes Untersuchungsobjekt: einmal stellt er landschaftlich gesehen eine Einheit, politisch-administrativ jedoch ein reich gegliedertes Gebilde dar, und zum anderen bildet er, obwohl in der geographischen Mitte der Bundesrepublik gelegen, sozusagen deren schwaches Herz. Im Norden (Rheinisch-Westfälisches Industriegebiet und Siegerland), Westen (Mittelrheintal), Süden (Rhein-Main-Gebiet) und Osten (Wetterau und Dilltal) von dichter bevölkerten und wirtschaftlich höher entwickelten Gebieten umgeben, bildet er in mehrfacher Hinsicht ein „unterentwickeltes Gebiet“.

Die vorliegende, aus geographischer Sicht durchgeführte Untersuchung soll einen Beitrag zur jüngsten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsgeschichte dieser Landschaft darstellen und zur Aufhellung der regionalen Verschiedenheiten beitragen.

An dieser Stelle ist es mir eine angenehme Pflicht, all denen zu danken, die mir während meiner Arbeit mit Rat und Tat zur Seite gestanden haben oder auch nur ihr Interesse entgegengebracht haben. An erster Stelle denke ich an meinen verehrten Lehrer, Herrn Professor Dr. R. KELLER, der mir die Anregung zu dieser Untersuchung gab und mir stets seine wohlwollende Unterstützung lieh.

Wenn es nicht möglich ist, alle Personen, Behörden und Gesellschaften, die mir durch mündliche und schriftliche Mitteilungen sowie bei der Beschaffung der umfangreichen statistischen Unterlagen freundliche Hilfe gewährten, namentlich aufzuführen, so wird dafür um Verständnis gebeten. Es ist mir aber ein Bedürfnis, folgenden Damen und Herren besonders zu danken: Frau Professor Dr. E. WAGNER, Essen; Herrn Professor Dr. W. KULS, Bonn; den Leitern und Mitarbeitern der Abteilung Landwirtschaft der Statistischen Landesämter in Bad Ems und Wiesbaden; Herrn Kreisoberamtmann LUDWIG, Westerburg; Herrn Vermessungsobersieger W. HOFMANN, Marienberg; Herr Direktor HARTMANN, Hachenburg; Herrn Landwirtschaftsmeister KELLER, Müschenbach, sowie den Herren der Landsiedlung Rheinland-Pfalz, Außenstelle Montabaur.

In ganz besonderem Maße fühle ich mich der „Stiftung Volkswagenwerk“ verpflichtet, die mir durch Gewährung eines Stipendiums ermöglichte, mich frei von wirtschaftlichen Sorgen ganz auf die wissenschaftliche Arbeit zu konzentrieren.

Danken möchte ich zuletzt auch den Herausgebern für die Aufnahme dieser Arbeit in die vorliegende Schriftenreihe und den Damen und Herren der kartographischen Abteilung für die Zeichnung der Karten und Abbildungen.

Neuwied, im Mai 1966

ALFRED FRISCHEN

## INHALTSVERZEICHNIS

### Einleitung

1. Zum Thema . . . . .	13
2. Zur Untersuchungsmethode. . . . .	15
3. Der Untersuchungsraum . . . . .	16
a) Die natürlichen Grundlagen . . . . .	16
b) Die geschichtliche Entwicklung. . . . .	17

### I. Die jüngsten Wandlungen in der Wirtschaftsstruktur des Hohen Westerwaldes

A. Veränderungen in der gewerblichen Wirtschaft . . . . .	23
1. Die Entwicklung der traditionellen Gewerbe und Industrien . . . . .	24
a) der Niedergang des Braunkohlenbergbaus (Beispiel: Grube Alexandria in Höhn-Urdorf). . . . .	24
b) die Industrie der Steine und Erden . . . . .	27
c) der Fremdenverkehr (Beispiel: Marienberg) . . . . .	30
2. Die Ansiedlung neuer Industrien nach 1945 . . . . .	32
3. Die Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur der Gemeinden . . . . .	38
B. Veränderungen in der Landwirtschaft . . . . .	40
1. Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe . . . . .	41
a) Zahl und Größe der Betriebe . . . . .	41
b) Nebenerwerbs- und Vollerwerbsbetriebe . . . . .	46
c) Betriebsformen . . . . .	49
2. Die Änderungen in der Bodennutzung (Beispiel: „Karte der Bodennutzungsänderungen im Hohen Westerwald“) . . . . .	52
a) Dauergrünland (Wiesen und Weiden) . . . . .	54
b) Dauerackerland . . . . .	62
c) Feldgraswechselland und Trieschwirtschaft . . . . .	65
d) Aufforstungen . . . . .	67
3. Die Entwicklung der Viehhaltung . . . . .	70
4. Die Auswirkungen der staatlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur . . . . .	74
a) gesetzliche und organisatorische Voraussetzungen . . . . .	74
b) die Beschleunigte Zusammenlegung (Beispiel: Unnau) . . . . .	75
c) die Flurbereinigung (Beispiel: Rabenscheid) . . . . .	78
d) Aussiedlung und Neusiedlung . . . . .	81
C. Die Entwicklung der verkehrsmäßigen Erschließung . . . . .	84
1. Der Neubau und Ausbau von Straßen . . . . .	85
2. Die Stilllegung von Eisenbahnstrecken . . . . .	87

## II. Die jüngsten Wandlungen in der Sozialstruktur des Hohen Westerwaldes

A. Veränderungen in der Größe der Gemeinden . . . . .	88
1. Die Entwicklung der Bevölkerung . . . . .	89
a) Bevölkerungsverteilung . . . . .	89
b) Zu- und Abnahme der Bevölkerung . . . . .	91
2. Die Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge . . . . .	92
3. Das flächenmäßige Wachstum der Gemeinden . . . . .	92
B. Veränderungen im Berufspendelverkehr . . . . .	94
1. Die Entwicklung der Pendelwanderung . . . . .	94
a) Zunahme der Pendler . . . . .	95
b) Veränderungen in den Hauptzielrichtungen . . . . .	96
2. Die Entstehung von Arbeiterwohngemeinden . . . . .	100
C. Veränderungen in der Berufsstruktur . . . . .	102
1. Wandlungen im Berufsgefüge . . . . .	102
a) Abwanderung aus der Landwirtschaft . . . . .	102
b) Zunahme der in Industrie und Handwerk Beschäftigten . . . . .	104
c) Bedeutung der nebenberuflichen Erwerbstätigkeit . . . . .	105
2. Wandlungen im Flur- und Siedlungsbild . . . . .	106
a) die Sozialbrache (Beispiel: „Bodennutzungskarte des Hohen Westerwaldes von 1965“) . . . . .	106
b) örtliche Um- und Neubautätigkeit. . . . .	109

### Schlußbetrachtung

1. Gliederung des Untersuchungsgebietes nach Räumen gleicher Entwicklungsdynamik . . . . .	112
2. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse . . . . .	115

### Literatur- und Quellennachweis

1. Verzeichnis der benutzten Literatur . . . . .	118
2. Statistischer Nachweis . . . . .	121
3. Atlanten und Karten . . . . .	122
4. Luftbilder . . . . .	123
5. Unveröffentlichte Unterlagen . . . . .	123

## Verzeichnis der Abbildungen im Text

1. Die Gemeinden des Hohen Westerwaldes . . . . .	17
2. Die politische Gliederung und Zugehörigkeit des Hohen Westerwaldes vor und nach 1945 . . . . .	21
3. Die Gewinnung und Verarbeitung der Bodenschätze des Hohen Westerwaldes	25
4. Der Braunkohlenbergbau im Bereich der Grube Alexandria in Höhn-Urdorf	26
5. Der Einpendlerbereich der Grube Alexandria im Jahr 1952 . . . . .	28
6. Zahl der Gäste und Übernachtungsdauer in Marienberg 1961 . . . . .	31
7. Die Industriebetriebe des Hohen Westerwaldes (a) vor und (b) nach 1945 .	36/37
8. Wirtschaftliche Gemeindetypen des Hohen Westerwaldes (a) 1950 und (b) 1961	39/40
9. Stand der Flurbereinigung und ländlichen Siedlungstätigkeit . . . . .	42
10. Die zahlen- und größenmäßige Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe in den Gemeinden des Hohen Westerwaldes von 1949 bis 1960 . . . . .	43
11. Änderungen in der Bodennutzung der Gemeinden des Hohen Westerwaldes (1950–1960) . . . . .	55
12. Der prozentuale Anteil des Grünlandes an der landwirtschaftlichen Nutzfläche in den Gemeinden des Hohen Westerwaldes (a) 1950 und (b) 1960 . . . . .	56/57
13. Die Aufteilung der Gemeindeviehweide in Mademühlen 1958 . . . . .	61
14. Die Entwicklung des Rinder- und Pferdebestandes in den Gemeinden des Hohen Westerwaldes von 1948 bis 1964 . . . . .	71
15. Landauffang, Flurbereinigung, Aufforstung sowie geplante Aus- bzw. Neusiedlungen in Ailertchen und Dreisbach . . . . .	77
16. Die Fortschritte in der Verkehrserschließung des Hohen Westerwaldes . .	86
17. Die Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden des Hohen Westerwaldes von 1939 bis 1964 . . . . .	90
18. Die Entwicklung des Berufspendelverkehrs in den Gemeinden des Hohen Westerwaldes von 1950 bis 1961	
I Pendler-Heimatorte . . . . .	96
II Pendler-Zielorte . . . . .	97
19. Die Wandlungen in der Sozialstruktur der Gemeinden des Hohen Westerwaldes von 1950 bis 1961 . . . . .	103
20. Die Verbreitung der Sozialbrache in den zum Oberwesterwaldkreis gehörenden Gemeinden des Hohen Westerwaldes (1964) . . . . .	107
21. Aktiv- und Passivräume im Hohen Westerwald (1950–1965) . . . . .	113

## Verzeichnis der Tabellen im Text

1. Die Entwicklung des Fremdenverkehrs in Marienberg von 1938 bis 1964 . .	30
2. Die Entwicklung der Bettenkapazität in den Beherbergungsbetrieben der vier bedeutendsten Luftkurorte des Hohen Westerwaldes (1952–1964) . . . . .	31
3. Die Entwicklung der einzelnen Industriezweige im Hohen Westerwald von 1945 bis 1964 . . . . .	35
4. Die Zahl der nichtlandwirtschaftlichen Beschäftigten in neun Gemeinden des Hohen Westerwaldes 1950 und 1961 . . . . .	38
5. Wirtschaftliche Gemeindetypen 1950 und 1961 . . . . .	39
6. Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebsgrößen von 1949 bis 1960	45
7. Betriebsspiegel eines modernen mittelbäuerlichen Familienbetriebes im südlichen Hohen Westerwald . . . . .	51
8. Betriebsspiegel eines modernen mittelbäuerlichen Familienbetriebes im östlichen Hohen Westerwald . . . . .	51
9. Die Veränderungen in der Bodennutzung von 1950 bis 1960 . . . . .	53

10. Die Veränderungen der Wiesen- und Weidenflächen des Hohen Westerwaldes von 1950 bis 1960 . . . . .	54
11. Die Veränderungen in der Nutzung der Ackerflächen des Hohen Westerwaldes von 1950 bis 1960 . . . . .	63
12. Die Entwicklung des Viehbestandes von 1948 bis 1964 . . . . .	72
13. Nach 1945 im Hohen Westerwald durchgeführte Beschleunigte Zusammenlegungen . . . . .	75
14. Die Beschleunigte Zusammenlegung in Unnau (1965) . . . . .	76
15. Nach 1945 im Hohen Westerwald durchgeführte Flurbereinigungen . . . . .	78
16. Die Entwicklung der Ortsgrößenklassen im Hohen Westerwald (1939–1964)	89
17. Die zehn bedeutendsten Einpendlerzentren des Hohen Westerwaldes 1950 und 1961 . . . . .	98
18. Die Wandlungen in der Berufsstruktur von 1950 bis 1961 . . . . .	101

### Verzeichnis der Tabellen im Anhang (auf Gemeindebasis)

A. Landwirtschaftliche Betriebe und Viehhaltung 1949 und 1960 bzw. 1948 und 1964. . . . .	124
B. Die Bodennutzung 1950 und 1960 . . . . .	128
C. Zur Sozialstruktur der Gemeinden des Hohen Westerwaldes 1950 und 1961. . . . .	132

### Verzeichnis der Karten in der Beilage

1. Bodennutzungskarte des Hohen Westerwaldes von 1965, mit einer Aufnahme der Hauptverbreitungsgebiete der Sozialbrache, Maßstab 1:25000 (Meßtischblatt Rennerod)
2. Karte der Veränderungen in der Bodennutzung des Hohen Westerwaldes von 1943–1965, Maßstab 1:25000 (Meßtischblatt Rennerod)
3. Bodennutzung und Flureinteilung in der Gemarkung Rabenscheid *vor* der Flurbereinigung (Stand 1938), Kartierung im Maßstab 1:5000
4. Bodennutzung und Flureinteilung in der Gemarkung Rabenscheid *nach* der Flurbereinigung (Stand 1965), Kartierung im Maßstab 1:5000

## Einleitung

### 1. Zum Thema der Untersuchung

Wer vor dem 2. Weltkrieg mit dem Zug oder dem Auto aufmerksamen Sinnes durch den Hohen Westerwald gefahren ist, sagen wir von Unnau nach Driedorf oder von Lippe nach Rennerod, und heute, etwa 25 Jahre später, die gleiche Reise unternimmt, wird sicherlich erstaunt sein, wenn er die seitherigen Veränderungen im Bild der Kulturlandschaft wahrnimmt. In der Zwischenzeit haben sich die altvertrauten landschaftlichen Gestaltelemente nicht nur gewandelt, sondern es sind auch viele vorher unbekannte neu hinzugekommen. Das gilt für das Erscheinungsbild der Fluren genauso wie für das der Siedlungen.

Wo früher unzählige kleine Wiesen und Felder in buntem Wechsel nebeneinander lagen, dehnen sich heute die großen Weideflächen und Ackerpläne moderner Ausiedlerhöfe aus, und ärmliche, weltabgeschiedene Arbeiterbauerndörfer verwandelten sich in saubere Wohngemeinden.

All diese Veränderungen sind untrügliche Anzeichen für einen tiefgehenden Umwandlungsprozeß, dem die Wirtschafts- und Sozialstruktur des Hohen Westerwaldes seit 1945 unterworfen ist. Wenngleich die in Gang gekommene, seit Ende der 50er Jahre immer stürmischer fortschreitende Entwicklung noch nicht abgeschlossen ist, scheint es doch nützlich oder sogar notwendig, etwa in Form einer zwischenzeitlichen Bestandsaufnahme das Ausmaß der bisherigen Wandlungen sowie deren innere Antriebskräfte zu erfassen und deutlich zu machen.

Denn *„wie der in einem Flugzeug im Luftmeer über den Wolken Dahinfliegende Art und Richtung der Drift nicht unmittelbar erkennen kann, so ist dem im Lebensstrom einer Landschaft einbeschlossenen Menschen unmöglich, Art und Richtung ihres zweifellos stets und ständig vonstatten gehenden Wandels ohne weiteres zu erfassen“*<sup>1</sup>.

Indem die Geographie über die Beschreibung der äußeren Erscheinungsmerkmale und über die Erklärung der dem ganzen Prozeß innewohnenden Antriebskräfte hinausgeht und versucht, bestimmte Entwicklungstendenzen zu erkennen, kommt sie über das bisher Gewordene hinaus und ermöglicht Aussagen über die künftige Entwicklung bzw. deren Gestaltung. Gerade durch diese Fähigkeit ist der Geographie mit einer zunehmend notwendiger werdenden Raumplanung in jüngster Zeit ein neues wichtiges Arbeitsgebiet erwachsen, das ihr nicht nur zu der Stellung einer mehr auf die Praxis bezogenen, einer mehr „angewandten Wissenschaft“ verhelfen kann, sondern auch zu der Bedeutung, die ihr im politischen, wirtschaftlichen und öffentlichen Leben zukommt.

<sup>1</sup> H. SCHAMP: Wandel der Kulturlandschaft als geographisches Problem, 1958, S. 28.

Antriebskraft für jeden kulturlandschaftlichen Wandlungsprozeß ist der wirtschaftende Mensch. Sein dauerndes Streben nach besserer Versorgung mit dem zum Leben Notwendigen machte ihn zum Forscher und Erfinder, so daß Maschinen und Automaten in jüngster Zeit mehr und mehr die physische Arbeitskraft ersetzen.

Die Industrialisierung wandelte aber nicht nur die gewerbliche Wirtschaft und die soziale Ordnung der unmittelbar von ihr abhängigen Menschen, sondern einflußte nach und nach in zunehmendem Maße auch alle übrigen Wirtschafts- und Lebensbereiche. Darüber hinaus führte sie zu dem Landschaftswandel mit den eingangs beschriebenen Symptomen.

Aufgabe der folgenden Arbeit soll es sein, die jüngsten Wandlungen in der Wirtschafts- und Sozialstruktur sowie ihre Auswirkungen auf die Landschaft für das Gebiet des Hohen Westerwaldes zu untersuchen. Es sollen hier besonders jene Erscheinungen berücksichtigt werden, die in ihrer raumzeitlichen Wirkungsweise von landschaftsbildender bzw. landschaftsverändernder Kraft sind<sup>2</sup>, so daß dieses Merkmal zur Abgrenzung gegenüber rein landwirtschaftlichen, volkswirtschaftlichen oder soziologischen Untersuchungen ähnlicher Art dienen kann.

Während es für andere deutsche Landschaften, wie das Siegerland (U. HAAS, 1958) oder die Vorderpfalz (O. BECK, 1963), bereits derartige Arbeiten gibt, sind insbesondere die jüngsten Veränderungen im Landschaftsbild des Hohen Westerwaldes weitgehend unbekannt geblieben.

Dafür ist die Literatur zum Thema Siedlungs- und Wirtschaftsgeschichte sowie zum Stand der Landwirtschaft um so reichhaltiger. Aus der Vielzahl der Autoren, die sich speziell mit den Verhältnissen im Hohen Westerwald beschäftigt haben, seien nur genannt: E. HEYN (1893), A. BECKER (1912), H. GANSER (1916), R. WEBER (1925), A. RADLOFF (1951), W. SCHNEIDER (1953), M. BORN (1957) und P. MEIMBERG (1959).

Vor allem muß aber auf die Arbeit von E. WAGNER: „Der Hohe Westerwald“ (Bonn 1944) hingewiesen werden. Hier werden die natürlichen Grundlagen sowie die geschichtliche, wirtschaftliche und kulturlandschaftliche Entwicklung des Hohen Westerwaldes von den frühesten Zeiten bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges ausführlich dargestellt.

Es erübrigt sich daher im folgenden, nochmals näher auf die Verhältnisse in der Vergangenheit einzugehen. Dies soll nur dort geschehen, und zwar in stark geraffter Form, wo es für das Verständnis der heutigen Situation unbedingt notwendig erscheint.

Von besonderer Bedeutung für die vorliegende Untersuchung ist die WAGNERsche Arbeit insofern, als ihr eine Bodennutzungskartierung aus dem Jahr 1943 für den gesamten Bereich des Meßtischblattes Rennerod beigelegt ist. Diese Karte erfaßt den zentralen Teil des Hohen Westerwaldes (das Gebiet um die Fuchskaute) mit 26 Gemeinden, d. h. knapp die Hälfte der gesamten Fläche des Untersuchungsgebietes. Sie soll als Grundlage dienen für einen Vergleich mit den Verhältnissen

---

<sup>2</sup> C. TROLL: Die geographische Wissenschaft in Deutschland . . . , 1947.

von 1965, so daß auf diese Weise eine Darstellung und Deutung des zwischenzeitlichen Wandels der Kulturlandschaft möglich wird.

Abgesehen davon, daß es also gilt, eine bestehende Lücke zu füllen, fehlt bisher der Versuch, festzustellen, inwieweit die zu vier Landkreisen gehörenden 76 Gemeinden des Hohen Westerwaldes auf Grund ihrer verschiedenen administrativen Zugehörigkeit trotz der annähernd gleichen naturräumlichen Ausstattung eine verschiedene wirtschafts- und sozialgeographische Entwicklung durchgemacht haben.

## 2. Zur Untersuchungsmethode

Die Schwierigkeiten, die sich bei der Untersuchung eines überwiegend durch naturräumliche Grenzen bestimmten und mehreren Verwaltungseinheiten angehörenden Gebietes ergeben, sind in bezug auf die Beschaffung der notwendigen einheitlichen statistischen Unterlagen allerdings erheblich. Das für die in Frage kommenden vier Kreise Oberwesterwald, Altenkirchen, Dillenburg und Siegen vorliegende statistische Material auf Gemeindebasis reicht zwar bis zu den Ergebnissen der Volks-, Berufs- und landwirtschaftlichen Betriebszählung von 1939 zurück, ist aber auf Grund von Kriegsverlusten nur noch teilweise vorhanden und außerdem nur bedingt mit den Ergebnissen ähnlicher Nachkriegszählungen vergleichbar, da sich die Befragungskategorien in der Zwischenzeit geändert haben.

Die Wandlungen in der Wirtschafts- und Sozialstruktur des Hohen Westerwaldes begannen sich zwar schon vor 1939 abzuzeichnen, doch bewirkten der Krieg und der Zusammenbruch 1945 zunächst eine rückläufige Entwicklung; mit der Währungsreform von 1948 bahnte sich eine zunehmende Stabilisierung an; der eigentliche Umwandlungsprozeß setzt jedoch erst ab 1950 ein.

So bilden die Gemeindestatistiken und Bodennutzungserhebungen der Länder Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein-Westfalen von 1949/50 eine gute Ausgangsbasis, vor allem weil sie mit den entsprechenden Erhebungen der Jahre 1960/61 einigermaßen vergleichbar sind. Wo es nötig oder, wie z. B. bei der Bevölkerungsentwicklung, möglich war, wurden ältere bzw. jüngere Statistiken herangezogen.

Ergänzt wurde dieses Material durch unveröffentlichte Unterlagen der Statistischen Landesämter in Bad Ems, Wiesbaden und Düsseldorf, der Kreisverwaltungen in Westerburg, Altenkirchen und Dillenburg, der Kulturämter in Montabaur und Dillenburg, der Industrie- und Handelskammern zu Koblenz und Dillenburg, vieler Amts- und Gemeindebürgermeistereien, zahlreicher privater Firmen und Gesellschaften sowie durch Unterlagen des Landwirtschaftsministeriums in Mainz und der Landsiedlung Rheinland-Pfalz in Montabaur.

Neben die Auswertung der vorhandenen Literatur und Statistik trat als wichtiges Forschungshilfsmittel die geographische Feldarbeit. Um die Veränderungen in der Bodennutzung und im Bereich der Siedlungen auch in ihrer flächenmäßigen Ausdehnung und räumlichen Bezogenheit darstellen zu können, wurden im Sommer 1965 mehrere Kartierungen durchgeführt. Erwähnt sei hier vor allem:

1. die „Bodennutzungskarte des Hohen Westerwaldes von 1965, mit einer Aufnahme der Hauptverbreitungsgebiete der Sozialbrache, 1:25 000“,
2. die „Karte der Veränderungen in der Bodennutzung des Hohen Westerwaldes“ von 1943 bis 1965, 1:25 000“, welche durch Vergleich der erstgenannten Kartierung mit der erwähnten, von E. Wagner im Jahre 1943 durchgeführten Aufnahme entstand, sowie
3. und 4. zwei Nutzflächenkartierungen der „Gemeinde Rabenscheid vor und nach der Flurbereinigung, 1 : 5000“.

Die exakte Rekonstruktion der Anbauverhältnisse in Rabenscheid vor der Flurbereinigung war mit Hilfe eines Luftbildplanes aus dem Jahre 1938 möglich. Ansonsten trat die Verwertung von Luftbildern zur Erklärung der kulturlandschaftlichen Veränderungen hinter die Auswertung der Bodennutzungskarten zurück, da sie erstens für den Bereich des Hohen Westerwaldes nur teilweise vorhanden und zweitens einige Jahre alt sind.

Durch persönliche Gespräche mit Menschen aller Berufsgruppen und sozialen Schichten wurde jede sich bietende Gelegenheit wahrgenommen, die mit Hilfe der genannten Forschungsmittel gesammelten Informationen zu vertiefen und sozusagen zu beleben.

### *3. Der Untersuchungsraum*

#### Die natürlichen Grundlagen

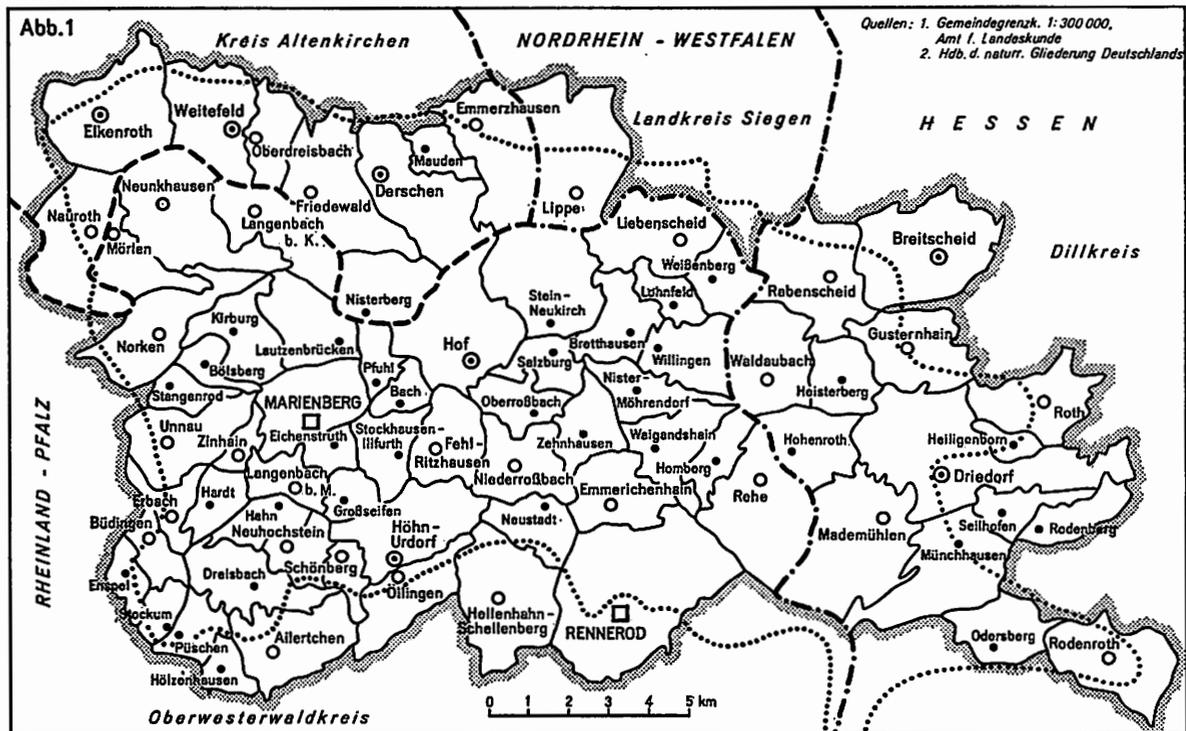
Die Abgrenzung des Untersuchungsgebietes erfolgte grundsätzlich nach naturräumlichen Gesichtspunkten; da sich die Untersuchung aus statistischen Gründen jedoch nur auf Gemeindebasis durchführen ließ, mußte sie aber dem Verlauf der dem Naturraum entsprechenden Verwaltungsgrenzen angeglichen werden (Abb. 1). Als Grundlage diente die von der Bundesanstalt für Landeskunde herausgegebene „Karte der naturräumlichen Gliederung Deutschlands“. Die in dieser Karte angegebenen Grenzen sind sehr eng gezogen und wurden daher leicht nach Süden und Osten hin verschoben<sup>3</sup>.

Das so abgesteckte Gebiet hat die Form eines nach W breiter werdenden gestreckten Rechtecks, dessen Eckpunkte durch die Dörfer Elkenroth und Breitscheid im N sowie Hölzenhausen und Rodenroth im S gegeben werden. Es ist 330 qkm groß und zählte am 30. 6. 1964 41 011 Einwohner, die in 76 Gemeinden wohnten. Die Bevölkerungsdichte betrug zum gleichen Zeitpunkt 124 Einwohner je qkm.

Der Hohe Westerwald stellt den höchsten, nicht ganz zentral, sondern am nördlichen Rand liegenden Teil des Westerwaldes dar. Seine plateauartige Oberfläche erreicht in der Fuchskaute mit 657 m den höchsten Punkt, bildet nach N zum Heller-

<sup>3</sup> Auf die Problematik einer exakten Abgrenzung des Hohen Westerwaldes soll hier nicht näher eingegangen werden. Es ist festzustellen, daß alle Autoren, die sich um eine Grenz-ziehung bemüht haben, wie z. B. A. BECKER, 1912; H. GANSER, 1916; W. MÜLLER-WILLE, 1936; E. WAGNER, 1944; KH. PAFFEN, 1953, zu anderen Ergebnissen gelangten, je nachdem sie vorwiegend geologische, orographische, historische oder wirtschaftliche Gesichtspunkte in den Vordergrund stellten.

# Die Gemeinden des Hohen Westerwaldes (Stand 1964)



- Gemeinden mit 79 - 400 Einwohnern
- Gemeinden mit 400 - 1000 Einwohnern
- ⊙ Gemeinden mit 1000 - 2000 Einwohnern
- Gemeinden mit 2000 - 2755 Einwohnern

- ..... naturräumliche Grenze des Hohen Westerwaldes
- ▨ Grenze des Untersuchungsgebietes

tal und nach O zum Dilltal ziemlich steile Ränder und geht nach S langsam abfallend ganz allmählich in den Oberwesterwald über. Im W hat die aus der Gegend des Salzburger Kopfes kommende Große Nister die im allgemeinen nur sanft gewellte Hochfläche stärker reliefiert und ab Marienberg ein größeres Tal geschaffen. Nur im N und O hebt sich der Hohe Westerwald stärker von den umliegenden

Landschaften ab. Im großen und ganzen bildet jedoch die 450-m-Höhenlinie eine brauchbare Abgrenzung, zumal die Zone zwischen 430 und 480 m zwei klimatisch verschiedene Gebiete voneinander trennt <sup>4</sup>.

Der Hohe Westerwald fällt weitgehend mit dem nördlichen Verbreitungsgebiet der tertiären Basaltbedeckung zusammen, welcher die Landschaft in weitgehendem Maße ihre ausgeglichene Oberflächengestalt verdankt (Bild 1). Flache, muldenförmige Täler in dauerndem Wechsel mit breiten, sanft geböschten Rücken, die sich selten über ihre weitere Umgebung erheben, bewirken eine gewisse Eintönigkeit der Landschaft. Dieser Eindruck wird noch verschärft durch den für ein Mittelgebirge auffallenden Mangel an Wald.

Die mit weiten Wiesen bedeckten „Ursprungsmulden“ bilden das Quellgebiet vieler Bäche, die entweder der Sieg, der Dill oder der Lahn zufließen. Die Basaltkuppen dagegen tragen Weiden und auf ihren höchsten Kuppen die inselförmigen Reste einer ursprünglich dichteren Bewaldung (siehe „Bodennutzungskarte des Hohen Westerwaldes“).

Die tertiären Bildungen des Hohen Westerwaldes lagern unmittelbar auf dem devonischen Grundgebirge, das im Karbon zum Variskischen Gebirge aufgefaltet und im Perm zu einer Rumpffläche eingeebnet wurde. Im frühesten Tertiär fand unter dem Einfluß eines tropisch-humiden Klimas eine tiefgründige Verwitterung (Kaolinisierung) der Oberfläche statt, wobei die devonischen Grauwacken zu Sanden, die Schiefer hingegen zu Tonen umgewandelt wurden. Wo die Sande in späterer Zeit durch die Abscheidung von Kieselsäure verfestigt wurden, entstand Quarzit. Derartige Lagerstätten von eo- bis oligozänen Sanden und Tonen sowie pliozänen Quarziten wurden schon vor dem Kriege wirtschaftlich genutzt.

Im Miozän erfolgte die Bildung der Westerwälder Braunkohle, die im wesentlichen zwischen dem meist älteren Sohlbasalt und dem jüngeren, mächtigeren Dachbasalt abgelagert wurde. Die Flöze, ein knappes Dutzend an der Zahl, sind durch Ton- und Tuffschichten voneinander getrennt und wurden bis vor wenigen Jahren im Untertagebetrieb abgebaut.

Der Basalt tritt je nach der Beschaffenheit des Magmas und den örtlichen Umständen decken-, gang- oder stiefelförmig auf. Die spätbermiozänen Übergußbasalte, die im Zusammenhang mit einer neuen Heraushebung des ganzen Gebirges emporstiegen, ergossen sich auch über weite Teile des devonischen Westerwaldes.

Die Basalte verwittern zu schweren, nährstoffreichen Lehmböden, die auf Grund ihres starken Wasserhaltungsvermögens und wegen toniger Unterlagen allerdings oft unter zu großer Nässe leiden, so daß vor allem in regenreichen Jahren die Ernte gefährdet ist.

Außerdem wirkt sich auf die Landwirtschaft die nach allen Seiten hin offene Höhenlage mit hohen Niederschlägen und langen, kalten Wintern sehr ungünstig aus. Die Gemeinden in 500 m Höhe weisen eine durchschnittliche Jahrestemperatur von 6,5 Grad C auf; die Mittelwerte für Januar liegen bei -1,5 und für Juli bei

---

<sup>4</sup> KELLER, R.: Witterung und Lufttemperatur im Rhein. Schiefergebirge, 1944, S. 79; zitiert bei E. Wagner.

15 Grad C. Die jährlichen Niederschläge betragen etwa 1000 mm. Die Arbeit auf dem Felde und die Auswahl der Anbaufrüchte ist überdies durch die relativ kurze Vegetationsperiode von durchschnittlich nur 126 Tagen stark eingeschränkt <sup>5</sup>.

## Die geschichtliche Entwicklung

Es ist erstaunlich, wie früh der Hohe Westerwald trotz seiner ärmlichen natürlichen Ausstattung besiedelt wurde. Die ältesten Spuren, die auf eine dauerhafte Besiedlung hinweisen, wurde am Ostrand bei Breitscheid gefunden und stammen aus der späten Hallstattzeit (etwa 600–500 v. Chr.) <sup>6</sup>. Die Hochfläche selbst wurde wohl erst in der folgenden Latènezeit besiedelt, wenn auch zunächst nur punkthaft <sup>7</sup>. Auf jeden Fall scheinen die zahlreichen Eisenerznesten der obersten Basaltdecke einen gewissen Anreiz für die Besiedlung der Landschaft gegeben zu haben. Später zogen auch die vorgeschichtlichen „Fernverkehrsstraßen“, die das Bergland in verschiedenen Richtungen kreuzten, Siedlungen an.

Als ältestes geschichtliches Volk nahmen die Kelten den Hohen Westerwald in Besitz und hinterließen uns als Zeugnis vor allem die Gewässernamen (z. B. Dill, Nister, Elbbach). Die von O und N her fortschreitende germanische Landnahme führte seit dem 1. Jahrhundert zur Gründung der zahlreichen -ingen-Orte (wie Oellingen, Willingen). Mit den Chatten, einem fränkischen Volksstamm, kamen seit dem 6. Jahrhundert die Ortsnamen auf -hausen (Ritzhausen, Stockhausen), -dorf (Driedorf, Urdorf) und -feld (Weitefeld, Löhnefeld). Die meisten Siedlungen entstanden jedoch in der hochmittelalterlichen Rodungszeit, die etwa von 800 bis 1300 dauerte und die Ortsnamen auf -roth (Hohenroth, Rodenroth), -hain (Emmerichenhain, Gusterhain), -hahn (Hellenhahn, Hahn) und -berg (Marienberg, Homberg) hinterließ <sup>8</sup>.

Mit dieser letzten großen Siedlungsperiode fanden die Ortsgründungen ihren Abschluß. In der Folgezeit setzte sogar eine rückläufige Bewegung ein, die zur Aufgabe vieler Dörfer und zu einem erneuten Vordringen des Waldes führte <sup>9</sup>. Mit dem Ende des Wüstungsvorganges, der zu einer flächen- und bevölkerungsmäßigen Erweiterung der größeren Haufendörfer (Rennerod, Driedorf) führte, waren die Grundzüge der Kulturlandschaft festgelegt, wie wir sie bis vor wenigen Jahrzehnten kannten.

Charakteristisch für die geschichtlich-politische Stellung des Hohen Westerwaldes ist, daß er, von kurzen Unterbrechungen abgesehen, zu allen Zeiten Grenzland gewesen ist und diese Eigenschaft mit allen ihren wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Nachteilen bis heute beibehalten hat. Da er auf Grund seiner kärglichen

<sup>5</sup> Deutscher Wetterdienst: Klimaatlas von Rheinland-Pfalz, 1957.

<sup>6</sup> BORN, M.: Siedlungsentwicklung am Osthang des Westerwaldes, 1957, S. 26.

<sup>7</sup> MÜLLER-WILLE, W.: Das Rheinische Schiefergebirge . . ., 1942, S. 555.

<sup>8</sup> BECKER, A.: Beiträge zur Siedlungskunde des Hohen Westerwaldes, 1912, S. 43 ff.

<sup>9</sup> GENSICKE, H.: Landesgeschichte des Westerwaldes, 1958, S. 8 ff., siehe auch DITTMAYER: Siedlungsnamen und Siedlungsgeschichte des Bergischen Landes, 1956.

<sup>9</sup> BORN, M.: a.a.O., S. 149 ff.

natürlichen Ausstattung selbst nicht in der Lage war, eine konsolidierende politische Macht aufzubauen, wurde sein Schicksal immer von Kräften bestimmt, die von den am Rand des Berglandes gelegenen Tälern und Becken ausgingen. Sie haben mit wechselnder Stärke und Richtung auf den Hohen Westerwald eingewirkt und an seiner wirtschaftlichen sowie kulturellen Erschließung teilgenommen, ohne daß ein bestimmter Einfluß für das ganze Gebiet dauernd vorherrschend geworden wäre <sup>10</sup>.

Sowohl im Mittelalter als auch in der Neuzeit stießen die politisch bestimmenden Kräfte immer wieder aus drei Richtungen vor: aus dem NW, SW und O. Von der Niederrheinischen Bucht machte sich der Einfluß des mächtigen Kurfürstentums Köln und vom Mittelrheinischen Becken derjenige Kurtriers bemerkbar. Vom Dilltal aus gelang es den Grafen von Nassau, sich seit Ende des 12. Jahrhunderts langsam nach W auszudehnen und schließlich den größten Teil des Hohen Westerwaldes für sich zu gewinnen <sup>11</sup>.

In diesem Wettkampf der Interessen konnte sich der zentrale, höchste Teil des Untersuchungsgebietes im Mittelalter eine gewisse Selbständigkeit bewahren. Und zwar bildeten die drei Kirchspiele Marienberg, Emmerichenhain und Neukirch die sog. Herrschaft zum Westerwald, deren Grenzen bereits im Jahre 1048 in einer Stiftungsurkunde der Kirche von Haiger angegeben werden <sup>12</sup>.

In diesem Zusammenhang wurde der Name Westerwald, d. h. der Wald im Westen, zum erstenmal erwähnt. Erst in späterer Zeit wurde er auf das ganze zwischen Rhein, Sieg und Lahn liegende Gebiet übertragen, während sich für den ursprünglich so bezeichneten Raum der Begriff „Hoher Westerwald“ einbürgerte <sup>13</sup>.

An die Herrschaft zum Westerwald grenzten mehrere Grafschaften, die alle einen randlichen Anteil am Hohen Westerwald hatten: im O Nassau-Dillenburg, im S Nassau-Hadamar, im W und NW Sayn-Hachenburg und im N Sayn-Altenkirchen. Letzteres fiel bei der territorialen Neuordnung von 1815 als Teil der Rheinprovinz an das Königreich Preußen, alle übrigen genannten Gebiete an das Herzogtum Nassau. Dieses kam 1866 schließlich auch an Preußen und bildete hinfort mit Kurhessen zusammen die Provinz Hessen-Nassau, so daß nun der gesamte Hohe Westerwald zum erstenmal eine politische Einheit darstellte (Abb. 2). Mit der deut-

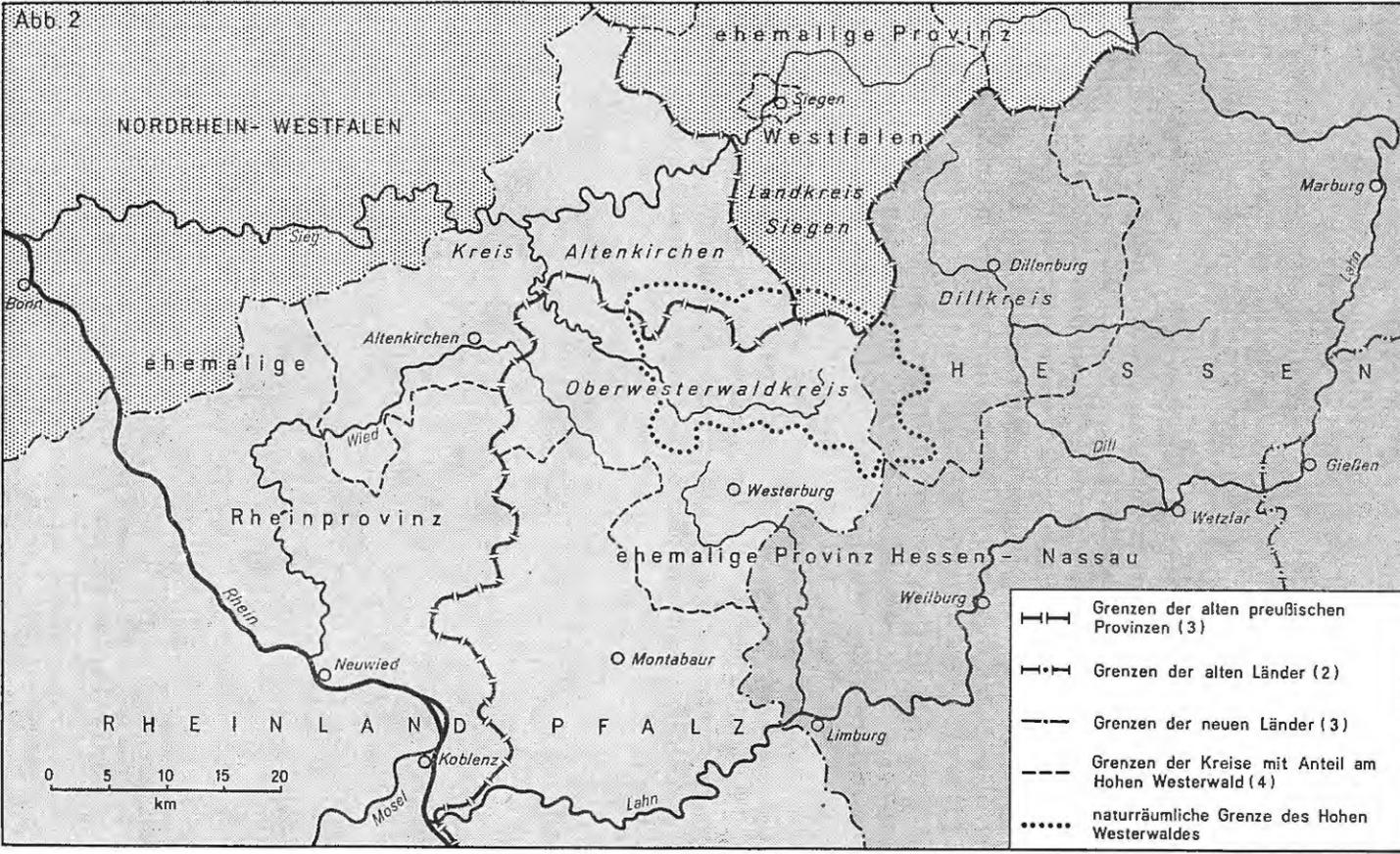
<sup>10</sup> NIESSEN, J.: Geschichtl. Stellung des Westerwaldgebietes, 1936, S. 469.

<sup>11</sup> GENSICKE, H.: Landesgeschichte des Westerwaldes, 1958.

<sup>12</sup> HEYN, E.: Der Westerwald und seine Bewohner . . ., 1893, S. 184.

<sup>13</sup> Die Bewohner selbst sprechen weniger vom Hohen Westerwald, sondern ziehen vielfach den Begriff „Oberwesterwald“ vor, weil er ihnen als Bezeichnung für eine politische Verwaltungseinheit vertrauter ist. Der Begriff „Hoher Westerwald“ scheint auch deshalb nicht volkstümlich geworden zu sein, weil er sich unbewußt mit Vorstellungen von Abgelegenheit und Einsamkeit verbindet. W. H. RIEHL bemerkte dazu 1883 (Land der armen Leute, S. 264): „Wenn man . . . bei den Bewohnern Umfrage hält, wo denn nun der ‚eigentliche‘ Westerwald beginne, so wird man immer wieder weiter nordwärts gewiesen; hat man aber endlich den höchsten Kamm des Gebirges erreicht und steigt die nördliche Talsenke hinab, so weisen einen die Leute wieder nach dem Südhang zurück. Kein Mensch will auf dem ‚eigentlichen‘ Westerwald wohnen.“ Erst mit den jüngsten Bemühungen um eine Steigerung des Fremdenverkehrs scheint der Begriff „Hoher Westerwald“ seinen negativen Beigeschmack allmählich zu verlieren. Was bei früheren Reisenden unangenehme Assoziationen hervorgerufen hat, bewirkt heute gerade das Gegenteil.

# Politische Gliederung und Zugehörigkeit des Hohen Westerwaldes vor und nach 1945



schen Niederlage 1945 und der anschließenden Aufteilung in Besatzungszonen ging sie wieder verloren.

Nachdem das Gebiet etwa 80 Jahre lang eindeutig im Wirkungsbereich der vom N ausgedehnten politischen Kräfte gestanden hatte, gewannen nun die aus dem SW wirkenden die Oberhand. Die neuen Landesgrenzen entsprachen nicht dem Willen der Bevölkerung.

Der größere, westliche Teil des Hohen Westerwaldes (die Kreise Oberwesterwald und Altenkirchen) wurde in die französische Besatzungszone einbezogen und später dem neuen Bundesland Rheinland-Pfalz zugeordnet. Der zum Dillkreis gehörende östliche Rand wurde der amerikanischen Besatzungszone einverleibt und gehört heute zum Land Hessen. Der britischen Besatzungsmacht wurde die ehemalige Provinz Westfalen zugesprochen, die mit ihrem südlichsten Zipfel ebenfalls noch einen Anteil am Hohen Westerwald hatte. Dieses zum Kreis Siegen zählende Gebiet gehört heute zum Land Nordrhein-Westfalen.

Es zeigt sich, daß einige der *Verwaltungsgrenzen im Bereich des Hohen Westerwaldes Jahrhunderte alt* sind und bereits im Mittelalter bestanden. Die folgende Untersuchung wird immer wieder deutlich machen, daß besonders die Grenze zwischen den rheinland-pfälzischen Kreisen Altenkirchen und Oberwesterwald (d. h. Sayn-Altenkirchen einerseits und Sayn-Hachenburg bzw. Herrschaft zum Westerwald andererseits) sowie die Grenze zwischen den Bundesländern Hessen und Rheinland-Pfalz (d. h. Nassau-Dillenburg und Herrschaft zum Westerwald) heute noch markante Linien darstellen, welche den Hohen Westerwald in Räume unterschiedlicher Wirtschafts- und Sozialstruktur sowie Entwicklungsdynamik gliedern <sup>14</sup>.

---

<sup>14</sup> E. HEYN bemerkte 1921 zu diesem Problem (Westerwaldführer, S. 34): „Besonders merkwürdig ist, daß zwischen dem westlichen und östlichen Gebiete unseres Bezirkes Beziehungen fast gar nicht bestehen. Die Westerwälder des vormalig nassauischen Gebietes nennen alles, was außerhalb desselben liegt, das ‚Preußische‘. Aber wie es da aussieht, was da für Leute wohnen, und wovon sie ihre Nahrung haben . . ., das alles ist ihnen fast gänzlich unbekannt.“

## I. DIE JÜNGSTEN WANDLUNGEN IN DER WIRTSCHAFTSSTRUKTUR DES HOHEN WESTERWALDES

### A. Die Veränderungen in der gewerblichen Wirtschaft

Die karge naturräumliche Ausstattung, die relativ geringe Bevölkerungsdichte, die politische Zerrissenheit und die abseitige Gebirgslage sind die wichtigsten Gründe dafür, daß die gewerbliche Wirtschaft des Hohen Westerwaldes lange Zeit im Schatten der Landwirtschaft gestanden hat. So beschränkte sie sich ursprünglich auch weitgehend auf eine Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte.

Im Mittelalter erlangte die Woll- und Leinenweberei auf der Basis von Schafzucht und Flachsanzbau größere lokale Bedeutung. Noch 1843 wurden in Marienberg 21 und in Rennerod 61 Leineweber gezählt<sup>15</sup>. Eine vorübergehende Wiederbelebung erfuhren beide Gewerbe in den Kriegs- und Nachkriegsjahren.

Zu den traditionellen, heute ausgestorbenen Gewerben muß auch das Mühlenhandwerk gerechnet werden. Korn- sowie später auch Holzschneide- und Ölmühlen waren im ganzen Hohen Westerwald verbreitet, besonders entlang der Nister.

Als man zu Beginn des 19. Jahrhunderts lernte, aus Kartoffeln Schnaps zu gewinnen, wurde die Branntweinherstellung üblich, wo immer Kartoffeln angebaut wurden. Sie hat sich in der Form des landwirtschaftlichen Nebenerwerbs bis heute vereinzelt gehalten, besonders in Unnau.

Größere regionale Bedeutung als diese auf der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse aufbauenden Gewerbe erlangte schließlich im 19. Jahrhundert die Nutzung der heimischen Bodenschätze Braunkohle und Basalt. Ihre Gewinnung und Verarbeitung bildete bis vor etwa 10 Jahren die Grundlage einer bescheidenen Industrie, die nur einem kleinen Teil der Bevölkerung Arbeit und Brot sicherte und außerdem sehr krisenanfällig war.

Die durch die landesübliche Realteilung dauernd fortschreitende Besitzverkleinerung führte zu immer unrentableren Betrieben, die der Bevölkerung nur ein ärmliches Leben am Rande des Existenzminimums ermöglichten, so daß die ganze Landschaft unter dem Namen „Land der armen Leute“ bekannt wurde<sup>16</sup>.

Erst die auf den Eisenerzen des Siegerlandes aufbauende moderne Industrie mit

<sup>15</sup> EHLGEN, A.: Wirtschaftsgeschichte des Oberwesterwaldes . . ., 1950, S. 173.

<sup>16</sup> Nach dem gleichnamigen Buch von W. H. RIEHL (1883). Der Autor schilderte seinerzeit die wirtschaftlichen Verhältnisse im Hohen Westerwald, wohl nicht ganz ohne Übertreibung, mit folgenden Worten (S. 263): „Die Leute . . . schlafen und ruhen schier das halbe Jahr. Ihr einziger Erwerbszweig in dem langen Westerwälder Winter ist mehrentheils das Schneeschaufeln! Viele hundert Hände werden so in jedem Winter beschäftigt, viel tausend Gulden von Staatswegen in den Schnee geworfen, und doch preisen sich die armen Leute glücklich, wenigstens diese Schneeindustrie zu haben . . .“

ihrem steigenden Bedarf an Arbeitskräften führte zu einer merklichen Besserung der Verhältnisse. Sie zog seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts immer mehr Menschen aus dem Hohen Westerwald an und begann, das soziale Gefüge dieses Raumes allmählich zu ändern. Aus Bauern wurden zunächst Bauern-Arbeiter und später mit wachsender Inanspruchnahme durch die Industrie sowie mit steigenden Verdienstmöglichkeiten Arbeiter-Bauern.

Das Ende des Zweiten Weltkrieges brachte die völlige Stilllegung der Industrie innerhalb und außerhalb des Hohen Westerwaldes und die ersten Nachkriegsjahre Hungersnot und Flüchtlingselend, so daß eine allgemeine Rückkehr zur Landwirtschaft die Folge war. Erst mit der Währungsreform 1948 wurde der Tiefpunkt überwunden, und die gewerbliche Wirtschaft begann, sich erneut zu beleben. In den Jahren um 1955 wurden in vielen Industriebetrieben wieder die Beschäftigungszahlen und Produktionsleistungen der Vorkriegsjahre erreicht.

Der gewaltige Aufschwung der deutschen Wirtschaft, der seit 1960 die Formen einer Hochkonjunktur annahm, beeinflusste nicht nur die gewerbliche Wirtschaft in nachhaltiger Weise, sondern auch alle anderen Wirtschaftsbereiche und wandelte das soziale Gefüge grundlegend.

So soll die folgende Untersuchung mit einer Betrachtung über die jüngste Entwicklung der gewerblichen Wirtschaft beginnen, da sie die entscheidende Antriebskraft in diesem Wandlungsprozeß darstellt.

### *1. Die Entwicklung der traditionellen Gewerbe und Industrien*

#### a) Der Niedergang des Braunkohlenbergbaus

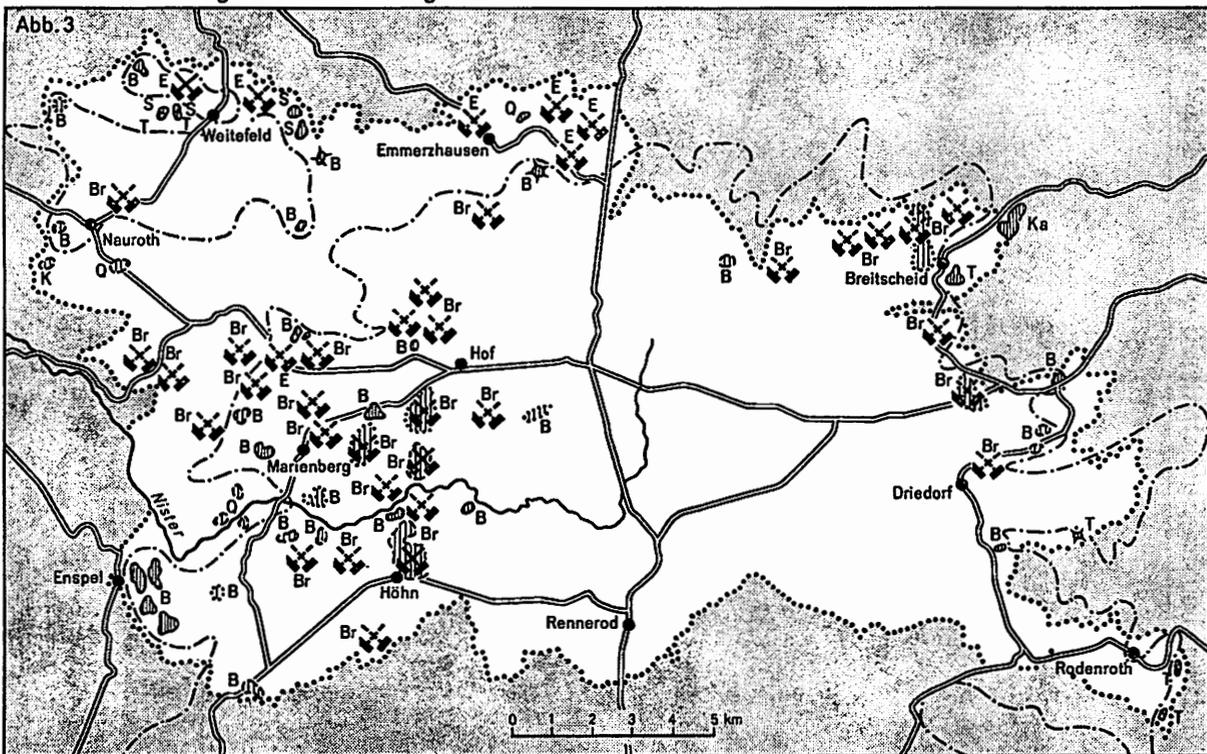
Lange Zeit ist der Braunkohlenbergbau der bedeutendste Industriezweig des Hohen Westerwaldes gewesen, bis er vor wenigen Jahren endgültig zum Erliegen kam. 1585 wurden in der Nähe von Breitscheid die ersten Braunkohlen gefunden, und 1718 legte man bei Höhn die erste Grube zur bergmännischen Gewinnung an<sup>17</sup>. Um die wenigen Wälder zu schonen, erließ die nassauische Regierung mehrere Verordnungen, welche die Benutzung der Braunkohlen als Hausbrand vorschrieben. Daher wurde in der Folgezeit, besonders im Gebiet Marienberg-Höhn, eine ganze Reihe kleiner Gruben angelegt.

Den Höhepunkt des Abbaus brachte das Jahr 1922 mit einer Förderung von 407 000 t aus 19 Gruben bei einer Belegschaft von rund 2000 Bergarbeitern<sup>18</sup> (Abb. 3).

Doch dann ging der Abbau wegen mangelnder Rentabilität endgültig zurück, so daß 1928 nur noch die Grube Alexandria in Höhn-Urdorf förderte (Bild 2). Trotz der durch ungünstige Lagerungsverhältnisse bedingten hohen Erzeugungskosten konnte sich die Grube bis 1961 halten, weil sie den größten Teil ihrer Förderung seit 1914 über eine 500 m lange Seilbahn an ein nahegelegenes Elektrizitätswerk

<sup>17</sup> BECKER: a.a.O., S. 35.

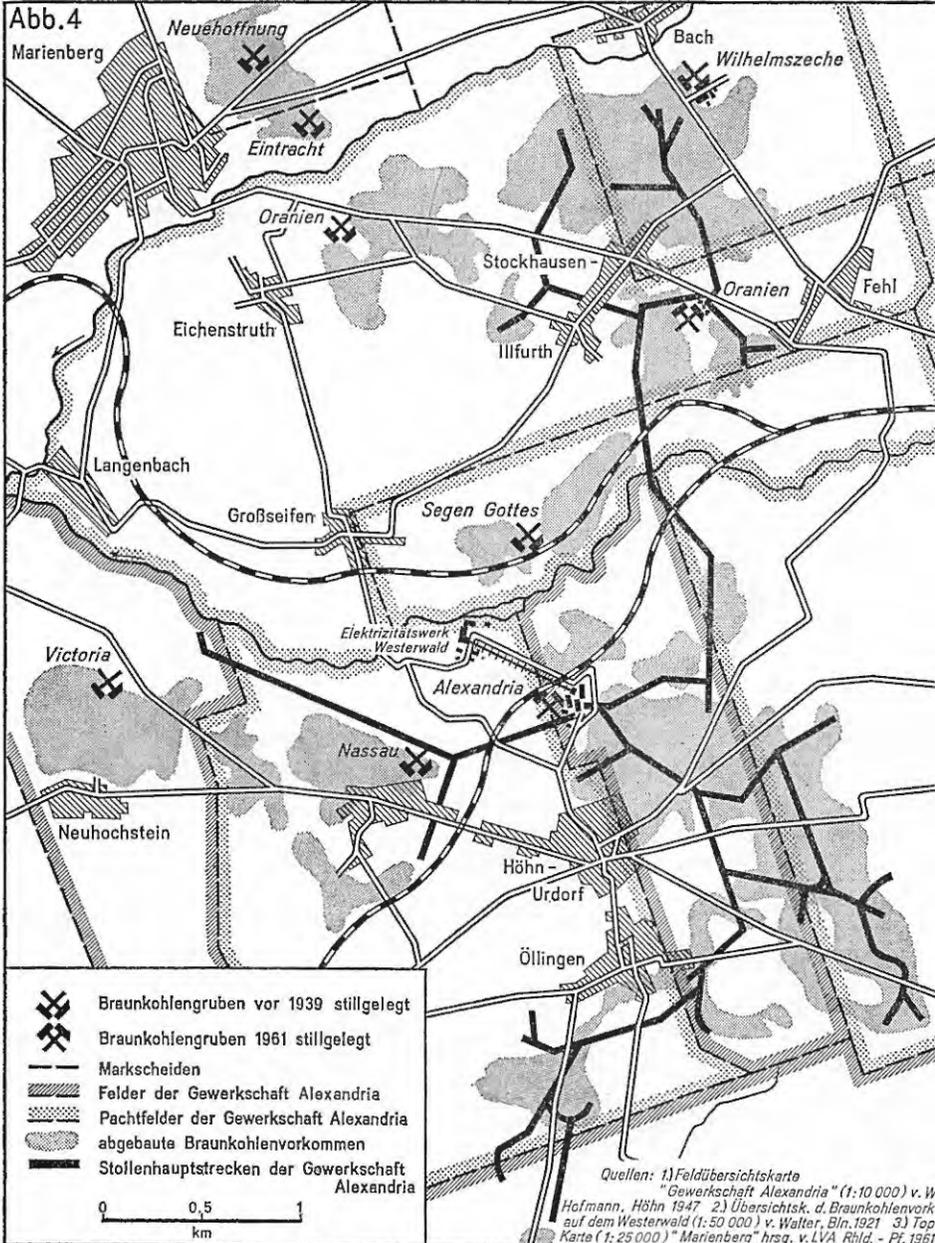
<sup>18</sup> EHLGEN: a.a.O., S. 142.



B	Basalt		Betrieb vor 1945 eingestellt		E	Eisenerzgrube vor 1945 stillgelegt		Grenze der tertiären Basaltdecken
T	Ton		Betrieb nach 1945 eingestellt		E	Eisenerzgrube nach 1945 stillgelegt		
Q	Quarzit		Betrieb noch im Gang		Br	Braunkohlengrube vor 1945 stillgelegt		
Ka	Kalk		Betrieb nach 1945 begonnen		Br	Braunkohlengrube nach 1945 stillgelegt		Grenze des Untersuchungsgebietes
S	Sand							
K	Kaolin							

(EWAG) abführte. Hier wurde bis 1956 unter Verwendung der minderwertigeren Kohlen Strom erzeugt, der weit über die Grenzen des Hohen Westerwaldes hinaus bis in die Gegend von Siegen, Koblenz und Frankfurt geliefert wurde. Die Asche der verbrannten Kohlen wurde fein zermahlen und über die Seilbahn zur Grube

# Der Braunkohlenbergbau im Bereich der Grube Alexandria in Höhn



zurücktransportiert, wo sie in einer besonderen Anlage zu hochwertigen Preßsteinen verarbeitet wurde.

Die Abbildung 4 gibt einen Überblick über die im Bezirk Marienberg-Höhn gelegenen Braunkohlengruben sowie über das Ausmaß der Abbautätigkeit vor und nach 1945. Vom Hauptschacht der Grube Alexandria ging in etwa 80 m Tiefe je eine Stollenhauptstrecke in die 4 km nördlich bzw. südlich gelegenen Abbaufelder. Das südliche Revier mit den Feldern Nassau und Gerechtigkeit wurde bereits 1950 wegen ungünstiger Lagerung der Kohlen stillgelegt; in den nördlichen Feldern Oranien und Wilhelmszeche wurde hingegen bis 1961 gefördert.

Während die Belegschaft der Grube 1936 nur 185 Mann zählte und die Förderung nur 46 000 t betrug, stiegen diese Werte, bedingt durch die Kriegswirtschaft und den Kohlenmangel nach dem Krieg, bis 1946 auf 450 Mann bzw. 103 000 t<sup>19</sup>.

Mit der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse seit der Währungsreform fielen die hohen Produktionskosten wieder schwerer ins Gewicht, so daß sich zunächst die Belegschaft und später auch die Förderung stark verringerte. 1959 arbeiteten auf der Grube nur noch 84 Mann, die 30 000 t Braunkohle förderten.

Nachdem 1958 zeitweise kurzgearbeitet und später der Betrieb monatelang ganz eingestellt worden war, erfolgte 1959 die Demontage des Elektrizitätswerkes und 1961 die endgültige Stilllegung der Grube.

Es waren viele Versuche vorausgegangen, um die Förderung zu rationalisieren und die Braunkohlen zu hochwertigeren Erzeugnissen zu verarbeiten, aber alle Bemühungen waren vergeblich. Die schwierigen Abbauverhältnisse, die geringe Flözmächtigkeit, der zu hohe Wassergehalt der Kohle sowie die Unmöglichkeit der Brikkettierung machten den weiteren Abbau unrentabel.

Welche überragende Bedeutung die Gewerkschaft Alexandria für den Arbeitsmarkt des westlichen Hohen Westerwaldes hatte, zeigt die Abbildung 5, welche den Pendlereinzugsbereich der Grube für das Jahr 1952 darstellt. Er deckt sich praktisch mit dem ganzen zum Hohen Westerwald gehörenden Teil des Oberwesterwaldkreises, das sind 51 Gemeinden. 10 % aller in Industrie und Handwerk beschäftigten Erwerbspersonen dieses Gebietes fanden 1950 in der Grube und in dem E-Werk Arbeit.

Daß die Stilllegung des Betriebes nicht zu einer Massenarbeitslosigkeit führte, hat vor allem drei Gründe: erstens wurde die Belegschaft nicht plötzlich, sondern schrittweise über einen Zeitraum von 13 Jahren abgebaut, zweitens war die Siegerländer Industrie in der Lage, einen Teil der frei werdenden Arbeiter aufzunehmen, und drittens gelang es, viele Beschäftigte in neu gegründeten Betrieben der näheren und weiteren Umgebung unterzubringen.

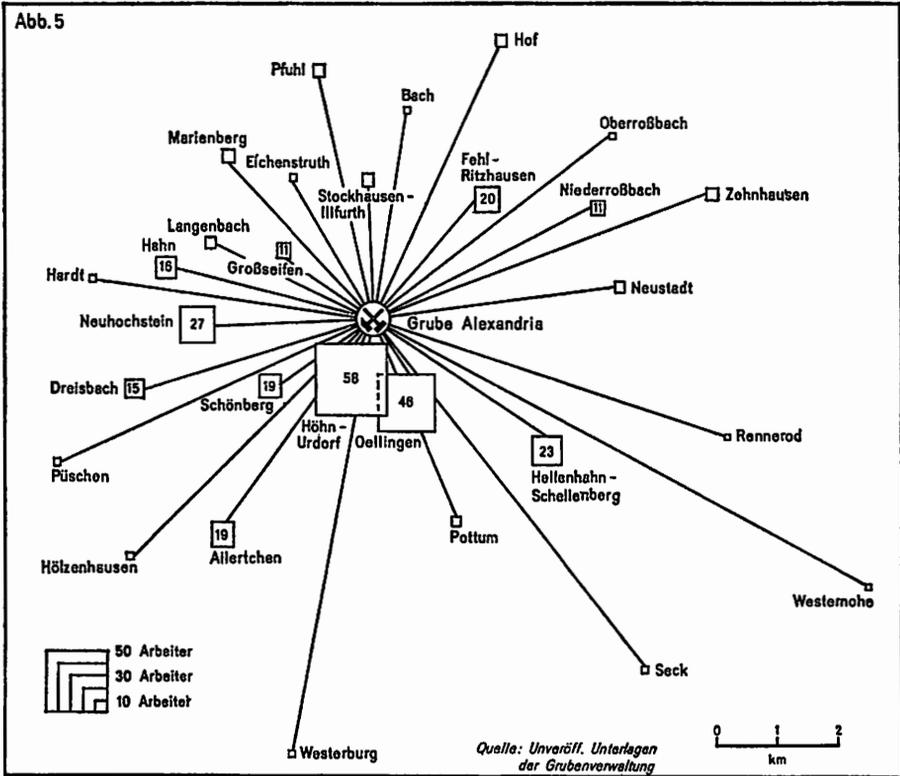
## b) Die Industrie der Steine und Erden

Seit dem Bau der Eisenbahnen am Ende des vorigen Jahrhunderts gewann der Abbau von Basalt größere Bedeutung als der Braunkohlenbergbau<sup>20</sup>. Im

<sup>19</sup> Zusammengestellt nach Unterlagen der Grubenverwaltung.

<sup>20</sup> RAMSEGER, A.: Geschichtliche Entwicklung der Verkehrserschließung des Westerwaldes . . ., 1961, S. 148.

## Der Ependlerbereich der Grube Alexandria im Jahr 1952



Für Orte mit mehr als 10 Auspendlern ist deren genaue Anzahl angegeben. Gesamtzahl der Arbeiter: 348

Gegensatz zur Braunkohle erschlossen sich dem Basalt über den Schienenweg neue und größere Märkte außerhalb des Hohen Westerwaldes, besonders im Ruhrgebiet und im Frankfurter Raum. Außerdem waren die nutzbaren Basaltvorkommen viel größer und verbreiteter und ließen sich im billigeren Tagebau ausbeuten.

Die wichtigsten Lagerstätten finden sich am Rande der tertiären Basaltdecken und wo diese von Wasserläufen, wie der Nister, angeschnitten werden (Abb. 3). Das Hauptvorkommen liegt am „Stöffel“ in den Gemeinden Büdingen, Enspel und Stockum, wo es seit der Jahrhundertwende die Grundlage für eine regelrechte Basaltindustrie bildet, die auch landschaftlich sehr stark in Erscheinung tritt. Weitere größere Brüche finden sich in der Umgebung von Marienberg, und zwar im Bauscheid, im Kammerscheid und im Eisenberger Löh. Der Betrieb auf dem Weidling wurde bereits vor 1945, am Kackenberg Stein erst nach dem Kriege eingestellt.

Es ist festzustellen, daß besonders die kleineren Betriebe dem steigenden Konkurrenzdruck nicht mehr gewachsen sind. Sie verfügen nicht über die notwendigen

finanziellen Mittel, um die durch den Arbeitskräftemangel erforderlich werdende Maschinisierung durchzuführen. Während nach 1945 nur zwei Basaltbrüche neu erschlossen wurden, kam es in der gleichen Zeit zu acht Stilllegungen. 1950 waren etwa 800 Arbeiter in der Basaltindustrie beschäftigt; 1965 waren es nur noch rund 500<sup>21</sup>, die allerdings mit Hilfe modernster Maschinen und äußerst rationeller Arbeitsmethoden in der Lage sind, bedeutend höhere Produktionsleistungen zu erzielen als früher.

Die volle Ausnutzung der Kapazitäten ist nicht nur saisonbedingt, sondern hängt auch sehr stark von der allgemeinen Wirtschaftslage ab. Die ganze Branche ist weitgehend auf die Vergabe öffentlicher Aufträge angewiesen. Der nach 1945 viel kleiner gewordene Bedarf der Eisenbahn konnte durch den erhöhten Straßen- und Autobahnbau teilweise ausgeglichen werden.

Die im Hohen Westerwald gewonnenen Basaltsteine zeichnen sich durch hohe Druckfestigkeit aus und eignen sich daher besonders gut als Straßen-, Schienen- und Wasserbaustoff. Jüngere Veränderungen in der Straßenbautechnik führten zu einer steigenden Produktion gemahlener Basaltprodukte, wie z. B. Split.

Neben der Gewinnung und Verarbeitung von Basalt tritt die Industrie der übrigen Steine und Erden in den Hintergrund. Eine gewisse Rolle spielen die **T o n g r u b e n** bei Breitscheid und Rodenroth am östlichen Rand des Untersuchungsgebietes, die im Untertagebau vorwiegend für industrielle Zwecke geeignete Tone fördern und fast 200 Arbeiter beschäftigen.

Die Breitscheider Vorkommen sind nach denen des Kannenbäckerlandes die zweitgrößten des gesamten Westerwaldes und bildeten bis in unsere Tage die Grundlage für ein ehemals blühendes Töpferhandwerk<sup>22</sup>. Der Ton wurde in Kleinbetrieben gewonnen und verarbeitet, wobei die nahegelegene Braunkohle für die Heizung der Brennöfen verwendet wurde<sup>23</sup>. Die Töpferei lebte im Zweiten Weltkrieg und in den ersten Jahren danach, als der Mangel an Geschirr groß war, noch einmal auf, um 1962 mit der Stilllegung der beiden letzten Töpferbetriebe endgültig zu erlöschen.

Von den fünf kleinen Quarzitgruben, die nach 1945 noch in Betrieb waren, ist nur eine (bei Emmerzhausen) übriggeblieben, da der Abbau durch die Einfuhr billigerer amerikanischer Ersatzstoffe unrentabel wurde.

Von einiger Bedeutung ist hingegen heute noch die Förderung von feuerfesten Sanden in vier Gruben am nördlichen Rand des Untersuchungsgebietes bei Weitefeld und Oberdreisbach (Abb. 3).

<sup>21</sup> Zusammengestellt nach Unterlagen bei den Landratsämtern.

<sup>22</sup> FREISE, F.: Die Tone des Hohen Westerwaldes, 1908, S. 162 ff.

<sup>23</sup> SCHNEIDER, M.: Die natürlichen Grundlagen des Wirtschaftslebens im Hohen Westerwald, 1934, S. 52.

### c) Der Fremdenverkehr

Schon lange vor Ausbruch des Krieges erfreuten sich viele Gemeinden des Hohen Westerwaldes einer steigenden Beliebtheit als Ausflugsorte oder Sommerfrischen. Die herbe Schönheit der Landschaft, die mit ihren flachen Bergkuppen und zahlreichen Fernblicken zum Wandern einlädt, die frische und klare Luft (mittleres Reizklima), einige in der Nähe liegende Sehenswürdigkeiten sowie die zentrale Lage zwischen dichtbevölkerten Industriegebieten ließen besonders am westlichen Rand, wo die Nister den Hohen Westerwald verläßt, eine Anzahl kleiner Fremdenverkehrs- und Luftkurorte entstehen.

Es ist ein ganz bestimmter Kreis von Erholungsuchenden, die hier ihren Urlaub oder ihr Wochenende verbringen; meist handelt es sich um ältere Einzelpersonen oder Familien, die Wert auf einen ruhigen, nicht zu teuren Erholungsaufenthalt legen, andererseits aber auch keine zu hohen Ansprüche stellen<sup>24</sup>.

Der wachsende Lebensstandard, die zunehmende Reiselust, der Ausbau der Verkehrsverbindungen und besonders die allgemeine Motorisierung ließen den Strom der Urlauber und Ausflügler schon 1950 über das Vorkriegsmaß hinaus anschwellen. Welche wirtschaftliche Bedeutung diesem Reiseverkehr zukommt, geht aus einer Schätzung hervor, nach der jeder Bundesbürger schon damals ungefähr den Verdienst eines Monats für Ferien- und Wochenendreisen ausgab<sup>25</sup>.

Mittelpunkt des Fremdenverkehrsgewerbes war von Anfang an die Stadt Marienberg (500 m ü.d.M.), wo sich die Zahl der übernachtenden Gäste von 1938 bis 1964 mehr als verfünffachte. Sie möge als Beispiel für die stürmische Nachkriegsentwicklung der sog. „weißen Industrie“ dienen (Tab. 1).

Tab. 1 Entwicklung des Fremdenverkehrs in Marienberg von 1938 bis 1964<sup>26</sup>

Jahr	Gäste	Übernachtungen	Betriebe <sup>27</sup>	Zimmer <sup>27</sup>
1938	2 386	17 959	.	.
1945–1948	–	–	.	.
1950	3 223	20 440	18	93
1955	7 575	56 097	20	117
1960	9 531	69 320	27	172
1964	13 276	99 467	29	228

Ähnlich wie in Marienberg, wenn auch nicht in gleichem Maße, ist der Fremdenverkehr in den letzten 15 Jahren auch in Unnau, Elkenroth, Rehe, Hardt, Driedorf und anderen Gemeinden zu einem lebenswichtigen Wirtschaftsfaktor geworden, der stellenweise eine nicht zu übersehende kulturlandschaftliche Prägestkraft gewinnt.

Der Staat erkannte frühzeitig die Möglichkeiten, die sich bei einer Förderung des Fremdenverkehrs für die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur landschaftlich reiz-

<sup>24</sup> HAHN, H.: Erholungsgebiete der Bundesrepublik Deutschland, 1958, in: Bonner geographische Abhandlungen, Nr. 22, S. 37.

<sup>25</sup> Ebd., S. 7.

<sup>26</sup> Diese und alle folgenden statistischen Angaben zum Fremdenverkehr zusammengestellt nach Unterlagen des Verkehrsvereins Marienberg.

<sup>27</sup> Ohne Privatquartiere.

voller, aber wirtschaftlich rückständiger Kleinbauernlandschaften ergeben<sup>28</sup>. So wurde die Vergabe zins- und tilgungsgünstiger Darlehen auch im Hohen Westerwald vielfach ein Anreiz zum Auf- und Ausbau von Beherbergungsbetrieben (Tab. 2).

Tab. 2 Entwicklung der Bettenkapazität in den Beherbergungsbetrieben der vier bedeutendsten Luftkurorte des Hohen Westerwaldes<sup>1</sup>

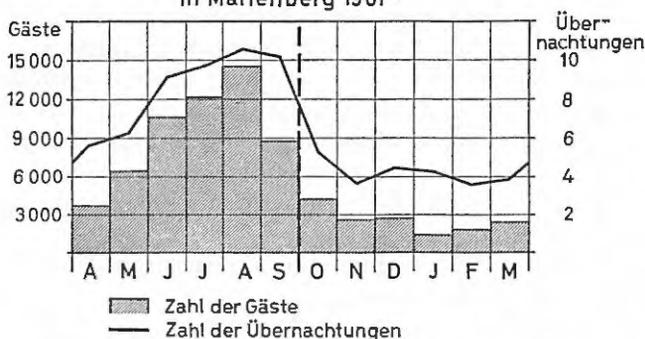
	Marienberg <sup>2</sup>	Unnau	Elkenroth	Hardt
1952	173	67	.	.
1956	245	106	.	.
1960	297	150	148	55
1964	414 (168)	145 (115)	165 (-)	54 (10)

<sup>1</sup> Stat. Ber. des Stat. Land. RP: Beherbergungsbetriebe und ihre Einrichtungen in Rhl.-Pf. am 1. April; 1957, 1960 und 1964.

<sup>2</sup> Angaben in Klammern geben Zahl der Privatquartiere an.

Das Fremdenverkehrsgewerbe war wie kaum ein anderes Gewerbe in der Lage, vorhandene, aber unvollkommen ausgelastete Arbeitskräfte durch Darbietung von Dienstleistungen nutzbar zu machen, die keinen Einsatz von Produktionsmitteln erfordern und das Kapital von außerhalb einführen<sup>29</sup>. Es kam nicht nur zahlreichen Hotel- und Gasthausbesitzern zugute, sondern brachte auch einer größeren Zahl von privaten Zimmervermietern zusätzliche Verdienstmöglichkeiten. Neben 7 Hotels und Gasthöfen gab es z. B. in Marienberg 1965 17 Privat-Fremdenheime und 42 Privatquartiere. Gerade die private Zimmervermietung, die außer der Übernachtung im allgemeinen nur die Bereitstellung eines Frühstücks erforderlich macht, scheint eine ideale nebenberufliche Erwerbsquelle zu sein.

Abb. 6  
Zahl der Gäste und Übernachtungen  
in Marienberg 1961<sup>1)</sup>



1) zusammengestellt nach Unterlagen des Verkehrsvereins Marienberg

<sup>28</sup> BAUSINGER, L.: Förderung von Kleinbauernbetrieben durch Fremdenverkehr, 1959, S. 159.

<sup>29</sup> BOUSTEDT, O.: Wirtschaftsbelebung durch Fremdenverkehr, 1956, S. 11.

Der Fremdenverkehr im Hohen Westerwald ist stark saisonbedingt und konzentriert sich vor allem auf die Monate Mai bis Oktober (Abb. 6). Während Marienberg im Sommerhalbjahr 1964 61 029 Übernachtungen zählte, waren es im vorangegangenen Winterhalbjahr nur 13 733. Die beachtliche Zahl von 4175 Ausländer-Übernachtungen im Jahre 1964 kommt durch das seit 1951 bestehende Europahaus zustande, welches das ganze Jahr über internationale Studententagungen und Jugendwochen veranstaltet.

Die Jahreszeit hat auch einen erheblichen Einfluß auf die Dauer der Erholungs- und Kuraufenthalte. Während die Gäste im August, d. h. in der Hochsaison, durchschnittlich 11 Tage in Marienberg bleiben, verweilen sie im Januar nur 5 Tage. Um eine möglichst gleichmäßige Ausnutzung der Bettenkapazität zu erreichen, schließen zahlreiche Fremdenheime langfristige Verträge mit größeren auswärtigen Firmen ab.

Die kürzliche Eröffnung zweier ganzjährig geöffneter Kneipp-Kurheime und eines Badehauses, die seit 1966 bestehende staatliche Anerkennung Marienbergs als Badeort sowie die Bemühungen, auch als Wintersportplatz bekannt zu werden, unterstreichen nicht nur die Bedeutung der Stadt als größter Fremdenverkehrsort des Hohen Westerwaldes, sondern werden auch in zunehmendem Maße dazu beitragen, den Besucherstrom gleichmäßiger über das ganze Jahr zu verteilen.

Während der Ausflugsverkehr an den Wochenenden und Sonntagen hauptsächlich von den größeren Städten der näheren Umgebung ausgeht (Siegen, Bonn, Neuwied, Koblenz), kommen die Urlauber, die für längere Zeit bleiben, vorzugsweise aus dem Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet.

Neben den traditionellen Fremdenverkehrsorten des Hohen Westerwaldes erfreuen sich seit einigen Jahren die Campingplätze am Heisterbacher Weiher und an der Krombachtalsperre, die erst 1948 errichtet wurde, steigender Beliebtheit (Bild 4).

Der Tourismus brachte nicht nur den direkt in diesem Gewerbe beschäftigten Hoteliers, Gastwirten, Privatvermietern und Angestellten neue Verdienstmöglichkeiten, sondern kam darüber hinaus auch allen übrigen Gewerbebezweigen der Kurorte zugute. Er erhöhte den Konsum und Umsatz im örtlichen Geschäftsleben und führte zur Erweiterung bereits bestehender Unternehmen (Lebensmittelgeschäfte, Verkehrsbetriebe, Geldinstitute) sowie zur Eröffnung neuer (Andenkenläden, Fachgeschäfte). Mit der steigenden Zahl der Gäste ging der Ausbau der Fremdenverkehrsorte Hand in Hand, wovon wiederum das örtliche Bauhandwerk profitierte. Die allgemeine Belebung des lokalen Wirtschaftskreislaufes erhöhte das Steueraufkommen und damit die Wirtschaftskraft der Gemeinden ganz erheblich.

## *2. Die Ansiedlung neuer Industrien nach 1945*

Abgesehen von der Gewinnung und Verarbeitung der eben erwähnten Bodenschätze gab es bis 1945 kaum irgendwelche Industrie im Hohen Westerwald. Der Mangel an Arbeitsmöglichkeiten führte nach Überwindung der elenden Nachkriegsjahre zunehmend zur Wiederaufnahme der traditionellen Arbeitsplätze im Siegerland und im Dilltal. 43 % der nichtlandwirtschaftlichen Erwerbspersonen waren 1950 Auspendler, die täglich mehr oder weniger große Entfernungen zurücklegten

mußten, um zu ihren meist außerhalb des Hohen Westerwaldes gelegenen Arbeitsplätzen zu gelangen<sup>30</sup>. Dieser Pendlerverkehr bewirkt aber, abgesehen von dem beträchtlichen individuellen Mehraufwand an Zeit, Kraft und Geld, auch eine spürbare Vernachlässigung der nebenberuflich betriebenen Landwirtschaft.

Der Arbeitsort profitiert in zweifacher Weise von den Pendlern: einmal gelangt er durch ihre Arbeitskraft zu höheren Gewerbesteueereinnahmen, und zum anderen zieht er zum Nachteil der Heimatgemeinden einen Teil des verdienten Lohnes an sich.

Die zunehmende Konzentration der gewerblichen Wirtschaft in engumgrenzten Räumen rings um den Hohen Westerwald (Siegerland, Neuwieder Becken, Kannenbäckerland, Dilltal) führte in der Vergangenheit nicht nur zu einem wachsenden sozio-ökonomischen Gefälle von den Rändern des Westerwaldes zum Zentrum hin, sondern muß in Zukunft auch mit progressiv steigenden Kosten erkaufte werden. Es handelt sich hierbei insbesondere um die sog. Sozialen Kosten (social costs), die für Infrastrukturmaßnahmen in den Ballungsgebieten aufzuwenden sind. Sie werden nicht vom einzelnen Haushalt und Industriebetrieb, sondern von der Gemeinschaft als ganzer getragen. Es hat sich gezeigt, daß diese Aufwendungen überdurchschnittlich hoch sind<sup>31</sup>. Aus diesem Grunde sind sowohl die Regierung als auch die Industrie selbst seit einiger Zeit an einer gewissen industriellen Dezentralisierung interessiert.

Derartige Überlegungen führten 1958 zur Aufnahme des Oberwesterwaldkreises in das „Regionale Förderungsprogramm des Bundes“ und 1959 zur Einbeziehung der Stadt Marienberg in das „Entwicklungsprogramm für zentrale Orte in ländlichen Gebieten“.

Ziel der Förderungsmaßnahmen ist es, durch die Ansiedlung neuer und Erweiterung bereits bestehender Industriebetriebe die Wirtschaftskraft des Kreises, die vor 10 Jahren noch weit unter dem Bundesdurchschnitt lag, zu steigern<sup>32</sup>. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner betrug z. B. 1957 im Oberwesterwaldkreis nur 1840 DM, wogegen es in Rheinland-Pfalz 3300 und in der Bundesrepublik 4230 DM erreichte<sup>33</sup>.

Als Anreiz wurden ansiedlungs- und ausbauwilligen Betrieben der Industrie und des Handwerks vorteilhafte Darlehen, Zinszuschüsse und Bürgschaften eingeräumt. Die auf diese Weise durch Bund und Land an den Oberwesterwaldkreis gewährten Finanzierungshilfen beliefen sich von 1948–1963 auf fast 17 Millionen DM<sup>34</sup>.

Die in den letzten 15 Jahren erzielten Erfolge in der Industrialisierung des Hohen

---

<sup>30</sup> Diese sowie alle folgenden statistischen Angaben sind, wenn nicht anders vermerkt, den Gemeindestatistiken 1949/50 bzw. 1960/61 von Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein-Westfalen entnommen.

<sup>31</sup> DAMS, T.: *Industrieansiedlung in ländlichen Entwicklungsräumen*, 1957, S. 106. MÜLLER, G.: *Großstädtische Ballung und „social costs“*. In: *Inf. d. Inst. f. Raumforschung*, Bd. 13, 1963, S. 121 ff.

<sup>32</sup> Bundeswirtschaftsministerium: *Entwicklungsprogramm für zentrale Orte...*, Juni 1959.

<sup>33</sup> PILLEP: *Wirtschaft des Oberwesterwaldkreises*, 1964, unveröffentlicht.

<sup>34</sup> PILLEP: *Ebd.*

Westerwaldes sind allerdings nicht nur auf diese öffentlichen Hilfsmaßnahmen zurückzuführen. Eine wichtige Rolle spielte auch das anfänglich große Angebot an Arbeitskräften, das in der Zwischenzeit weitgehend ausgeschöpft wurde. Für die landwirtschaftlichen Klein- und Kleinstbetriebe des Untersuchungsgebietes war schon immer der überdurchschnittlich hohe Arbeitskräftebesatz charakteristisch, der wesentlich zur Unrentabilität der Landwirtschaft beitrug.

Erleichtert wurde die Ansiedlung neuer Industrien auch durch den kräftig vorangetriebenen Ausbau des Straßennetzes, durch die großzügige Bereitstellung geeigneter Baugrundstücke seitens der Gemeinden (z. B. Marienberg, Rennerod, Hof), und nicht zuletzt spielte auch die private unternehmerische Initiative eine entscheidende Rolle.

Da die Wirtschaftskraft der Gemeinden beim gegenwärtigen Finanzsystem hauptsächlich vom Gewerbesteueraufkommen abhängt, waren natürlich viele Orte an der Errichtung von Industriebetrieben interessiert. Eine allzu breite Streuung der Unternehmen und ihre Verteilung bis ins letzte Dorf ist aber volkswirtschaftlich nicht zu vertreten und wäre auch wegen der hohen Erschließungskosten gar nicht möglich<sup>35</sup>. Deshalb mußte es das Ziel der regionalen Planungsbehörden in Westerburg, Altenkirchen und Dillenburg sein, einen Ausgleich zu schaffen zwischen räumlicher Verteilung und örtlicher Konzentration.

Als künftige Entwicklungsschwerpunkte kamen vor allem solche Orte in Frage, welche auf Grund ihrer Verkehrslage, ihrer wirtschaftlichen oder administrativen Bedeutung bereits für ihr Umland zentralörtliche Funktionen erfüllten, wie z. B. Marienberg, Höhn-Urdorf oder Rennerod. An zweiter Stelle wurden solche Orte berücksichtigt, die zwar bisher noch keinerlei derartige Funktionen besaßen, aber ihrer Lage nach geeignet erschienen, in Zukunft als Arbeitsort eines kleineren Umlandes zu dienen<sup>36</sup> (z. B. Weitfeld, Oberdreisbach, Hof, Driedorf, Unnau und Mademühlen).

Die Abbildung 7 vermittelt einen Überblick über die bis 1945 im Hohen Westerwald vorhandenen und seither neu errichteten Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten. Ihre Zahl stieg bis 1964 von 40 auf 90 und hat sich also mehr als verdoppelt. Die genaue Zahl der hier Beschäftigten ist leider nicht zu ermitteln, da sie im Einzelfall der statistischen Geheimhaltungspflicht unterliegt. Sie dürfte sich aber nach eigenen Schätzungen ebenfalls mehr als verdoppelt haben.

Bei den einzelnen Industriezweigen ergaben sich im Vergleich zu 1945 interessante Veränderungen, die auf eine Umstrukturierung der gewerblichen Wirtschaft schließen lassen (Tab. 3).

---

<sup>35</sup> KUHNEN, F.: Agrargebiete als Industriestandorte, 1958, S. 217.

<sup>36</sup> Landesplanung Hessen: Vorläufiger Raumordnungsplan für das Land Hessen, 1959.

Tab. 3 Die Entwicklung der einzelnen Industriezweige im Hohen Westerwald von 1945 bis 1964<sup>1</sup>

Industriezweig	Zahl der Betriebe mit zehn und mehr Beschäftigten	
	1945	1964
Steine und Erden	16 (4) <sup>2</sup>	19 (2)
Holz	8	17
Metall	5 (1)	34 (5)
Bergbau und Energie	2 (2)	–
Nahrungsmittel	2	3 (1)
Baustoffe	2	3
Textil	1	6
Chemie	1	4
Sonstige	3	4
Gesamtzahl	40	90

<sup>1</sup> Zusammengestellt nach Angaben der Kreisverwaltungen.

<sup>2</sup> Zahl der Betriebe mit 100 und mehr Beschäftigten.

Während vor dem Krieg die Hälfte aller Betriebe der Grundstoffindustrie angehörte, war es 1964 nur noch ein Viertel. Zum weitaus bedeutendsten Industriezweig ist in der Zwischenzeit die Metallverarbeitung geworden, deren Produktion von der Herstellung einfacher Kapseln (Höhn-Urdorf) und Schrauben (Roth) bis zum Bau hochwertiger Maschinen und Apparate (Marienberg) reicht.

Einen bedeutenden Zuwachs hatte auch die Holzindustrie zu verzeichnen, besonders an den walddreichen Rändern im Westen und Osten. Zu den bereits vorhandenen Möbelfabriken in Norcken und Unnau kamen zwei neue in Marienberg und Erbach hinzu, so daß nun in diesem Raum der Schwerpunkt der gesamten Holzverarbeitung liegt.

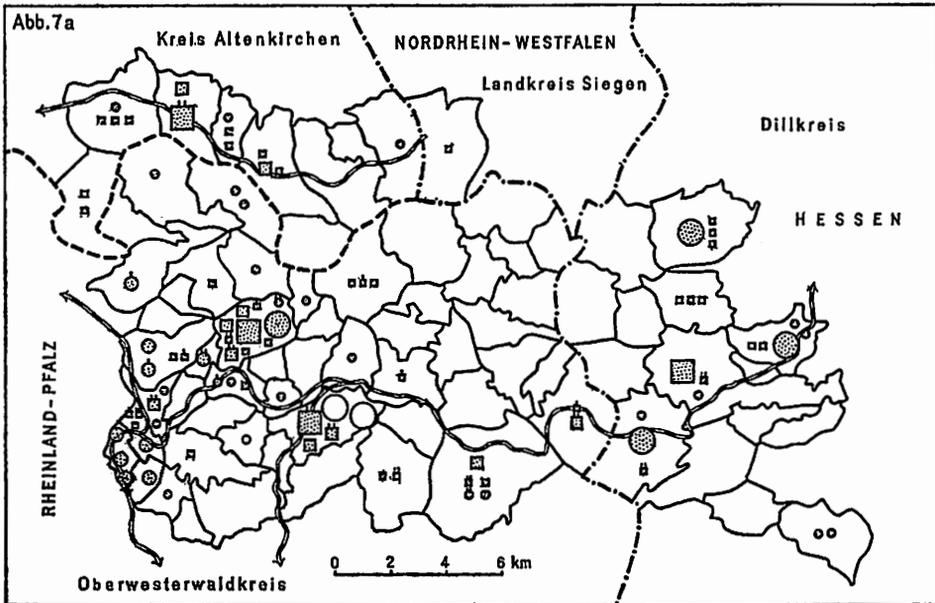
Eine beträchtliche Ausweitung erfuhr auch die Textilindustrie, die vor allem in Marienberg, Rennerod und Höhn-Urdorf Fuß faßte und den vergleichsweise höchsten Prozentsatz an weiblichen Beschäftigten aufweist.

Die räumliche Verteilung der Industriebetriebe im Hohen Westerwald läßt deutlich die alten und neuen Schwerpunkte der gewerblichen Tätigkeit hervortreten sowie eine gewisse Branchensortierung erkennen:

Mit dem Erlöschen des Braunkohlenbergbaus in Höhn und dem Wirksamwerden des „Entwicklungsprogramms für zentrale Orte“ wurde die Stadt Marienberg zum Mittelpunkt der gewerblichen Wirtschaft. Die Basaltindustrie, die hier 1950 noch eindeutig im Vordergrund stand, ist in ihrer Bedeutung längst vom Maschinen- und Apparatebau sowie von der Textilindustrie überflügelt worden. Ein eindrucksvolles Zeichen des wirtschaftlichen Aufschwunges ist die Entwicklung des gemeindlichen Gewerbesteueraufkommens, das sich von 69 000 DM im Jahre 1955 auf 240 000 DM im Jahre 1961 erhöhte<sup>37</sup>. Rechnet man die beiden kleinen Nachbargemeinden Zinhain und Langenbach noch zum Marienberger Gebiet, dann arbeiteten hier 1961 16 % aller in Industrie und Handwerk Beschäftigten des Hohen Westerwaldes.

<sup>37</sup> Nach Angaben der Stadtverwaltung.

Die Industriebetriebe des Hohen Westerwaldes vor und nach 1945  
(Stand 1964)



Zeit der Betriebsgründung:

- ⊙ vor 1945
- ⊞ 1945-1964
- ⊠ nach 1945 aufgelöste Betriebe

Zahl der Beschäftigten:

- 10-40 Beschäftigte
- ⊞ 40-100 Beschäftigte
- ⊠ 100-550 Beschäftigte

Anteil der weiblichen Beschäftigten:

- 0-33%
- ⊞ 33-66%
- ⊠ 66-100%

— Eisenbahnlinie

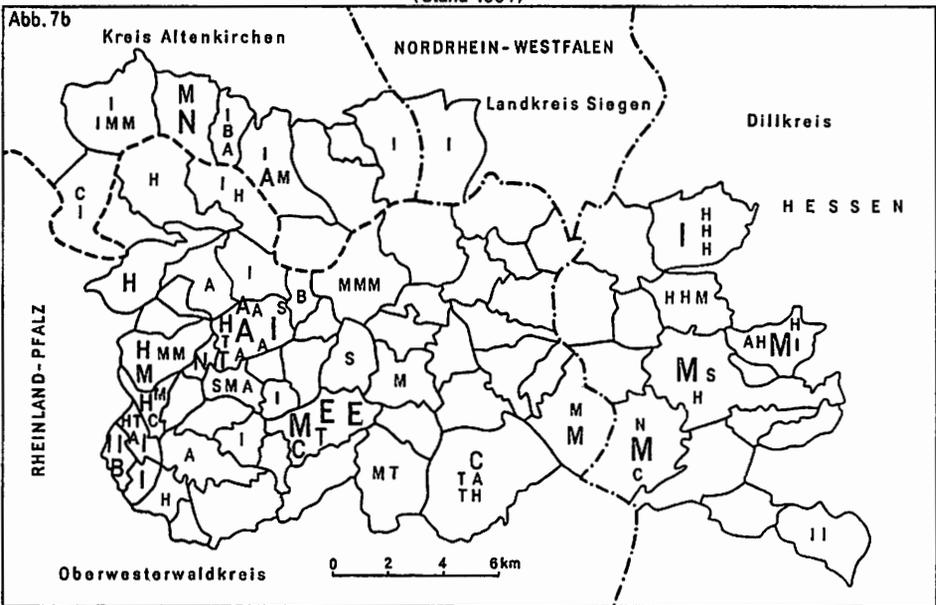
Quellen: Unveröff. Unterlagen 1. der Stat. Landesämter in Bad Emn. u. Wiesbaden; 2. der Landratsämter in Westerburg u. Dillenburg; 3. der Amtsverwaltung in Gebhardshain u. Daden.

Nach Marienberg ist Höhn-Urdorf auch heute noch ein wichtiger Industriestandort, da es gelang, den durch Stilllegung der Braunkohlengrube bedingten Verlust an Arbeitsplätzen durch die Ansiedlung einer Metallwarenfabrik, eines Textil- und eines Kunststoffbetriebes (Bild 5) in etwa wieder auszugleichen. Die Zahl der im Ort Beschäftigten nahm nur geringfügig um 8% zu (1950: 545; 1961: 596). 1961 arbeiteten hier 9% aller in Industrie und Handwerk Beschäftigten.

Von etwa gleich großer Bedeutung ist die traditionelle Basaltindustrie der drei „steinreichen“ Gemeinden Büdingen, Enspel und Stockum. Erbach kann wirtschaftsgeographisch ebenfalls diesem Raum zugezählt werden, zumal es baulich langsam mit Büdingen zusammenwächst. Die einseitige Abhängigkeit vom Basalt versuchte man nach 1950 durch die Ansiedlung von Holz- und Textilindustrie zu lockern. Die Zahl der hier Beschäftigten erhöhte sich um 37% (1950: 654; 1961: 896).

Auch in Roth (Dillkreis) war bereits vor 1945 der Grundstein für eine spätere Industrialisierung gelegt. Eine hier ansässige Schraubenfabrik entwickelte sich nach dem Krieg zum größten Industriebetrieb des Hohen Westerwaldes mit zur Zeit etwa 500 Beschäftigten.

Die Industriebetriebe des Hohen Westerwaldes vor und nach 1945  
(Stand 1964)



- I Industrie der Steine und Erden
- M Metallwarenindustrie
- A Apparate- und Maschinenbau
- H Holzindustrie
- E Energie und Bergbau

- N Nahrungsmittelindustrie
- T Textilindustrie
- B Baustoffindustrie
- C Chemische Industrie
- S sonstige Industrien

Quellen: Unveröff. Unterlagen  
 1. der Stat. Landesämter in Bad Ems u. Wiesbaden,  
 2. der Landratsämter in Westerburg u. Dillenburg;  
 3. der Amtsverwaltung in Gebhardshain u. Daaden

Als neue Industriestandorte sind zu nennen: Rennerod (Kunststoffe, Textilien), Weitfeld (Süßwaren, Metallwaren), Driedorf, Mademühlen, Unnau und Rehe (Metallwaren) sowie Friedewald (Maschinenbau).

Die in den letzten 20 Jahren erzielten Fortschritte bei der Schaffung von nicht-landwirtschaftlichen Arbeitsplätzen kommen deutlich in der Berufsstatistik zum Ausdruck (Tab. 4).

Nach diesen beachtenswerten Erfolgen in der Neuansiedlung und im Ausbau industrieller Unternehmen nach 1945 ist das Arbeitskräftepotential des Hohen Westerwaldes im großen und ganzen erschöpft. Bei Betriebsgründungen in neuester Zeit hat sich gezeigt, daß ein zunehmender Mangel an Arbeitskräften besteht, der in vielen Fällen nur durch die Einstellung von Gastarbeitern (Italiener, Spanier, Jugoslawen) behoben werden konnte. Außerdem wurde die Erfahrung gemacht, daß die Arbeitnehmer nicht in dem erwarteten Maße bereit waren, ihre entfernten Arbeitsplätze ohne weiteres gegen näher liegende einzutauschen. Aus persönlichen und finanziellen Gründen waren die alten Bindungen vielfach stärker.

Bei der regionalen Verbreitung der neu angesiedelten Industrien fallen zwei Tatsachen auf (Abb. 7): erstens weisen fast nur solche Gemeinden einen überdurch-

schnittlichen Zuwachs auf, die über einen Eisenbahnanschluß verfügen (siehe Linie Marienberg–Rennerod–Driedorf), und zweitens ist der zentrale Hochwesterwald das einzige Gebiet, das bisher vollkommen frei von Industrie geblieben ist.

Tab. 4 Die Zahl der außerhalb der Landwirtschaft Beschäftigten in neun Gemeinden des Hohen Westerwaldes 1950 und 1961

	Zahl der nichtlandwirtschaftl. Beschäftigten <sup>1</sup>		Zunahme	
	1950	1961	absolut	relativ
Marienberg	719	1296	577	80%
Roth	249	539	290	116%
Rehe	94	238	144	153%
Unnau	225	358	133	59%
Weitefeld	71	355	284	400%
Mademühlen	82	201	119	145%
Rennerod	473	588	115	24%
Erbach	126	223	97	77%
Stockum	106	187	81	76%

<sup>1</sup> Gemeindestatistiken 1949/50 und 1960/61 der Bundesländer Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

### 3. Die Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur der Gemeinden

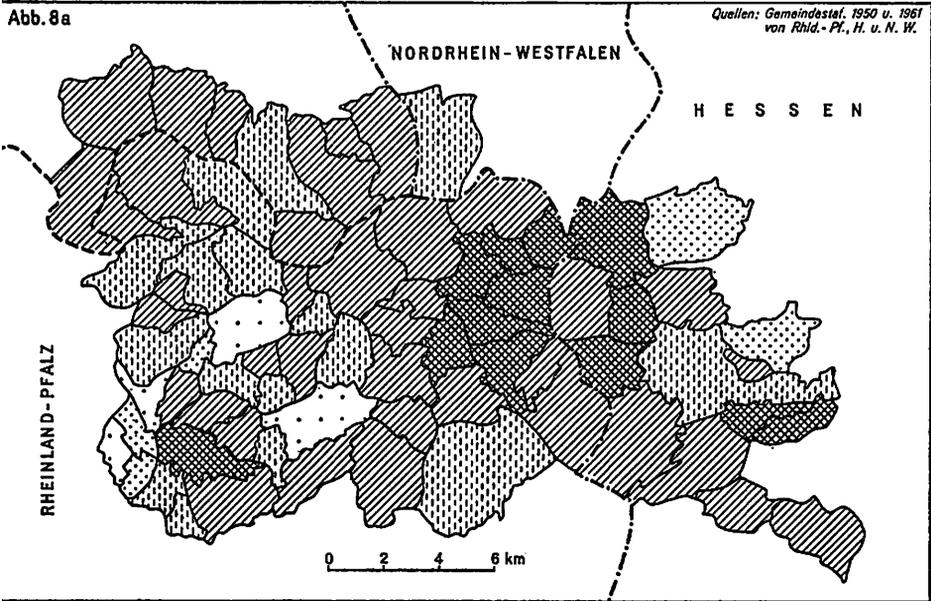
Die mit privater Initiative und staatlicher Hilfe erzielten Fortschritte in der Beschaffung nichtlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze spiegeln sich in der beachtlichen Zunahme der Beschäftigten. Ihre Zahl stieg im gesamten Untersuchungsgebiet von 6371 im Jahr 1950 auf 9128 im Jahr 1961, d. h. um 43 %.

Die außergewöhnlich starke Abwanderung von der Landwirtschaft zur Industrie – die Zahl der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen sank von 1950–1961 um 38 % – hatte zur Folge, daß die neu geschaffenen Arbeitsplätze bei weitem nicht ausreichten, die freiwerdenden Kräfte in der Nähe ihrer Wohngemeinden unterzubringen. Wenngleich sich infolgedessen der Anteil der Auspendler an allen nichtlandwirtschaftlichen Erwerbspersonen von 1950–1961 von 43 % auf 62 % erhöhte, so sank doch wenigstens der Anteil derer, die Arbeitsplätze außerhalb des Untersuchungsgebietes aufsuchen müssen, von 34 % auf 32 %.

Die „Karte der wirtschaftlichen Gemeindetypen“ (Abb. 8) zeigt, in welchem Maße die jüngste Industrialisierung die Wirtschaftsstruktur der Gemeinden beeinflusst und gewandelt hat. Entscheidend für die Zuordnung der Orte zu einem der fünf wirtschaftlichen Typen war der prozentuale Anteil, den die landwirtschaftlichen Erwerbspersonen an der Zahl aller im Ort Arbeitenden hatten. Die Gegenüberstellung der Verhältnisse von 1950 und 1961 ergibt aufschlußreiche Veränderungen (Tab. 5).

Als erstes fällt die allgemeine Tendenz zur „Vergewerblichung“ auf, die lediglich im zentralen Hohen Westerwald im Raum um Willingen sowie in zwei kleineren Gebieten um Dreisbach und Münchhausen bisher noch nicht wirksam wurde. Die

Die Wirtschaftsstruktur der Gemeinden des Hohen Westerwaldes 1950  
(Wirtschaftliche Gemeindetypen)



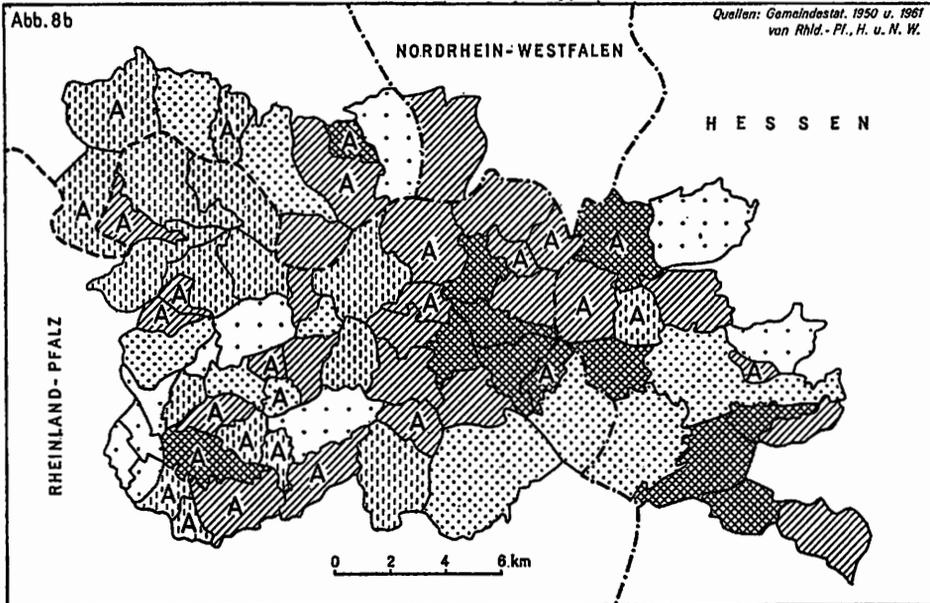
Von den am Ort Arbeitenden waren in der Landwirtschaft tätig:	Wirtschaftsstruktur der Gemeinden:
< 20%	gewerblich orientierte Gemeinden
20-40%	gewerblich orientierte Gemeinden mit schwächerem landwirtschaftlichen Einschlag
40-60%	landwirtschaftlich orientierte Gemeinden mit stärkerem gewerblichen Einschlag
60-80%	landwirtschaftlich orientierte Gemeinden mit schwächerem gewerblichen Einschlag
80% und mehr	landwirtschaftlich orientierte Gemeinden

Tab. 5 Wirtschaftliche Gemeindetypen 1950 und 1961

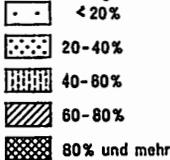
	Zahl der Gemeinden	
	1950	1961
1. gewerblich orientierte Gemeinden	4	10
2. gewerblich orientierte Gemeinden mit landwirtschaftlichem Einschlag	5	10
3. landwirtschaftlich orientierte Gemeinden mit stärkerem gewerblichen Einschlag	16	17
4. landwirtschaftlich orientierte Gemeinden mit schwächerem gewerblichen Einschlag	38	27
5. landwirtschaftlich orientierte Gemeinden	13	12

größte Entwicklungsdynamik läßt die Mehrzahl der Gemeinden des Kreises Altkirchen erkennen, besonders Weitfeld, Friedewald und Emmerzhausen. Ebenso stürmisch entwickelten sich im SO Rehe und Mademühlen, etwas langsamer im SW die Gemeinden zwischen den traditionellen gewerblichen Schwerpunkten Marienberg, Enspel und Höhn-Urdorf.

Die Wirtschaftsstruktur der Gemeinden des Hohen Westerwaldes 1961  
(Wirtschaftliche Gemeindetypen)



Von den am Ort Arbeitenden waren in der Landwirtschaft tätig:



Wirtschaftsstruktur der Gemeinden:

- |   |
|---|
| gewerblich orientierte Gemeinden  |
| gewerblich orientierte Gemeinden mit schwächerem landwirtschaftlichen Einschlag |
| landwirtschaftlich orientierte Gemeinden mit stärkerem gewerblichen Einschlag   |
| landwirtschaftlich orientierte Gemeinden mit schwächerem gewerblichen Einschlag |
| landwirtschaftlich orientierte Gemeinden  |

In den durch A gekennzeichneten Gemeinden sind 50-71% aller Erwerbspersonen Auspendler.  
(1950 keine, 1961 28 Gemeinden)

Am Wandel der Wirtschaftsstruktur der Gemeinden wird deutlich sichtbar, daß die jüngste wirtschaftliche Erschließung des Hohen Westerwaldes vorwiegend von den Rändern und dem einzigen zentralen Schwerpunkt, Marienberg, ausgeht.

## B. Die Veränderungen in der Landwirtschaft

Wenn auch der Wert der agraren Produktion im Hohen Westerwald im Gegensatz zu früheren Zeiten heute nur noch einen Bruchteil der gewerblich-industriellen Wertschöpfung darstellt, so ist die Landwirtschaft nach wie vor die kulturlandschaftsprägende Dominante. Aber die Art und Weise, nach der sie jahrhundertlang das Bild der Gemarkungen und Siedlungen formte, hat sich in den letzten Jahrzehnten als Ausdruck eines tiefgreifenden Rationalisierungsprozesses gewandelt.

Wir beginnen mit einem Blick auf die Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe, untersuchen im folgenden die jüngsten Veränderungen in der Bodennutzung sowie in der Viehhaltung und kommen schließlich zu den Auswirkungen der staatlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur.

### 1. Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe

Die große Zahl kleiner und kleinster landwirtschaftlicher Betriebe ist eine Folge der Realteilung. Da man bestrebt ist, jeden Erbberechtigten nicht nur mit der gleichen Zahl an Besitzstücken, sondern auch mit der gleichen Bodenqualität abzufinden, werden die einzelnen Parzellen oft nochmals in mehrere Stücke unterteilt. Das führte natürlich im Laufe der Zeit zu einer unheilvollen Bodenzersplitterung.

Schon 1562 erließ die nassauische Regierung Gesetze, welche eine weitere Aufteilung unter eine bestimmte Mindestgröße verhindern sollten<sup>38</sup>. Zusammenlegungen, wie z. B. die von 1820–1908 durchgeführten Nassauischen Konsolidationen, sollten eine Besserung in die Wege leiten, hatten aber nur einen vorübergehenden Erfolg, da weiter aufgeteilt wurde. Fast alle hessischen Gemeinden des Hohen Westerwaldes sind kurz vor oder nach 1945 zum zweitenmal bereinigt worden<sup>39</sup> (Abb. 9).

#### a) Zahl und Größe der Betriebe

Eine direkte Folge der Realteilung ist die im Verhältnis zur landwirtschaftlichen Nutzfläche relativ große Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe, wobei Zwerg- und Kleinbetriebe vorherrschen.

Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe mit einer Wirtschaftsfläche von 0,5 ha und mehr betrug in den 76 Gemeinden des Hohen Westerwaldes:

1939 <sup>40</sup>	: 5285
1949	: 5305
1960	: 4364 <sup>41</sup>

Die Angaben zeigen, daß sich im Vor- und Nachkriegsbestand kaum eine Änderung ergab. Ein kräftiger Rückgang um 18 % (= 941 Betriebe) setzte erst nach 1949 ein. Diese rückläufige Entwicklung ist heute noch in vollem Gang und dürfte in den letzten fünf Jahren eher stärker als schwächer geworden sein. Die Kriegs- und Nachkriegsjahre wirkten mit der Rationalisierung aller Lebensmittel sozusagen betriebserhaltend; die Zahl stieg sogar leicht an.

Die Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse nach der Währungsreform 1948 und der politischen Lage nach Gründung der Bundesrepublik 1949 wurden zu

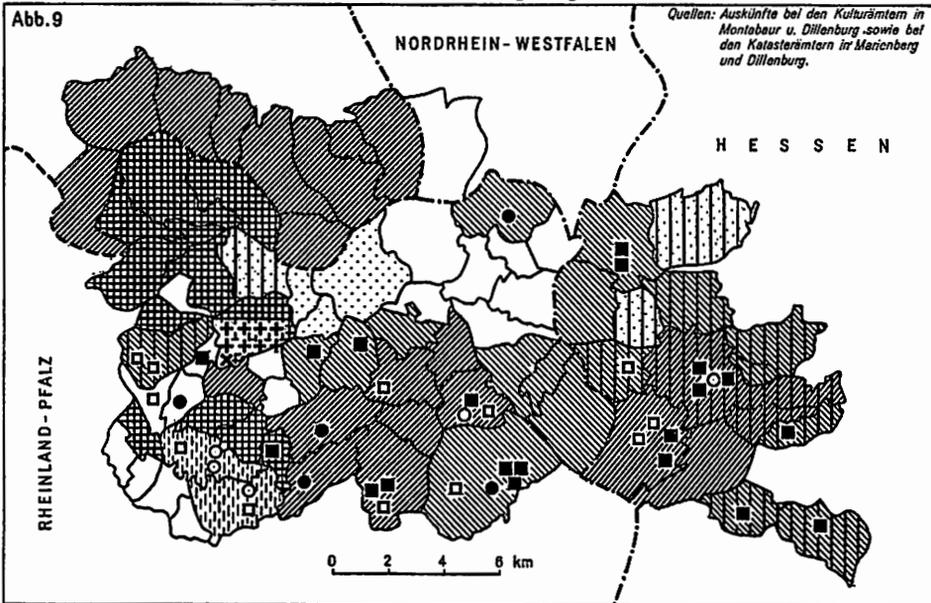
<sup>38</sup> WAGNER, E.: a.a.O., S. 41.

<sup>39</sup> Nach Unterlagen beim Kulturrat Dillenburg.

<sup>40</sup> Einschließlich der forstwirtschaftlichen Betriebe, die aber kaum ins Gewicht fallen.

<sup>41</sup> Diese und alle folgenden statistischen Angaben zu den landw. Betrieben sind den Gemeindestatistiken 1949/50 bzw. 1960/61 der zuständigen drei Bundesländer entnommen.

## Stand der Flurbereinigung und ländlichen Siedlungstätigkeit im Hohen Westerwald (1965)



### Flurbereinigung:

- durchgeführt von 1820 - 1908 (Konsol.)
- durchgeführt von 1920 - 1939
- durchgeführt von 1948 - 1965
- im Gange
- in Planung
- bisher nicht erfolgt

### Ländliche Siedlungstätigkeit 1948 - 1965:

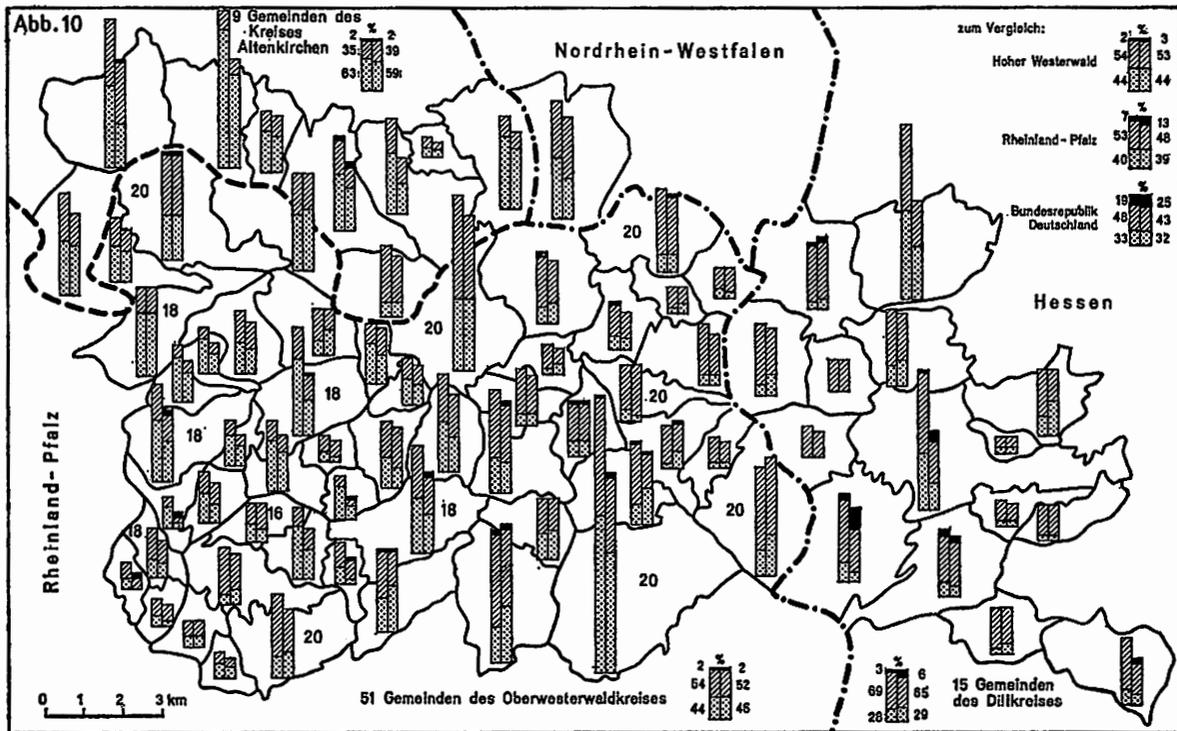
- Aussiedlung durchgeführt
- Aussiedlung geplant bzw. im Gange
- Neusiedlung durchgeführt
- Neusiedlung geplant bzw. im Bau
- Nebenerwerbsstelle errichtet (Flüchtling)
- Gärtnerstelle errichtet (Flüchtling)

einem Wendepunkt. Von der wiederaufblühenden Industrie durch bessere Löhne und Arbeitsbedingungen angelockt, gaben seither viele kleine Landwirte ihre Betriebe auf. Diese Entwicklung vollzog sich in den einzelnen Teilen des Hohen Westerwaldes in unterschiedlichem Ausmaß und steht offenbar in einem direkten Verhältnis zur Entfernung von der Industrie (Abb. 10). (Statistische Angaben auf Gemeindebasis siehe Tabelle A im Anhang.)

Die neun zum nördlichen Untersuchungsgebiet gehörenden Gemeinden des Kreises Altenkirchen liegen den Industriestandorten an Sieg (Siegen, Eiserfeld, Betzdorf) und Heller (Herdorf) am nächsten und sind von dort auch verkehrsmäßig am günstigsten zu erreichen. So war hier der Anreiz zur Aufgabe der Landwirtschaft besonders wirksam. Die Zahl der Betriebe verringerte sich um 25 %.

Ähnlich liegen die Verhältnisse in den 15 zum östlichen Untersuchungsraum gehörenden Ortschaften des Dillkreises. Hier wirkte sich die Anziehungskraft der im Dilltal ansässigen Industrie aus (Haiger, Dillenburg, Herboren, Sinn), so daß die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe um 19 % zurückging.

# Die zahlen- und größenmäßige Entwicklung der landwirtschaftl. Betriebe in den Gemeinden des Hohen Westerwaldes von 1949-1960



- Betriebe mit 10 ha.u. mehr
- Betriebe mit 2-10 ha
- Betriebe mit 0,01- 2 ha

**Quellen:**  
 1. Gemeindestat. 1949/50 u. 1960/61 v. Rhld.- Pf., H. u. N. W.  
 2. Stat. Jahrb. f. d. B. R. D. 1964  
 3. Unveröff. Unterlagen z. agrarstr. Rahmenpl. in Rhld.- Pf. 1964

In den 51 zum Oberwesterwaldkreis gehörenden Gemeinden des Hohen Westerwaldes war der Rückgang mit 15 % am geringsten, da die größere Entfernung von den Orten mit gewerblichen Beschäftigungsmöglichkeiten die Abwendung von Landwirtschaft hemmte.

Innerhalb der drei genannten Räume sind natürlich die Verhältnisse von Ort zu Ort sehr verschieden. So steht einem Rückgang um 63 % in Erbach eine Zunahme von 9 % in Rehe gegenüber.

Im allgemeinen läßt sich feststellen, daß die Gemeinden die größten Abgänge aufweisen, welche am stärksten industrialisiert sind, wie z. B. Marienberg, Breitscheid, Driedorf und Weitefeld. Daneben spielen andere Gründe, wie schlechte natürliche Voraussetzungen für die Landwirtschaft oder ungünstige Betriebsgrößenstruktur, eine untergeordnete Rolle. Dafür sind die Gemeinden Waigandshain und Rabenscheid im zentralen Hohen Westerwald, wo sich die Zahl der Höfe sogar erhöhte, ein gutes Beispiel.

Je nach dem Maß der auf- bzw. abbauenden Tendenzen kann man alle Orte des Untersuchungsgebietes in vier Gruppen einteilen. Zieht man die Grenze zwischen schwachem und starkem Abbau bei -18 %, dem durchschnittlichen Rückgang, dann ergibt sich folgendes Bild:

- |                                    |                                 |
|------------------------------------|---------------------------------|
| 1. Gemeinden mit schwachem Aufbau: | 7 (z. B. Rehe, Waigandshain)    |
| 2. stagnierende Gemeinden:         | 3 (z. B. Weißenberg, Neustadt)  |
| 3. Gemeinden mit schwachem Abbau:  | 37 (z. B. Bach, Münchhausen)    |
| 4. Gemeinden mit starkem Abbau:    | 29 (z. B. Großseifen, Derschen) |

Die jüngsten regionalen Veränderungen veranschaulicht Tab. 6.

Auffallendstes Merkmal der Entwicklung ist die Abnahme der Betriebe mit weniger als 10 ha LN um 18 % und die Zunahme der Betriebe mit mehr als 10 ha um 15 %. (Dabei ist zu berücksichtigen, daß in den Angaben für 1949 unter der Rubrik „10 ha und mehr“ auch eine Anzahl forstwirtschaftlicher Betriebe enthalten ist, die 1960 nicht mehr mitgezählt wurden.)

Es ist jedoch festzustellen, daß der Zugang an mittleren und größeren Betrieben nicht ganz den gleichzeitigen Abgängen in den unteren Größenklassen entspricht. Das heißt mit anderen Worten: die aus der Landwirtschaft ausscheidenden Bauern waren nicht immer gewillt, ihr Land ohne weiteres an aufstockungswillige Kollegen abzugeben. Die Folge davon war ein dauernd zunehmendes Brachfallen von ehemals landwirtschaftlich genutzten Flächen.

Zwei Weltkriege und zwei Geldentwertungen in einem Menschenalter haben verständlicherweise das Vertrauen der Bevölkerung in die Wertbeständigkeit des Geldes erschüttert und gezeigt, daß Landbesitz, und mag er auch klein sein, immer noch die sicherste Wertanlage darstellt, zumal er in Hungerzeiten die Grundlage einer wenigstens teilweisen Selbstversorgung darstellen kann.

Die Betriebsgrößenstruktur und ihre jüngste Entwicklung lassen einige charakteristische regionale Unterschiede erkennen. Verhältnismäßig am größten waren die Veränderungen zwischen 1949 und 1960 wieder in den nördlichen und östlichen Teilen des Hohen Westerwaldes (Abb. 10; statistische Angaben auf Gemeindebasis siehe Tabelle A im Anhang).

Die 9 Gemeinden des Kreises Altenkirchen heben sich von allen übrigen deutlich

Tab. 6 Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebsgrößen im Hohen Westerwald von 1949 bis 1960<sup>1</sup>

LN (ha)		0,001–2 <sup>2</sup>	% <sup>3</sup>	2–10	%	10 und mehr <sup>4</sup>	%	Betriebe insgesamt
51 Gemeinden des Oberwesterwaldkreises	1949	1 498	44	1 824	54	64	2	3 386
	1960	1 305	46	1 497	52	60	2	2 862
	±	– 13%		– 18%		– 6%		– 15%
9 Gemeinden des Kreises Altenkirchen	1949	520	63	290	35	14	2	824
	1960	363	59	238	39	13	2	614
	±	– 30%		– 18%		– 7%		– 25%
15 Gemeinden des Dillkreises	1949	273	28	679	69	26	3	978
	1960	229	29	511	65	49	6	789
	±	– 16%		– 25%		+ 50%		– 19%
Hoher Westerwald <sup>5</sup>	1949	2 349	44	2 850	54	106	2	5 305
	1960	1 939	44	2 303	53	122	3	4 364
	±	– 17%		– 19%		+ 15%		– 18%

<sup>1</sup> Gemeindestatistik 1949/50 und 1960/61 der beteiligten Bundesländer (nur landwirtschaftliche Betriebe mit 0,5 ha Wirtschaftsfläche und mehr).

<sup>2</sup> 1960: 0,01–2 ha LN.

<sup>3</sup> Prozentualer Anteil an allen landwirtschaftlichen Betrieben.

<sup>4</sup> 1949 einschließlich der forstwirtschaftlichen Betriebe (das ist der Grund für die teilweise rückläufige Entwicklung in dieser Größenklasse).

<sup>5</sup> Einschließlich der Gemeinde Lippe, Landkreis Siegen.

durch den hohen Anteil zwergbäuerlicher Höfe mit weniger als 2 ha LN ab. Ihre Zahl macht zwar nach wie vor weit mehr als die Hälfte aller Betriebe aus, hat sich jedoch um 30 % verringert.

Die zum Dillkreis gehörenden Gemeinden sind eindeutig kleinbäuerlich strukturiert. Die Zahl der Betriebe mit 2–10 ha LN nahm um 25 % ab<sup>42</sup>. Die mittelgroßen Höfe mit 10–20 ha konnten ihre Zahl verdoppeln und ihren Anteil an allen Betrieben von 3 auf 6 % steigern. Die Bemühungen um eine Verbesserung der Betriebsgrößenstruktur haben demnach hier bisher ihren deutlichsten Erfolg zu verzeichnen.

Die zum Oberwesterwaldkreis gehörenden Gemeinden sind im Bereich des zentralen Hohen Westerwaldes kleinbäuerlich, im W und S dagegen zwergbäuerlich. Beide Größenklassen weisen einen durchschnittlichen Rückgang um 15 % auf.

### b) Neben- und Vollerwerbsbetriebe

Die landwirtschaftlichen Betriebe des Hohen Westerwaldes erreichen, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht die Größe einer Ackernahrung. Hierunter versteht OTREMBÄ diejenige im Eigenbesitz befindliche Menge Landes einschließlich aller Dauernutzungsrechte, die unabhängig von der allgemeinen Wirtschaftslage genügt, ohne irgendeinen Nebenerwerb den standesgemäßen Unterhalt einer 6–7-köpfigen Familie zu gewährleisten und die ordnungsgemäße Führung des Betriebes zu sichern<sup>43</sup>.

PLENGE nimmt noch 1898 für den Hohen Westerwald 5 ha als das Minimum an, „mit dem sich bei ortsüblicher bescheidener Lebenshaltung eine Familie durch ausschließlichen Betriebe der Landwirtschaft ernähren kann“<sup>44</sup>.

Die heute vom Rheinland-Pfälzischen Landwirtschaftsministerium empfohlenen „Richtgrößen“ für Familienbetriebe liegen je nach Bodenqualität und den lokalen Verhältnissen zwischen 16 und 20 ha (Abb. 10). In den günstiger gelegenen Gemeinden des Nistertales, wie Langenbach, Zinhain oder Hahn, betragen sie z. B. 16, in den zentralen, höchsten Gemeinden, wie Willingen und Bretthausen, 20 ha.

Je nachdem, welchen Anteil die Einkünfte aus landwirtschaftlicher oder gewerblicher Arbeit am gesamten Jahreseinkommen der Familie haben, kann man im Hohen Westerwald im großen und ganzen drei Betriebsarten unterscheiden:

1. Nebenerwerbsbetriebe, die dadurch gekennzeichnet sind, daß mehr als die Hälfte des Familieneinkommens durch Arbeit außerhalb des Hofes verdient wird und daß keine Arbeitskraft ständig zur Verfügung steht;

<sup>42</sup> Abweichend von der üblichen Klassifizierung, welche die Höfe von 5–10 ha schon als mittelbäuerlich bezeichnet, sollen sie im Hohen Westerwald zu den kleinbäuerlichen Betrieben gerechnet werden, da sie ausnahmslos weit unter der Größe einer Ackernahrung liegen. Die Bezeichnung „mittelbäuerlich“ bleibt dadurch den Betrieben mit 10–20 ha vorbehalten, die in ihrer Mehrzahl wirklich selbständige, vollbäuerliche Existenzen darstellen.

<sup>43</sup> Problem der Ackernahrung, 1938, S. 5.

<sup>44</sup> Westerwälder Hausierer und Landgänger, 1898, S. 16.

2. Zuerwerbsbetriebe, die zwar mehr als die Hälfte des Familieneinkommens erbringen, aber doch eine zusätzliche außerbetriebliche Beschäftigung erforderlich machen und schließlich
3. Vollerwerbs- oder Familienbetriebe, die in der Lage sind, als ausschließliche Existenzgrundlage für eine Familie zu dienen und in denen ständig mindestens eine Arbeitskraft verfügbar ist.

Es ist sehr schwierig, die einzelnen Betriebsarten durch konkrete Zahlenangaben gegeneinander abzugrenzen, da die Übergänge von einer Gruppe zur anderen fließend sind und es nicht möglich ist, die Einkommens- und Arbeitsverhältnisse in jedem einzelnen Fall zu überprüfen. Einen gewissen Anhaltspunkt für die Einordnung bietet jedoch die Betriebsgröße, da es hauptsächlich von ihr abhängt, ob und in welchem Maß ein außerlandwirtschaftlicher Verdienst notwendig wird; aber die statistischen Angaben über die Betriebsgrößenklassen sind irreführend, da sie nicht den Anteil des einzelnen Betriebs an der Gemeindefläche berücksichtigen. Gerade er bildet aber besonders in den Dörfern des zentralen, höchsten Westerwaldes noch heute die Grundlage der Großviehhaltung und erhöht die statistisch ausgewiesenen Betriebsgrößen um ein Drittel <sup>45</sup>.

Unter diesen Einschränkungen und Vorbehalten kann angenommen werden, daß von den im Jahre 1949 gezählten 5305 landwirtschaftlichen Betrieben (mit einer Wirtschaftsfläche von 0,5 ha und mehr) mindestens 80 % Nebenerwerbsbetriebe waren. Höchstens 5 % erreichten die obengenannten Ackernahrungszahlen von 16–20 ha und konnten dementsprechend als Vollerwerbsbetriebe bezeichnet werden.

Die nebenberufliche Landbewirtschaftung ist weithin das charakteristische Kennzeichen der Agrarstruktur des Hohen Westerwaldes. Sie entstand sozusagen als Kompromiß zwischen der Notwendigkeit eines außerlandwirtschaftlichen Hauptverdienstes und den Möglichkeiten eines auf eigenem Boden erwirtschafteten Nebenverdienstes. Nach dem Ersten Weltkrieg und in viel stärkerem Maße nach dem Zweiten, haben sich die Voraussetzungen für den landwirtschaftlichen Nebenberuf grundlegend geändert. Die von der Industrie gezahlten Löhne sind nach 1948 so gestiegen, daß die Notwendigkeit eines landwirtschaftlichen Nebenverdienstes heute nicht mehr so groß ist wie in früheren Jahren.

Hinzu kommt, daß die Arbeit in der Industrie immer mehr die ganze Arbeitskraft der Betroffenen erfaßt und im Gegensatz zu früher keine Rücksicht mehr auf besondere Wünsche von Nebenerwerbslandwirten genommen wird (z. B. Urlaub zur Heuernte und dergl.). Praktisch bleiben ihnen für alle Arbeiten auf dem Feld und im Stall nur die Feierabendstunden, so daß man treffenderweise von „5-Uhr-Bauern“ spricht.

Diese Umstände führten zunächst zu einer bedeutenden Mehrarbeit für Frauen

---

<sup>45</sup> MEIMBERG, P.: Untersuchungen über die Bewirtschaftung ertragsarmer Grünlandflächen in Hessen, 1959, S. 58.

und Kinder, später zu einer Einschränkung und heute teilweise bereits zur gänzlichen Aufgabe der Nebenerwerbslandwirtschaft.

Der allmähliche Abbau zeigt sich vor allem im Rückgang der Viehhaltung und in der zunehmenden Verbreitung der Sozialbrache, worauf an anderer Stelle ausführlicher eingegangen werden soll. Der mit dem Rückgang der Großviehhaltung einhergehende Wegfall der Arbeitstiere wurde in den Nebenerwerbsbetrieben durch die Anschaffung von Traktoren mit vielseitigen Verwendungsmöglichkeiten ausgeglichen. Daß der hohe Anschaffungspreis dieser Fahrzeuge und sonstiger moderner Maschinen oft in keinem Verhältnis zu ihrer Rentabilität steht, zeigt, daß die nebenberufliche Arbeit in der Landwirtschaft heute teilweise die Formen eines Hobbys, einer nützlichen Freizeitbeschäftigung angenommen hat.

Im Vordergrund steht im allgemeinen nicht mehr eine direkte Verbesserung der Existenzgrundlage durch Verkauf landwirtschaftlicher Produkte, sondern eine indirekte Verbesserung durch mehr oder weniger vollständige Selbstversorgung mit Grundnahrungsmitteln.

Wenn die augenblickliche Wirtschaftskonjunktur mit Vollbeschäftigung und industrieller Expansion weiter anhält, ist der bisherige Rückgang der landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetriebe im Hohen Westerwald erst der Anfang eines Umschichtungsprozesses, der auf eine zahlen- und größenmäßige Zunahme der Vollerwerbsbetriebe hinausläuft.

Dieser „Sortierungsvorgang“ spielt sich vor allem bei den kleinbäuerlichen Betrieben mit 2–10 ha LN ab, die A. RUPP treffend als Kümmerbetriebe bezeichnet<sup>46</sup>. Da sie für eine Bewirtschaftung nach Feierabend zu groß sind, werden die meisten von ihnen nach und nach bis auf eine Größe verkleinert, die den zeitlichen Möglichkeiten sowie den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Landwirts und seiner Familie entspricht<sup>47</sup>.

Viele von ihnen sinken unter die Grenze von 0,5 ha Wirtschaftsfläche und werden zu sog. Feierabendstellen oder Heimstätten, die nicht mehr als landwirtschaftliche Betriebe im engeren Sinne bezeichnet werden können. Ihre geringe Größe gestattet keine Großviehhaltung, vielfach werden überhaupt keine Nutztiere mehr gehalten.

Es ist anzunehmen, daß die meisten der 941 landwirtschaftlichen Betriebe, die von 1949 bis 1960 eingingen, zu dieser Gruppe zu rechnen sind, da sich die abbauenden Landwirte nur in den seltensten Fällen dazu entschließen können, das ganze Land abzugeben. Die Zahl dieser Feierabendstellen, die 1949 bereits 1958 betrug (= 37 % der echten landwirtschaftlichen Betriebe), dürfte mit weiter voranschreitendem Abbau der Nebenerwerbsbetriebe noch ansteigen.

Der Einsatz von Maschinen und die Anwendung rationeller Arbeitsmethoden gestatten aber auch die nebenberufliche Bewirtschaftung größerer Flächen, wobei sich die 2-ha-Grenze als eine markante Trennungslinie herauszubilden scheint. In den meisten Gemeinden nahm die Zahl der Betriebe mit 2–10 ha stärker ab als die der

<sup>46</sup> Das Problem der landwirtschaftlichen Kümmerbetriebe . . . , 1944.

<sup>47</sup> KUHNEN, F.: Zur Frage der Betriebsgröße in der nebenberuflichen Landwirtschaft, 1959.

Größenordnung 0,5–2 ha. Wie am Beispiel der Gemeinden Dreisbach, Oellingen und Waldaubach deutlich zu sehen ist, sank der Anteil der Kleinbetriebe zugunsten der Zwergbetriebe (Abb. 10).

Das durch den landwirtschaftlichen Abbau freigewordene Land wurde zum großen Teil an aufstockungswillige Landwirte verkauft oder verpachtet, die hierdurch ihre Höfe zu mittel- oder gar großbäuerlichen Vollerwerbsbetrieben mit 15 – 25 ha LN ausbauen konnten. Allein in Rennerod entstanden auf diese Weise in der Zeit von 1962–1965 fünf Familienbetriebe (siehe „Bodennutzungskarte des Hohen Westerwaldes“).

Ihr Anteil an allen landwirtschaftlichen Betrieben machte 1949 nur etwa 2 % aus, stieg bis 1960 auf rund 3 % und dürfte heute (1965) bei 5 % liegen. Nach der Ansicht P. MEIMBERGS sollte dieser Wert jedoch mindestens 25 % betragen<sup>48</sup>. Das ist bisher nur in zwei Gemeinden der Fall: in Mademühlen und Erbach.

Um den Bestand der Familienbetriebe zu sichern und vor allem um ihre ungeteilte Weitergabe bei Erbfolge oder Besitzwechsel zu gewährleisten, wurde in Anlehnung an das Erbhofgesetz von 1933 mit Gesetz vom 7. 10. 1953 die sog. Höfeordnung erlassen<sup>49</sup>. Eintragungsfähig in die Höferolle sind alle landwirtschaftlichen Betriebe, welche die Größe einer Ackernahrung bereits aufweisen oder durch Aufstockung unschwer erreichen können. Diese Betriebe, zu welchen praktisch alle Neu- und Aussiedlerhöfe gehören, sind dem besonderen Schutz des Staates unterstellt und genießen spezielle Förderung (z. B. Vollstreckungsschutz, Befreiung von der Grunderwerbssteuer in den ersten fünf Jahren sowie Bereitstellung zinsgünstiger Kredite).

### c) Die Betriebsformen

Ein niederschlagreiches, rauhes Mittelgebirgsklima mit einer nur kurzen Vegetationszeit und dazu ein überwiegend schwerer, oft unter Staunässe leidender Basaltverwitterungsboden haben in der Landwirtschaft des Hohen Westerwaldes von jeher die Grünlandnutzung in den Vordergrund gestellt. Wiesen und Weiden nehmen etwa drei Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche und über die Hälfte der Gesamtfläche ein.

Auch der Anbau auf den Feldern richtet sich zum großen Teil nach den Bedürfnissen der Viehwirtschaft. Angebaut werden vor allem Hafer und Kartoffeln, die je ein Viertel der gesamten Ackerfläche ausmachen, ferner Roggen, Weizen, Gerste und Futterrüben. Die Ernteerträge dienen vorwiegend dem Eigenverbrauch oder werden an das Vieh verfüttert.

Diesen Gegebenheiten entsprechend dominierte bisher unter den Betriebsformen der Typ des nebenberuflich bewirtschafteten Futterbaubetriebes ganz eindeutig. Bemerkenswert war der verhältnismäßig hohe Rinderbestand in den kleinen und kleinsten Betrieben. Der Grund hierfür lag in der Verwendung des Rindes als Milch-

<sup>48</sup> A.a.O., S. 83.

<sup>49</sup> Staatszeitung von Rheinland-Pfalz, 1953, 39,3.

u n d Arbeitstier. Da immer nur zwei Kühe ein Gespann bilden können, gab es kaum Betriebe mit nur einem Rind.

Die Milchleistung der Tiere war natürlich durch ihre Spanndienste erheblich herabgesetzt und unterdurchschnittlich. Die Haltung von Kühen ausschließlich zur Milchgewinnung spielte praktisch überhaupt keine Rolle. Nur in größeren Betrieben gab es auch Rindermast. Hier wurde im allgemeinen das Jungvieh im Frühjahr angekauft und nach dem sommerlichen Weidegang als Schlachtvieh wieder veräußert <sup>50</sup>.

Der in Anbetracht der kleinen Betriebsgrößen relativ hohe Rindviehbestand war nur möglich durch die Nutzung der Gemeindeweiden. Sie bilden auch heute noch für die meisten viehhaltenden Betriebe das Rückgrat der Sommerfütterung. Außer diesen Gemeindeweiden gab es bis 1945 kaum irgendwo eingezäunte Standweiden.

Die Wiesen, deren Anteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche immer noch über 40 % ausmacht, dienten der Heugewinnung und bildeten somit betriebswirtschaftlich gesehen die Grundlage für die Winterfütterung.

Brachliegende Wiesen, verwahrloste Gemeindeweiden und die bedeutend kleiner gewordenen Herden, die der Dorfhirte abends nach Hause treibt, zeigen den Wandel, den die Betriebsformen in den Jahren nach 1950 durchgemacht haben.

Lag die Grenze zwischen viehhaltenden und nichthaltenden Betrieben nach dem Krieg im großen und ganzen noch bei ungefähr 1 ha LN, so hat sie sich seither dauernd nach oben verschoben und dürfte heute bei 3 ha liegen. Damit hat sich die Zahl der Viehhalter beträchtlich verringert. Der Rinderbestand sank von 1948 bis 1964 um 30 % <sup>51</sup>.

Für diese Entwicklung gibt es mehrere Gründe: Die Kuhhaltung ist heute keine unbedingte Voraussetzung mehr für die Sicherung der Selbstversorgung. Durch die Verbesserung der Einkommensverhältnisse ist die nebenberufliche Viehhaltung unrentabel geworden und wird immer mehr als Last empfunden, die auf Kosten der Freizeit geht. Schließlich aber, und das ist vielleicht der wichtigste Grund, ist die Arbeitskraft des Rindes weitgehend durch Traktoren ersetzt worden.

Während der Bestand an Rindern insgesamt also beträchtlich zurückgegangen ist, hat sich die Zahl der Kühe, die ausschließlich der Milchgewinnung dienen, vervielfacht.

Eine neue Betriebsform, die in optimaler Weise geeignet ist, sowohl die natürlichen Gegebenheiten des Hohen Westerwaldes als auch die bestehenden Marktchancen auszunutzen, setzt sich mehr und mehr durch: der intensive Mähweidebetrieb mit reiner Milchviehhaltung oder kombiniert mit Rindermast. Dieser Typ ist heute vor allem in den flurbereinigten Gemeinden, wie Rennerod, Hellenhahn, Liebenseid oder Mademühlen anzutreffen, da für eine rationelle Bewirtschaftung arrondierter Grundbesitz Voraussetzung ist.

---

<sup>50</sup> DOMMERMUTH, A.: Die landwirtschaftlichen Betriebsformen im Westerwald..., 1940, S. 3.

<sup>51</sup> Allgemeine Viehzählungen 1948 und 1964 in Rheinland-Pfalz, Hessen und NRW.

Tab. 7 Betriebsspiegel eines modernen mittelbäuerlichen Familienbetriebes im südlichen Hohen Westerwald<sup>1</sup>

Arbeitskräfte:	2,0 AK (Arbeitskräfte)	
Betriebsgröße:	Eigenland	19,5 ha
	Pachtland	5,2 ha
	Betriebsfläche	24,7 ha
Nutzflächenverhältnis:	ausschließlich Gründlandnutzung	
Viehbestand:	7 Milchkühe	7 GVE
	3 tragende Rinder	3 GVE
	3 einjährige Rinder	1,8 GVE
	6 Mastbullen	3,6 GVE
	3 Kälber	0,6 GVE
		16,0 GVE
		(= 64 GVE/100 ha)
	1000 Hühner	
Maschinen:	1 Schlepper	
	1 Melkmaschine	
	1 Düngestreuer	
	1 Heuwender	

<sup>1</sup> Zusammengestellt nach unveröffentlichten Unterlagen der Landsiedlung Rheinland-Pfalz.

Tab. 8 Betriebsspiegel eines modernen mittelbäuerlichen Familienbetriebes im östlichen Hohen Westerwald<sup>1</sup>

Arbeitskräfte:	2,2 AK (Arbeitskräfte)		
Betriebsgröße:	18 ha		
Nutzflächenverhältnis:	ha	% LN	
	Ackerland	6,3	35
	Wiese	5,4	30
	Weide	6,3	35
Anbauverhältnis:	Weizen	1,00	16
	Roggen	0,70	11
	Gerste	0,55	8,7
	Hafer	1,20	19
	Menggetreide	0,35	5,5
	Getreide insgesamt	3,80	60,2
	Kartoffeln	1,15	18,3
	Futterrüben	0,80	12,7
	Hackfrüchte insgesamt	1,95	31,0
	Klee, -gras	0,30	4,8
Futtermais	0,25	4,0	
	Feldfutter	0,55	8,8
Viehbestand:	2 Pferde		
	8 Kühe		
	8 Rinder		
	5 Schweine		
	16,1 GVE (= 89 GVE/100 ha)		

<sup>1</sup> Die zweckmäßigen landwirtschaftlichen Betriebsgrößen . . . des Dillkreises, 1958, S. 122.

Der spezialisierte Grünlandbetrieb hat gegenüber den gemischten Betriebsformen große Vorteile. Er umgeht die vielen Risiken, mit denen im Hohen Westerwald wegen der ungünstigen Klimalage jede Art von Ackerbau behaftet ist. Auf Grund seiner Spezialisierung benötigt er wenige Maschinen und Geräte. Die Absatzchancen für veredelte Milchprodukte und für Fleischwaren werden zudem, besonders im Hinblick auf die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, günstiger beurteilt als die für Ackererzeugnisse.

Die nach 1945 im Hohen Westerwald errichteten Betriebe dieser Art verfügen im allgemeinen über 10–20 ha Eigenland und bis zu 10 ha Pachtland, die von zwei Erwachsenen vollberuflich bewirtschaftet werden. Zu diesen ständigen Arbeitskräften können u. U. noch in der Familie lebende Kinder oder ältere Leute hinzukommen. Sie haben gewöhnlich 10–15 Milchkühe, 5–10 Stück Jungvieh, einige Mastbullen oder Kälber und sind in der Regel so angelegt, daß sie durch Zukauf oder Zupacht von Land 30 Großvieheinheiten (GVE) erreichen können. Da vielfach die gesamte LN als Grünland genutzt wird, kann kein Stroh für den Viehstall anfallen. Hier hat sich die strohlose Aufstallung bewährt, wobei der anfallende Flüssigmist, die sog. Gülle, zur Düngung der Weiden benutzt wird. Diese Methode stellt gleichzeitig eine Arbeitersparnis dar, da sie das Einbringen, Lagern und Einstreuen des Strohs überflüssig macht. Heu und Silage bilden die Grundlage für die winterliche Futtersversorgung. Das frische, im Frühjahr geschnittene Gras ist nicht mehr den Risiken der Bodentrocknung im Freien ausgesetzt, sondern wird mit Hilfe einer Klimaanlage im Heuturm getrocknet.

Die Tabellen 7 und 8 zeigen die Betriebsspiegel zweier moderner mittelbäuerlicher Familienbetriebe. Im ersten Beispiel handelt es sich um einen in den Jahren 1962/63 aus der Ortslage ausgesiedelten Renneroder Hof, der aus kleinsten Anfängen allmählich zu einem vollarrondierten Betrieb ausgebaut wurde. Das zweite Beispiel ist einer Arbeit von K. SCHÄFER entnommen, der 1958 die Frage nach den zweckmäßigen landwirtschaftlichen Betriebsgrößen für den östlichen, hessischen Teil des Hohen Westerwaldes untersuchte.

## *2. Die Änderungen in der Bodennutzung*

Die beträchtlichen Änderungen in der Zahl, Größe und Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe haben natürlich auch die Bodennutzung wesentlich beeinflusst (Tab. 9).

Zwischen 1950 und 1960 nahm die landwirtschaftliche Nutzfläche im Bereich des Hohen Westerwaldes um 4 % ab. Dieser Rückgang ist zur Hälfte durch den Bau des Truppenübungsplatzes Stegskopf bedingt, der in den Gemeinden Hof, Stein-Neukirch und Emmerzhausen die Abgabe von 496 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche notwendig machte. Die andere Hälfte ging zum größeren Teil durch Aufforstung und zum geringeren durch Bautätigkeit verloren. Diese rückläufige Entwicklung ist jedoch nicht für alle Gemeinden kennzeichnend, fast die Hälfte von ihnen hat sogar

Tab. 9 Die Veränderungen in der Bodennutzung des Hohen Westerwaldes von 1950 bis 1960<sup>1</sup>

		Ackerland <sup>2</sup>		Grünland		LN		Wald <sup>3</sup>	
		ha	% LN <sup>4</sup>	ha	% LN	ha	% Wf. <sup>5</sup>	ha	% Wf.
51 Gemeinden des Oberwesterwaldkreises	1950	3 456	29	8 329	71	11 797	61	5 080	26
	1960	2 692	24	8 458	76	11 174	58	5 468	28
	±	— 22%		+ 2%		— 5%		+ 8%	
9 Gemeinden des Kreises Altenkirchen	1950	900	42	1 235	58	2 139	46	1 547	33
	1960	857	38	1 407	62	2 270	49	1 592	34
	±	— 5%		+ 14%		+ 6%		+ 3%	
15 Gemeinden des Dillkreises	1950	1 361	28	3 671	72	5 033	59	2 945	34
	1960	1 156	26	3 550	74	4 716	55	3 159	36
	±	— 15%		— 3%		— 6%		+ 7%	
Hoher Westerwald <sup>6</sup>	1950	5 807	30	13 626	70	19 450	58	9 921	30
	1960	4 778	26	13 830	74	18 648	55	10 576	31
	±	— 18%		+ 1%		— 4%		+ 7%	

<sup>1</sup> Diese und alle folgenden Angaben zur Bodennutzung nach den Erhebungen von 1950 und 1960 in Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

<sup>2</sup> Einschließlich Gartenland.

<sup>3</sup> Die Waldflächen von Hof, Stein-Neukirch und Emmerzhausen wurden für 1960 in derselben Höhe angegeben wie 1950, da sie in der Zwischenzeit zum großen Teil an einen neuen Truppenübungsplatz fielen und statistisch nicht mehr erfaßt werden.

<sup>4</sup> Anteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche.

<sup>5</sup> Anteil an der Wirtschaftsfläche.

<sup>6</sup> Einschließlich der Gemeinde Lippe, Landkreis Siegen.

eine geringe Zunahme zu verzeichnen (Abb. 11). Sie ist vielmehr hauptsächlich für die gewerblichen Orte, wie Breitscheid (- 25 0/0), Marienberg (- 17 0/0) oder Driedorf (- 12 0/0) typisch (siehe Tab. B im Anhang).

#### a) Das Dauergrünland

Nach wie vor nimmt das Grünland den bei weitem größten Teil der landwirtschaftlichen Nutzfläche ein. Sein Anteil steigerte sich bei etwa gleichbleibender Fläche von 1950 bis 1960 von 70 auf 74 0/0, so daß mit Recht von einer Vergrünlandung gesprochen werden kann. Da es in seiner flächenmäßigen Ausdehnung auch den Wald um ein gutes übertrifft, gibt es schon rein optisch der Landschaft des Hohen Westerwaldes sein charakteristisches Gepräge (Abb. 12 und „Bodennutzungskarte des Hohen Westerwaldes“).

Die größte Zunahme erfuhr das Grünland in den 9 Gemeinden des Kreises Altenkirchen, wo sein Anteil von 62 0/0 an der LN trotzdem immer noch weit unter dem Durchschnitt liegt. Der Grund hierfür ist in der anders gearteten Betriebsgrößenstruktur zu suchen, die bei absoluter Vorherrschaft der Zwergbetriebe, niemals die Viehzucht eine so große Rolle hat spielen lassen wie im übrigen Hohen Westerwald.

Auffallend ist der hohe Grünlandanteil in den Gemeinden rund um die Fuchskaute. Während es hier 1950 nur 6 Dörfer mit einem Grünlandanteil von 80–90 0/0 gab, waren es 1960 bereits 13.

Die Wiesen. Auffallendstes Merkmal der Grünlandentwicklung von 1950 bis 1960 ist der Rückgang der Wiesen um 11 0/0 zugunsten der Weiden, deren Fläche

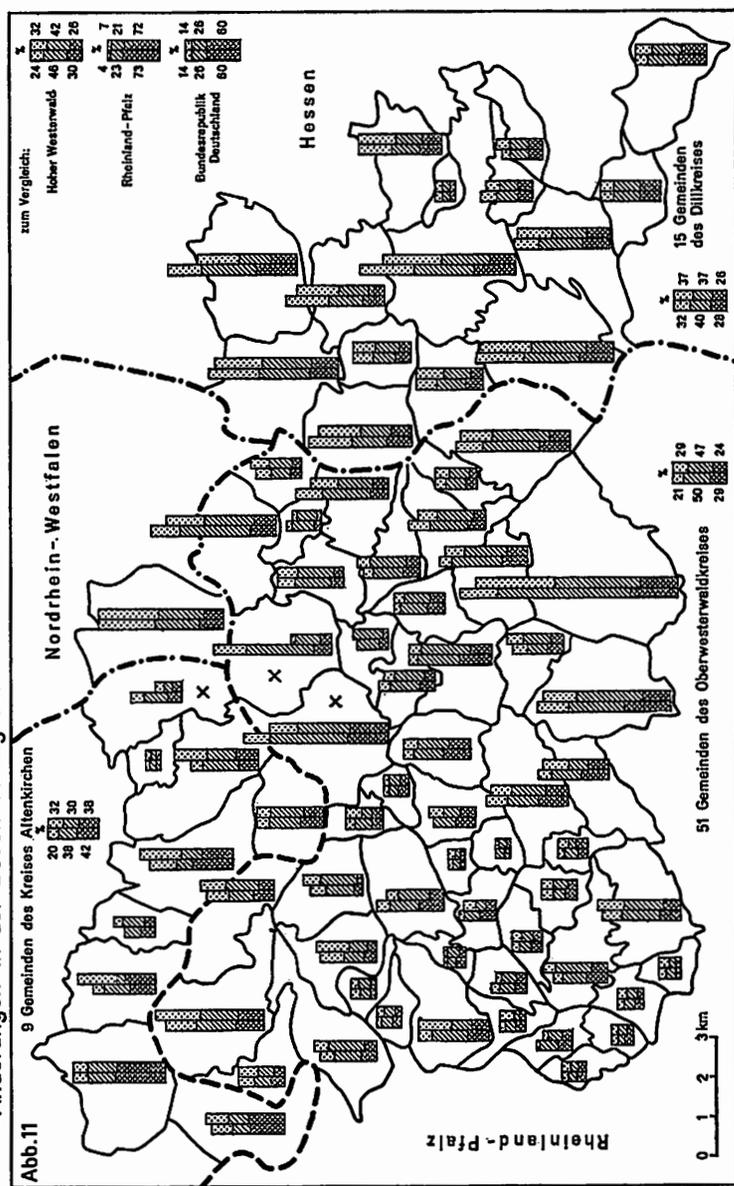
Tab. 10 Die Veränderungen der Wiesen- und Weidenflächen des Hohen Westerwaldes von 1950 bis 1960<sup>1</sup>

		Wiesen		Weiden	
		ha	% LN	ha	% LN
51 Gemeinden des Oberwesterwaldkreises	1950	5 851	50	2 478	21
	1960	5 221	47	3 237	29
	±	- 11%		+ 31%	
9 Gemeinden des Kreises Altenkirchen	1950	808	38	427	20
	1960	682	30	725	32
	±	- 16%		+ 70%	
15 Gemeinden des Dillkreises	1950	2 038	40	1 633	32
	1960	1 788	37	1 762	37
	±	- 12%		+ 8%	
Hoher Westerwald <sup>2</sup>	1950	8 873	46	4 753	24
	1960	7 871	42	5 959	32
	±	- 11%		+ 25%	

<sup>1</sup> Bodennutzungserhebungen 1950 und 1960.

<sup>2</sup> Einschließlich der Gemeinde Lippe, Landkreis Siegen

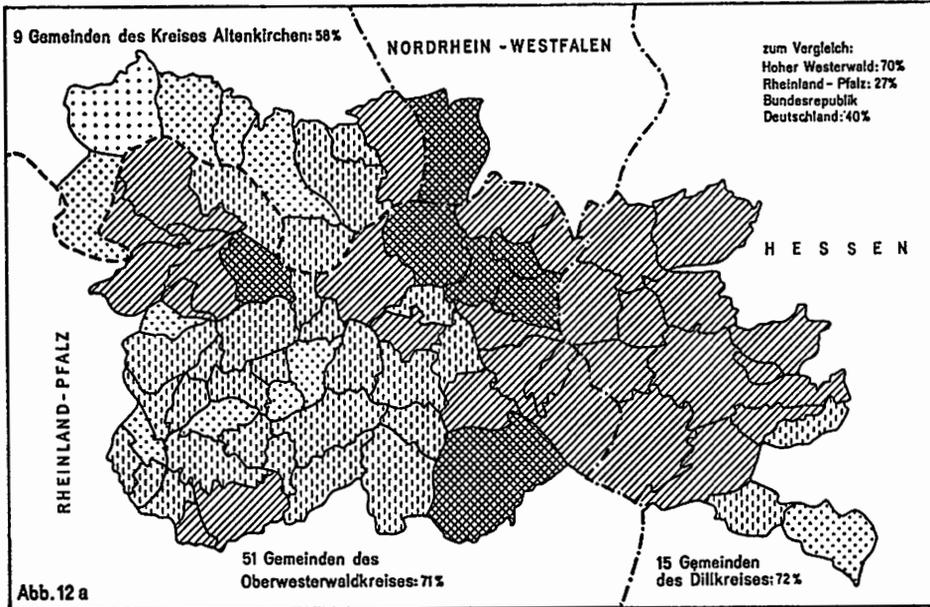
# Änderungen in der Bodennutzung der Gemeinden des Hohen Westerwaldes (1950 - 1960)



um ein Viertel zunahm. Dementsprechend sank zwar der Anteil der Wiesen an der landwirtschaftlichen Nutzfläche von 46 auf 42 %, er ist aber immer noch bedeutend größer als der Anteil der Weiden (32 %).

Wie die Tabelle 10 zeigt, ist der Rückgang der Wiesenflächen in allen Teilen des Hohen Westerwaldes etwa gleich stark gewesen. Von Gemeinde zu Gemeinde er-

Der prozentuale Anteil des Grünlandes an der landwirtschaftlichen Nutzfläche  
in den Gemeinden des Hohen Westerwaldes 1950



Legende vgl. Abb. 12b

geben sich allerdings größere Unterschiede, die zwischen einer Zunahme um 36 % (Langenbach b. Kirburg) und einer Abnahme um 72 % (Weitefeld) schwanken. (Statistische Angaben auf Gemeindebasis siehe Tabelle B).

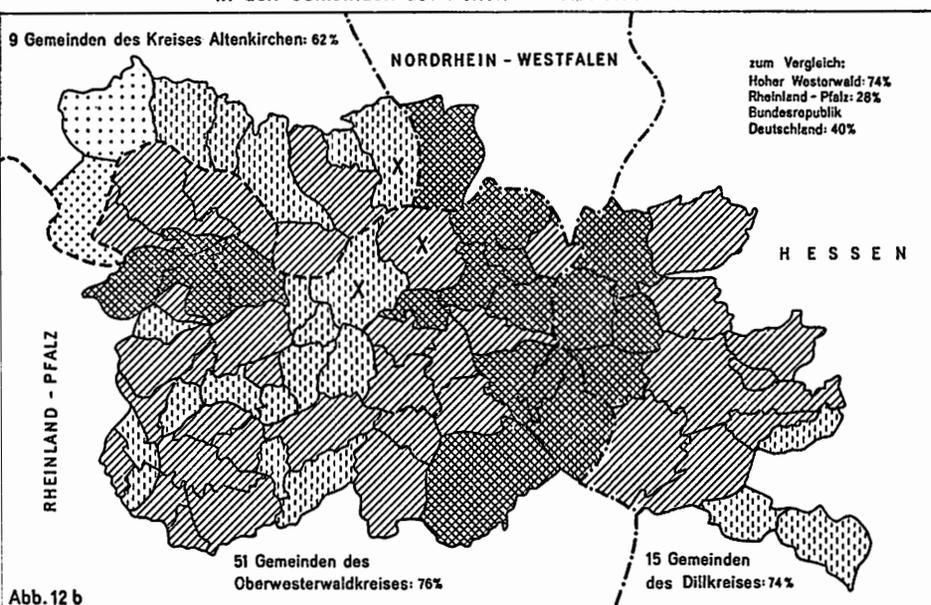
Die jüngsten Veränderungen im Umfang, in der Nutzung und Bedeutung der Wiesenflächen sollen im folgenden an Hand der „Karte der Bodennutzungsänderungen im Hohen Westerwald von 1943–1965“ genauer untersucht werden (Karte 2 der Beilage).

Im allgemeinen nehmen die Wiesen die feuchten Ursprungsmulden und Talgründe der Bäche ein, wie besonders der Lauf der Nister zwischen Willingen und Neustadt zeigt. Welche Bedeutung die Wiesen für die Landwirtschaft des Hohen Westerwaldes haben, geht nicht nur aus der Tatsache hervor, daß sie fast die Hälfte der gesamten Nutzfläche einnehmen, sondern zeigt sich auch in den vielen Verordnungen, welche die nassauische Regierung schon im 15. und 16. Jahrhundert erließ, um eine bessere Pflege der Wiesen sicherzustellen <sup>52</sup>.

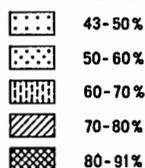
Der künstliche Wiesenbau mit Bewässerungswirtschaft spielte allerdings immer eine untergeordnete Rolle und erlangte niemals die weite Verbreitung und den hohen Stand wie im Siegerland (Bewässerungswiesen z. B. südwestlich Emmerichenhain und außerhalb des Blattes vor allem um Kirburg).

<sup>52</sup> MÜLLER, E.: Untersuchungen über Entwicklung und Wirtschaftlichkeit der kulturtechnischen Arbeiten in den Kreisen Marienberg . . ., 1934, S. 56.

Der prozentuale Anteil des Grünlandes an der landwirtschaftlichen Nutzfläche  
in den Gemeinden des Hohen Westerwaldes 1960



Der Anteil des Grünlandes an der landwirtschaftl. Nutzfläche



Die Angaben für die durch x gekennzeichneten  
Gemeinden sind für 1960 stark beeinträchtigt  
durch den Bau eines Truppenübungsplatzes

Quellen. 1. Unveröff. Ergebnisse der Bodennutzungsseh.  
1950 u. 1960 von Rhld.-Pf., H. u. N. W.  
2. Statistik der B. R. D., Bde 65 u. 262

Bei weitem die meisten Wiesen sind nach wie vor einschürig, besonders die etwas höhergelegenen, da sie in warmen Sommern unter Trockenheit leiden. Mangelnde Pflege, unzureichende Düngung sowie geringe Erträge sind die Kennzeichen ihrer ausgesprochen extensiven Nutzung. Die wenigen zweischürigen Wiesen finden sich vorzugsweise in feuchteren Lagen und in Dorfnähe. Nach dem ersten Schnitt wird vielfach Rindvieh aufgetrieben.

Einer rationellen Bewirtschaftung steht in den Gemeinden, die noch nicht flurbereinigt wurden (z. B. Bretthausen, Löhnfeld und Weißenberg), immer noch die Besitzersplitterung und der Flurzwang entgegen.

Die Karte zeigt deutlich, daß der starke Rückgang der Wiesen in erster Linie auf die Umwandlung in privates Weideland zurückzuführen ist (z. B. Nieder- und Oberroßbach). Hinzu kommen die Verluste durch Aufforstungsmaßnahmen (z. B. nördlich und östlich Rennerod, nordwestlich Waigandshain), durch die Einrichtung des Truppenübungsplatzes Stegskopf (Stein-Neukirch) sowie durch die Anlage von Stauseen (Krombachtalsperre und Waigandshainer Weiher).

Die Erweiterungen der Wiesenflächen, die einen Teil der Verluste ausgleichen,

gehen fast ausschließlich auf Kosten des Ackerlandes, vor allem soweit es im Bereich des ehemaligen Feldgraswechsellandes liegt (z. B. östlich Rennerod und südöstlich Salzburg). Dieses stellte bis vor wenigen Jahren mit seiner von Gewinn zu Gewinn wechselnden Mischung von Acker- und Wiesenparzellen, den sog. Trieschen, ein charakteristisches Merkmal der Kulturlandschaft des Hohen Westerwaldes dar und nahm einen beträchtlichen Teil der ganzen landwirtschaftlichen Nutzfläche ein (vgl. die Bodennutzungskartierung von E. WAGNER, 1943). Weit über die Hälfte des ehemaligen Wechsellandes ist in den letzten 15 Jahren in reine Dauerwiesen umgewandelt worden. Der Rest besteht zwar nach wie vor aus einem Gemisch von Acker- und Wiesenland, jedoch findet im allgemeinen kein periodischer Wechsel der Nutzung mehr statt. Eine genauere Untersuchung dieses Wandels soll einem späteren Kapitel vorbehalten bleiben (s. S. 65 ff.).

Die Verbreitung der seit 1943 hinzugekommenen Wiesen läßt überall gewisse Gesetzmäßigkeiten erkennen, die in einem direkten Zusammenhang mit der Entfernung vom Dorf und der Bodenqualität stehen. So liegen die neuen Wiesen durchweg an den Rändern der Gemarkungen bzw. Fluren (z. B. Hellenhahn und Rehe) oder nehmen die feuchteren, für den Ackerbau ungünstigen Lagen ein (Nistertal b. Emmerichenhain und Neustadt).

Die Weiden. Trotz der beträchtlichen Zugänge, welche die Wiesen durch den Rückgang der Trieschwirtschaft zu verzeichnen hatten, konnten sie ihren Anteil an der gesamten LN nicht halten, da viele in Weiden umgewandelt wurden. Der Bestand an Weideflächen nahm in der Zeit von 1950–1960 im ganzen Hohen Westerwald um ein Viertel zu, wodurch sich ihr Anteil an der LN von 24 auf 32 % erhöhte (siehe Tab. 10). Die Kartierung zeigt, daß dieser Wert in den letzten 5 Jahren weiter gestiegen ist.

Die Wachstumsrate war in den verschiedenen Teilen des Untersuchungsgebietes sehr unterschiedlich. Während sich das Weideareal in den 9 Gemeinden des Kreises Altenkirchen um 70 % vergrößerte, erreichte es in den 15 Gemeinden des Dillkreises nur 8 %. Der Grund für diese verschiedene Entwicklung ist darin zu sehen, daß die Dillkreisgemeinden bereits 1950 mit 32 % den höchsten Weideanteil im Hohen Westerwald erreichten und eine weitere Ausdehnung auf Grenzen stößt.

Es gibt im ganzen Untersuchungsgebiet nur sehr wenige Dörfer, deren Weideflächen sich verringerten (z. B. Norken und Bölsberg); in bedeutend mehr Fällen verdoppelte oder verdreifachte sie sich (z. B. Rennerod und Büdingen). (Statistische Angaben auf Gemeindebasis siehe Tabelle B).

Die heutigen Weide- und Hutungsflächen sind die kärglichen Überreste eines ehemals viel größeren Gemeindebesitzes an Weidegründen, der auch das Wiesenland im Bereich der Talböden umfaßte. Sie wurden ursprünglich in jedem Frühjahr stückweise als Heuwiesen an die Bauern verlost; später gingen diese Landstücke nach und nach für immer in privaten Besitz über<sup>58</sup>.

<sup>58</sup> MÜLLER: a.a.O., S. 69.

Charakteristisches Merkmal der Weidewirtschaft des Hohen Westerwaldes war die Nutzung der Hutungen durch zwei oder mehr berechnigte Gemeinden. Da diese sog. Koppelweiden Anlaß für viele Streitigkeiten gaben, wurde 1783 ihre Auflösung verordnet<sup>54</sup>, und übrig blieben die heutigen Gemeindeweiden (u. a. in Waldaubach, Willingen und Rabenscheid). Nur wenige Dörfer, wie z. B. Salzburg, gingen damals bei der Zuteilung leer aus.

Da diese Gemeindeweiden im ödesten Teil der Gemarkungen gelegen waren und darüber hinaus niemand etwas für ihre Pflege tat, befanden sie sich in einem jämmerlichen Zustand. Die vom Ende des vorigen Jahrhunderts bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges mit Hilfe des preußischen Staates durchgeführten Meliorationsarbeiten im Hohen Westerwald brachten vorübergehend eine wesentliche Verbesserung<sup>55</sup>. Schlechte Bodenverhältnisse, veraltete Nutzungsmethoden, der Mangel an Kapital und fehlendes Interesse der betreffenden Landwirte sind heute die wichtigsten Gründe für den allgemein schlechten Zustand und die geringe Leistungsfähigkeit der Gemeindeweiden. Nach der Ansicht von MEIMBERG ist z. B. im hessischen Teil des Hohen Westerwaldes augenblicklich nur gut die Hälfte aller statistisch ausgewiesenen Weideflächen für eine intensive Nutzung geeignet<sup>56</sup>.

Die „Bodennutzungskarte des Hohen Westerwaldes“ (Meßtischblatt Rennerod) zeigt den zentralen und höchsten Teil des Untersuchungsgebietes, der seit jeher die ausgedehntesten Weideflächen aufweist, besonders in der östlichen Blatthälfte zu beiden Seiten der Landesgrenze (Willingen, 1950: 30 % der LN; Waldaubach 43 %; Rabenscheid 38 %). Abgesehen von wenigen Ausnahmen (z. B. Homberg, Oberroßbach und Waigandshain) mußten alle Gemeindeweiden in den letzten 20 Jahren mehr oder weniger große Flächenverluste hinnehmen, die meistens durch Aufforstungsmaßnahmen bedingt waren (Liebenseid, Willingen und Bretthausen). In Hof und Stein-Neukirch gingen sie fast vollständig an den neuen Truppenübungsplatz verloren.

Bedeutender als der Flächenrückgang sind die Wandlungen der Nutzung; zwar überwiegen immer noch die offenen Gemeindeweiden mit Viehauftrieb durch Hirten (z. B. in Waigandshain, Willingen, Waldaubach und Rabenscheid), doch nimmt ihre Zahl ständig ab. Das hat mehrere Gründe:

1. Die vollkommen überholte und unzuweckmäßige Weideverfassung, die allen Ortsbewohnern das gleiche Recht zum Viehauftrieb einräumt, erlaubt nur eine extensive Nutzung. Während die Gemeindeweiden gewöhnlich nur einen Besatz von einer Großvieheinheit (GVE) je ha zulassen, erhöht sich dieser Wert bei Standweiden auf zwei GVE und bei Umtriebs- oder Koppelweiden auf drei bis vier GVE<sup>57</sup>.

<sup>54</sup> EHLGEN, A.: Wirtschaftsgeschichte des Oberwesterwaldkreises . . . , 1948, S. 64 ff.

<sup>55</sup> SINZIG, H.: Ertragssteigerung der Wiesen und Weiden des hohen Westerwaldes . . . , 1929.

<sup>56</sup> MEIMBERG, P.: a.a.O., S. 73.

<sup>57</sup> RADLOFF, A.: Betriebswirtschaftliche Probleme der Flurbereinigung . . . , 1951, S. 89.

2. Der Mangel an kundigen Viehhirten wird immer spürbarer. Selbst bei einem Lohn von 400,- DM und bei freier Verpflegung findet sich kaum noch ein junger Bursche bereit, diesen Beruf auszuüben.
3. Der allgemeine Rückgang des Viehbestandes macht den Fortbestand der Gemeindeweiden in ihrem alten Umfang sinnlos.
4. Mit der sinkenden Zahl der Viehhalter gehen schließlich auch die Weidegeldeinnahmen so stark zurück, daß die dauernd notwendigen Düngungs- und Instandhaltungsmaßnahmen nicht mehr vorgenommen werden können.

Charakteristisch für die sinkende Bedeutung und den augenblicklichen Zustand der Gemeindeweiden im Hohen Westerwald ist die jüngste Geschichte der Bodenverbesserungsgenossenschaften. Diese wurden im April 1923 in den ehemaligen Kreisen Marienberg und Westerburg sowie im Dillkreis auf Veranlassung der preußischen Regierung gebildet und verpflichteten ihre Mitglieder, die Gemeinden, die mit staatlicher Hilfe meliorierten Viehweiden sorgfältig instandzuhalten und noch vorhandene Ödländereien durch Drainage, Bewässerung, Düngung und Beseitigung von Steinen nutzbar zu machen <sup>58</sup>.

Bis Dezember 1930 gehörten allein im Kreis Marienberg 57 Gemeinden mit 2012 ha Weideflächen der Bodenverbesserungsgenossenschaft an. Der Erfolg ihrer Bemühungen war beträchtlich. Während vor der Melioration auf einem ha Weideland nur 1 Rind für 75 Tage Nahrung fand, reichte die gleiche Fläche nach den Verbesserungsmaßnahmen für 3 Rinder und 150 Tage. Die Milchleistung je Tier und Jahr stieg von 1777 kg auf 2257 kg <sup>59</sup>.

Nachdem die Bodenverbesserungsgenossenschaft 1938 in einen „Bodenverband zur Verbesserung der Gemeindeviehweiden“ umgewandelt worden war, begann sich nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Austritt der größten Gemeinden das Ende des Verbandes abzuzeichnen. Von 1948 bis 1961 verringerte sich die Zahl der Mitglieder um fast die Hälfte. Weil der nur noch dem Namen nach bestehende Verband keine Leistungen mehr erbringen konnte, wurden auch keine Beiträge mehr erhoben. Damit ist die Verbandstätigkeit seit einigen Jahren praktisch vollkommen erloschen.

All diese Umstände führten in jüngster Zeit über viele Verbesserungsvorschläge <sup>60</sup> zu mehr oder weniger glücklichen Lösungen des Problems der Allmendweiden.

In Rennerod und Emmerichenhain wurde der tägliche Viehauftrieb Ende der 50er Jahre gänzlich eingestellt.

In Hellenhahn-Schellenberg, Fehl-Ritzhausen und Mademühlen (Abb. 13) wurden die Gemeindeweiden in jüngster Zeit aufgeteilt, eingekoppelt und verpachtet. Hier waren besonders die kleineren Viehhalter wegen der anfallenden Mehrarbeit vielfach gegen eine Privatisierung.

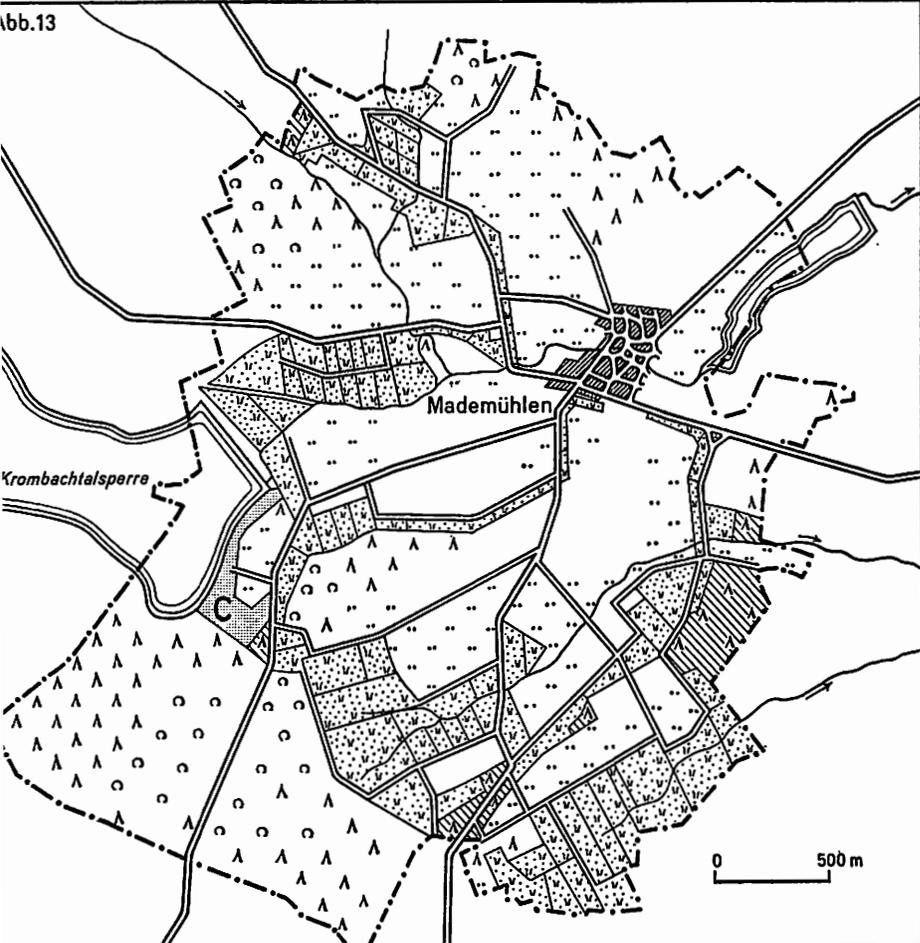
In Oberroßbach, Bretthausen und Löhnfeld wurden die Gemeindeweiden in 3–5

<sup>58</sup> MÜLLER, E.: a.a.O., S. 90 ff.

<sup>59</sup> MÜLLER, E.: a.a.O., S. 106 f.

<sup>60</sup> Zum Beispiel SCHNEIDER, W.: Untersuchung über Besserungsmöglichkeiten der kleinbäuerlichen Betriebe im Hohen Westerwald, 1953.

# Die Aufteilung der Gemeindeviehweide in Mademühlen 1958



- Koppelweiden
- Aufforstungen
- Campingplatz mit Wochenendhäusern

Quellen: 1. Übersichtsk. "Aufteilung der Gemeindeviehwäde Mademühlen" (1:10 000) v. d. Landwirtschaftsschule Herborn, 1958  
 2. Eigene Bodennutzungs-k. Meßtischblatt Rennerod, 1965

große Koppeln aufgeteilt, so daß auf einen Hirten verzichtet werden kann und eine intensivere Nutzung durch Umtrieb möglich wird.

In einzelnen Dörfern, wie z. B. in Rehe und Hohenroth, schloß man einen Kompromiß zwischen der Notwendigkeit einer Rationalisierung und der Beibehaltung traditioneller Nutzungsformen. Das Jungvieh wird heute auf ortsferne, gemeinde-eigene Koppeln getrieben, und die Kühe werden weiterhin durch Hirten gehütet.

Manche Dörfer, wie Neuhochstein, Unnau oder Oellingen, deren Weiden durch die ortsansässigen Bauern nicht mehr voll ausgenutzt werden, haben diese ganz oder

teilweise an ortsfremde Landwirte oder gar an fremde Gemeinden verpachtet. Auf die im Jahre 1935 aufgekoppelte Neuhochsteiner Viehweide wurden seinerzeit von den einheimischen Landwirten 60 Stück Rindvieh aufgetrieben. Bis 1965 war diese Zahl zwar auf 5 gesunken, gleichzeitig wurden aber 33 Mastrinder aus dem 60 km entfernten Camberg (Taunus) als Pensionsvieh gehalten. In ähnlicher Weise ist die Oellingner Weide an die Gemeinde Ahlbach bei Limburg verpachtet.

Ein neues Element in der Kulturlandschaft stellen die privaten Weiden dar, die es 1943 so gut wie gar nicht gab (s. Karte). Ihrer Lage und ihrer Funktion nach kann man 3 Arten unterscheiden:

1. Standweiden, die vorwiegend dem Auftrieb von Milchvieh dienen, in der Nähe der Ortschaften (z. B. Rennerod, Ober- und Niederroßbach),
2. Stand- und Koppelweiden in ortsferner Lage, welche für die Jungviehmast bestimmt sind (nordwestlich und nordöstlich Rabenscheid, östlich Hohenroth und südlich Mademühlen) sowie
3. die arrondierten Mähweiden der Neu- und Aussiedlerbetriebe (östlich Rennerod, südlich Hellenhahn und südlich Rabenscheid).

Letztere sind die am intensivsten genutzten Weiden überhaupt. Sie liegen direkt am Hof und gestatten rationellste Bewirtschaftung. Gewöhnlich sind sie in 5–10 Koppeln eingeteilt, die jeweils der Größe entsprechend 2–6 Tage lang beweidet werden und anschließend 2–3 Wochen ruhen. Die große Graswüchsigkeit ermöglicht in vielen Fällen eine zusätzliche Mähnutzung einzelner Koppeln.

Mähweidenutzung ist neuerdings auch auf kleineren Grünlandparzellen in Nähe der Dörfer anzutreffen. Nach der ersten Mahd werden 2 oder 3 Kühe aufgetrieben, denen mit Hilfe eines Elektrozaunes täglich bestimmte Portionen zum Abweiden überlassen werden.

Die Vergrößerung der Weideflächen ging fast ausschließlich auf Kosten der Dauerwiesen (z. B. östlich Rabenscheid, westlich und östlich Neustadt); nur ganz selten wurde Ackerland in Anspruch genommen (östlich und westlich Rennerod).

## b) Das Dauerackerland

Auf Grund des feuchten und kühlen Klimas sowie der ungünstigen Bodenbeschaffenheit hat im Hohen Westerwald der Ackerbau gegenüber der Grünlandwirtschaft immer eine untergeordnete Rolle gespielt. Er diente der einheimischen Bevölkerung hauptsächlich zur Sicherstellung des Selbstbedarfs an Brotgetreide und Kartoffeln sowie zur Erzeugung zusätzlichen Viehfutters für den Winter. Während es einschließlich des kaum ins Gewicht fallenden Gartenlandes 1950 noch 30 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche ausmachte, sank sein Anteil bis 1960 auf 26 %, d. h. um fast ein Fünftel der ursprünglichen Fläche (Abb. 11).

Die neun Gemeinden des Kreises Altenkirchen mit ihrem weit über dem Durchschnitt liegenden Anteil des Ackerlandes weisen allerdings nur einen Rückgang um 5 % auf. (Statistische Angaben auf Gemeindebasis siehe Tabelle B.) Solchen geringen Abnahmen stehen auf der anderen Seite jedoch weit über dem Durchschnitt

Tab. 11 Die Veränderungen in der Nutzung der Ackerflächen des Hohen Westerwaldes von 1950 bis 1960<sup>1</sup>

		Hafer		Roggen <sup>2</sup>		Weizen <sup>2</sup>		Kartoffeln		Rüben	
		ha	% Af <sup>3</sup>	ha	% Af	ha	% Af	ha	% Af	ha	% Af
51 Gemeinden des Oberwesterwaldkreises	1950	836	25	647	20	359	11	745	23	391	12
	1960	610	24	468	18	354	14	624	24	233	9
	±	— 27%		— 28%		— 1%		— 16%		— 40%	
9 Gemeinden des Kreises Altenkirchen	1950	218	25	133	15	66	8	157	18	56	6
	1960	187	23	165	20	36	4	160	20	38	5
	±	— 14%		+ 24%		— 45%		+ 2%		— 32%	
15 Gemeinden des Dillkreises	1950	317	24	230	18	186	14	288	22	164	13
	1960	251	23	121	11	254	23	235	21	122	11
	±	— 21%		— 47%		+ 37%		— 18%		— 26%	
Hoher Westerwald <sup>4</sup>	1950	1 392	25	1 025	18	616	11	1 211	22	615	11
	1960	1 062	23	768	17	644	14	1 037	23	394	9
	±	— 24%		— 25%		+ 5%		— 14%		— 36%	

<sup>1</sup> Bodennutzungserhebungen 1950 und 1960.

<sup>2</sup> Fast ausschließlich Winterfrucht.

<sup>3</sup> Anteil an der Ackerfläche.

<sup>4</sup> Einschl. der Gemeinde Lippe, Landkreis Siegen.

liegende Verlustraten gegenüber: in Löhnfeld verminderte sich die Ackerfläche um 52 % und in Salzburg um 47 %.

Allgemein läßt sich sagen, daß der Rückgang des Ackerlandes fast ausschließlich dem Grünland zugute kam und in reaktiv gleichem Maße auf Kosten aller Ackerfrüchte ging, mit Ausnahme des Weizens (Tab. 11).

Der **H a f e r** ist nach wie vor die wichtigste Ackerfrucht im Hohen Westerwald. Wenn auch seine Anbaufläche von 1950 bis 1960 um ein Viertel zurückging (verringertes Bedarf an Pferdefutter), so nimmt sie doch immer noch 23 % der gesamten Ackerfläche in Anspruch.

Ebenso wichtig ist der **K a r t o f f e l a n b a u**, der trotz eines flächenmäßigen Rückgangs seinen Anteil an der gesamten Ackerfläche geringfügig auf ebenfalls 23 % steigern konnte.

An dritter Stelle rangiert unverändert der **R o g g e n**. Seine Anbaufläche nahm wie die des Hafers um ein Viertel ab; sein Anteil an der Ackerfläche blieb mit 17 % in etwa der gleiche. Auffallend ist lediglich der stärkere Rückgang im Dillkreis.

Als einzige Frucht konnte der **W e i z e n** sowohl seine Fläche (um 5 %) als auch seinen Anteil (von 11 auf 14 %) vermehren. Die größte Zunahme hatten die Gemeinden des Dillkreises zu verzeichnen (37 %), wo er jetzt die wichtigste Anbaufrucht ist.

Die jüngste Ausdehnung des Weizenanbaus geht hauptsächlich auf Kosten des Roggens und hat vor allem folgende Gründe: der Weizen liefert ein feineres Brotmehl, er ist widerstandsfähiger gegen Kälte, wegen seines kürzeren und kräftigeren Halmes ermöglicht er einen besseren Einsatz von Mähmaschinen, schließlich führt die Verringerung des Viehbestandes zu einer dauernd sinkenden Nachfrage nach Roggenstroh.

Sowohl der Roggen als auch der Weizen werden fast ausschließlich in der Form von Wintergetreide angebaut.

Die der „Karte der Bodennutzungsänderungen“ zu entnehmenden Wandlungen weisen durchweg folgende charakteristischen Merkmale auf:

1. Der Feldbau ist nicht nur im Bereich des ehemaligen Wechsellandes, sondern auch auf dem Dauerackerland erheblich eingeschränkt worden. Gewinner war in erster Linie das Wiesenland (z. B. nördlich und östlich Hellenhahn, nördlich Hof).
2. Obwohl das Feld-Wiesen-Mischland nach Aufgabe der Trieschwirtschaft um mehr als die Hälfte zurückging, blieb ein beträchtlicher Rest erhalten, der heute allerdings nur noch in seltenen Fällen in Form der Feldgraswirtschaft, sondern gewöhnlich als Dauerland genutzt wird.
3. Die in den letzten 20 Jahren aufgegebenen Felder liegen meist in beträchtlicher Entfernung von den Dörfern, oft an der Gemarkungsgrenze (z. B. nordwestlich Hellenhahn: 1,5 km, südlich Mademühlen: 2 km).

Auf die Veränderungen in flurbereinigten Gemeinden soll an anderer Stelle ausführlicher eingegangen werden.

Wie beim Wiesenland muß auch beim Ackerland im Hohen Westerwald grundsätzlich zwischen einem „dauernden“ und „zeitweiligen“ Ackerland unterschieden werden. Die Verschiedenartigkeit der Feldsysteme, der Fruchtfolgen und der äußeren Erscheinungsformen erfordern diese Unterscheidung, die in den offiziellen statistischen Erhebungen leider nicht berücksichtigt wird.

Die in der Regel streifenförmigen Felder des Dauerackerlandes nehmen im allgemeinen die besseren, nicht zu feuchten Böden an den südwest-, süd- und südost-exponierten Hängen oder auf den ebenen Rücken ein (z. B. Fehl-Ritzhausen und Niederroßbach). Flurnamen wie „Altenfeld“ oder „Im alten Gewinn“ deuten auf eine seit langem bestehende, ununterbrochene Ackernutzung hin.

Es läßt sich nicht genau feststellen, seit wann diese Felder als Dauerackerland genutzt werden. R. WEBER nimmt an, daß mit Zunahme der Bevölkerung und Einführung des Hackfruchtbaus im 18. Jahrhundert in einzelnen Gemarkungen ein Teil des in Dorfnähe gelegenen und feldgraswirtschaftlich genutzten Innenfeldes zu ständigem Pflugland wurde<sup>61</sup>. Nach einer ursprünglich geübten Vierfelderwirtschaft setzte sich besonders an den etwas tiefer gelegenen Rändern des Hohen Westerwaldes die Dreifelderwirtschaft durch.

An der seit langem vorherrschenden Fruchtfolge: Hackfrucht (Kartoffeln, Rüben), Winterung (Roggen, Weizen) und Sommerung (Hafer, Gerste) hat sich bis heute wenig geändert. Wegen der Gefahr des Auswinterns wurde bis vor kurzer Zeit in den höchsten Gemeinden (500–625 m) das Wintergetreide durch Sommergetreide (Gerste) ersetzt. Mit der Einführung winterharter Sorten kam es hier zu der neuen Dreierfolge: Hackfrucht, Sommerung, Winterung. Sie ist den ungünstigen klimatischen Gegebenheiten besser angepaßt, da die Hackfruchternte oft so spät stattfindet, daß keine Zeit mehr für die Bestellung der Winterfrucht bleibt.

### c) Feldgraswechselland und Trieschwirtschaft

*„Heute noch ist der Hohe Westerwald ein Rückzugsgebiet für eine zwar geregelte, aber trotzdem noch in ihren Formen altertümliche Feldgraswirtschaft, die in dieser Landschaft wohl seit keltischer Zeit betrieben wird . . .“*<sup>62</sup> Dieses Nutzungssystem, bei dem man den Boden in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen abwechselnd als Acker und als Wiese nutzt, wird im ganzen Westerwald allgemein als Trieschwirtschaft bezeichnet. Diese entspricht der norddeutschen Koppel- bzw. der süddeutschen Egartenwirtschaft und setzt ein Klima sowie eine Bodenbeschaffenheit voraus, die einen raschen Graswuchs ermöglichen.

Vor allem aus zwei Gründen stellte der dauernde Wechsel von Acker- und Grasnutzung besonders in den westlichen Teilen des Hohen Westerwaldes lange Zeit eine optimale Form der Bodennutzung dar: er bewahrte die Äcker durch mehrjährige Ruhepausen vor einseitiger Bodenerschöpfung und bildete außerdem ein wichtiges Mittel zur Unkrautbekämpfung.

<sup>61</sup> WEBER, R.: Die Trieschwirtschaft... des Westerwaldes und ihre Entstehung, 1925, S. 94 ff.

<sup>62</sup> WAGNER, E.: Wirtschaftsgeschichte und heutige Wirtschaftslandschaft des Hohen Westerwaldes, 1958.

Das auf den zahlreichen Trieschen gewonnene Heu diene als Viehfutter, so daß dieses Nutzungssystem immer in Verbindung mit Viehzucht auftrat.

Bei der geringen Ausdehnung des Hohen Westerwaldes ist die unterschiedliche Verbreitung der Trieschwirtschaft und ihr Formenreichtum auffallend<sup>63</sup>. Darauf und auch auf die geschichtliche Entwicklung kann im Rahmen dieser Untersuchung nicht im einzelnen eingegangen werden, zumal es eine recht umfangreiche Literatur zu diesem Thema gibt<sup>64</sup>.

Welche Bedeutung das Feldgraswechselland rein flächenmäßig in den Gemeinden hatte, geht aus einer Aufstellung von E. WAGNER aus dem Jahr 1944 hervor; danach betrug der Anteil des „zeitweiligen Ackerlandes“ an der gesamten Ackerfläche in Liebenscheid z. B. 70 %, in Weißenberg 60 %, in Löhnfeld und Homberg jeweils 50 %<sup>65</sup>.

Im allgemeinen lag die Trieschnutzung zwischen 5 und 15, die Ackernutzung zwischen 3 und 5 Jahren. E. WAGNER nannte z. B. für Liebenscheid folgende Rotation auf dem Trieschland:

1. Jahr Hafer,
2. Kartoffeln,
3. Roggen,
4. Hafer,
5. Hafer, darauf 10–15 Jahre triesch<sup>66</sup>.

A. DOMMERMUTH gab 1940 folgende häufig vorkommende Folge an:

1. Jahr Hafer,
2. Hafer,
3. Hackfrüchte,
4. Wintergetreide, darauf 6–8 Jahre triesch<sup>67</sup>.

Im allgemeinen bildete das Feldgraswechselland einen mehr oder weniger breiten Übergangstreifen zwischen dem trockneren Dauerackerland und dem feuchteren Dauergrünland (z. B. östlich Niederroßbach zwischen der Höhe und dem Roßbach). Entscheidend waren die Grundwasserverhältnisse, die sich vielfach in der Größe und Form des Trieschlandes widerspiegeln.

Es gab hier niemals einen Flurzwang; jeder Bauer konnte nach eigenem Gutdünken ein Stück umbrechen und so lange nutzen, wie er wollte. Erst die durch zunehmendes Unkraut und durch Bodenerschöpfung geringer werdenden Erträge bei Hafer, Roggen oder Kartoffeln veranlaßten ihn nach einigen Jahren, die Ackernutzung aufzugeben und das Stück „triesch“ liegen zu lassen.

Die freie, den individuellen Bedürfnissen angepaßte Nutzungsweise schuf auf

<sup>63</sup> R. WEBER stellte fest, daß es um 1920 im Hohen Westerwald Orte gab, in denen gar nicht (Hohenroth), in denen teilweise (Bretthausen) oder in denen fast ausschließlich getriescht wurde.

<sup>64</sup> Vor allem: R. WEBER, J. ZINGEL, E. WAGNER.

<sup>65</sup> Der Hohe Westerwald, 1944, S. 64.

<sup>66</sup> Ebd., S. 68.

<sup>67</sup> Die landwirtschaftlichen Betriebsformen im Westerwald . . . , 1940, S. 28.

dem Wechselland das typische Bild der bunt durcheinanderliegenden, meist blockförmigen Acker- und Wiesenparzellen, das man im Hohen Westerwald heute noch vielerorts sehen kann, z. B. nordöstlich Heisterberg (Bild 6), zwischen Salzburg und Löhnfeld und südlich Weißenberg (siehe „Bodennutzungskarte des Hohen Westerwaldes“). Nur werden die Triesche heute in der Regel nicht mehr umgebrochen und die Äcker nicht mehr „getriescht“. Die Felder werden als Daueracker und die Wiesen als Dauergrünland genutzt.

Der Niedergang der Feldgraswirtschaft setzte offensichtlich erst nach dem Kriege ein. 1951 schrieb P. MEIMBERG, daß die alte Trieschwirtschaft noch weit verbreitet sei<sup>68</sup>, 1959 hingegen stellte er bereits fest, daß es nur in den höheren Lagen noch vereinzelte Trieschäcker gebe<sup>69</sup>. Seither ist ihre Zahl noch weiter zusammengesmolzen.

Für diese jüngste Entwicklung gibt es mehrere Gründe: Das ständig zunehmende Desinteresse an der Landwirtschaft zeigt sich, wie bereits festgestellt wurde, in einer anhaltenden Abnahme der Ackerfläche (von 1950 bis 1960 um 18 ‰). Diese Einbuße geht natürlich zuerst auf Kosten des Feldgraswechsellandes, so daß sich der Anbau immer mehr auf das ortsnähere und bodenmäßig bessere Dauerackerland beschränkt (z. B. Hellenhahn und Emmerichhain).

Hinzu kommt, daß die ursprünglich wichtigsten Gründe für den periodischen Nutzungswechsel, nämlich die Unkrautbekämpfung und Bodenerholung, durch den Einsatz moderner Unkrautbekämpfungs- und Düngemittel hinfällig geworden sind.

#### d) Die Aufforstungen

Im Vergleich zu den umliegenden Landschaften, besonders im W, N und O, ist der Hohe Westerwald mit Ausnahme seiner Ränder verhältnismäßig arm an Wald. Das Wort „Westerwald“, viele Ortsnamen und eine große Zahl von Flurbezeichnungen weisen darauf hin, daß dies nicht immer so gewesen ist.

Es darf angenommen werden, daß um das Jahr 1000 noch fünf Sechstel der Landschaft mit Wald bedeckt war, der sich fast ausschließlich aus Laubhölzern zusammensetzte<sup>70</sup>. Die mittelalterliche Rodung zur Gewinnung von Siedlungsland, die rücksichtslose viehwirtschaftliche Nutzung, der Raubbau zur Gewinnung von Bau- und Brennholz sowie später von Holzkohle für die Siegerländer Eisenindustrie werden als die wichtigsten Gründe der Waldverwüstung angesehen.

Bereits in der Mitte des 16. Jahrhunderts erließ der Graf von Nassau eine Verordnung, die genaue Bestimmungen über eine bessere Waldpflege enthielt<sup>71</sup>. Aber erst Anfang des 19. Jahrhunderts begann die nassauische Regierung mit planmäßigen Aufforstungen. Nach den Plänen des Regierungsrates ALBRECHT wurden in der Nähe der Dörfer Schutzhecken angelegt, welche die zerstörerische Gewalt der Winde brechen sollten und noch heute der Landschaft einen charakteristischen Ausdruck verleihen (z. B. Waldaubach und westlich Hellenhahn).

<sup>68</sup> Die Landbaugebiete Hessens, S. 45.

<sup>69</sup> Untersuchungen über die Bewirtschaftung ertragsarmer Grünlandflächen in Hessen, S. 54.

<sup>70</sup> EHLGEN, A.: a.a.O., S. 23.

<sup>71</sup> Ebd., S. 26.

In einigen der zum Kreis Altenkirchen gehörenden Gemeinden (Derschen, Mauden, Emmerzhausen) hat die Haubergswirtschaft als südlicher Ausläufer der Siegerländer Haubergswirtschaft eine größere Bedeutung gehabt. Bis 1953 waren die meisten Hauberge, die zuletzt nur noch der Brennholzgewinnung oder als Viehweide (Hude) dienen, jedoch aufgeforstet worden <sup>72</sup>.

Etwa 80 % der gesamten Waldfläche sind heute Körperschaftswald und gehören den Gemeinden; der Rest ist zum größeren Teil Staats- und zum kleineren Teil Privatwald.

Wie ein Blick auf die „Karte der Bodennutzungsänderungen im Hohen Westerwald von 1943–1965“ zeigt, hat die Wiederbewaldung in den letzten 20 Jahren große Fortschritte gemacht. Leider lassen sich keine genauen zahlenmäßigen Angaben über das Ausmaß der Veränderungen machen. Die Ergebnisse der letzten zur Verfügung stehenden Bodennutzungserhebung aus dem Jahre 1960 sind weitgehend überholt, da gerade in den seither vergangenen Jahren umfangreiche Aufforstungen durchgeführt worden sind. Außerdem werden diese amtlichen Erhebungen nicht nach dem Belegenheits-, sondern nach dem Betriebsortsprinzip durchgeführt, so daß die ermittelten Werte nicht immer den tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten entsprechen.

Nach den Ergebnissen der Bodennutzungserhebung stieg die Waldfläche von 1950 bis 1960 um 7 %; ihr Anteil an der gesamten Wirtschaftsfläche erhöhte sich infolgedessen von 29,8 auf 31,4 %. Tatsächlich dürfte der Waldbestand von 1945 bis 1965 um mindestens 15 % zugenommen haben und heute etwa ein Drittel der Wirtschaftsfläche ausmachen.

Die „Karte der Bodennutzungsänderungen“ gibt einen weit besseren Überblick über das Ausmaß und die räumliche Verteilung der Aufforstungen als die Statistik. Indem sie uns ermöglicht, exakt festzustellen, welche Flächen im einzelnen aufgeforstet wurden und welches ihre vorherige Nutzung war, erhalten wir einen tieferen Einblick in den gegenwärtig sich vollziehenden Wandlungsprozeß.

Weit überdurchschnittliche Zunahmen hatten die höchstgelegenen, bisher relativ waldarmen Gemeinden im Raum Willingen zu verzeichnen. Geringer waren die Zuwachsraten in den schon stärker bewaldeten Gemeinden des Kreises Altenkirchen.

Grundsätzlich muß zwischen Wieder- und Neuaufforstung unterschieden werden. Im Hohen Westerwald handelt es sich fast ausschließlich um Neuaufforstungen. Als Pflanzgut kommt aus verschiedenen Gründen praktisch nur die Fichte in Frage, die im ganzen Untersuchungsgebiet optimale Wachstumsbedingungen vorfindet. Schon nach 6 Jahren kann sie als Weihnachtsbaum und nach 15 Jahren als Stangenholz verkauft werden; später weist sie auf Grund ihres hohen Stammholzanteils im allgemeinen bessere Erträge auf als z. B. die Buche.

Das hat dazu geführt, daß über die Hälfte aller Waldbestände heute bereits aus Fichten bestehen und die sog. Auffichtung ständig fortschreitet. Dabei ist man sich

<sup>72</sup> HAAS, U.: Wandlungen der wirtschafts- und sozialgeographischen Struktur des Siegerlandes, 1956, S. 17.

bei den Forstämtern durchaus über die Nachteile einer zu starken Verfichtung im klaren. Neben der fortschreitenden Versauerung des Bodens ist hierbei besonders an die im Vergleich zum Laubwald ungünstigere Beeinflussung des Wasserhaushaltes zu denken <sup>73</sup>.

Einen beträchtlichen Anreiz zum Aufforsten bildet die Gewährung staatlicher Zuschüsse aus Mitteln des Grünen Planes, die in der Regel 40–70 % der Kosten decken. Durch die Förderungsmaßnahmen soll eine rentablere Bodennutzung, insbesondere der Grenzertragsböden ermöglicht werden <sup>74</sup>.

Um ein wildes, unplanmäßiges Aufforsten in den Gemarkungen zu verhindern, wurden besondere Gesetze erlassen, welche u. a. für die Neuaufforstungen eine Mindestgröße festlegen und sie nur dann zulassen, wenn sie im Anschluß an ein bereits vorhandenes Waldstück erfolgen.

Ihrer äußeren Erscheinungsform nach handelt es sich bei den Aufforstungen im Hohen Westerwald um vier verschiedene Arten:

1. um die Anlage neuer Bestände von unterschiedlicher Größe inmitten der Flur (z. B. östlich Neustadt: 6 ha),
2. um randliche Erweiterungen bereits bestehender Waldflächen (rings um Rennerod),
3. um Aufforstung von Lichtungen innerhalb der Wälder (südlich Fehl-Ritzhausen) und schließlich
4. um Zusammenschluß bisher getrennter Waldflächen (nordwestlich Hellenhahn).

Geht man der Frage nach, warum aufgeforstet wird, dann lassen nach Auffassung von JÄTZOLD die meisten Antworten letztlich zwei Gründe erkennen: einmal ist es die arbeitsexensive Valorisation bei einer sich von der Landwirtschaft abwendenden sozialen Gruppe, und zum anderen ist es die arbeitsintensive Rationalisierung bei einer sich zur Landwirtschaft hinwendenden bzw. bei ihr verbleibenden Gruppe <sup>75</sup>.

Bei der erstgenannten Art, die im Hohen Westerwald relativ selten vorkommt, handelt es sich um echte sozialbedingte Aufforstungen (z. B. zwischen Salzburg und Nister-Möhrendorf, östlich Emmerichenhain). Sie wurden auf Äckern und Wiesen durchgeführt, die auf Grund ihrer Lage und Qualität auch in Zukunft durchaus noch als landwirtschaftliche Nutzflächen hätten dienen können. Sie sind jedoch in der Hand von Besitzern, die sich von der Landwirtschaft abgewendet haben und ihr Land aus persönlichen Überlegungen heraus weder verkaufen noch verpachten oder brachliegen lassen wollten, sondern sich zum „Holzanbau“ entschlossen.

Sie schafften sich dadurch mit geringem Kapitalaufwand ein im Laufe der Jahre wachsendes, relativ sicheres Vermögen, ohne die mit der bisherigen landwirtschaftlichen Nutzung verbundenen ständigen Arbeits-, Zeit- und Geldaufwendungen tra-

<sup>73</sup> KELLER, R.: Gewässer und Wasserhaushalt des Festlandes, 1961, S. 404.

<sup>74</sup> Landwirtschaftsministerium: Agrarstruktur und Agrarförderung in Rheinland-Pfalz 1961, S. 120 ff.

<sup>75</sup> JÄTZOLD, R.: Neuaufforstung in Südwestdeutschland als kulturgeographisches Problem, 1963, S. 383.

gen zu müssen. Zu diesem Personenkreis zählen vor allem Arbeiterbauern sowie andere Personen aus sämtlichen sozialen Schichten, die durch Kauf oder Erbschaft zu kleinen Landbesitzern geworden sind.

Im Gegensatz zu diesen sozialbedingten Aufforstungen stehen die, welche hauptsächlich aus Gründen der Rationalisierung durchgeführt werden. Hierbei kann man zwischen Aufforstungen auf Privatland und auf Gemeindeland unterscheiden.

Um erstere handelt es sich bei den „Auffichtungen“ nordwestlich Hellenhahn (auf Ackerland) und östlich Rennerod (auf Wiesen und Wechselland). Hier lagen die ehemaligen landwirtschaftlichen Nutzflächen 2–4 km von den Orten entfernt am äußersten Rand der Gemarkung. Außer der großen Ortsferne stand die teilweise schlechte Bodenqualität (Grenzertragsböden) einer rentablen landwirtschaftlichen Nutzung entgegen.

Die meisten neuen Waldflächen liegen aber im Bereich ehemaliger Gemeindefeiden, die auf Grund des stark verringerten Viehauftriebs nicht mehr im vollen Umfang genutzt werden (z. B. Willingen und Waldaubach). Bei weiter sinkendem Rinderbestand dürfte hier auch in Zukunft der Schwerpunkt aller Aufforstungsmaßnahmen liegen.

Neben diesen jüngsten rentabilitätsbedingten Aufforstungen spielt seit den Tagen Albrechts die Anlage von Windschutzhecken eine bedeutende Rolle. Daran hat sich bis heute nichts geändert. So wurde eine Anzahl alter Fichtenstreifen verbreitert (z. B. nordwestlich Hellenhahn und östlich Rennerod) und viele ganz neu angelegt westlich und südwestlich Liebenseid).

Abschließend muß festgestellt werden, daß die jüngsten Aufforstungen von Kulturland im Hohen Westerwald nicht zu vergleichen sind mit der Wiederbewaldung früherer Epochen im Gefolge von Dorfwüstungen, sondern, abgesehen von einigen sozialbedingten Aufforstungen, durchaus positiv zu beurteilen sind. Sie sind nichts anderes als die Zeichen eines umfassenden landwirtschaftlichen Rationalisierungsprozesses.

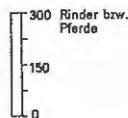
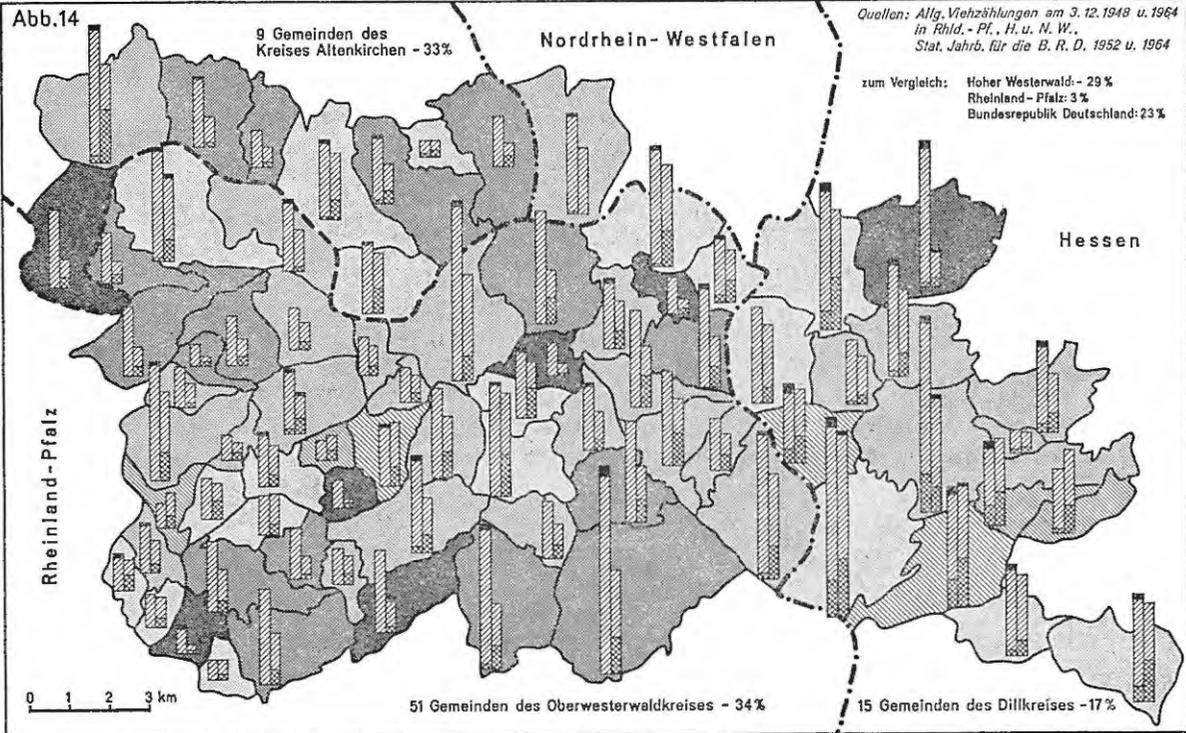
### *3. Die Entwicklung der Viehhaltung*

Die Bedeutung der Viehzucht im Rahmen der Landwirtschaft des Hohen Westerwaldes und ihre jüngste rückläufige Entwicklung wurden bereits in anderem Zusammenhang hervorgehoben und begründet. Im folgenden soll nun näher auf die zahlenmäßige und regionale Entwicklung eingegangen werden (Tab. 12 und Abb. 14; statistische Angaben auf Gemeindebasis siehe Tabelle A).

Der in Anbetracht der geringen Betriebsgrößen verhältnismäßig hohe Rinderbestand war durch die weit verbreitete Verwendung von Arbeitskühen entstanden. Mit der Motorisierung der Landwirtschaft in den letzten 15 Jahren ging der Rinderbestand rapide zurück. Während sich die Zahl der Rinder um ein Drittel verringerte, hat sich der Bestand an Schleppern allein von 1950 bis 1960 fast verdreifacht; er stieg von 64 auf 1887<sup>78</sup>.

<sup>78</sup> Gemeindestatistiken 1949/50 und 1960/61 bzw. Allg. Viehzählungen 1948 und 1964 von RP, H und NRW.

# Die Entwicklung des Rinder- und Pferdebestandes in den Gemeinden des Hohen Westerwaldes von 1948-1964



Die relative Ab- bzw. Zunahme des Rinderbestandes:



Tab. 12 Die Entwicklung des Viehbestandes im Hohen Westerwald von 1948 bis 1964<sup>1</sup>

		Rinder						
		insgesamt	Milchkühe	Pferde	Schweine	Schafe	Ziegen	Hühner
51 Gemeinden des Oberwesterwaldkreises	1948	10 407	151	309	4 620	789	1 285	12 172
	1964	6 878	2 585	109	3 336	77	42	41 460
	±	— 34%	+ 1 612%	— 65%	— 28%	— 90%	— 97%	+ 241%
9 Gemeinden des Kreises Altenkirchen	1948	1 758	55	66	782	349	674	2 379
	1964	1 172	458	22	451	513	32	6 405
	±	— 33%	+ 733%	— 66%	— 42%	+ 47%	— 95%	+ 169%
15 Gemeinden des Dillkreises	1948	4 503	606	233	2 002	822	442	8 011
	1964	3 747	1 214	65	1 986	73	39	12 440
	±	— 17%	+ 100%	— 72%	— 1%	— 91%	— 91%	+ 55%
Hoher Westerwald <sup>2</sup>	1948	16 962	820	614	7 577	1 962	2 437	23 328
	1964	11 994	4 257	196	5 874	663	113	61 074
	±	— 29%	+ 419%	— 68%	— 22%	— 66%	— 95%	+ 162%

<sup>1</sup> Allgemeine Viehzählungen 1948 und 1964 von Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein-Westfalen.<sup>2</sup> Einschl. der Gemeinde Lippe, Landkreis Siegen.

Charakteristisch für die Wandlungen in der Landwirtschaft im allgemeinen und in der Viehzucht im besonderen ist die Entwicklung des Milchviehbestandes. Dienten 1948 nur 5 % aller Rinder ausschließlich der Milchgewinnung, so stieg dieser Anteil bis 1964 auf 35 %. Ein großer Teil der Milchkühe steht in den bereits erwähnten neuen, spezialisierten Familienbetrieben, wo hochwertiges Leistungsvieh das bunte Rassengemisch früherer Jahre, das man heute noch vielfach auf den Gemeindeweiden sehen kann, verdrängt hat.

Der Rinderbestand hat nicht in allen Gemeinden gleichmäßig abgenommen. Der Rückgang schwankt zwischen 2 % (Hahn) und 75 % (Breitscheid); in sieben Gemeinden ist sogar eine Steigerung festzustellen (z. B. Stockhausen-Illfurth und Erbach). Auffallend ist, daß sich die Zahl der Rinder im hessischen Teil des Untersuchungsgebietes nur um 17 %, im rheinland-pfälzischen aber um 34 % verringert hat. Ein Grund hierfür mag in der besseren Betriebsgrößenstruktur (mit einem geringeren Anteil an Zwergbetrieben) zu suchen sein.

Bemerkenswert ist auch, daß der Anteil des Milchviehs am gesamten Rinderbestand in den hessischen Gemeinden bereits 1948 13 % erreichte, in den rheinland-pfälzischen Orten hingegen nur 1 %.

Welch unterschiedlichen Umfang die Viehhaltung in den einzelnen Teilen des Hohen Westerwaldes hat, geht aus der Zahl der Rinder je 100 ha LN hervor<sup>77</sup>. Sie betrug:

	1950	1960	1964
in den 15 Gemeinden des Dillkreises:	88	85	79
in den 9 Gemeinden des Kreises Altenkirchen:	87	71	52
in den 51 Gemeinden des Oberwesterwaldkreises:	82	73	62

In weit stärkerem Maße als die Rinder wurden die Pferde ein Opfer der Motorisierung; ihre Zahl verringerte sich um 68 %. Nach wie vor spielt ihre Haltung im Hessischen eine größere Rolle als in den übrigen Bereichen des Untersuchungsgebietes.

Die Schweinehaltung ist ebenfalls im ganzen rückläufig. Der Bestand hat sich von 1948 bis 1964 um fast ein Viertel vermindert. In den zum Kreis Altenkirchen gehörenden Gemeinden sank er um 42 %, im Oberwesterwaldkreis um 28 %, und im Dillkreis blieb er etwa konstant.

Stark zurückgegangen ist auch die Zahl der Schafe (- 66 %) und Ziegen (- 95 %). Letztere waren besonders in den Gemeinden des Kreises Altenkirchen sehr verbreitet (Zwergbetriebe!). Hier mußten sie den Arbeiterbauern im wahrsten Sinne des Wortes die Kuh ersetzen. In Weitefeld z. B. gab es noch 1948 mehr Ziegen als Rinder. Ihre Zahl ging bis 1964 von 218 auf 6 zurück, während sich die Zahl der Kühe von 1 auf 17 erhöhte.

Außer der Milchviehhaltung hat lediglich die Geflügelzucht seit 1948 eine aufsteigende Tendenz zu verzeichnen. Die Zahl der Hühner hat sich mehr als ver-

<sup>77</sup> Gemeindestatistiken 1949/50 und 1960/61 bzw. Allg. Viehzählung 1964 von RP, H und NRW.

doppelt. Diese Entwicklung ist typisch für die durch Hebung des Lebensstandards gewandelten Verbrauchergewohnheiten. Das Federvieh ist nicht nur wie von jeher Eierlieferant, sondern in zunehmendem Maße als Mastgeflügel auch Fleischlieferant.

#### 4. Die Auswirkungen der staatlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur

Spätestens seit H. RIEHL 1883 in seinem Buch „Land der armen Leute“ den Hohen Westerwald beschrieb, wußte man in Deutschland von der Armut und Not dieser kargen Landschaft. Da der Bevölkerung jede Möglichkeit fehlte, sich selbst zu helfen, wurden immer wieder von staatlicher Seite Versuche unternommen, das Übel an der Wurzel zu packen, d. h. durch eine Sanierung der Landwirtschaft die Existenzgrundlagen zu verbessern.

##### a) Die gesetzlichen und organisatorischen Voraussetzungen

Schon aus der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts sind Versuche der nassauischen Regierung bekannt, durch Parzellenzusammenlegung, sog. Konsolidationen, die fortschreitende Bodenzersplitterung aufzuhalten<sup>78</sup>. 1837 wurden unter den heftigen Protesten eines Teils der Bevölkerung die ersten Fichten-Windschutzstreifen angelegt. Ende der 90er Jahre begannen mit preußischer Hilfe die Meliorationen<sup>79</sup>. Diese ausgedehnten Arbeiten, die sich auf eine allgemeine Instandsetzung der Viehweiden durch Planierung, Entwässerung und Entsteinung konzentrierten, wurden ergänzt durch die Tätigkeit der 1923 gegründeten Bodenverbesserungsgenossenschaften in den Kreisen Marienberg, Westerburg und Dillenburg sowie durch die gleichzeitig wiederbelebten Flurbereinigungsverfahren (Abb. 9).

Der Krieg brachte nicht nur eine Unterbrechung dieser mühevollen Aufbauarbeit, sondern zusätzliche Rückschläge durch die Folgen der Luftangriffe (Breitscheid und Rennerod) und Bodenkämpfe. Als neues Problem kam die Einweisung von rund 4000 Heimatvertriebenen aus den deutschen Ostgebieten seit 1946 hinzu.

Wieder einmal gab es keine Möglichkeit, ohne staatliche Hilfe der Notlage Herr zu werden. 1955 wurde der gesamte Oberwesterwaldkreis mit den südlichen Gemeinden des Kreises Altenkirchen zum Notstandsgebiet erklärt, wodurch der größere Teil des Hohen Westerwaldes automatisch in die „Regionalen Förderungsprogramme“ des Bundes einbezogen wurde.

Wenn die jüngsten staatlichen Maßnahmen für den Hohen Westerwald auch nur eine Fortsetzung früherer Hilfsleistungen bedeuten, so übertreffen sie diese doch bei weitem sowohl in ihrem Erfolg als auch in ihrer landschaftsverändernden Wirkung.

An der praktischen Durchführung sind vor allem vier Institutionen beteiligt: von behördlicher Seite die beiden Kulturämter in Montabaur (für Rheinland-Pfalz) und

<sup>78</sup> LANG, E., u. FAULTSICH, A.: Flurbereinigung und Siedlung in Hessen, 1954, S. 244.

<sup>79</sup> MÜLLER, E.: a.a.O., S. 75 ff.

Dillenburg (für Hessen) sowie von privater Seite die beiden Gesellschaften Landsiedlung Rheinland-Pfalz in Koblenz und Nassauische Siedlungsgesellschaft in Frankfurt.

Bevor im folgenden auf diese Maßnahmen und ihre landschaftlichen Auswirkungen näher eingegangen wird, sei vorausgeschickt, daß bisher noch nicht alle Teile des Hohen Westerwaldes in gleicher Weise beeinflußt wurden. Die zentralen, höchstgelegenen Gemeinden Hof, Salzburg, Bretthausen, Nister-Möhrendorf, Willingen, Löhfeld und Weißenberg z. B. blieben bisher noch vollkommen unberührt (Abb. 9).

Die Verbesserung der Agrarstruktur erfolgte in zweifacher Weise: einmal durch überbetriebliche Förderung, z. B. in Form von „Beschleunigter Zusammenlegung“ bzw. Flurbereinigung, zum anderen durch gezielte Förderung für einzelne Betriebe, etwa in Form der Aus- bzw. Neusiedlung.

#### b) Die Beschleunigte Zusammenlegung

Wo bereits in früherer Zeit eine Konsolidation durchgeführt wurde und bis heute durch erneute Teilung des Besitzes wiederum eine unerwünschte Bodenzerstreuung eingetreten ist, genügt die einfache Zusammenlegung der verstreuten Parzellen, da das Wegenetz schon vorhanden ist. Derartige „Beschleunigte Zusammenlegungsverfahren“ wurden nach 1945 in acht Gemeinden durchgeführt (Tab. 13).

Tab. 13 Nach 1945 im Hohen Westerwald durchgeführte beschleunigte Zusammenlegungen<sup>1</sup>

	Konsolidation	Zusammenlegung	Aus- bzw. Neusiedlung
Oberwesterwaldkreis:			
Unnau	1866	1965	2 (geplant)
Dillkreis:			
Rodenberg	1834	1952	1
Hohenroth	1834	1956	1 (geplant)
Rodenroth	1836	1959	1
Gusternhain	1834	1959	
Odersberg	1841	1960	1
Heiligenborn	1828	1961	
Roth	1841	1961	

<sup>1</sup> Angaben nach Auskunft der Kulturämter in Dillenburg und Montabaur

An dem betreffenden Verfahren Unnau, das 1965 abgeschlossen wurde, nahmen 176 landwirtschaftliche Betriebe teil (Tab. 14).

Tab. 14 Beschleunigte Zusammenlegung in Unnau<sup>1</sup> (1965)

	alt	neu		Zusammenlegungsverhältnis
0,5- 2 ha Betriebsfläche	432 148	112 151	Besitzstücke landwirtschaftliche Betriebe	3,8:1
2- 5 ha Betriebsfläche	60 22	37 18	Besitzstücke landwirtschaftliche Betriebe	1,6:1
5-10 ha Betriebsfläche	98 2	7 3	Besitzstücke landwirtschaftliche Betriebe	14 :1
10-20 ha Betriebsfläche	287 4	5 4	Besitzstücke landwirtschaftliche Betriebe	57,4:1
Insgesamt	877 176	161 176	Besitzstücke landwirtschaftliche Betriebe	5,4:1

<sup>1</sup> Zusammengestellt nach Unterlagen der Landsiedlung Rheinland-Pfalz.

Die Zahl aller an dem Verfahren beteiligten Besitzstücke verringerte sich von 877 auf 161, was einem Zusammenlegungsverhältnis von 5,4 : 1 entspricht. Den größten Vorteil aus dem Verfahren zogen die vier Bauern mit 10-20 ha Betriebsfläche. Sie konnten die Zahl ihrer Parzellen von 287 auf 5 reduzieren; drei von ihnen wurden mit dem Idealmaß von je einem großen Plan abgefunden.

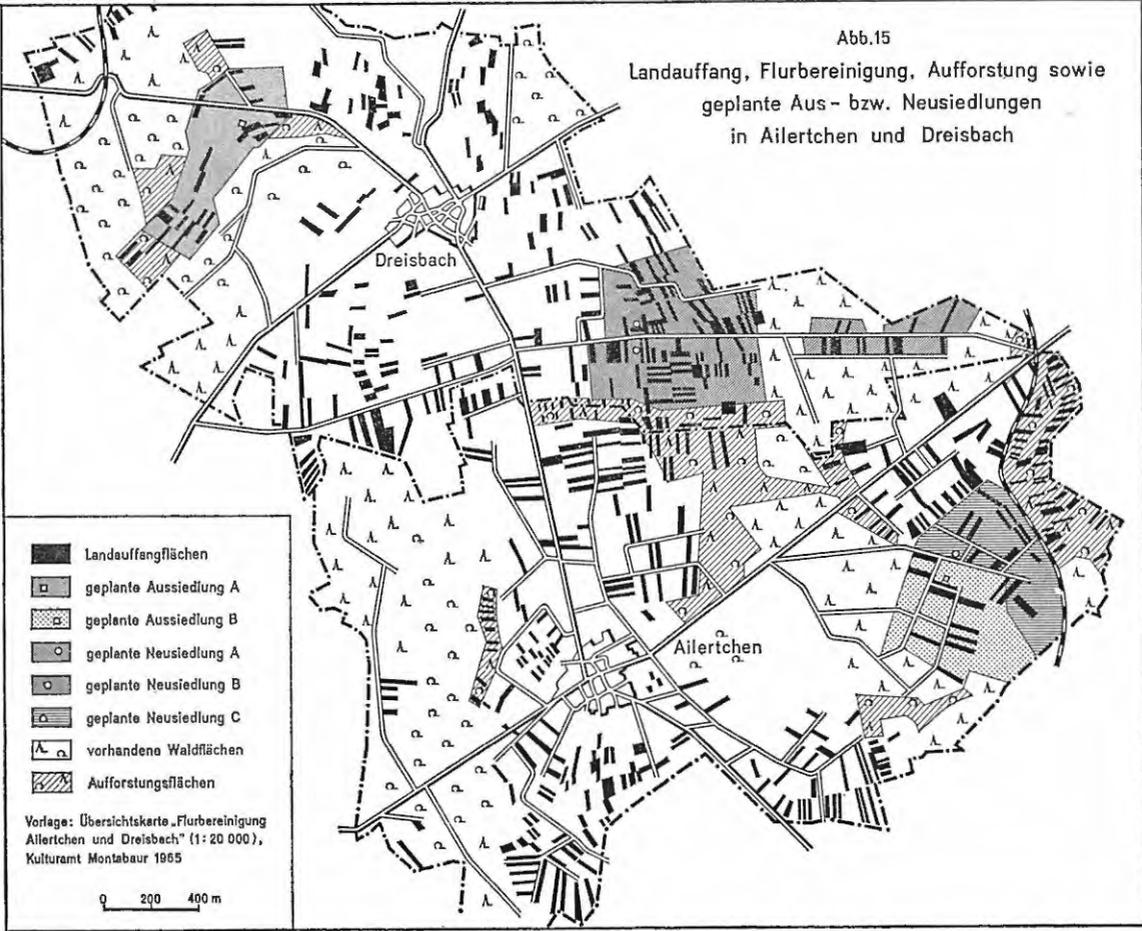
Bei der Neuzuteilung mußte nicht nur die Größe, Lage und Qualität des alten Besitzstandes berücksichtigt werden, sondern auch das Verhältnis Acker zu Grünland, um das Gleichgewicht der inneren Betriebsstruktur zu wahren.

Durch die Zusammenlegung wurde auch die örtliche Betriebsgrößenstruktur verbessert. Mehrere Besitzer von Kümmerbetrieben (2-10 ha) verkauften oder verpachteten Land an aufstockungsbereite Bauern, so daß es in Unnau jetzt vier Familienbetriebe mit arrondiertem Grundbesitz von jeweils  $\pm 20$  ha LN gibt.

Es hat sich überhaupt als zweckmäßig erwiesen, vor der Zusammenlegung bzw. Bereinigung die Frage zu klären, wer von den betroffenen Bauern bereit ist, Land zu verpachten oder zu verkaufen, da die Maßnahmen zur Agrarstrukturverbesserung nur dann ihre optimale Wirksamkeit erreichen. Das wurde bei den vor und kurz nach 1945 durchgeführten Verfahren nicht immer genügend berücksichtigt.

Heute treten die Siedlungsgesellschaften schon Jahre vor Eröffnung des Umlegungsverfahrens in den Gemeinden als Landkäufer auf. Ein Beispiel für derartigen „Landauffang“ bieten die Dörfer Ailertchen und Dreisbach (Abb. 15). In demselben Maße, wie sich beide Gemeinden nach 1950 zu echten Arbeiterwohn-  
gemeinden entwickelten, ging die Landwirtschaft nieder. Sichtbares Zeichen dieses Verfalls waren die großen Brachflächen, die 1964 in Ailertchen 32 0/0 und in Dreis-

Abb.15  
 Landauffang, Flurbereinigung, Aufforstung sowie  
 geplante Aus- bzw. Neusiedlungen  
 in Ailertchen und Dreisbach



bach 33 % der LN ausmachen <sup>80</sup>. Die Bereitschaft der betreffenden Grundbesitzer zum Verkauf an die als Interessent auftretende „Landsiedlung“ war verhältnismäßig groß.

<sup>80</sup> Zusammengestellt nach unveröffentlichten Unterlagen zur agrarstrukturellen Rahmenplanung, 1964.

1964 wurde das Flurbereinungsverfahren eröffnet, wobei nun die Gesellschaft als größter Landbesitzer entsprechende Zuteilungen erwarten konnte. In Zusammenarbeit mit dem zuständigen Kulturamt in Montabaur wurden aus der Abfindung drei jeweils über 20 ha große Neusiedlungen gebildet, zwei aussiedelnde Höfe bis zur Größe von Familienbetrieben aufgestockt und einige Flächen mit landwirtschaftlich unproduktiven Grenzertragsböden aufgeforstet. Das ganze Verfahren soll nach zweijähriger Dauer 1966 abgeschlossen werden, so daß dann mit dem Bau der fünf neuen Höfe begonnen werden kann <sup>81</sup>.

### c) Die Flurbereinigung

Wo noch kein ausreichendes Wegenetz den Zugang zu jedem Besitzstück in der Gemarkung ermöglicht, muß eine Flurbereinigung durchgeführt werden. Dies war nach 1945 in zehn Gemeinden des Hohen Westerwaldes der Fall (Tab. 15).

Tab. 15 Nach 1945 im Hohen Westerwald durchgeführte Flurbereinigungen <sup>82</sup>

Oberwesterwaldkreis:		
Stockhausen-Illfurth	1948	1 Aussiedlung
Fehl-Ritzhausen	1948	1 Aussiedlung
Waigandshain	1949	
Rehe	1950	
Homberg	1950	
Rennerod	1951	3 Aussiedlungen, 1 Neusiedlung
Liebenscheid	1952	1 Neusiedlung
Oberroßbach	1952	
Dillkreis:		
Waldaubach	1958	
Rabenscheid	1959	2 Aussiedlungen

Welche Bedeutung die Flurbereinigung für die betroffenen landwirtschaftlichen Betriebe und vor allem für das Flurbild der Gemeinden hat, soll am Beispiel des Dorfes Rabenscheid gezeigt werden. Zwei Kartierungen im Maßstab 1 : 5000, welche die Bodennutzung und Flureinteilung der Gemarkung für die Jahre 1938 <sup>83</sup> und 1965, also vor und nach der Bereinigung wiedergeben, sollen die Grundlage für eine vergleichende Untersuchung bilden (Karte 3 und 4 der Beilage).

Rabenscheid liegt am nordöstlichen Rand des Hohen Westerwaldes (554 m ü.d.M.) auf der hessischen Seite des Dreiländerecks. Seine Einwohnerzahl stieg von 292 im Jahr 1939 um 40 % auf 410 im Jahr 1961 <sup>84</sup>. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe sank in der gleichen Zeit von 75 auf 69. Fast drei Viertel von ihnen sind als Zwergbetriebe zu bezeichnen.

Auf Grund der geringen Betriebsgrößen wird die Landwirtschaft mit Ausnahme von drei oder vier Fällen heute wie früher nebenberuflich betrieben. Da die Ge-

<sup>81</sup> Nach Angaben des Kulturamtes Montabaur.

<sup>82</sup> Angaben nach Auskunft der Kulturämter in Montabaur und Dillenburg.

<sup>83</sup> Rekonstruiert mit Hilfe eines Luftbildplans der Hansa Luftbild von 1938 und einer Bodennutzungskarte von E. WAGNER aus dem Jahr 1943.

<sup>84</sup> Gemeindestatistiken von 1939, 1949/50 und 1960/61.

meinde praktisch keine gewerblichen Beschäftigungsmöglichkeiten bietet, muß ein großer Teil der Berufstätigen zu den im Dilltal gelegenen Arbeitsstätten pendeln. Ihr Anteil an den Erwerbspersonen ist von 1950 bis 1961 von 19 % auf 53 % gestiegen<sup>85</sup>. Im Gegensatz zu ähnlich strukturierten Gemeinden (z. B. Ailertchen und Dreisbach) ist jedoch die Bindung der Bevölkerung an die Landwirtschaft nach wie vor sehr eng, was in dem Fehlen größerer Brachflächen und dem unverändert kleinbäuerlichen Erscheinungsbild des Dorfes zum Ausdruck kommt.

Das 1959–1961 durchgeführte Flurbereinigungsverfahren in Rabenscheid wandelte das Erscheinungsbild der Gemarkung und die Produktionsgrundlagen der Landwirtschaft grundlegend. Ein Vergleich der beiden Karten läßt deutlich erkennen, daß alle Teile der Gemarkung, mit Ausnahme der Gemeindeviehweide und der Waldungen, von der Umlegung betroffen wurden.

Ihr wichtigstes Ergebnis ist die Zusammenlegung der Besitzstücke, d. h. deren zahlenmäßige Verringerung und flächenmäßige Vergrößerung. In dem Flurstück „Zwischen den Bächen“ z. B. ermäßigte sich die Zahl der Wiesenparzellen von 240 auf 15. Besitzstücke von 3 m Breite und 50 m Länge waren vor der Umlegung keine Seltenheit; heute erreichen sie durchweg 100 x 40 m.

Außer der Zahl und Größe der Parzellen hat sich auch deren Form gewandelt. Nach wie vor sind sie im allgemeinen rechteckig, doch überwogen früher langgestreckte, schmale Streifen, während heute breite Rechtecke vorherrschen.

Welche Bedeutung die Zusammenlegung für die Rationalisierung der Betriebe hatte, soll hier nur angedeutet werden, da es bereits eingehende Untersuchungen dieser Fragen auch für den Hohen Westerwald gibt<sup>86</sup>.

Die zahlenmäßige Reduzierung der Besitzstücke bedeutet rein arbeitstechnisch eine erhebliche Zeit- und damit Kostenersparnis. Da die Parzellen über die ganze Gemarkung verstreut waren, wurde ein beträchtlicher Teil der Arbeitszeit mit unproduktiven Fahrten zu und von den Äckern vergeudet. Hatte ein Landwirt z. B. im Frühjahr je ein Feld „In der Haiger“, „Auf dem Haindchen“ und im „Untersten Feld“ zu pflügen, dann bedeutete das einen Weg von 10 km und bei einer tatsächlichen Arbeitszeit von vielleicht 2 Stunden mindestens ebensoviel Fahrzeit mit dem langsamen Kuhgespann. Diese Prozedur wiederholte sich im Laufe des Jahres mit den zu verschiedenen Zeiten anfallenden Feldarbeiten, wie Säen, Düngen, Eggen, Hacken und Ernten. Die Nutzung von Maschinen war auf den kleinen Feldern in den meisten Fällen praktisch unmöglich und überdies wirtschaftlich unrentabel.

Die beträchtliche Verminderung der Parzellenzahl brachte auch einen nicht unerheblichen Gewinn an landwirtschaftlicher Nutzfläche, und zwar durch den Fortfall der Ackerraine und Grenzfurchen. Ein Rain von 0,5 m Breite bedeutet bei einer Länge von 100 m schon einen Landverlust von 50 qm.

Ein zweites wichtiges Ergebnis der Flurbereinigung in Rabenscheid war der Bau

<sup>85</sup> Gemeindestatistiken von 1949/50 und 1960/61.

<sup>86</sup> RADLOFF, A.: Betriebswirtschaftliche Probleme der Flurbereinigung, 1951 (betrifft Gemeinde Mademühlen).

eines engmaschigen Wegenetzes. Zwar gab es schon vor dem Verfahren einige Hauptwirtschaftswege, doch konnte man die meisten Parzellen nicht erreichen, ohne mehrere fremde Besitzstücke zu betreten. Dieses Übel hatte den Flurzwang mit allen seinen Hemmnissen für eine moderne Betriebsführung zur Folge.

Das neue Wegenetz ist so angelegt, daß es den Anforderungen der dauernd steigenden Motorisierung gewachsen ist. Die Hauptwege sind möglichst parallel zu den Höhenlinien angelegt, um große Steigungen zu vermeiden. Sie sind überall befestigt und haben teilweise sogar eine Betondecke. Recht- und spitzwinklige Abzweigungen sind besonders ausgebaut.

Große Bedeutung hatten die Maßnahmen zur Bodenverbesserung. Diese konzentrierten sich in der Hauptsache auf eine zweckmäßigere Entwässerung der vielfach unter Staunässe oder Versumpfung leidenden Grünlandflächen. Der Aubach wurde reguliert und ein dichtes System von Wassergräben im Bereich der Dillmanns- und der Niederwiesen angelegt.

Die Metzelnheck, ein kaum genutztes Heidestück im S der Gemarkung, wurde bereits vor der Flurbereinigung kultiviert und der Gemeindeweide zugeteilt. Für die bei der Feldarbeit laufend anfallenden Steine wurden besondere Ablageplätze angelegt, die über die ganze Gemarkung verteilt sind.

Die Formen der Aufforstung entsprechen der Entwicklung des gesamten Untersuchungsgebiets, wie sie bereits beschrieben wurde (vgl. S. 68 ff.).

Wie die Kartierung von 1938 zeigt, gab es ursprünglich außerhalb der Gemeindeweiden keinerlei private Weiden. Alle Rinder wurden in zwei großen Herden auf die besonders am südlichen und nördlichen Rand der Gemarkung gelegenen Gemeindeweiden getrieben. Mit zunehmender Bedeutung der reinen Milchviehhaltung stieg der Wunsch der Inhaber größerer Betriebe nach eigenen Koppeln.

Heute sind die ortsnahen Standweiden im allgemeinen für das Milchvieh, die ortsfernen für Mastkälber bestimmt. Die nur geringfügig verkleinerte Gemeindeweide bildet nach wie vor die Grundlage für die Viehhaltung der kleinen Betriebe.

Der Umfang des Ackerlandes hat sich den beiden Karten zufolge nicht wesentlich geändert, hat aber, räumlich gesehen, eine bemerkenswerte Konzentration in Ortsnähe erfahren. Die ehemals in größerer Entfernung vom Dorf gelegenen Felder, z. B. „In der Haiger“ und „Auf dem Haindchen“, lagen im Bereich des Trieschlandes. Ihre Zahl ist stark zurückgegangen. In einigen Gewannen, wie auf der „Ochsenhube“ und „Auf dem Hainheeg“, sind sie ganz verschwunden. Wo sie noch vorhanden sind, werden sie nur noch in seltenen Fällen im Turnus einer geregelten Trieschwirtschaft abwechselnd als Wiese und als Acker genutzt.

Die drei in unmittelbarer Nähe des Dorfes gelegenen Gewanne „Oberstes Feld“, „Mühlrain“ und „Krampershube“ könnten Reste der im Sinne einer strengen Dreifelderwirtschaft abgegrenzten Zelgen sein. Sie bildeten zu der Zeit, als man alle Äcker der Gemarkung in zeitweilige oder dauernde einteilen konnte, das Dauerackerland.

Es ist auffallend, daß die durch die Flurbereinigung bedeutend größer gewordenen Ackerparzellen von den Landwirten oft nicht einheitlich bebaut, sondern in An-

lehnung an die frühere Wirtschaftsweise vielfach in mehrere Stücke unterteilt und mit verschiedenen Früchten bebaut werden. Offensichtlich ist es nicht leicht, der Macht der Gewohnheit zu entsagen und die Vorteile der neuen Besitzgrößen voll auszunutzen. Ähnliche Beobachtungen konnten auch in anderen flurbereinigten Gemeinden gemacht werden <sup>87</sup>.

Ein Blick auf die „Bodennutzungskarte des Hohen Westerwaldes“ zeigt, daß das, was über die Auswirkungen der Flurbereinigung in Rabenscheid gesagt wurde, im großen und ganzen für alle bereinigten Gemeinden gilt. Deutlich heben sich die nach 1945 umgelegten Gemarkungen von den noch nicht bereinigten durch die Konzentration des Ackerlandes in Ortsnähe ab. Außer Rabenscheid mögen Waldaubach, Waigandshain, Homberg und Rehe einerseits sowie Hof, Salzburg, Bretthausen und Nister-Möhrendorf andererseits als Beispiel dienen.

Auffallend ist, daß einige Gemeinden im südwestlichen Sektor der Karte, wie Hellenhahn-Schellenberg, Höhn-Urdorf und Emmerichenhain, die bereits in den 30er Jahren flurbereinigt wurden, seither wieder eine weitgehende Aufsplitterung der Ackerflur erlebt haben. In diesem Zusammenhang muß auch Rennerod genannt werden, wo erst 1951 eine Umlegung stattfand.

Ohne auf dieses später eingehender zu behandelnde Problem vorzugreifen, soll hier bereits kurz der Zusammenhang zwischen Flurbereinigung und Verbreitung der Sozialbrache angedeutet werden. Die Brachlandvorkommen sind dort am größten, wo noch keine Bereinigung durchgeführt wurde (Salzburg usw.) oder wo sie schon längere Zeit zurückliegt (Hellenhahn-Schellenberg usw.). In den nach dem Krieg umgelegten Gemarkungen ist sie mit Ausnahme von Rennerod überhaupt nicht oder nur gering vorhanden.

#### d) Aussiedlung und Neusiedlung

Die überbetrieblichen Förderungsmaßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur, Zusammenlegung und Flurbereinigung, werden in optimaler Weise ergänzt, wenn sie mit der Errichtung von Aus- bzw. Neusiedlerhöfen verbunden sind.

Seit zu Beginn der 50er Jahre die ersten Höfe dieser Art im Hohen Westerwald gebaut wurden, bilden sie ein neues Siedlungselement in der Flur und sind zu einem landschaftsprägenden Faktor geworden <sup>88</sup>. Sie fallen nicht nur wegen ihrer von den herkömmlichen Höfen abweichenden Hausformen auf, sondern auch, weil sie sich mit den sie umgebenden großen, blockartigen Fluren deutlich von dem bunten Nutzflächenmuster der vielen kleinen Parzellen in der Gemarkung abheben (siehe Karte 4 im Anhang).

Daß die Verlegung eines Gehöftes aus beengter Ortslage in die offene Feldmark die wirksamste Maßnahme zur Verbesserung der Agrarstruktur darstellt, ist keine neue Erkenntnis; denn bereits vor 400 Jahren wurden im Allgäuer Hochstift

<sup>87</sup> RADLOFF, A.: a.a.O., S. 70.

<sup>88</sup> ERNST, E.: Neue Strukturwandlungen in der hessischen Agrar- und Siedlungslandschaft, 1962.

Kempten im Zuge einer durch weitgehende Bodenzersplitterung notwendig gewordenen Flurbereinigung derartige Aussiedlungen durchgeführt, die unter dem Sammelbegriff „Vereinödung“ in die Literatur eingegangen sind. Die zum Hof gehörende Flur hieß Einöde, was ursprünglich den geschlossenen Besitzstand bezeichnen sollte (Einod = einheitliches Gut); später wurde dann dieser vorgegebene Begriff zur einsamen, abgelegenen Lage dieser Einzelhöfe in Bezug gebracht. Unter dem Begriff Aussiedlerhof lassen sich allerdings nicht alle modernen Einödhöfe einordnen, denn zu diesen muß auch der größte Teil der sog. Neusiedlungen gerechnet werden. Hierbei handelt es sich um landwirtschaftliche Betriebe, die im Gegensatz zu den Aussiedlungen neu gegründet werden, vielleicht sogar von Ortsfremden (z. B. Flüchtlingen).

Nachdem die anfänglichen Bedenken, die altvertraute Dorfgemeinschaft zu verlassen und in die Flur hinauszuziehen, durch den offensichtlichen und schnellen Erfolg der ersten mutigen Aussiedler aus dem Wege geräumt waren, wuchs das Interesse an derartigen Verfahren sprunghaft, besonders bei jüngeren Landwirten.

Dazu hat neben dem erfolgreichen Beispiel auch die großzügigere Gewährung staatlicher Hilfen in Form von Darlehen und Zuschüssen<sup>89</sup> und nicht zuletzt die Motorisierung beigetragen. Da die Anschaffung eines Automobils heute keine großen finanziellen Schwierigkeiten mehr bereitet, entfällt das wichtigste Argument der Aussiedlungsgegner, die Vorstellung nämlich, von der übrigen Welt abgeschnitten zu sein.

Der Bau von modernen Einödhöfen bietet sowohl für den Einödbauern als auch für die zurückbleibenden Dorfbauern große Vorteile. Die Aussiedler stellen ihr in Ortsnähe gelegenes Land zur Verfügung und erhalten dafür weiter außerhalb gelegene Grundstücke in möglichst arrondierter Form. Für beide Seiten bedeutet das eine wesentliche Verkürzung der bisher oftmals km-langen Arbeitswege. Der Aussiedler verzichtet zwar auf die gewohnte Geborgenheit in der dörflichen Gemeinschaft, erhält aber dafür einen mehr oder weniger geschlossenen Besitz mit einem nach neuesten Gesichtspunkten eingerichteten Hof, den er nach modernen Methoden bewirtschaften kann.

Dabei spielt die Wahl des neuen Hofstandortes eine wichtige Rolle<sup>90</sup>. Die widerstrebenden Interessen des Aussiedlers, der möglichst nahe beim Dorf bleiben möchte, und der Dorfbauern, die den neuen Hof möglichst am Gemarkungsrand wünschen, sind nicht immer leicht in Einklang zu bringen.

Es ist zu berücksichtigen, daß bei anhaltend reger Bautätigkeit die in Ortsnähe errichteten Höfe bald von neuem eingeengt werden. Diese Gefahr besteht besonders für einige außerbehördlich durchgeführte Aus- bzw. Neusiedlungen in Zinhain, Oellingen und Mademühlen. Hier entschlossen sich die Bauern aus eigener Initiative, die räumliche Enge des Dorfes zu verlassen und sich auf ihrem durch Zu-

<sup>89</sup> Bundesministerium für Landwirtschaft: Förderung von Aussiedlungen . . . , zit. in: Innere Kolonisation, August 1963, S. 186.

<sup>90</sup> BABO, VON F.: Der richtige Standort, In: Innere Kolonisation, Februar 1958.

kauf oder Pacht vergrößerten, hart am Ortsrand liegenden Land anzusiedeln. Dadurch wurden die individuellen Erschließungskosten zwar niedrig gehalten, aber die im Dorf verbleibenden Bauern konnten kaum Nutzen daraus ziehen, da die Wege zu ihren Feldern eher länger als kürzer wurden.

Im Gegensatz zu dieser privaten Siedlungstätigkeit bemüht sich die behördliche um optimale Lösungen, die sowohl den Aus- und Neusiedlern als auch den Dorfbewohnern wesentliche Verbesserungen bringen. Die beste Gelegenheit für derartige Maßnahmen bietet die Flurbereinigung, wie die Beispiele Ailertchen und Dreisbach zeigen. Nur im Zuge einer vollkommen neuen Flureinteilung ist es möglich, die Standorte für die neuen Einödhöfe ausschließlich nach wirtschaftlichen, verkehrsmäßigen und landschaftspflegerischen Gesichtspunkten zu bestimmen.

Um die Kosten für den Anschluß an das Wasser-, Elektrizitäts- und Wegenetz möglichst klein zu halten, sind im Hohen Westerwald an verschiedenen Stellen Gruppenaussiedlungen entstanden, z. B. südwestlich Rabenscheid und östlich Ailertchen. Ein regelrechter Weiler mit drei Aussiedlerhöfen entstand in den Jahren 1962/63 1 km östlich von Rennerod am Westabhang des Funkenhahn (Bild 7). Die Erschließungskosten verteilen sich auf diese Weise auf mehrere Betriebe; außerdem ermöglicht diese Lösung die gemeinschaftliche und somit billigere Nutzung teurer landwirtschaftlicher Maschinen.

Die bisher seit 1950 gebauten Einzelhöfe, das sind etwa 25 auf intensive Grünlandwirtschaft eingestellte Vollerwerbsbetriebe mit je 15–25 ha Wirtschaftsfläche, geben sowohl in ihrer äußeren Form als auch in ihrer inneren Aufteilung kein einheitliches Bild ab. Das ist auch nicht möglich, da sich die Ansichten über den besten Bautyp mit den sich wandelnden betrieblichen Erfordernissen, den individuellen Ansprüchen und den technischen Fertigungsmethoden dauernd ändern.

Während die ersten Neubauten nach dem Kriege, z. B. in Möhrendorf, mit ihrer dreifachen Queraufteilung in Wohnteil, Stall und Scheune noch stark den traditionellen Quereinhausern nachempfunden waren (Bild 8), wurde in der Folgezeit immer stärker das Bemühen deutlich, den Wohnteil von den Wirtschaftsgebäuden abzuheben und schließlich ganz abzutrennen. Der Hof in Hellenhahn an der Straße nach Seck zeigt bereits eine T-Form, wobei der Querstrich das Wohngebäude und der Längsstrich den Stall mit dem Heu- und Strohboden bezeichnet (Bild 9).

Der im Untersuchungsgebiet am häufigsten vorkommende Typ hat eine L-Form (z. B. Rabenscheid und Rennerod, Bild 10). Während hier Wohn- und Wirtschaftsteil noch durch einen mehr oder weniger breiten Gang miteinander verbunden sind, wird in neuester Zeit eine vollkommene Trennung angestrebt.

Da die natürlichen Voraussetzungen allen Aus- und Neusiedlern im Hohen Westerwald intensive Mähweidewirtschaft mit Milchviehhaltung und Kälbermast als optimale Betriebsform vorschreiben, kehren unter Abwandlung der oben genannten Grundformen immer die gleichen Bauelemente wieder:

1. ein modernes einstöckiges Wohngebäude mit Satteldach und großen Fenstern,
2. ein großes Wirtschaftsgebäude mit giebelseitiger Einfahrt zu den Ställen und darüberliegenden Bergeräumen,

3. ein schmaler überdachter Verbindungsgang zwischen den beiden Gehöftteilen.  
Dazu kommen
4. in einzelnen Fällen ein angebauter oder separater Geräte- und Maschinenschuppen sowie
5. ein oder mehrere Silotürme.

Kennzeichnend für die auf Schnelligkeit und Kostenersparnis eingestellte Bauweise aller neueren Höfe ist die Verwendung von leichten Baumaterialien, wie Bimsstein, Holz und Eternit sowie die fortschreitende Verwendung vorfabrizierter Teile.

### C. Die Entwicklung der Verkehrserschließung

Die wirtschaftliche Lage des Hohen Westerwaldes hat immer in engem Zusammenhang mit seiner verkehrsmäßigen Erschließung gestanden. Diese wurde im Mittelalter und auch davor durch zwei Umstände begünstigt:

1. durch die zentrale Lage zwischen wirtschaftlich, politisch und kulturell bedeutenden Landschaften und
2. durch die günstige Oberflächengestalt, die mit ihrem ausgeglichenen Relief dem früheren Fuß- und Wagenverkehr bessere Verkehrsmöglichkeiten bot als die vielfach versumpften und zeitweise überschwemmten Flußtäler am Fuße des Gebirges.

Nur 3 km westlich der Fuchskaute kreuzen sich zwei Bundesstraßen, die B 414 und die B 54, welche bereits in vorgeschichtlicher Zeit eine Verbindung zwischen Köln und Leipzig sowie zwischen Siegen und Mainz herstellten<sup>91</sup>. Bereits im Mittelalter erlangten die Leipziger und Mainzer Straße als bedeutende Handelsstraßen im deutschen West-Ost- und Nord-Süd-Fernverkehr ihre größte Blüte. Mit der wachsenden Bedeutung des Durchgangsverkehrs stiegen auch die Möglichkeiten der einheimischen Bevölkerung, durch Handel, Lohnarbeit sowie Bereitstellung von Unterkunft und Verpflegung Geld zu verdienen, so daß das 16. Jahrhundert für den ganzen Hohen Westerwald einen bescheidenen wirtschaftlichen Aufschwung brachte<sup>92</sup>. Der Niedergang begann, als sich der Fernverkehr nach dem Bau befestigter Straßen von den Höhen in die Täler, besonders in das Rheintal verlagerte. Diese Entwicklung wurde durch die beginnende Industrialisierung gefördert, welche aus verschiedenen Gründen die Tallandschaften bevorzugte.

Nachdem der Hohe Westerwald auf diese Weise seine verkehrsgünstige Stellung verloren hatte, versuchte man in den Jahren um die Wende des Jahrhunderts, ihn durch den Bau von Eisenbahnen zu erschließen. Bei der Planung der Streckenführung wurden vor allem drei Ziele verfolgt: die Erschließung der Bodenschätze, Erleichterungen für den Pendelverkehr und Neuansiedlung von Industrien<sup>93</sup>. Keines der drei Ziele wurde ganz erreicht.

<sup>91</sup> RAMSEGER, A.: Geschichtliche Entwicklung der Verkehrserschließung des Westerwaldes . . ., 1950, S. 34.

<sup>92</sup> EHLGEN, A.: a.a.O., S. 215.

<sup>93</sup> FUCHS, K.: Erschließung des Westerwaldes durch die Eisenbahn, 1961, S. 158 ff.

Erst in allerjüngster Zeit macht sich im Zeichen der allgemeinen Motorisierung wieder eine Verbesserung der Verkehrslage bemerkbar. Mit dem Bau der Autobahn Köln–Frankfurt in den 30er Jahren setzte die Rückkehr des Fernverkehrs aus den Tälern auf die Höhen ein, und der Hohe Westerwald erhielt über drei Zubringerverbindungen (B 413, B 255 und B 54) Anschluß an ein überregionales Straßensystem von größter Leistungsfähigkeit.

Die nach 1948 einsetzende allgemeine Motorisierung verbesserte nicht nur die Verkehrserschließung innerhalb des Gebietes sowie die Verbindung nach außen, sondern sie stellte auch vollkommen neue Anforderungen an das überkommene Straßennetz. Die Zahl der Personenkraftwagen stieg im Oberwesterwaldkreis von rund 1000 im Jahr 1954 auf etwa 11 000 im Jahr 1965<sup>94</sup>, die Zahl der landwirtschaftlichen Zugmaschinen von 64 im Jahr 1950 auf 1887 im Jahr 1960<sup>95</sup>. Während es nach dem Kriegsende 1945 im ganzen Oberwesterwaldkreis nur ein paar Dutzend Autobesitzer gab, hatte 1965 bereits jeder 5. Einwohner ein Kraftfahrzeug. Auf Grund des weitverbreiteten Pendelverkehrs liegt dieser Wert trotz der geringen Wirtschaftskraft des Kreises noch über dem Landesdurchschnitt.

### *1. Der Neubau bzw. Ausbau von Straßen*

Bedingt durch die relativ große Siedlungsdichte im Hohen Westerwald – die Dörfer liegen im Durchschnitt nur 1–3 km voneinander entfernt – gab es bereits vor dem Krieg ein engmaschiges Straßennetz, dessen Rückgrat die Reichsstraße 54 von Siegen über Rennerod nach Limburg darstellte. Die gegebenen Verbindungen waren aber nach 1948 keineswegs in der Lage, den sich wandelnden Anforderungen zu genügen. Was ursprünglich die Aufgabe der Eisenbahn sein sollte, nämlich Erschließung der Bodenschätze, Erleichterung des Pendelverkehrs und Ansiedlung neuer Industrien, wurde nun dem Straßenverkehr zugewiesen.

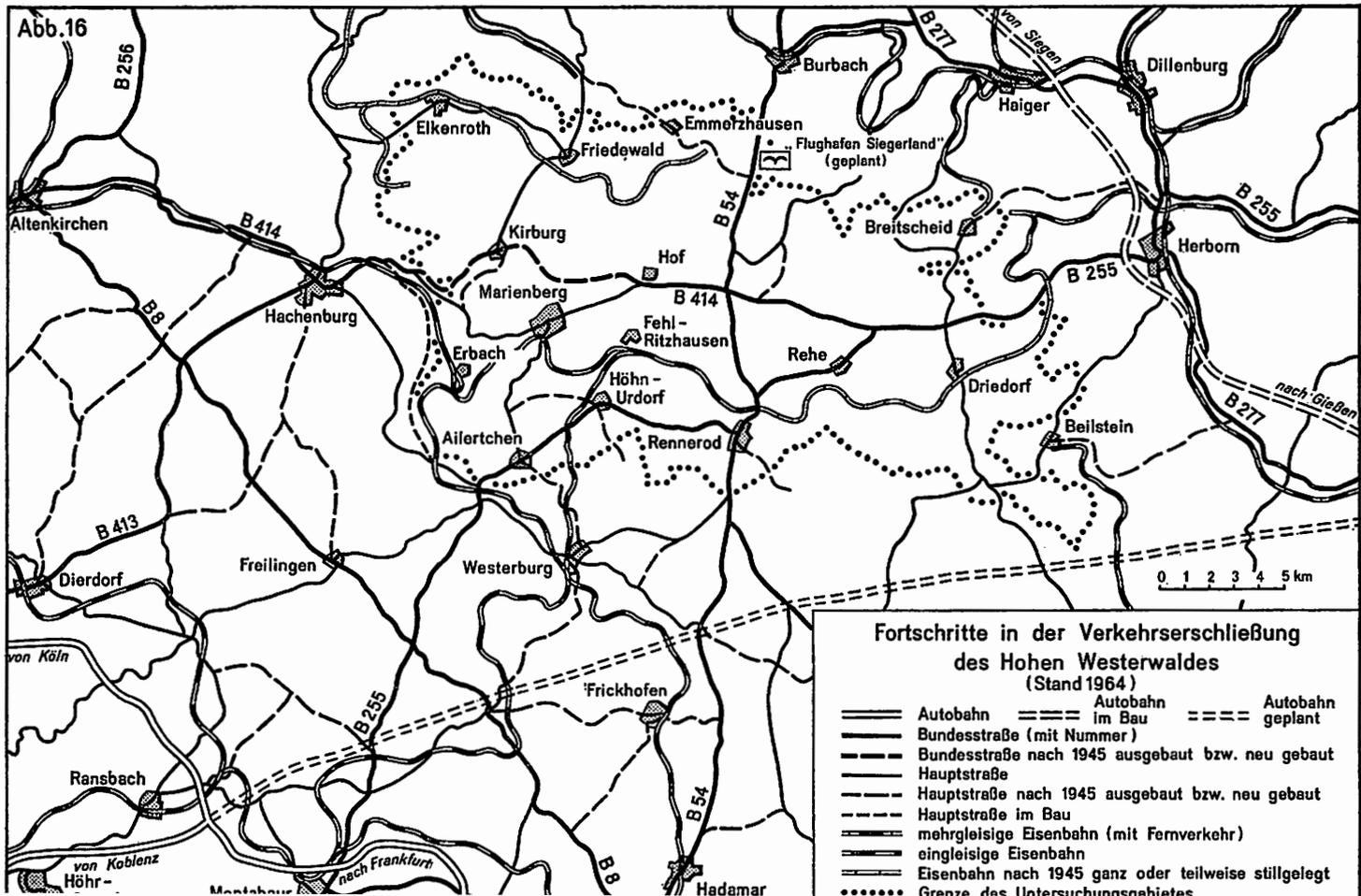
Hinzu kam in den letzten Jahren die Bewältigung des ständig stärker werdenden Stromes von Wochenendausflüglern und Ferienreisenden sowie die wachsende Belastung durch militärische Fahrzeuge vom nahen Truppenübungsplatz. All diese Umstände zwangen zu einem umfassenden Aus- und Neubau, der mit finanzieller Hilfe des Bundes und der drei betroffenen Länder vorgenommen werden konnte (Abb. 16). Neugebaut wurden die Straße von Emmerzhausen nach Lippe sowie verschiedene kleinere Strecken zur Begradigung der Linienführung. Ausgebaut wurden vor allem die B 414 zwischen Hachenburg und Hof (um den Durchgangsverkehr aus dem Luftkurort Marienberg abzuziehen) sowie die Straßen Dreisbach–Höhn–Pottum, Ailertchen–Westerburg, Nister–Löhnfeld und Breitscheid–Burg.

Im Bau befindet sich die „Nistertal-Straße“ von Hachenburg über Enspel nach Westerburg, die der Basaltindustrie am „Stöffel“ einen besseren Verkehrsanschluß bringen wird.

Von größter Bedeutung für den gesamten Hohen Westerwald ist der Bau der

<sup>94</sup> Heimatbeilage der Westerwälder Zeitung vom 26. 5. 1965.

<sup>95</sup> Gemeindestatistiken 1949/50 und 1960/61 von RP, H und NRW.



Autobahn Dortmund–Siegen–Gießen, die in nordwest-südöstlicher Richtung dem Dilltal folgt und in etwa 5–10 km Entfernung am Ostrand des Hohen Westerwaldes entlangführt. Sie soll 1967 fertiggestellt sein.

In Planung befindet sich eine Autobahnverbindung in west-östlicher Richtung vom Dernbacher Dreieck nach Wetzlar und Gießen, nach deren noch unbestimmter Fertigstellung der Hohe Westerwald auf drei Seiten Autobahnanschluß hätte.

## *2. Die Stilllegung von Eisenbahnstrecken*

Etwa im gleichen Maße, wie nach 1948 die Bedeutung des Kraftwagenverkehrs zunahm, hat die der Eisenbahn nachgelassen. Die für den Hohen Westerwald bedeutendsten Linien waren vor dem Krieg die folgenden vier eingleisigen Strecken:

1. Hachenburg–Erbach–Westerburg (fertiggestellt: 1885)
2. Westerburg–Rennerod–Herborn (fertiggestellt: 1910)
3. Erbach–Marienberg–Fehl-Ritzhausen (fertiggestellt: 1911)
4. Scheuerfeld–Elkenroth–Emmerzhausen (fertiggestellt: 1913/29)

Die zuletzt in Dienst gestellte Bahn wurde auch als erste nach 1945 wegen Unrentabilität wieder stillgelegt. Auf der Linie Westerburg–Herborn wurde der Personenverkehr vorerst nur zwischen Rennerod und Roth eingestellt. Wenn die augenblicklich in Rede stehenden Rationalisierungsmaßnahmen der Bundesbahn von der Regierung gebilligt werden, ist mit weiteren Stilllegungen bzw. Einschränkungen des Schienenverkehrs im Hohen Westerwald zu rechnen. Omnibus und Lastkraftwagen werden daher im Hohen Westerwald in Zukunft immer mehr den Personen- und Güterverkehr an sich ziehen.

## II. DIE JÜNGSTEN WANDLUNGEN IN DER SOZIALSTRUKTUR DES HOHEN WESTERWALDES

Nachdem im vorangegangenen die jüngsten strukturellen Wandlungen und landschaftlichen Veränderungen im Hohen Westerwald mehr aus wirtschaftsgeographischer Perspektive gesehen wurden, soll im zweiten Teil der Arbeit der Blick auf den Menschen, genauer gesagt, auf die das wirtschaftliche Geschehen bestimmenden sozialen Gruppen gelenkt werden.

Wirtschafts- und Sozialgeographie stehen zueinander im sehr engen Zusammenhang, so daß es vielfach schwerfällt, eine Trennungslinie zu ziehen oder zu entscheiden, ob eine bestimmte Erscheinung mehr diesem oder jenem Bereich zugezählt werden soll. So kann man z. B. die Entwicklung vieler Nebenerwerbsbetriebe zu Feierabendstellen und Familienbetrieben in gleicher Weise als wirtschaftsgeographische oder als sozialgeographische Erscheinung ansehen, je nachdem, wie die Akzente gesetzt werden. Ähnlich ist es mit der Sozialbrache, deren Vorkommen einerseits Kennzeichen einer im Abbau begriffenen Landwirtschaft, andererseits aber auch Hinweis auf einen Prozeß der sozialen Differenzierung ist.

Die folgenden Ausführungen über die jüngsten Wandlungen in der Sozialstruktur des Hohen Westerwaldes gehen von der Bevölkerungsentwicklung nach 1945 aus und konzentrieren sich sodann auf die Veränderungen in der Pendelwanderung und im Berufsgefüge sowie deren Auswirkungen auf die Landschaft.

### A. Veränderungen in der Größe der Gemeinden

Eines der charakteristischsten kulturgeographischen Merkmale des Hohen Westerwaldes ist die relativ große Siedlungsdichte, die man bei der Höhenlage und der naturräumlichen Ausstattung eigentlich nicht erwarten würde. Die Ortschaften liegen im allgemeinen nur 1–2 km voneinander entfernt und sind ziemlich gleichmäßig über die ganze Landschaft verteilt. Die vielen Doppelnamen, wie z. B. Fehl-Ritzhausen, Höhn-Urdorf, Hellenhahn-Schellenberg oder Stein-Neukirch, deuten an, daß die Siedlungen ursprünglich noch dichter zusammenlagen. Außerdem ist bekannt, daß besonders die größeren Gemeinden, wie Rennerod, Mademühlen oder Driedorf, ihre heutige flächenmäßige Ausdehnung der Einverleibung vieler im Mittelalter wüstgefallener Fluren verdanken <sup>96</sup>.

Bereits vor dem Dreißigjährigen Krieg finden sich um die Mitte des 16. Jahrhunderts die ersten Spuren einer Übervölkerung, die zur Auswanderung eines Teiles der Bewohner zwang <sup>97</sup>. Durch Mißernten verursachte Notzeiten führten seither

<sup>96</sup> BORN, M.: Siedlungsentwicklung am Osthang des Westerwaldes, 1957, S. 153 ff.

<sup>97</sup> PLENGE, J.: Westerwälder Hausierer und Landgänger, 1898, S. 51.

in unregelmäßigen Abständen immer wieder zu Auswanderungswellen, die im 18. und 19. Jahrhundert vornehmlich nach Amerika, seit dem industriellen Aufschwung des Deutschen Reiches nach 1870 hauptsächlich zum Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet hinzielten <sup>98</sup>.

Seit Mitte des vorigen Jahrhunderts verwandelte sich die Auswanderung immer mehr in eine zeitweilige Abwanderung. Landgänger, Hausierer und später die Pendler verließen ihre Heimatdörfer nur zeitweise für Tage, Wochen oder Monate, um außerhalb des Hohen Westerwaldes Geld zu verdienen und anschließend wieder zurückzukehren.

### 1. Die Entwicklung der Bevölkerung

Bei einer Untersuchung der jüngsten Bevölkerungsentwicklung ist es zweckmäßig, von der letzten gemeindeweisen Vorkriegszählung im Jahre 1939 auszugehen, da die Ergebnisse aller späteren Zählungen durch die Kriegereignisse, besonders durch die Einweisung der Flüchtlinge und Vertriebenen, stark beeinträchtigt sind.

#### a) Die Verteilung der Bevölkerung

Wenn gesagt wurde, die Siedlungen des Hohen Westerwaldes seien ziemlich gleichmäßig über die Landschaft verteilt, so trifft das nicht auf ihre Größe zu (Abb. 17). Eine Aufteilung der Gemeinden nach Ortsgrößenklassen gibt darüber Aufschluß und vermittelt zugleich ein Bild über die Veränderungen gegenüber 1939.

Tab. 16 Entwicklung der Ortsgrößenklassen im Hohen Westerwald<sup>1</sup>

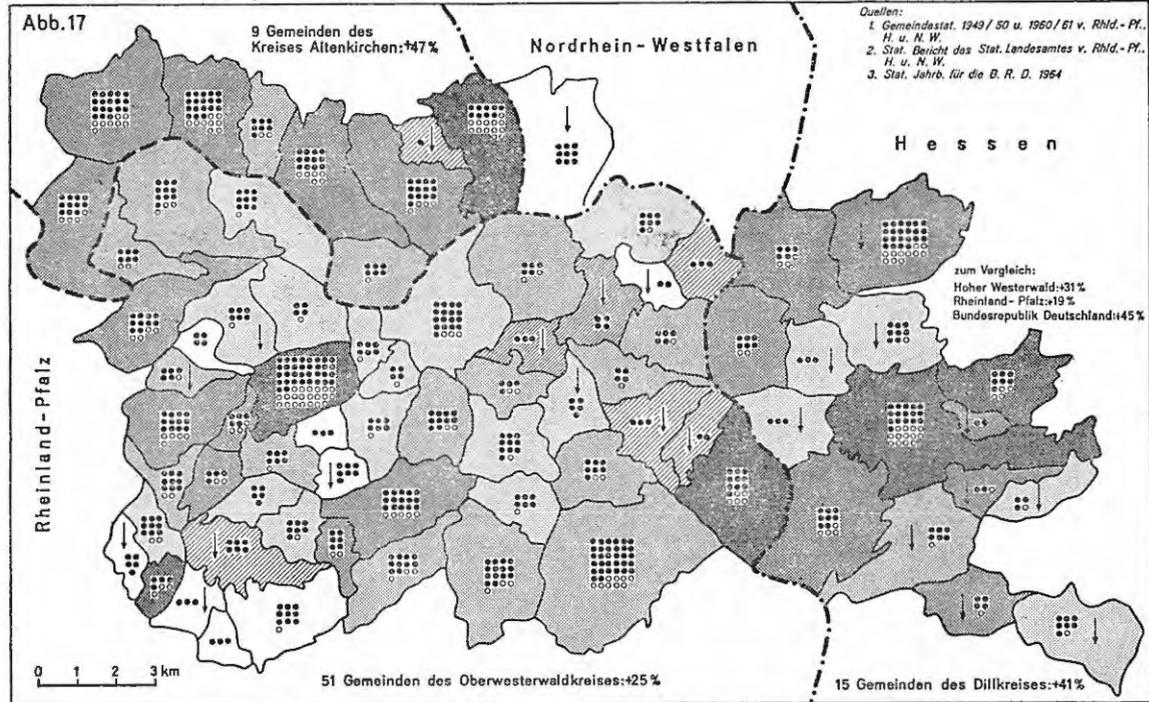
Gemeinden mit:	1939	1964
79– 200 Einwohnern	14	14
200– 600 Einwohnern	50	41
600–1000 Einwohnern	9	12
1000–2000 Einwohnern	3	7
2000–2755 Einwohnern	–	2
	76	76

<sup>1</sup> Diese und alle folgenden Angaben zur Bevölkerungsentwicklung gemäß Gemeindestatistik 1939 und Stat. Ber. von Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein-Westfalen, Oktober 1964.

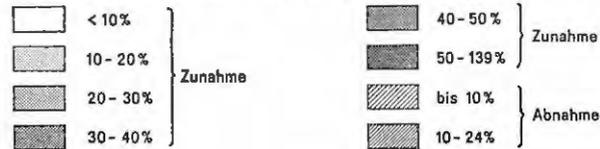
Danach hat sich die Zahl der kleinen Gemeinden mit weniger als 200 Einwohnern nicht geändert, es ist jedoch zu beachten, daß die Einwohnerzahl der meisten dieser Orte heute niedriger ist als 1950. Die Zahl der Gemeinden mit 200 bis 600 Einwohnern hat sich dagegen zugunsten der größeren verringert. Marienberg und Rennerod, den beiden einzigen Städten des Untersuchungsgebietes, gelang es, die 2000er-Grenze zu überschreiten. Diese Verschiebungen sind die Folge der wachsenden Anziehungskraft, welche die Städte und größeren Orte auf die Bewohner der

<sup>98</sup> BECKER, A.: a.a.O., S. 77.

## Die Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden des Hohen Westerwaldes von 1939 - 1964



Die relative Zu- bzw. Abnahme der Bevölkerung von 1939 - 1964



↓ Orte, in denen die Einwohnerzahl von 1950 - 1964 sank

• Stand 1939

○ Zunahme 1939 - 1964

▪ ◦ Stand 1964 (jeder Kreis - 50 Einwohner)

kleineren Dörfer ausüben. Während 1939 in den 6 größten Gemeinden des Hohen Westerwaldes (Marienberg, Rennerod, Breitscheid, Weirfeld, Elkenroth und Driedorf) 23 % der gesamten Bevölkerung wohnten, waren es 1964 26 %. Die genannten Gemeinden liegen, mit Ausnahme von Marienberg, alle an den Rändern des Hohen Westerwaldes und verdeutlichen so, daß hier nach wie vor die Schwerpunkte der Besiedlung liegen.

Nur die westliche Hälfte des Hohen Westerwaldes besitzt in der Stadt Marienberg einen Mittelpunkt, der seit 1939 beträchtlich an Gewicht gewonnen hat (1939: 1699 E.; 1964: 2755 E.). Unverändert dünn besiedelt ist dagegen der zentrale, höchste Westerwald, dessen Gemeinden sich teilweise sogar rückläufig entwickelt haben.

## b) Zu- und Abnahme der Bevölkerung

Die Zahl der Einwohner des Hohen Westerwaldes stieg von 1939 bis 1964 von 31 402 auf 41 011, d. h. um 31 %. Im Vergleich zum Wachstum des Landes Rheinland-Pfalz (+19 %) liegt dieser Wert über dem Durchschnitt, im Vergleich zur Bundesrepublik (+45 %) weit darunter.

Die Bevölkerungsentwicklung zeigt erhebliche gemeindeweise und regionale Unterschiede des Wachstums (Abb. 17), wobei ihrer Entwicklungsdynamik nach drei Gruppen erkennbar sind:

1. 24 Gemeinden mit überdurchschnittlichem Wachstum,
2. 45 Gemeinden mit unterdurchschnittlichem Wachstum und
3. 7 Gemeinden mit rückläufiger Entwicklung.

Legt man als Ausgangspunkt statt 1939 das Jahr 1950 zugrunde, dann erhöht sich die Zahl der Orte mit rückläufiger Entwicklung auf 21, das sind mehr als ein Viertel aller Gemeinden<sup>99</sup>.

Die räumliche Verteilung der drei genannten Entwicklungstypen gibt wichtige Aufschlüsse über die unterschiedliche Lebenskraft der einzelnen Regionen des Hohen Westerwaldes (Statistische Angaben auf Gemeindebasis siehe Tabelle C). Das bei weitem größte Bevölkerungswachstum (+47 %) haben die 9 Gemeinden des Kreises Altenkirchen zu verzeichnen, die sich in ihrer Gesamtheit ganz klar vom angrenzenden Oberwesterwaldkreis abheben. Emmerzhausen steht mit einer Zunahme von 138 % an der Spitze aller Gemeinden des Hohen Westerwaldes. An zweiter Stelle stehen die Gemeinden des Dillkreises mit einem Zuwachs von 41 %.

Die 51 Gemeinden des Oberwesterwaldkreises liegen als ganzes mit einer Zuwachsrate von 25 % beträchtlich unter dem Durchschnitt. Eine Ausnahme davon machen nur Marienberg (+62 %) und einige benachbarte Gemeinden, wie z. B. Höhn-Urdorf und Unnau.

Auch nach der Bevölkerungsentwicklung hebt sich der zentrale Hohe Westerwald als benachteiligtes Gebiet hervor. Fünf Gemeinden weisen eine rückläufige Bevölkerungsentwicklung auf; in Bretthausen z. B. nahm die Zahl der Einwohner von 1939 bis 1964 um ein Viertel ab.

Ob die Entwicklung der Bevölkerung in den einzelnen Gemeinden positiv oder negativ war, wurde vor allem durch zwei Umstände beeinflusst: 1. durch die Einweisung der Flüchtlinge in den ersten Nachkriegsjahren und 2. durch die wirtschaftliche Entwicklung nach 1950 (Ansiedlung von Industrien).

<sup>99</sup> Gemeindestatistik 1949/50 von RP, H und NRW.

## 2. Die Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge

Welche Bedeutung die Heimatvertriebenen für die jüngste Bevölkerungsentwicklung des Hohen Westerwaldes haben, mag daraus ersehen werden, daß sie 1964 10 % der gesamten Bevölkerung ausmachten. Am absoluten Bevölkerungszuwachs seit 1939 waren sie mit 42 % (= 3989 Personen) beteiligt. Ohne diesen bedeutenden Zustrom würde die Zahl der Gemeinden mit rückläufiger Entwicklung 16 statt 7 betragen.

Der unterschiedliche Anteil der Flüchtlinge an der gesamten Bevölkerung – in den rheinland-pfälzischen Gemeinden des Hohen Westerwaldes 8 % und in den hessischen 19 % – erklärt sich aus den politischen Verhältnissen der Nachkriegszeit. Die Heimatvertriebenen aus den deutschen Ostgebieten konnten zunächst nur in der englischen und amerikanischen Besatzungszone untergebracht werden. Erst seit 1947 fanden sie auch auf der zur französischen Zone gehörenden rheinland-pfälzischen Seite des Hohen Westerwaldes Aufnahme. Die Auswahl der neuen Heimatgemeinden war mehr oder weniger zufällig und wurde vor allem durch den verfügbaren Wohnraum bestimmt.

Zu einem besonders schwierigen Problem wurde die Schaffung von Arbeitsplätzen, zumal diese schon für die einheimischen Erwerbstätigen bei weitem nicht ausreichten. Nach den Hungerjahren der ersten Nachkriegszeit gelang mit dem allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung seit 1948 auch die wirtschaftliche Eingliederung der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen wider Erwarten schnell.

Ein Teil von ihnen wanderte in die großen Industriestädte außerhalb des Hohen Westerwaldes ab; die meisten blieben jedoch und nahmen teil am Wiederaufbau der heimischen Wirtschaft. So verdankt eine Anzahl industrieller Betriebe ihr Entstehen der Initiative und dem Unternehmergeist dieser Neubürger.

Nur wenigen gelang es dagegen, als Bauern in ihren alten Beruf zurückzukehren. Für eine Wiedereseßhaftmachung auf eigener Scholle war zu wenig freies Land vorhanden. In Marienberg z. B. wurden mit staatlicher Hilfe acht Nebenerwerbsstellen und eine Gärtnerstelle für Flüchtlingsfamilien errichtet.

## 3. Das flächenmäßige Wachstum der Gemeinden

Die vorherrschende Siedlungsform des Hohen Westerwaldes ist das unregelmäßige Haufendorf, das von einer oder zwei sich kreuzenden Straßen durchzogen wird. Die außerhalb dieser geschlossenen Ortschaften liegenden Wohnplätze sind entweder alte Mühlen oder neue Einödhöfe, auf deren steigende Zahl und Bedeutung bereits ausführlich eingegangen wurde.

Die Lage der Siedlungen wird in erster Linie durch morphologische, klimatische und hydrogeographische Faktoren bestimmt<sup>100</sup>. Zwar stellten die flachen Mulden und Kuppen der Besiedlung keine Hindernisse entgegen, doch schränkten das winterlich kalte, schneereiche und stürmische Klima sowie die zeitweise Versumpfung der Talböden und Ursprungsmulden den Siedlungsraum erheblich ein.

<sup>100</sup> KELLER, R.: Natur und Wirtschaft im Wasserhaushalt der rheinischen Landschaft, 1951, S. 96.

Es gibt daher nur relativ wenige Orte mit ausgesprochener Kuppen- oder Tallage (Höhn-Urdorf bzw. Rennerod). Die am meisten verbreitete Form ist die Hanglage, wobei die Siedlungen durchweg die sonnigere und windgeschütztere S- oder SO-Exposition bevorzugen und gewöhnlich auf der Übergangslinie zwischen Acker- und Grünland liegen (Hellenhahn und Salzburg).

Parallel mit dem Bevölkerungszuwachs verlief eine beträchtliche Ausweitung der Siedlungsflächen. Die Zunahme der Wohngebäude von 1949 bis 1961 um 35 % entsprach in etwa dem Zuwachs der Bevölkerung<sup>101</sup>. Die Schwerpunkte des Wohnbaus lagen im allgemeinen in den Orten mit der größten Bevölkerungszunahme, also in den Gemeinden des Kreises Altenkirchen sowie in den Gemeinden Marienberg, Driedorf und Umgebung, wo sich die Zahl der Wohngebäude um 40–90 % erhöhte. Am geringsten war die Bautätigkeit in den Gemeinden des zentralen Hohen Westerwaldes.

Die flächenmäßige Ausdehnung der Siedlungen setzte bereits hier und da im ersten Viertel unseres Jahrhunderts ein, erlangte aber erst in den Jahren 1950 mit steigendem privaten Wohlstand, mit zunehmender staatlicher Finanzhilfe (sozialer Wohnungsbau) und mit der Einführung zeit- und kostensparender Baumethoden größere Bedeutung für alle Gemeinden. Während sich die Ausbautätigkeit bis 1945 vornehmlich auf die größeren, an den Eisenbahnstrecken gelegenen Gemeinden, wie Marienburg, Rennerod oder Rehe, beschränkte und dort mehr punkthaft das Siedlungsbild veränderte, erfaßte sie nach 1950 auch die kleineren Ortschaften und wirkte mehr flächenhaft (siehe „Karte der Bodennutzungsänderungen 1943 bis 1965“).

Nach der Form der Erweiterung kann man drei Arten unterscheiden:

1. den innerörtlichen Ausbau,
2. die randliche Ausdehnung und
3. die Bebauung außerhalb der Ortschaft.

Da die Häuser in den Dörfern im allgemeinen recht eng beieinanderstehen und wenig Platz für einen Neubau lassen, geht der innerörtliche Ausbau meist in der Form von Anbauten an bereits vorhandene Gebäude vor sich (Bild 11). Wenngleich sich das Bauen nach dieser Art wesentlich verbilligt, so ziehen doch die meisten Dorfbewohner ein Einzelhaus vor, das vom eigenen Garten umgeben ist. Als Bauland kommen in den Doppelgemeinden, wie z. B. Höhn-Urdorf, Fehl-Ritzhausen oder Hellenhahn-Schellenberg, vor allem die zwischen den beiden Ortskernen gelegenen Flächen in Frage, so daß allmählich eine Verschmelzung der Siedlungen stattfindet. Auf diese Weise wachsen teilweise auch Orte zusammen, die politisch bisher noch keine Einheit bilden, aber auf Grund ihrer immer enger werdenden Verflechtung in Zukunft einen Zusammenschluß zu erwägen haben werden. Hierbei wird an Weitfeld und Oberdreisbach sowie an Höhn-Urdorf und Oellingen gedacht, die durch ihre geschlossene Bauweise schon heute als eine Siedlung in Erschei-

<sup>101</sup> Gemeindestatistiken 1960/61 von RP, H und NRW.

nung treten. Während die alten Kerne dieser Doppelsiedlungen dem typischen Bild der Haufendörfer mit engen, winkligen Gassen und ungeordneter Gebäudeaufstellung entsprechen, zeigen die „Verbindungsstücke“ vielfach die geordnete Symmetrie von Straßendörfern.

Die r a n d l i c h e A u s d e h n u n g der Siedlungen hat nirgendwo konzentrische Formen angenommen, sondern war immer mit einer ganz bestimmten, wenn auch von Ort zu Ort wechselnden Zielrichtung verbunden. Die stärkste Anziehungskraft ging insbesondere vor dem Krieg von den Bahnhöfen aus, die in den seltensten Fällen im oder direkt am Ort liegen. Mehr oder weniger lange Siedlungsspitzen stellten so in Marienberg, Höhn-Urdorf oder Rennerod allmählich die Verbindung her. Mit wachsender Bedeutung des Autoverkehrs macht sich heute die Tendenz bemerkbar, die Siedlungen in Richtung auf größere Straßen hin auszuweiten, wie es z. B. in Hellenhahn-Schellenberg und Hof der Fall ist. Die ersten Vorläufer der später dichter werdenden Bebauung sind meistens Tankstellen, Autoreparaturwerkstätten oder Gasthäuser, so z. B. südlich Rehe und nördlich Rennerod.

Als dritte Form der jüngsten Siedlungserweiterung kommt im Hohen Westerwald die B e b a u u n g a u ß e r h a l b d e r O r t s c h a f t e n vor. Es handelt sich hierbei nicht um einzelne Höfe, Wochenendhäuser oder Fabrikanlagen, sondern um größere Siedlungskomplexe. Nördlich Rehe wurde bereits vor dem Krieg mit dem Bau einer Erholungssiedlung begonnen, südlich Waldaubach entstand zur gleichen Zeit eine Wohnsiedlung und südlich Emmerzhausen auf dem Gelände des Truppenübungsplatzes Stegskopf ein größerer Kasernenkomplex. Nordwestlich Rennerod, das als Garnison ausersahen ist, baut die Bundeswehr zur Zeit umfangreiche Truppenunterkünfte und technische Anlagen. In Mademühlen wuchs am östlichen Ufer der Krombachtalsperre in den letzten Jahren eine kleine Ferienkolonie mit etwa 20 Holzhäusern heran.

## B. Die Veränderungen im Berufspendelverkehr

### 1. Die Entwicklung der Pendelwanderung

Ein charakteristisches Merkmal der Sozialstruktur des Hohen Westerwaldes ist seit langem die weite Verbreitung des Berufspendelverkehrs. Eine sehr frühe Form der modernen Pendler stellen die sogenannten Hausierer dar, welche nach einer Herborner Urkunde von 1747 „mit ihren Waaren allerhandt Gattung von Tüchern, Strümpfen, Specereyen, Farben, Schnüren und Geschirr . . . von Hauß zu Hauße nicht nur in hiesig benachbarten Ämtern und Dörffern . . . herumschleichen“<sup>102</sup>. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts entwickelte sich aus diesem Wandergewerbe allmählich die sogenannte Landgängerei, wobei die Händler ihre Geschäftsreisen auf mehrere Monate oder gar Jahre teilweise bis nach Rußland ausdehnten.

<sup>102</sup> Zitiert bei PLENGE: a.a.O., S. 67.

Etwa zur gleichen Zeit kamen auch die periodischen Wanderungen der Erntearbeiter zum Limburger Becken und zur Wetterau sowie etwas später die Wanderungen der Bauhandwerker, der Bergleute und Industriearbeiter ins Siegerland und Ruhrgebiet auf.

Da der Hohe Westerwald zu der Zeit noch keinen Anschluß an das Eisenbahnnetz hatte, mußten die Pendler zu Fuß zu ihren Arbeitsorten gehen und konnten nur wöchentlich bzw. monatlich nach Hause zurückkehren. J. PLENGE schätzte 1898, daß die Pendler des Amtes Rennerod mindestens 8 % aller Einwohner ausmachten<sup>103</sup>. Mit der besseren Verkehrserschließung durch den Bau der Eisenbahnen und durch die Motorisierung seit den 20er Jahren wurden die meisten der auswärts Arbeitenden zu Tagespendlern. Der Anteil aller Pendler an der Gesamtbevölkerung stieg bis 1950 auf 12 % und bis 1961 auf 21 %<sup>104</sup>.

#### a) Zunahme der Pendler

Die Gemeindestatistiken von 1950 und 1961 geben Aufschluß über die Nachkriegsentwicklung der Pendelwanderung im Hohen Westerwald (siehe Tabelle C). Danach erhöhte sich die Zahl der Auspendler von 4137 auf 8253, d. h. sie verdoppelte sich. Da die Zahl der Erwerbspersonen sich in der gleichen Zeit kaum veränderte (18 820 : 19 044), ist dieser beträchtliche Zuwachs nur durch die Abwanderung von der Landwirtschaft zur gewerblichen Wirtschaft zu erklären. Wie die Abbildung 18 zeigt, hat der Pendelverkehr in den einzelnen Gemeinden und Kreisteilen recht unterschiedliche Bedeutung. Der Anteil der Pendler an den Berufstätigen schwankte 1961 in den Gemeinden zwischen 21 % (Enspel, 1950: 13 %) und 70 % (Derschen, 1950: 42 %). Während er früher mehr von dem Grade der verkehrsmäßigen Erschließung durch Eisenbahn und Omnibus abhängig war, ist er heute wegen der stärkeren privaten Motorisierung in erster Linie von der Entfernung zu den traditionellen und neuen Industriestandorten im Siegerland, im Dilltal und im Hohen Westerwald selbst abhängig. Dementsprechend weisen die nördlichen Gemeinden, die zum Kreis Altenkirchen gehören und durch ein gutes Straßennetz mit der Industrie des Sieg- und Hellertales verbunden sind, insgesamt gesehen nach wie vor mit 52 % aller Erwerbstätigen den höchsten Pendleranteil auf.

Zwei andere Regionen mit überdurchschnittlich hohen Pendlerzahlen sind die Gebiete um Waldaubach im O mit guten Verbindungen zum Dilltal sowie um Dreisbach im SW in der Nähe der Gewerbezentren Marienberg, Enspel und Höhn-Urdorf.

Die Gemeinden mit relativ wenigen Auspendlern stellen im allgemeinen die alten und neuen Industriestandorte dar, die nach 1950 einen großen Teil ihrer ehemaligen Auspendler an sich gezogen haben.

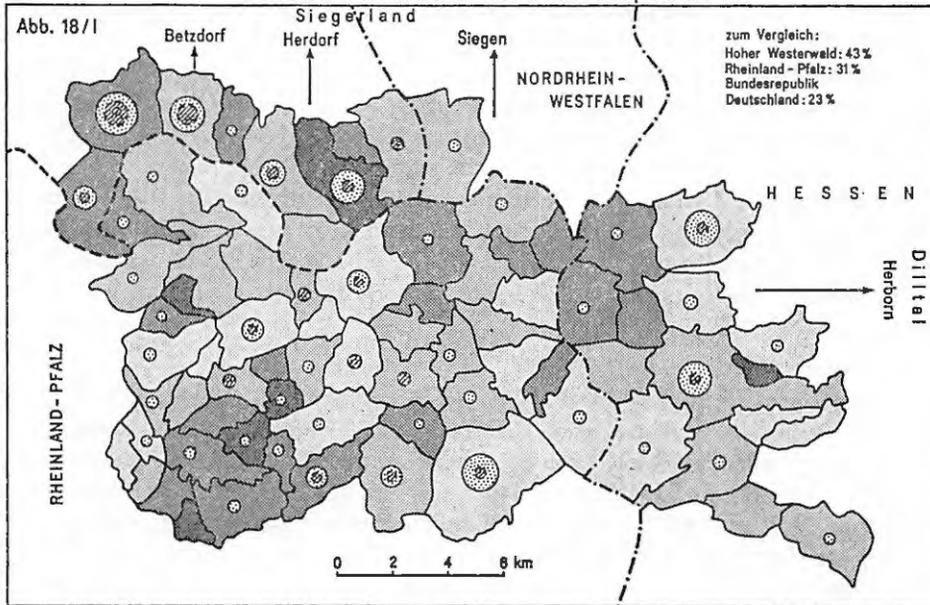
Die Gegenüberstellung der beiden Abbildungen 18 I und II „Pendler-Heimatorte“ und „Pendler-Zielorte“ zeigt deutlich das große Mißverhältnis zwischen er-

<sup>103</sup> PLENGE: a.a.O., S. 60.

<sup>104</sup> Diese und alle folgenden Angaben zur Pendelwanderung gemäß Gemeindestatistiken 1949/50 und 1960/61 von RP, H und NRW.

Die Entwicklung des Berufspendelverkehrs in den Gemeinden des Hohen Westerwaldes von 1950 - 1961

I. Pendler-Heimatorte mit 80 u. mehr Auspendlern



Quellen: 1. Unveröff. Unterlagen der Stadtverwaltung  
Marienberg u. Höhn - Urdorf  
2. Gemeindestat. 1949/50 u. 1960/61  
von RHld. - Pf., H. u. N. W.

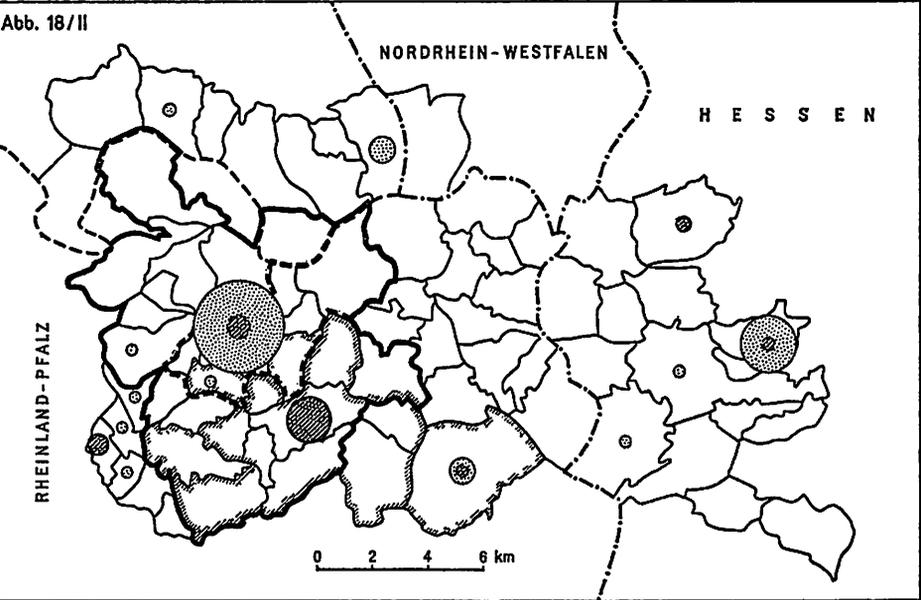
forderlichen und vorhandenen außerlandwirtschaftlichen Beschäftigungsmöglichkeiten. Zwar hat sich die Zahl der Pendler-Zielorte mit 80 und mehr Einpendlern von 6 auf 15 erhöht, doch ist zur gleichen Zeit die Zahl der Pendler-Heimatorte (mit 80 und mehr Auspendlern) von 17 auf 47 gestiegen.

b) Die Veränderungen in den Hauptzielrichtungen

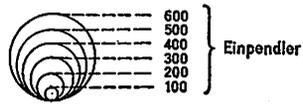
In der regionalen Bedeutung der Einpendlerzentren ergaben sich von 1950 bis 1961 wesentliche Verschiebungen, welche die in der Zwischenzeit stattgefundenen strukturellen Wandlungen in der gewerblichen Wirtschaft verdeutlichen (siehe Tabelle 17). Durch den Niedergang des Bergbaus und die unsicheren Absatzverhältnisse in der Basaltindustrie verlagerte sich nach 1950 das Schwergewicht der gewerblichen Wirtschaft allmählich in solche Gemeinden, die durch ihre zentralörtliche Bedeutung (Marienberg, Rennerod) gewisse Standortvorteile aufwiesen oder durch die unternehmerische Initiative einzelner Geschäftsleute (Weitfeld, Hof) Industrie an sich zogen. Die alten Industriegemeinden Höhn-Urdorf und Enspel konnten

Die Entwicklung des Berufspendelverkehrs in den Gemeinden des Hohen Westerwaldes von 1950 - 1961  
 II. Pendler-Zielorte mit 80 u. mehr Einpendlern

Abb. 18/II



-  Angaben für 1950
-  Angaben für 1961
-  Pendlereinzugsbereich von Marlenberg 1950
-  Pendlereinzugsbereich von Marlenberg 1964
-  Pendlereinzugsbereich von Höhn-Urdorf 1950
-  Pendlereinzugsbereich von Höhn-Urdorf 1964  
(nur Orte mit 10 und mehr Auspendlern)



Quellen: 1. Unveröff. Unterlagen der Stadtverwaltung Marlenberg u. Höhn-Urdorf  
 2. Gemeindestat 1949/50 u. 1960/61 von Rhld.-Pk., H. u. N. W

ihre einseitig auf Braunkohle bzw. Basalt basierende wirtschaftliche Stellung im Hohen Westerwald nicht rechtzeitig ausbauen. Beide verloren einen großen Teil ihrer Einpendler.

Dagegen ist es Marienberg, das erst im Jahre 1939 Stadtrechte erhielt, nach dem Krieg im besonderen Maße gelungen, seine Stellung als verwaltungsmäßiger und kultureller Mittelpunkt der westlichen, zum Oberwesterwaldkreis gehörenden Gemeinden auch auf den gewerblichen Sektor auszudehnen. Es entwickelte sich in den letzten 15 Jahren zum unbestritten größten Arbeitszentrum des Untersuchungsgebietes und ist nach Westerburg und Hachenburg der wichtigste zentrale Ort des Oberwesterwaldkreises. Seine Anziehungskraft als Arbeitsort ist beträchtlich gestiegen. Während die Zahl der zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze die Zahl der am Ort wohnenden nichtlandwirtschaftlichen Berufstätigen 1950 nur um 46 über-

Tab. 17 Die zehn bedeutendsten Einpendlerzentren des Hohen Westerwaldes 1950 und 1961<sup>1</sup>

	Zahl der Einpendler						wichtigstes Gewerbe	
	Rang	1950	% a. O. B. <sup>2</sup>	Rang	1961	% a. O. B.	früher	heute
Höhn-Urdorf	( 1.)	350	63	( 3.)	333	56	Braunkohlenbergbau	gemischte Industrie
Marienberg	( 2.)	223	31	( 1.)	678	52	Basaltindustrie	Maschinenbau
Enspel	( 3.)	166	69	( 4.)	207	82		Basaltindustrie
Roth	( 4.)	151	61	( 2.)	441	82		Metallindustrie
Rennerod	( 5.)	94	20	( 5.)	194	33	–	chemische Industrie
Breitscheid	( 6.)	92	22	( 8.)	121	23		Tonindustrie
Büdingen	( 7.)	70	38	(10.)	109	46		Basaltindustrie
Unnau	( 8.)	69	31	( 6.)	147	41		Holzindustrie
Driedorf	( 9.)	62	24	( 9.)	117	32	–	Metallindustrie
Weitefeld	(10.)	13	18	( 7.)	143	40	–	Lebensmittelindustrie

<sup>1</sup> Gemeindestatistiken 1949/50 und 1960/61 von Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein-Westfalen.<sup>2</sup> Prozentualer Anteil an den am Ort arbeitenden nichtlandwirtschaftlich Beschäftigten.

traf, stieg dieser Wert bis 1961 auf 402. Die enger werdenden Verflechtungen zeigen sich eindrucksvoll in der zunehmenden Ausweitung des Pendlereinzugsbereiches. Während 1950 nur 7 benachbarte Gemeinden 10 und mehr Arbeiter nach Marienberg schickten, waren es 1961 schon 26 (Abb. 18).

Was die Hauptzielrichtung der Pendler, die außerhalb des Hohen Westerwaldes arbeiten, angeht, so stehen immer noch die traditionellen Industrieorte im Sieg-, Heller- und Daadenbachtal einerseits sowie im Dilltal andererseits an erster Stelle. Die Grenze zwischen beiden Einzugsbereichen fällt in etwa mit der von N nach S verlaufenden alten Provinz- und neuen Landesgrenze zusammen, wobei auf deren westlicher Seite zwischen Liebenscheid und Rehe ein im N breiter werdender Übergangstreifen keine eindeutige Hinwendung zu diesem oder jenem Bereich erkennen läßt<sup>105</sup>.

Nach dem zeitlichen und räumlichen Ablauf des Hin- und Herpendelns muß man im Hohen Westerwald zwischen Tages-, Wochen- und Monatspendlern bzw. Nah- und Fernpendlern unterscheiden. Mit dem fortschreitenden Ausbau der Straßen und der steigenden privaten Motorisierung ist das tägliche Pendeln noch mehr als vor dem Krieg in den Vordergrund getreten. Daneben spielt das wöchentliche Pendeln in entfernte Städte z. B. des Ruhr- oder Rhein-Main-Gebietes eine untergeordnete Rolle, wenngleich es nicht selten ist.

Wichtiger ist darum die Unterscheidung von Tagesnah- und Tagesfernpendlern. Geht man davon aus, daß es bei den im Hohen Westerwald herrschenden Verhältnissen nicht möglich ist, daß alle nichtlandwirtschaftlichen Erwerbspersonen in Betrieben an ihren Heimatorten arbeiten, dann sollte aber der Weg zum Arbeitsplatz höchstens 15 km bzw. eine halbe Stunde betragen<sup>106</sup>. Der Anteil dieser Nahpendler hat sich durch die in jüngster Zeit geschaffenen Arbeitsplätze in der Tat erhöht und dürfte heute bei 80–85 % aller Pendler liegen.

Im Zusammenhang mit den Pendlereinzugsbereichen soll hier auch kurz auf die Stellung des Hohen Westerwaldes im überregionalen Netz der zentralörtlichen Bereiche eingegangen werden, die sich mit ersteren nicht immer decken. Während das Untersuchungsgebiet als ganzes heute noch ziemlich eindeutig wie vor dem Krieg nach N bzw. O orientiert ist, so trifft das für seine zentralörtlichen Beziehungen nur teilweise zu. Diese sind vielmehr das Ergebnis der durch Jahrhunderte währenden politisch-historischen Stellung der Landschaft als Randgebiet bzw. als Pufferzone zwischen bedeutenderen Mächten. So gibt es heute im ganzen Westerwald keine Stadt, welche die Funktionen eines zentralen Ortes höherer

<sup>105</sup> Die Tatsache, daß die wirtschaftlichen Beziehungen der Bewohner des Hohen Westerwaldes, mit Ausnahme des östlichen, hessischen Randgebietes, ziemlich eindeutig nach Norden ausgerichtet sind, obwohl die Landschaft als solche nach Süden blickt, fiel schon 1883 Riehl auf (a.a.O., S. 250): „Der Westerwälder des Südabhanges wohnt noch im Guldenlande, er rechnet aber trotzdem nach Thalern; seine Flüßchen und Bäche ziehen nach Süden ins Lahngebiet, aber er folgt nicht diesem natürlichen Zuge. Eine Meile südwärts ins Thal hinab ist ihm weiter als drei Meilen nordwärts über den Kamm des Gebirges. Nach Norden zieht ihn sein ganzes Interesse; nach dem Kölner Lande führt er seine Produkte, und aus den gewerbetreißigen Thälern der Sieg, der Wupper und der Ruhr strömt ihm das industrielle Leben zurück.“

<sup>106</sup> DEENEN: Zentrale Orte in agrarischen Fördergebieten. In: Innere Kolonisation, März 1964, S. 255.

Stufe ausübt. Diese Aufgabe übernehmen die Städte Siegen, Wetzlar, Limburg, Koblenz und Bonn, die jeweils ihre Einflußbereiche in den Westerwald hinein verschieben. Dabei bildet sich im Bereich des Hohen Westerwaldes eine mehr oder weniger breite von W nach O verlaufende Übergangszone, in der sich keine der wirksamen Kräfte allein durchsetzen konnte, in der sie sich vielmehr gegenseitig aufzuheben scheinen<sup>107</sup>. Wetzlar als zentraler Ort höherer Bedeutung ist ziemlich eindeutig bis zur hessischen Landesgrenze wirksam, der Limburger Bereich geht bis Rennerod, und das Siegener Einflußgebiet reicht etwa bis an die Grenze zwischen den Kreisen Altenkirchen und Oberwesterwald. Dazwischen liegt Marienberg mit seinem Umland<sup>108</sup>.

Die Stadt war bis 1932 Sitz des alten Oberwesterwaldkreises, der die nördlichen Gemeinden des heutigen Kreisgebietes umfaßte, und hat aus dieser Zeit eine Anzahl zentraler Funktionen behalten, die sie zum wichtigsten Kleinzentrum des Hohen Westerwaldes machen (Kreisgesundheitsamt, mehrere Nebenstellen von Kreisämtern, Amtsgericht, drei Geldinstitute, Krankenhaus, Apotheke, Volks- und Realschule). Mit wachsender Bedeutung als Arbeitsort und Einpendlerzentrum hat der Ort diese Stellung nach 1950 durch den Ausbau kommunaler, gewerblicher und kultureller Einrichtungen gefestigt, so daß er von rund 30 Gemeinden seines Umlandes (Unnau bis Oberroßbach, Neunkhausen bis Ailertchen) heute vielfach sogar als Mittelzentrum in Anspruch genommen wird.

## 2. Die Entstehung von Arbeiterwohngemeinden

Die durch die Industrialisierung innerhalb und außerhalb des Hohen Westerwaldes seit 1950 zunehmende berufliche Pendelwanderung nimmt auch in steigendem Maße Einfluß auf die innere Struktur der Siedlungen. Während die ländlichen Gemeinden des Hohen Westerwaldes einst zugleich Wohnsitz und Produktionsstätte der bäuerlichen Bevölkerung waren, haben sich diese beiden Funktionen in den letzten Jahrzehnten mehr und mehr verschoben. Aus reinen Bauerndörfern wurden mit der Aufnahme gewerblicher Nebenerwerbstätigkeit zunächst Bauern-Arbeiterdörfer und später mit der Umwandlung des Nebenerwerbs zum Haupterwerb Arbeiter-Bauerndörfer. Mit der völligen Aufgabe der landwirtschaftlichen Tätigkeit führte diese Entwicklung in jüngster Zeit zur Bildung der Arbeiter-Wohngemeinden, in denen es mehr Auspendler als am Ort Beschäftigte gibt. Die Zahl dieser Pendlergemeinden stieg von 1950 bis 1961 von 0 auf 18 und dürfte bis heute weiter zugenommen haben.

Auffallend ist, daß es sich bei allen Wohngemeinden – von vier Ausnahmen abgesehen – um ausgesprochen kleine Dörfer handelt, die meist in unmittelbarer Nähe größerer Gewerbegemeinden liegen. So scharen sich z. B. Bölsberg, Stangenrod, Eichenstruth und Großseifen als Wohngemeinden um Marienberg; Neuhochstein, Schönberg und Oellingen um Höhn-Urdorf. Bezeichnenderweise haben die meisten dieser Dörfer eine überdurchschnittliche Wohnbautätigkeit zu verzeichnen.

Die Tendenz zur reinen Wohngemeinde ist am weitesten in Derschen fortgeschritten, wo das Verhältnis zwischen auspendelnden und am Ort arbeitenden Erwerbspersonen 1961 bereits 70 : 30 betrug.

<sup>107</sup> KLÖPPER, R., u. KÖRBER, J.: Rheinland-Pfalz in seiner Gliederung nach zentralörtlichen Bereichen, 1957, S. 43 ff.

<sup>108</sup> SCHÖLLER, P.: Der Westerwald, 1954.

Tab. 18 Die Wandlungen in der Berufsstruktur des Hohen Westerwaldes von 1950 bis 1961<sup>1</sup>

		Erwerbspersonen					
		Land- und Forstwirtschaft	% Erw. <sup>2</sup>	Industrie und Handwerk	% Erw.	Handel, Verkehr und Dienstleistungen	% Erw.
51 Gemeinden des Oberwesterwaldkreises	1950	5 735	48	4 183	35	1 973	17
	1961	3 630	31	5 593	47	2 674	22
	±	— 37%		+ 34%		+ 36%	
9 Gemeinden des Kreises Altenkirchen	1950	1 278	45	1 119	40	369	15
	1961	762	25	1 733	57	546	18
	±	— 40%		+ 55%		+ 48%	
15 Gemeinden des Dillkreises	1950	2 092	54	1 367	35	450	11
	1961	1 179	31	1 981	52	643	17
	±	— 44%		+ 45%		+ 43%	
Hoher Westerwald <sup>3</sup>	1950	9 221	49	6 777	36	2 822	15
	1961	5 698	30	9 444	50	3 902	20
	±	— 38%		+ 39%		+ 39%	

<sup>1</sup> Gemeindestatistiken 1949/50 und 1960/61 von Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein-Westfalen.

<sup>2</sup> Anteil an allen Erwerbspersonen.

<sup>3</sup> Einschl. der Gemeinde Lippe, Landkreis Siegen.

## C. Die Veränderungen in der Berufsstruktur

### 1. Die Wandlungen im Berufsgefüge

Zu den Folgeerscheinungen des Industrialisierungsprozesses gehören vor allem die Veränderungen im Berufsgefüge. Hier wird bei einem Vergleich der Nachkriegs- mit den heutigen Verhältnissen das ganze Ausmaß der jüngsten sozialstrukturellen Wandlungen im Hohen Westerwald deutlich.

#### a) Die Abwanderung aus der Landwirtschaft

Die auffälligsten Änderungen ergaben sich in der Berufsgruppe „Land- und Forstwirtschaft“. Während ihr 1950 etwa die Hälfte aller Berufstätigen (= 9221) angehörte, war es 1961 nur noch ein knappes Drittel. Dieser hohe Rückgang um 38 % lag deutlich über dem Landes- und Bundesdurchschnitt (34 % bzw. 30 %) und war nur möglich, weil die Landwirtschaft stark überbesetzt war<sup>109</sup> und weil die im Zeichen der Konjunktur expandierende Industrie einen dauernd wachsenden Bedarf an Arbeitskräften hatte.

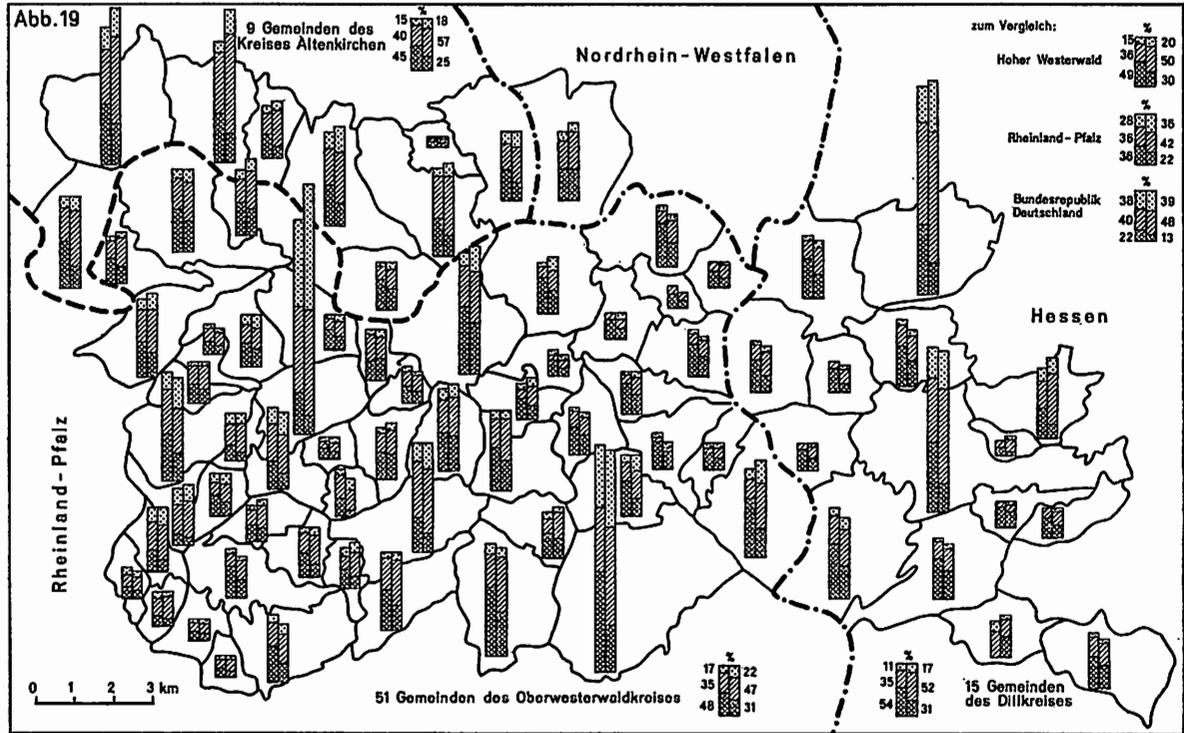
Charakteristisch ist, daß 75 % aller landwirtschaftlichen Erwerbspersonen Frauen sind (1950: 6914; 1961: 4252). Hierin spiegelt sich deutlich der Nebenerwerbscharakter, den die Landwirtschaft im Hohen Westerwald hat. Während sich dieser verhältnismäßig hohe Prozentsatz kaum veränderte, ging die Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Frauen um 38 % zurück. Da nur ein kleiner Teil von ihnen eine neue, außerlandwirtschaftliche Berufstätigkeit aufnahm, hatte diese Abwanderung einen negativen Einfluß auf die zahlenmäßige Entwicklung der Erwerbspersonen insgesamt. Während nämlich die Bevölkerung des Untersuchungsgebietes von 1950 bis 1961 um 13 % zunahm, stieg die Zahl der Erwerbspersonen im gleichen Zeitraum nur um 1 %.

Es ist bemerkenswert, daß der psychologisch und physisch schwierige Übergang von der selbständigen, relativ freien Arbeit in der Landwirtschaft zur unselbständigen und zeitlich genau geregelten Industriearbeit im allgemeinen ohne größere Schwierigkeiten und in kurzer Zeit vollzogen wurde. Nicht nur die höheren Löhne, die besseren Sozialleistungen (Altersversorgung) und die geregelte Arbeitszeit in der Industrie, sondern auch ein allgemeiner Gesinnungswandel der ländlichen Bevölkerung, der sich in einem Nachlassen der Bodenverbundenheit und in einem mehr materiellen Wohlstandsdenken ausdrückt, sind besonders für die jüngeren Leute der ausschlaggebende Grund für den Berufswechsel.

Das Ausmaß der Abwanderung aus der Landwirtschaft war in den einzelnen Teilkreisen des Hohen Westerwaldes sehr verschieden (Abb. 19). Der Rückgang war dort am stärksten, wo die Landwirtschaft bisher die wichtigste Rolle gespielt hatte, nämlich in den Gemeinden des Dillkreises (-44 %) und wo sie der von der Industrie

<sup>109</sup> RUPP, A.: a.a.O., S. 76 ff.

# Wandlungen in der Sozialstruktur der Gemeinden des Hohen Westerwaldes (1950-1961)



Erwerbspersonen in:

- Handel, Verkehr und Dienstleistungsberufen
- Industrie und Handwerk
- Land- und Forstwirtschaft

Quellen: 1. Gemeindestatistiken 1949/50 u. 1960/61  
v. Rhld.-Pf., H. u. N. W.  
2. Stat. Jahrb. für d. B. R. D. 1953 u. 1964

ausgehenden Anziehungskraft am nächsten lag, nämlich in den Gemeinden des Kreises Altenkirchen (-40 %). (Statistische Angaben auf Gemeindebasis siehe Tabelle C.)

Dieser Abwanderungsprozeß wird begleitet von einem sozialen Strukturwandel in der Landwirtschaft selbst. Während sich die Zahl der Zwerg- und Kleinbauern von 1949 bis 1960 um 18 % verringerte, nahm die der mittleren und größeren Landwirte um 15 % zu. Entsprechend der bereits in anderem Zusammenhang beschriebenen Tendenz zum Abbau der landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetriebe stieg mit fortschreitender Rationalisierung und im Gefolge der Bemühungen um eine Agrarstrukturverbesserung die Bedeutung des „gelernten“, hauptberuflichen Bauern. Die fachlichen Anforderungen, die an ihn gestellt werden, sind in den letzten 15 Jahren beträchtlich gestiegen. Abgesehen davon, daß er wie in früherer Zeit die handwerklichen Arbeiten auf Feld und Hof beherrscht, muß er heute die laufend verbesserten landwirtschaftlichen Motorfahrzeuge und Maschinen kennen, mit den modernen Produktionsmethoden vertraut sein und darüber hinaus mehr unternehmerische Initiative entwickeln. Während früher die physische Arbeitskraft weitgehend für den Erfolg ausschlaggebend war, ist es heute die geistige Regsamkeit und Anpassungsfähigkeit.

#### b) Die Zunahme der in Industrie und Handwerk Beschäftigten

Bei weitem die meisten Landwirte, die ihren Beruf wechselten, wanderten zur Industrie und in geringerem Maße auch zum Handwerk ab, wodurch sich der Anteil dieser Berufsgruppe an allen Berufstätigen von 36 auf 50 % erhöhte. Die größten Steigerungen hatten die Gemeinden des Kreises Altenkirchen zu verzeichnen, wo die Zahl der Arbeiter und Handwerker um 55 % zunahm (vergl. Abb. 19; Statistische Angaben auf Gemeindebasis siehe Tabelle C). Abgesehen von den *quantitativen* Veränderungen, dank derer diese Berufsgruppe nach 1950 zur wichtigsten heranwuchs, sind wie bei den Landwirten, auch *qualitative* Änderungen festzustellen. Mit dem Niedergang des Braunkohlenbergbaus im Hohen Westerwald sowie des Eisenerzbergbaus im Siegerland und Dillgebiet in den letzten 10 Jahren vollzog sich nämlich im gewerblichen Bereich allmählich der Übergang von der Grundstoffindustrie zur verarbeitenden Industrie. Das bedeutete für die zahlreichen Berg- und Hüttenarbeiter die Umstellung auf neue Tätigkeiten im Rahmen fortschreitender Automatisierung und Technisierung der Arbeit, die notwendigerweise eine höhere Qualifizierung und Spezialisierung als Facharbeiter zur Voraussetzung hat.

Die allgemeinen Wandlungen in der Wirtschaftsstruktur blieben auch für das Handwerk nicht ohne Folge. Wenn es auch nicht mehr die Stellung einnimmt, die ihm noch vor dem Kriege zukam, so ist seine Entwicklung, was die Zahl der Beschäftigten und die Umsätze angeht, doch positiv zu beurteilen<sup>110</sup>. Berufsgruppen,

<sup>110</sup> Heimatbeilage der Westerwälder Zeitung v. 26. 5. 1965.

die stark von der Landwirtschaft abhängig sind, wie Schmiede oder Müller, gingen im Gegensatz zu den technischen Berufen, wie Elektriker oder Mechaniker, stark zurück. Die Motorisierung brachte als jüngste Bereicherung des Handwerks eine ganze Anzahl vollkommen neuer Berufe, wie Autoschlosser oder Tankwarte.

Nur ein relativ kleiner Teil der aus der Landwirtschaft abwandernden Arbeitnehmer fand in den Berufsgruppen Handel, Verkehr und Dienstleistungen eine neue Stellung. Immerhin erhöhte sich der Anteil auch dieser Berufsgruppen an den Erwerbspersonen von 15 auf 20 %, wobei besonders die größeren Gemeinden, wie z. B. Marienberg (+ 43 %), Rennerod (+ 13 %) oder Breitscheid (+ 49 %) beträchtliche Gewinne zu verzeichnen hatten (Abb. 19).

### c) Die Bedeutung der nebenberuflichen Erwerbstätigkeit

Mit der Abwanderung aus der Landwirtschaft in andere, vornehmlich industriell-gewerbliche Berufe und mit den Verschiebungen innerhalb der einzelnen Berufsgruppen selbst, geht eine soziale Differenzierung einher, die auf eine klarere Trennung der Berufe als bisher hinausläuft. Wie bereits in anderem Zusammenhang angedeutet wurde, zwangen die unsicheren und unzureichenden Einkünfte aus der Landwirtschaft viele Bauern bereits im vorigen Jahrhundert, eine außerlandwirtschaftliche Nebenerwerbstätigkeit aufzunehmen, die sich im Laufe der Zeit meistens zur Haupteinkommensquelle entwickelte. Solange es noch keine Industrie gab bzw. deren Bedarf an Arbeitskräften noch gering war, beschränkten sich die Möglichkeiten, eine Arbeit zu finden, auf die wenigen „dörflichen Dienste“. Wer sich ein kleines Kapital zusammensparte, konnte bei einiger Geschicklichkeit einen Handwerksbetrieb, eine Gastwirtschaft oder einen Kramladen aufmachen. Andere fanden als Angestellte der dörflichen Verwaltung, als Flurhüter, Hirten oder Waldarbeiter ein zusätzliches Einkommen.

Mit dem Aufblühen der Industrie im Siegerland am Ende des vorigen Jahrhunderts eröffnete sich einer größeren und dauernd wachsenden Zahl von Landwirten die Möglichkeit zu einer Verbesserung der Existenzgrundlage. Im Gegensatz zu ihren im Heimatort arbeitenden Kollegen standen diese oft sehr lange Arbeitswege zurücklegenden Arbeiterbauern von Anfang an vor dem schwierigen Problem, einen tragbaren Ausgleich zwischen Haupt- und Nebenberuf zu finden. Für die meisten war die Lösung die Verkleinerung der landwirtschaftlichen Betriebsfläche und die Einschränkung der Großviehhaltung. Als Beispiel für diese Entwicklung mögen die neun Gemeinden des Kreises Altenkirchen dienen, die auf Grund ihrer Nachbarschaft zur Industrie von deren strukturwandelnden Einflüssen am frühesten betroffen wurden und daher den übrigen Teilen des Hohen Westerwaldes in der Entwicklung heute weit voraus sind.

Nach dem Ersten und in viel stärkerem Maße nach dem Zweiten Weltkrieg änderten sich die Voraussetzungen für die nebenberufliche Landbewirtschaftung grundlegend und führten besonders seit Beginn der 60er Jahre zu einem rasch fortschreitenden Abbau der traditionellen Doppelseiten und damit zu einer klareren Trennung von „Nur-Bauern“ und „Nur-Arbei-

tern“. Diese für die Berufsstruktur des Hohen Westerwaldes charakteristische Entwicklung hat mehrere Gründe:

1. Höhe und Sicherheit des außerlandwirtschaftlichen Verdienstes haben nach der Währungsreform 1948 stetig zugenommen, so daß das Bedürfnis nach einem Nebenverdienst aus der Landwirtschaft heute nicht mehr so groß ist wie in früheren Jahren.
2. Die Arbeit in der Industrie stellt immer höhere körperliche und geistige Anforderungen an die Beschäftigten, so daß deren Bereitschaft, nach Feierabend noch Feld- und Stallarbeiten zu verrichten, immer mehr nachläßt.
3. Im Gegensatz zu früher ist es kaum noch möglich, zur Heu- oder Getreideernte, die stark vom Wetter abhängig sind, kurzfristig Urlaub zu nehmen. Da den Nebenerwerbslandwirten für alle Arbeiten auf dem Feld und im Stall praktisch nur die Feierabendstunden und Samstage bleiben – die Dorfbewohner sprechen treffenderweise von „5-Uhr-Bauern“ –, schränkt auch die zur Verfügung stehende Zeit vielfach die Möglichkeiten der nebenberuflichen Landbewirtschaftung erheblich ein.
4. Da die Familien in früheren Jahren im allgemeinen größer waren, war es in den meisten Fällen relativ leicht, eine ausscheidende Arbeitskraft durch Frauen, Kinder oder ältere Leute zu ersetzen. Bei den in jüngster Zeit kleiner gewordenen Familien, die vielfach nur noch ein Kind haben oder gar kinderlos sind, ist der Ersatz von Arbeitskräften bedeutend schwieriger geworden.
5. Schließlich sei erwähnt, daß gerade in der nebenberuflich betriebenen Landwirtschaft die Bodenverbundenheit nachgelassen hat. Die Frauen, auf denen von jeher die Hauptlast der Arbeit lag, sind nicht mehr wie in früheren Jahren gewillt, schmutzige Stall- und schwere Feldarbeit zu verrichten. Die heranwachsende Generation ist oft schon gar nicht mehr mit den landwirtschaftlichen Arbeiten vertraut.

Ist die Abkehr von der Landwirtschaft aber vollzogen, dann gibt es keine Rückkehr mehr; der Vorgang ist irreversibel, da einfach die nötigen Kenntnisse fehlen, die alte Arbeit im ursprünglichen Umfang wiederaufzunehmen.

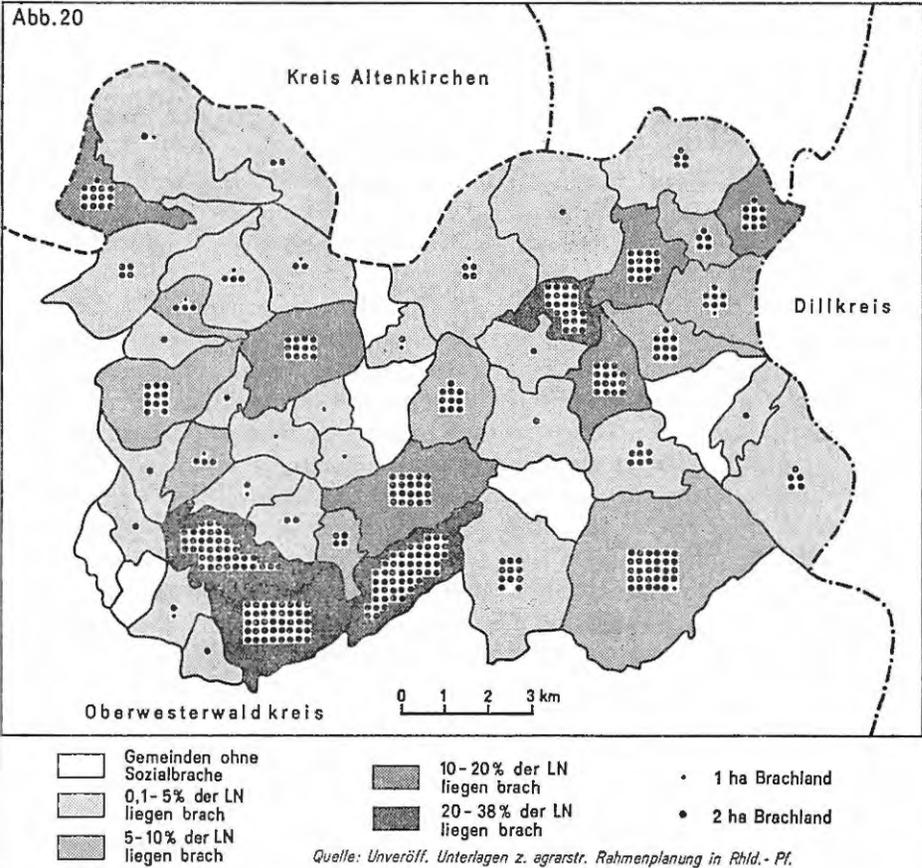
## *2. Die Wandlungen im Flur- und Siedlungsbild*

Die jüngsten Umschichtungen in der Berufsstruktur haben ihren sichtbaren Niederschlag im Bild der Kulturlandschaft gefunden: markante Veränderungen im Flur- und Siedlungsbild sind zu sicheren Indikatoren dieses sozialen Wandlungsprozesses geworden.

### **a) Die Sozialbrache**

Der Anblick ungemähter Wiesen mit kniehohen Disteln sowie unbestellter, vollkommen verunkrauteter Äcker war vor 1950 so gut wie unbekannt; heute hat er nichts Ungewöhnliches mehr an sich. Eine im Jahre 1965 durchgeführte Aufnahme

Die Verbreitung der Sozialbrache in den zum Oberwesterwaldkreis gehörenden Gemeinden des Hohen Westerwaldes (Stand 1964)



der Hauptverbreitungsgebiete der Sozialbrache im Bereich des Meßtischblattes Rennerod, die 26 Gemeinden erfaßte (siehe „Bodennutzungskarte des Hohen Westerwaldes“), zeigt, daß es nur sehr wenige Gemarkungen gibt, wie z. B. Neustadt, Rehe, Homberg und Rabenscheid, die von dieser Erscheinung ganz oder fast frei sind. Es handelt sich hierbei ausnahmslos um Gemeinden, in denen in jüngster Zeit die Flurbereinigung vorgenommen wurde.

Im Gegensatz hierzu steht eine größere Anzahl noch nicht umgelegter Gemarkungen, wie Hof, Salzburg, Bretthausen oder Löhnefeld, denen die ausgedehnten Brachflächen stellenweise geradezu ihr landschaftliches Gepräge geben (Bild 12). Die Ergebnisse einer 1964 im Rahmen der „agrarstrukturellen Rahmenplanung“ in Rheinland-Pfalz durchgeführten gemeindeweisen Erhebung, die u. a. auch den flächenmäßigen Umfang des Brachlandes ermittelte (Abb. 20), stimmen im großen und ganzen mit dem aus der Kartierung gewonnenen Eindruck überein. Die stellenweise

recht beträchtliche Zunahme der Brachflächen, welche sich beim Vergleich der 1964 statistisch und 1965 durch Begehung ermittelten Werte ergibt, ist nur zum Teil auf den nassen Sommer von 1965 zurückzuführen; sie entspricht vielmehr der von Jahr zu Jahr zunehmenden Verbrauchsrate, die besonders seit 1960 ganz erheblich angestiegen ist.

In den 51 zum Hohen Westerwald gehörenden Gemeinden des Oberwesterwaldkreises lagen 1964 7 0/0 der landwirtschaftlichen Nutzfläche brach<sup>111</sup>. Nur sechs Gemeinden (u. a. Enspel, Stockum, Fehl-Ritzhausen) hatten kein Brachland, die meisten bis zu 5 0/0 und vier Gemeinden (Dreisbach, Ailertchen, Oellingen und Salzburg) sogar über 20 0/0. Den Rekord hielt Oellingen, wo 100 ha, das sind rund 40 0/0 der LN, nicht mehr bestellt worden.

Drei wichtige Merkmale unterscheiden diese Brachlandvorkommen von den historischen Flurwüstungen: Sie sind weder mit einem Bevölkerungsrückgang noch mit Kriegszerstörungen noch mit Kümmererscheinungen in den zugehörigen Dörfern verbunden, sondern ganz im Gegenteil von einer Bevölkerungszunahme und einer beträchtlichen Hebung des Lebensstandards begleitet. So wird die Erscheinung auf Anregung von W. HARTKE als Sozialbrache bezeichnet: „sozial, weil die Gründe in den sozialen Entwicklungsprozessen der Gesellschaft liegen, Brache deswegen, weil nach Abschluß des Prozesses die betreffenden Flächen nach einer vorübergehenden Zeit der Funktionsruhe zweifellos einer neuen Funktion zugeführt werden“<sup>112</sup>.

Der jüngste soziale Differenzierungsprozeß ist nur das letzte Glied einer längeren Kausalkette, die schließlich zu einem Ausscheiden von bestimmten Äckern und Wiesen aus der landwirtschaftlichen Nutzung führt: Die allgemein übliche Realteilung führte zur Vorherrschaft kleiner und kleinster Betriebe mit weitgehender Besitzersplitterung. Ungünstige Klima- und Bodenverhältnisse machten ihre Bewirtschaftung unrentabel und zwangen die Bauern zur Aufnahme außerlandwirtschaftlicher Arbeit. Mit steigenden Löhnen sowie zunehmender geistiger, physischer und zeitlicher Inanspruchnahme durch die Industrie nahm das Interesse an der Landwirtschaft ab. Das gilt insbesondere für die Betriebe, welche für eine nebenberufliche Bewirtschaftung zu groß bzw. für eine hauptberufliche zu klein sind. Hierbei ist in erster Linie an die sog. Kümmerbetriebe mit 2–10 ha LN zu denken. Keiner der genannten Gründe ist jedoch in einer Gemeinde allein für etwa vorhandenes Brachland verantwortlich. Vielmehr wirken stets mehrere Faktoren zusammen, wobei der eine oder andere überwiegen kann.

Der auffallende, weit überdurchschnittliche Anteil der Sozialbrache in den höchstgelegenen Gemeinden rings um die Fuchskaute ist hauptsächlich auf die vergleichsweise schlechten klimatischen Bedingungen zurückzuführen und auf die Tatsache, daß diese Orte bisher noch nicht flurbereinigt wurden. Die hohen Brachlandanteile in Marienberg, Höhn-Urdorf, Oellingen und Rennerod sind vor allem eine Folge

<sup>111</sup> Landwirtschaftsministerium Rheinland-Pfalz: Erhebungen zur agrarstrukturellen Rahmenplanung, 1964.

<sup>112</sup> HARTKE, W.: Sozialbrache als Phänomen der geographischen Differenzierung der Landwirtschaft, 1956, S. 262.

der hier vorhandenen, günstigen gewerblich-industriellen Erwerbsmöglichkeiten. Dabei ist bemerkenswert, daß die drei letztgenannten Gemeinden bereits flurbereinigt wurden. Die großen Brachflächen in Ailertchen und Dreisbach, wo 1964 ein Drittel brachlag, sind u. a. durch den Umstand bedingt, daß sich diese Dörfer zur Zeit der Erhebung in einem Flurbereinigungsverfahren befanden, was erfahrungsgemäß das Interesse an der Bodennutzung vorübergehend beträchtlich mindert.

Eine im Herbst 1965 durchgeführte Kartierung der Brachlandvorkommen in der Gemarkung Salzburg ergab, daß die nicht mehr genutzten Wiesen und Äcker etwa ein Drittel der gesamten LN des Dorfes ausmachten. Deutlich zeigte sich, daß die Sozialbrache nicht nur in ortsfernen Lagen und auf schlechten Böden vorkommt, sondern in krassem Widerspruch zu allen Gesetzen der Rentabilität auch in unmittelbarer Dorfnähe und auf gutem Boden.

Mit schwindendem Interesse an der Landwirtschaft wurde in Salzburg zunächst die Haltung von Großvieh eingeschränkt und später in vielen Betrieben ganz aufgegeben. (Die Zahl der Rinder sank von 111 im Jahre 1948 auf 38 im Jahre 1964<sup>113</sup>). Obgleich die Wiesen damit seit langem weitgehend ihren Sinn verloren hatten, wurden sie wenigstens in Dorfnähe noch längere Zeit gemäht und instand gehalten, weil verkommene Parzellen an Wert verlieren und außerdem das Ansehen des Besitzers schädigen. Mit der zunehmenden Zahl auslaufender Betriebe schwanden aber allmählich diese Bedenken. Die Wiesen werden nun im Herbst lediglich abgebrannt oder bleiben einfach ungemäht liegen. Die Äcker werden nicht mehr bestellt, verunkrauten und sind nach wenigen Jahren nicht mehr von den brachgefallenen Wiesen zu unterscheiden. Da sie ihren Besitzern nichts einbringen, werden sie in Zukunft nach und nach einer neuen, rentableren Nutzung zugeführt. Grenzertragsböden werden aufgeforstet, in der Nähe des Dorfes gelegene Grundstücke finden u. U. als Bauland Verwendung, und der Rest wird an aufstockungswillige Landwirte verpachtet oder verkauft.

Wenngleich diese letzte Phase im Entwicklungsverlauf der Sozialbrache in Salzburg noch nicht erreicht ist, so sind genügend Beispiele dafür aus anderen Gemeinden des Hohen Westerwaldes bekannt (Rennerod, Hellenhahn). Die Sozialbrache erweist sich also hier ebenso wie in anderen Teilen Deutschlands als eine zeitlich begrenzte Übergangserscheinung zwischen abbauenden und aufbauenden landwirtschaftlichen Betrieben<sup>114</sup>.

## b) Die örtliche Um- und Neubautätigkeit

Die jüngsten Wandlungen in der Berufsstruktur des Hohen Westerwaldes haben nicht nur in den Fluren, sondern auch in den Siedlungen ihren sichtbaren Niederschlag gefunden. Kümmererscheinungen im Flurbild stehen deutliche Zeichen eines

<sup>113</sup> Allgemeine Viehzählung in Rheinland-Pfalz von 1948 u. 1964.

<sup>114</sup> RUPPERT, K.: Entwicklung der Sozialbrache in Süd- und Südwestdeutschland, 1958, S. 121.

wachsenden Lebensstandards im Ortsbild gegenüber. Das alte, vertraute Dorfbild aus den Vorkriegsjahren hat sich fast überall verändert, und zwar so schnell, daß sich die Behörden in jüngster Zeit genötigt sahen, die schönsten der übriggebliebenen Zeugen Westerwälder Hausformen, die alten strohgedeckten Quereinhäuser mit Niederlaß, unter Denkmalschutz zu stellen (Salzburg).

Wenn auch die zwischen den Weltkriegen gebauten Häuser bereits keinen Niederlaß und keine Strohbedeckung mehr aufweisen, so zeigen sie in den meisten Fällen doch noch Fachwerkbauweise und die traditionelle Quereinteilung, die Wohnung, Stall und Scheune unter e i n e m Dach vereint (Bild 13). Auch die innere Raumaufteilung, charakterisiert durch den großen, zu ebener Erde gelegenen Wohnküchenraum, den sog. Ern, ist den alten Vorbildern nachempfunden <sup>115</sup>. Die meisten der vor 1945 errichteten Gebäude entsprechen heute nicht mehr den an sie gestellten Forderungen, haben ihre Funktion gewandelt oder werden überhaupt nicht mehr genutzt. (Erinnern wir uns daran, daß jeder 5. landw. Betrieb im Hohen Westerwald von 1950–1961 aufgelöst wurde!) Die ursprünglich landwirtschaftlichen Zwecken dienenden Räume, wie Stall, Scheune und Geräteschuppen, werden nach einer kurzen Zeit der Funktionslosigkeit nach und nach durch entsprechende bauliche Veränderungen für neue Verwendungszwecke hergerichtet.

Überall steht die Erweiterung der Wohnfläche im Vordergrund. Die dreifache Querteilung der Gebäude macht es relativ einfach, den neben dem Wohnteil gelegenen Stall- oder Scheunenraum umzubauen. Überflüssige Türen oder Tore werden zugemauert, neue Fenster eingesetzt oder alte vergrößert (Bild 14).

Wo Personenwagen vorhanden sind, werden die Scheunen vielfach in Garagen umgewandelt. In Gemeinden mit Fremdenverkehr werden viele Bauernhäuser so umgebaut, daß Zimmer an Feriengäste vermietet werden können. Mitunter kommen diese Umbauten einem völligen Neubau gleich, so daß nichts mehr an den alten landwirtschaftlichen Betrieb erinnert (Bilder 15 u. 16). Hier und da werden ehemals landwirtschaftlich genutzte Räume heute für gewerbliche Zwecke in Anspruch genommen.

Aus Mangel an Geld und Schönheitssinn werden die Spuren der Bautätigkeit in den meisten Fällen nicht durch Verputz oder Anstrich verdeckt, so daß sie, ganz abgesehen von der unschönen Vermischung alter und neuer Bauelemente (Türen, Tore, Fenster) sowie Baustoffe (Bims, Ziegel, Wellblech, Schiefer), sehr oft das Dorfbild verunstalten.

Noch bis 1950 wurden überwiegend Wohnhäuser mit Stall und Scheune nach dem alten Schema errichtet, allerdings unter Verwendung moderner Baustoffe. Seither treten Ein- und Zweifamilienhäuser in den Vordergrund, in größeren Gemeinden, wie Marienberg oder Rennerod, auch blockartige Wohngebäude. Sie unterscheiden sich nicht von ihren städtischen Vorbildern (Bild 16).

Die Verteilung der alten und neuen Häuser spiegelt besonders in den beiden Städten in zunehmendem Maße eine soziale und funktionale Gliederung.

<sup>115</sup> NEUHAUS, H.: Das Westerwälder Bauernhaus, 1936.

derung der Siedlungen. Während sich in den Ortskernen vornehmlich die Arbeiterbauern mit geringerem Landbesitz konzentrieren, haben sich an den Rändern in guter Wohnlage Arbeiter, Angestellte, Beamte sowie Neubürger (Heimatvertriebene) ohne Landbesitz niedergelassen. Außerhalb der Dörfer liegen in der offenen Flur verstreut die Aus- und Neusiedlerhöfe mit arrondiertem Grundbesitz. Das Gewerbe bevorzugt die Hauptstraßen, an denen sich in langer Kette Geschäfte, Gaststätten und Behörden aneinanderreihen. Die neuen Industriebetriebe schließlich wurden meistens auf Gemeindeland am Rand der Orte in Nähe der Bahnhöfe angesiedelt.

Der (durch Pendelwanderung, Auto, Fernsehen usw.) dauernd enger werdende Kontakt zwischen Stadt und Land führte nicht nur beim Bauen zur Nachahmung städtischer Vorbilder, sondern beeinflusste auch alle übrigen Bereiche des dörflichen Lebens. Das zeigt sich kaum irgendwo deutlicher als in der äußeren Aufmachung und im Angebot der Geschäfte. Durch die Modernisierung alter und die Eröffnung neuer Läden versucht der Handel den gestiegenen Ansprüchen und veränderten Konsumgewohnheiten seiner Kunden Rechnung zu tragen. Für die größeren Gemeinden ist der Übergang vom Gemischtwarenhandel zum Fachhandel mit umfangreicherer quantitativer und qualitativer Auswahl charakteristisch.

Ein gänzlich neues Element vieler dörflicher Siedlungen sind die sog. Gemeinschaftshäuser in den hessischen Dörfern des Hohen Westerwaldes, z. B. in Roth, Breitscheid oder Seilhofen. Sie stellen einen Versuch der Landesregierung dar, die ländliche Bevölkerung mehr als dies bisher möglich war, am technischen und kulturellen Fortschritt teilhaben zu lassen. Zur Erfüllung dieser Aufgabe sind sie mit modernen Küchen-, Wasch- und Badeanlagen, mit Schlacht- und Kühlräumen sowie mit großen Tagungs- bzw. Theatersälen ausgestattet. Darüber hinaus bilden sie als Sitz der Gemeindeverwaltungen vielfach auch politisch-verwaltungsmäßig den Mittelpunkt der betreffenden Dörfer.

Abgesehen von diesen Dorfgemeinschaftshäusern sind schließlich auch die zahlreichen modernen Schul-, Kirchen- und Verwaltungsneubauten (Höhn, Mörlen, Marienberg) neue charakteristische Siedlungselemente, die den Beweis dafür erbringen, daß das Leben auf dem Lande nicht mehr wie früher mit Rückständigkeit gleichzusetzen ist, sondern mit dem Einzug städtischer Annehmlichkeiten sogar sehr attraktiv sein kann.

## Schlußbetrachtung

### 1. Gliederung des Hohen Westerwaldes nach Räumen gleicher Entwicklungsdynamik

Es wurde im Laufe der Untersuchung deutlich, welche tiefgreifende Wandlungen die Wirtschafts- und Sozialstruktur des Hohen Westerwaldes in den 20 Jahren nach Kriegsende durchgemacht hat und wie sich diese Veränderungen in der Landschaft niedergeschlagen haben. Immer zeigte sich, daß die im ganzen gesehen stürmische Entwicklung jedoch von Gemeinde zu Gemeinde, von Kreis zu Kreis und von Land zu Land erhebliche Unterschiede bezüglich ihres Ausmaßes und auch ihrer landschaftlichen Prägekraft aufwies.

Es soll nunmehr versucht werden, das ganze Untersuchungsgebiet nach Räumen ungefähr gleicher Entwicklungsdynamik zu gliedern, wobei wir zu regionalen Einheiten gleichen geographischen Geschehens und mit ähnlicher Kulturlandschaftsentwicklung kommen<sup>116</sup>. W. HARTKE sprach in diesem Zusammenhang einmal von „Räumen gleichen sozialgeographischen Verhaltens“. Eine Kartierung der für den sozialen Wandlungsprozeß typischen Merkmale im Landschaftsbild gestatte eine genaue Abgrenzung der Räume, die sich sozialgeographisch gleich verhalten bzw. sich von benachbarten Räumen unterscheiden. Bei Benutzung derartiger Indices sei es möglich, Aktionen und Reaktionen zu registrieren, die sonst oft erst viel später und lange nach Ablauf des eigentlichen Prozesses in den üblichen statistischen Erhebungen sichtbar werden. Hartke kommt zu dem Schluß, daß derartige Räume gleichen sozialgeographischen Verhaltens die eigentlich dynamischen räumlichen Einheiten darstellen. Sie scheinen ihm geographisch realer zu sein als die Vorstellung von der Ausstattung der Raumeinheiten mit Geofaktoren von festen Wertgewichten, denen die Menschen gegenüberstehen<sup>117</sup>.

Als wichtigster Indikator für die Beurteilung, in welchem Maße sich die wirtschafts- und sozialgeographischen Verhältnisse in einer bestimmten Gemeinde oder in einem bestimmten Raum verändert haben, muß die Bevölkerungsentwicklung angesehen werden. Dabei soll allerdings nicht vom Stand des Jahres 1939, sondern dem des Jahres 1950 ausgegangen werden, weil das überdurchschnittliche Anwachsen der Gemeinden in den ersten Nachkriegsjahren nicht aus eigener Kraft erfolgte, sondern durch die Einweisung der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge bedingt war.

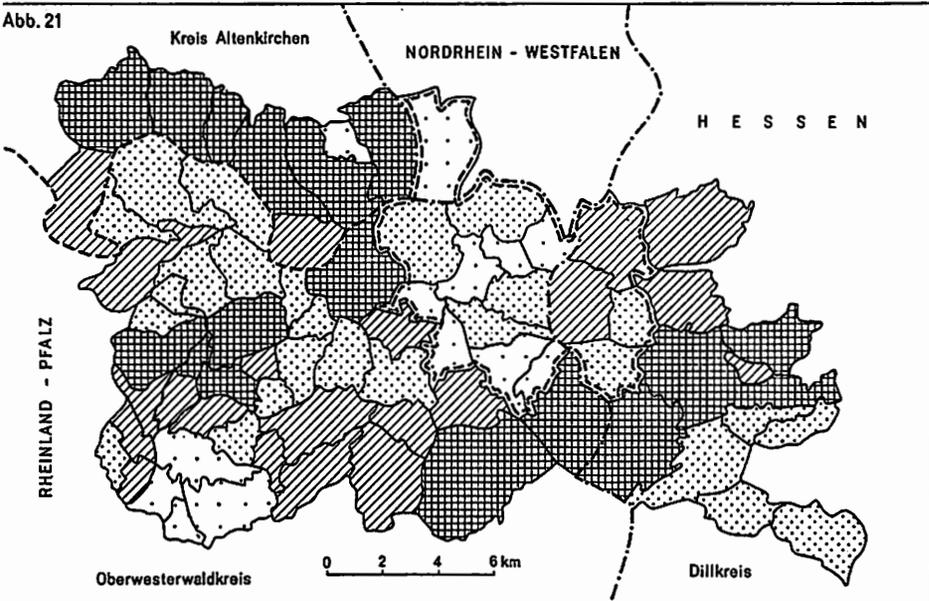
Als weitere Indikatoren für die Beurteilung der Entwicklungsdynamik sollen die nach 1945 gemachten Fortschritte in der Industrialisierung, im Wohnungsbau, in der

<sup>116</sup> BECK, O.: Veränderungen in der Wirtschafts- und Sozialstruktur der Vorderpfalz . . . , 1963, S. 181.

<sup>117</sup> Gedanken über die Bestimmung von Räumen gleichen geographischen Verhaltens, 1959, S. 427 ff.

## Sozio-ökonomische Aktiv- und Passivräume im Hohen Westerwald 1950-1965

Abb. 21



Gemeinden mit  
 rückläufiger Entwicklung  
 unterdurchschnittlicher Entwicklung

Gemeinden mit  
 durchschnittlicher Entwicklung  
 überdurchschnittlicher Entwicklung

Gemeinden, die über 540 m hoch liegen

Zur Abgrenzung der Entwicklungstypen siehe S. 113/114.

Agrarstrukturverbesserung, in der verkehrsmäßigen Erschließung sowie die Entwicklung des Berufsgefüges, des Pendelverkehrs und der Gemeindesteuereinnahmen gelten.

Grundsätzlich ist zwischen Passiv- und Aktivräumen zu unterscheiden<sup>118</sup>. Zu ersteren gehören die Gemeinden mit rückläufiger oder unterdurchschnittlicher Entwicklung, zu letzteren die Orte mit durchschnittlicher und überdurchschnittlicher Entwicklung (Abb. 21).

1. Als Räume mit rückläufiger Entwicklung (Kümmergebiete) sind an erster Stelle die meisten Gemeinden des zentralen, höchsten Westerwaldes zwischen Weißenberg und Waigandshain zu nennen und zweitens die vier Gemeinden Ailertchen, Dreisbach, Püschchen und Hölzenhausen im SW.

Es handelt sich hierbei vorwiegend um kleine Arbeiter-Bauern-Gemeinden mit sinkender Bevölkerungszahl, geringer Bautätigkeit und sehr verbreiteter Sozialbrache. Die meisten Gemeinden sind bisher noch nicht flurbereinigt und verfügen kaum über nichtlandwirtschaftliche Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Pendelwege sind im allgemeinen überdurchschnittlich lang.

<sup>118</sup> VOPPEL, G.: Passiv- und Aktivräume, 1961.

2. Die Gebiete mit stagnierender bzw. unterdurchschnittlicher Entwicklung bilden den Übergang von den Passiv- zu den Aktivräumen. Sie verteilen sich zusammenhanglos über das ganze Untersuchungsgebiet. Schwerpunkte liegen zwischen Neunkhausen und Lautzenbrücken im NW sowie zwischen Großseifen und Niederroßbach im mittleren W.

Diese Dörfer weisen zwar auch die Mängel der vorgenannten Gruppe auf, aber doch nur in sehr abgeschwächtem Maße. Es ist eine gewisse Aufwärtsentwicklung zu erkennen, doch bleibt sie erheblich unter dem für das ganze Untersuchungsgebiet geltenden Mittel.

3. Die Räume mit durchschnittlicher Entwicklungsdynamik konzentrieren sich hauptsächlich um die traditionellen Schwerpunkte der gewerblichen Wirtschaft, d. h. um Höhn-Urdorf mit seinem ehemaligen Braunkohlenbergbau sowie um Büdingen-Stockum mit seiner Basaltindustrie. Dazu kommen kleinere Gebiete mit neuen Industrien im Raum Unnau, Langenbach b. M. und Hof. Hier werden all die Kräfte wirksam und sichtbar, die von der modernen Industrialisierung ausgehen und Wirtschafts- sowie Sozialstruktur der betroffenen Gemeinden tiefgreifend umgestalten. Kennzeichen dieser Entwicklung sind: zunehmende Bevölkerung, rege Bautätigkeit, neue Industrieansiedlungen, wachsende gemeindliche Steuereinnahmen sowie stärkere soziale Differenzierung der Bevölkerung.
4. Diese Merkmale sind am ausgeprägtesten in den Räumen mit überdurchschnittlicher Entwicklungsdynamik zu finden. Hierzu zählen vor allem die Stadt Marienberg, die Gemeinden des Kreises Altenkirchen von Elkenroth über Weitefeld bis Emmerzhausen sowie die Gemeinden zwischen Rennerod und Driedorf im S und O.

Die räumliche Anordnung der vier beschriebenen Entwicklungstypen im Hohen Westerwald läßt deutlich die immer noch bestehende Abhängigkeit des menschlichen Wirkens von natürlichen Gegebenheiten, wie Lage oder Klima, und den nachhaltigen Einfluß der politisch-historischen Vergangenheit erkennen.

Daraus ergeben sich für die immer notwendiger werdende Raumplanung große Probleme. Welche Argumente sollen bei der Neuordnung der Landschaft überwiegend berücksichtigt werden: naturräumliche, geschichtliche, stammesmäßige, wirtschaftliche oder politische?

Selbst wenn der Hohe Westerwald im Zuge einer Neuordnung der Bundesländer, gemäß Artikel 29 des Grundgesetzes, politisch wie zu preußischer Zeit in der Zukunft einmal wieder eine Einheit bilden und seine Randlage verlieren sollte, wird sich damit im wesentlichen nichts an der gegenwärtigen wirtschafts- und sozialgeographischen Gliederung ändern, da es keinen zentralen Mittelpunkt gibt, der in der Lage wäre, die seit Jahrhunderten auseinanderstrebenden Teile fest an sich zu binden. Die Stadt Marienberg kommt dafür nicht in Frage, da sie für die Gemeinden jenseits der Landesgrenze zu weit entfernt ist.

So werden sich auch fürderhin die nördlichen, im Kreis Altenkirchen liegenden Gemeinden (vielleicht mit Ausnahme von Nauroth und Nisterberg) zum Siegtal hin

und die östlichen, zum Dillkreis gehörenden Orte, zum Dilltal hin orientieren. Aufgabe der Stadt Marienberg aber wird es sein, die Beziehungen zu seinem traditionellen Umland zu festigen, und mit wachsender wirtschaftlicher Kraft seinen Einflußbereich im N und O bis an die Kreisgrenzen, im W und S bis an die naturräumlichen Grenzen des Hohen Westerwaldes auszudehnen.

Für die bessere Erschließung des in der Entwicklung zurückgebliebenen zentralen Hohen Westerwaldes kommt neben Marienberg auch das entfernungsmäßig näher gelegene Rennerod als Ausgangspunkt in Frage. Äußerst verkehrsgünstig am Schnittpunkt der beiden Bundesstraßen 54 und 255 gelegen, verfügt es über einige zentrale Funktionen und hat sich nach dem Krieg zu einem kleinen Gewerbe- und Einkaufszentrum entwickelt.

## *2. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse*

Fassen wir zum Abschluß die wichtigsten Ergebnisse der Arbeit zusammen: Gegenstand der Untersuchung waren die Wandlungen in der Wirtschafts- und Sozialstruktur des Hohen Westerwaldes um die Mitte des 20. Jahrhunderts und ihre Auswirkungen auf die Landschaft. Dabei sollte ein besonderes Augenmerk auf die Frage gelegt werden, ob und in welchem Maße die geschichtlich-politisch verschiedenen Teile des Untersuchungsgebietes eine unterschiedliche Entwicklung erkennen lassen.

Der Hohe Westerwald zeigte sich uns als eine Landschaft, deren wirtschaftliches und soziales Gefüge nach Überwindung der durch den 2. Weltkrieg bedingten Notjahre seit der Währungsreform 1948 und der Gründung der Bundesrepublik 1949 in bisher nicht bekanntem Maße in Bewegung geraten ist. Wenngleich die Wurzeln des hier untersuchten Wandlungsprozesses teilweise bis weit vor das Jahr 1939 zurückreichen, so bedeutete der totale Zusammenbruch von 1945 in jeder Beziehung gleichsam einen neuen Anfang aus dem Nichts.

Nachdem der Hohe Westerwald 79 Jahre lang (1866–1945) unter preußischer Herrschaft eine politische Einheit gebildet hatte (Provinzen Hessen-Nassau, Rheinland und Westfalen), ging diese nach Kriegsende durch die Teilungspolitik der Besatzungsmächte wieder verloren, wobei historische Grenzen sichtbar wurden (Länder Rheinland-Pfalz mit Oberwesterwaldkreis und Kreis Altenkirchen, Hessen und Nordrhein-Westfalen). Die alten politischen Einheiten haben trotz langjähriger gemeinsamer Geschichte in vielen Bereichen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens eine auffallende, oft beträchtlich voneinander abweichende Individualität bewahrt, die sich nicht nur in der Unterschiedlichkeit bestehender Verhältnisse (landwirtschaftliche Betriebsgrößenstruktur), sondern auch Entwicklungstendenzen (Bevölkerungszuwachs) zeigt. Die zum Untersuchungsgebiet gehörenden Gemeinden des Kreises Altenkirchen entwickelten sich in den letzten 15 Jahren erheblich schneller als die übrigen, und von diesen weisen wiederum die randlichen Gemeinden (Höhn-Urdorf, Rennerod, Driedorf) eine größere Dynamik auf als die zentralen höchst-

gelegenen (Salzburg, Bretthausen). Außer historischen Gründen beeinflussten also auch naturräumliche Gegebenheiten die jüngste wirtschafts- und sozialstrukturelle Entwicklung.

Die entscheidende Antriebskraft in diesem umfassenden Wandlungsprozeß stellt die seit 1948 innerhalb des Untersuchungsgebietes einsetzende und außerhalb desselben fortschreitende Industrialisierung dar.

Die durch die Realteilungssitte bedingte ungünstige Agrarstruktur mit Vorherrschaft von Zwerg- und Kleinbetrieben bei weitgehender Besitzzersplitterung, in Verbindung mit klimatischer Ungunst und relativ großer Siedlungsdichte zwang seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts die meisten Bewohner zur Aufnahme einer nichtlandwirtschaftlichen Nebenbeschäftigung in den heimischen Basaltbrüchen und Braunkohlengruben oder in der Eisenindustrie des Siegerlandes und Dilltales. Der Niedergang des Bergbaues nach dem 2. Weltkrieg sowie die arbeitskraftmäßige Überbesetzung in der Landwirtschaft einerseits und der Mangel an gewerblichen Beschäftigungsmöglichkeiten andererseits waren die Gründe für eine weit unter dem Bundesdurchschnitt liegende Wirtschaftskraft dieses Notstandsgebietes.

Mit staatlicher und kommunaler Hilfe wurden seit 1948 in bestimmten Schwerpunktgemeinden (Marienberg, Höhn-Urdorf, Rennerod, Weitefeld, Driedorf) neue, hauptsächlich metallverarbeitende Industrien angesiedelt und bereits bestehende erweitert, so daß sich die Zahl der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsplätze allein von 1950 bis 1961 um 43 % vermehrte. Daneben wurde der Fremdenverkehr in vielen Orten zu einer wichtigen Erwerbsquelle.

Dem industriellen Aufbauprozeß steht eine allgemeine Abkehr von der meist nebenberuflich betriebenen Landwirtschaft gegenüber. Die Zahl der Betriebe nahm von 1949–1960 um 18 % ab, in den industrienahen Gemeinden des Kreises Altkirchen sogar um 25 %. Gleichzeitig ist allerdings die Herausbildung einer Schicht gesunder mittelbäuerlicher Vollerwerbsbetriebe festzustellen, wobei es sich vornehmlich um moderne, auf Milchwirtschaft und Rindermast spezialisierte Familienunternehmen handelt. Von ihnen abgesehen, ist die Viehhaltung im allgemeinen überall rückläufig.

Die Änderungen in der Bodennutzung lassen sich entsprechend der Tendenz der landwirtschaftlichen Betriebe, entweder ab- oder aufzubauen, ebenfalls unter zwei Gesichtspunkten sehen: Extensivierung bzw. Verbrachung einerseits und Intensivierung bzw. Rationalisierung andererseits. Im ganzen hat das Grünland auf Kosten des Ackerlandes zugenommen bei nur geringfügig verminderter LN. Sein Anteil stieg von 1950–1960 von 70 auf 74 %. Zwar haben die Wiesen nach wie vor größere Bedeutung als die Weiden, doch nimmt deren Anteil durch die Einrichtung von Privatweiden dauernd zu. Das früher weitverbreitete Feldgraswechselland wird nicht mehr im Rahmen der traditionellen Trieschwirtschaft periodisch als Acker oder als Wiese genutzt, sondern ist zu Dauerland geworden. Grenzertragsböden und ortsferne Flurlagen wurden weitgehend mit Fichten aufgeforstet.

Bedeutend sind die Auswirkungen der jüngsten staatlichen Maßnahmen zur Ver-

besserung der Agrarstruktur. Von 1948–1965 wurden im Hohen Westerwald acht Zusammenlegungs- und zehn Flurbereinigungsverfahren sowie 25 Aus- bzw. Neusiedlungen durchgeführt.

Da in jüngster Zeit das Auto in steigendem Maße die Aufgaben der Eisenbahn übernimmt, wurde das Straßennetz durch umfangreiche Ausbauarbeiten den neuen und veränderten Anforderungen angepaßt (Nistertalstraße, Autobahn Dortmund-Gießen).

Die Zahl der Einwohner stieg von 1939–1964 von 31 402 auf 41 011, d. h. um ein knappes Drittel. Fast die Hälfte des Bevölkerungsgewinns ist auf die Zuwanderung von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen zurückzuführen. Dennoch liegt die Zuwachsrate beträchtlich unter dem Bundesdurchschnitt.

Arbeitsmäßig ist das Untersuchungsgebiet als Ganzes heute noch wie vor dem Krieg ziemlich eindeutig nach Norden (Siegerland) bzw. Osten (Dilltal) ausgerichtet, wobei die Grenze zwischen den Einzugsbereichen etwa mit der alten Provinz- und der neuen Landesgrenze zusammenfällt. Der Anteil der Auspendler an allen Erwerbspersonen stieg von 1950–1961 von 22 auf 43 %. Gleichzeitig gelang es, den Prozentsatz der Beschäftigten, deren Arbeitsplätze außerhalb des Hohen Westerwaldes liegen, von 34 auf 32 zu senken. Mit dem Niedergang des Braunkohlenbergbaus konnte die Stadt Marienberg Höhn-Urdorf als größtes Einpendlerzentrum überflügeln und seine Stellung als einziges Kleinzentrum im Bereich des Untersuchungsgebietes ausbauen.

Die im Gefolge der jüngsten Industrialisierung auftretenden Wandlungen in der Sozialstruktur finden ihren deutlichsten Niederschlag in den Verschiebungen innerhalb der Berufsgruppen und zwischen ihnen. Während die in Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten 1950 noch 49 % aller Erwerbspersonen ausmachten, sank ihr Anteil bis 1961 auf 30 %. In derselben Zeit stieg der Anteil der in Industrie und Handwerk Tätigen von 36 auf 50 %. Die Voraussetzungen für die nebenberufliche Landbewirtschaftung änderten sich nach dem zweiten Weltkrieg grundlegend und führten zu einem rasch fortschreitenden Abbau der traditionellen Doppelseiten.

Sichtbares Zeichen dieses umfassenden sozialen Differenzierungsprozesses ist die weite Verbreitung der Sozialbrache, welche sich als eine zeitlich begrenzte Übergangserscheinung zwischen ab- und aufbauender Landwirtschaft zeigt. Diesen kümmererscheinungen im Flurbild stehen deutliche Zeichen eines wachsenden Lebensstandards im Ortsbild gegenüber. Fast alle Gemeinden verzeichnen ein beträchtliches Flächenwachstum, und die größeren unter ihnen, wie Marienberg und Rennerod, lassen in zunehmendem Maße eine soziale und funktionale Gliederung erkennen. Städtische Vorbilder beeinflussen mehr und mehr alle Bereiche des ländlichen Lebens.

## Literatur- und Quellennachweis

### 1. Verzeichnis der benutzten Literatur

- AHRENS, W.: Die Lagerstätten nutzbarer Steine und Erden im Westerwald. In: Z. d. Dt. Geol. G., Bd. 112, 1960.
- : Die Ton- u. Quarzitlagerstätten des Westerwaldes. In: Z. d. Dt. Geol. G., Bd. 88, 1936.
- BABO, F. VON: Der richtige Standort. In: Innere Kolonisation, Febr. 1958.
- : Evolution statt Revolution. Nebenberuflich betriebene Landbewirtschaftung. In: Innere Kolonisation, April 1960.
- BAUSINGER, L.: Förderung von Kleinbauernbetrieben durch Fremdenverkehr. In: Innere Kolonisation, Juli 1959.
- BECK, O.: Veränderungen in der Wirtschafts- u. Sozialstruktur der Vorderpfalz und ihre Auswirkungen auf das Landschaftsbild seit dem Ende des 19. Jh., Speyer 1963.
- BECKER, A.: Beiträge zur Siedlungskunde des Hohen Westerwaldes, Marburg 1912.
- BOBEK, H.: Stellung und Bedeutung der Sozialgeographie. In: Erdk., Bd. 2, 1948.
- BORN, M.: Die Siedlungsentwicklung am Osthang des Westerwaldes. In: Marb. Geogr. Schr., H. 8, 1957.
- BOUSTEDT, O.: Wirtschaftsbelebung durch Fremdenverkehr. In: Veröff. d. Ak. f. Raumf. u. Landespl., Nr. 2, 1956.
- : Regionale Struktur- u. Wirtschaftsforschung. Aufgaben u. Methoden. In: Veröff. d. Ak. f. Raumf. u. Landespl., Bd. 33, 1957.
- DAMS, T.: Industrialisierung in ländl. Entwicklungsräumen. In: Ber. ü. Landw., Bd. 35, 1957.
- DEENEN, B. VAN: Zentrale Orte in agrarischen Fördergebieten. In: Innere Kolonisation, März 1964.
- DITTMAYER, H.: Siedlungsnamen und Siedlungsgeschichte des Bergischen Landes. Neustadt a. d. A., 1956.
- DOMMERMUTH, A.: Die landw. Betriebsformen im Westerwald u. im Limburger Becken. In: Rhein-Mainische Forsch., H. 23, 1940.
- EHLGEN, A.: Die Wirtschaftsgeschichte des Oberwesterwaldes unter besonderer Berücksichtigung wirtschaftsgeogr. Gesichtspunkte, Köln 1950.
- ERNST, E.: Neue Strukturwandlungen in der hessischen Agrar- u. Siedlungslandschaft. In: Ber. z. dt. Ldk., Bd. 28, 1962.
- FÖRSTER, W. u. LASSALM, W.: Ist der Erfolg einer Flurbereinigung meßbar? In: Innere Kolonisation, April 1964.
- FRANK, W.: Umfang und Ursachen des Brachlandes in Hessen, Bonn 1954.
- FRANKENBERGER, R.: Die Aufforstung landwirtschaftlich genutzter Grundstücke als Index für sozialgeogr. Strukturwandlungen in Oberfranken. In: Münchner Geogr. Hefte, H. 8, 1960.
- FREISE, F.: Die Braunkohlenlagerstätten des Hohen Westerwaldes. In: Ztschr. f. pr. Geol., Jg. 1908.
- : Die Tone des hohen Westerwaldes. In: Ztschr. f. pr. Geol., Jg. 1908.
- FUCHS, K.: Die Erschließung des Westerwaldes durch die Eisenbahn. In: Nass. Ann., Bd. 72, 1961.
- GANSER, H.: Die Erschließung des Hohen Westerwaldes. Tüb. 1916.
- GEIPEL, R.: Soziale Struktur und Einheitsbewußtsein als Grundlagen geographischer Gliederung. In: Rhein-Main. Forsch., 38, 1952.
- GENSICKE, H.: Landesgeschichte des Westerwaldes. In: Veröff. d. Histor. Kommission f. Nassau, Bd. 18, 1958.
- GÖPNER, W.: Methoden zur Ermittlung der Veränderungen in der Flächennutzung u. der dadurch bedingten Kulturlandschaftsveränderungen... In: Ber. z. Dt. Ldk., Bd. 20, 2, 1958.

- Gutachten der Industrie- und Handelskammer Limburg über die Beziehungen zwischen den vier früher zu Nassau gehörenden Kreisen ... des neu gebildeten Reg. Bez. Montabaur u. den anschließenden hessischen Kreisen ...; Limburg 1954.
- HAAS, U.: Wandlungen der wirtschafts- u. sozialgeogr. Struktur des Siegerlandes im 2. Viertel des 20. Jahrhunderts, Rem. 1958.
- HAHN, H.: Der Einfluß der Konfessionen auf die Bevölkerungs- u. Sozialgeographie des Hunsrücks. In: Bonner Geogr. Abh., H. 4, 1950.
- : Sozialgruppen als Forschungsgegenstand der Geographie. In: Erdk., Bd. 11, 1957.
- : Die Erholungsgebiete der Bundesrepublik. In: Bonner Geogr. Abh., 22, 1958.
- HARTKE, W.: Die Sozialbrache als Phänomen der geogr. Differenzierung der Landschaft. In: Erdk., Bd. 10, 1956.
- : Die soziale Differenzierung der Agrarlandschaft im Rhein-Main-Gebiet. In: Erdk., Bd. 7, 1953.
- : Gedanken über die Bestimmung von Räumen gleichen sozialgeogr. Verhaltens. In: Erdk., 13, 1959.
- HARTNACK, W.: Der Westerwald. In: Handb. d. naturräuml. Glied. Deutschlands. Remagen 1957.
- HEUN, J.: Die Arbeitsbelastung der Nebenerwerbslandwirte durch Haupt- u. Nebenberuf. In: Innere Kolonisation, Nov. 1958.
- HEYN, E.: Der Westerwald u. seine Bewohner von den ältesten Zeiten bis heute. Marienberg 1893.
- : Westerwaldführer. Herborn 1921.
- HIEB, K. H.: Die Arbeitszentren und ihre Ausstrahlungen auf das Umland. In: Stat. Monatshefte Rhl.-Pf., Jg. 1963, H. 6.
- HOHFELD, E.: Das Parzellenpachtwesen im Westerwald unter besonderer Berücksichtigung der Parzellenpachtpreise, Bonn 1930.
- HÜBLER, K. H.: Die Gebäudesituation in den landw. Betrieben Hessens im Hinblick auf die Verbesserung der Agrarstruktur. Gießen 1958.
- HUTTENLOCHER, F.: Die ehem. Territorien des Deutschen Reiches in ihrer kulturgeschichtlichen Bedeutung. In: Erdk., Bd. 11, 1957.
- Institut für Entwicklungsplanung (Hrsg.): Raumordnungsplan für den Westerwald, 1964.
- JÄTZOLD, R.: Die Neuaufforstung in Südwestdeutschland als kulturgeogr. Problem. In: Ber. z. dt. Ldk., Bd. 31, 2, 1963.
- KELLER, R.: Natur und Wirtschaft im Wasserhaushalt der rheinischen Landschaften und Flußgebiete. In: Forsch. z. dt. Ldk., Bd. 57, 1951.
- : Gewässer und Wasserhaushalt des Festlandes. Berlin 1961.
- KOCH, G.: Die Entwicklung zum Baukastensystem für Wirtschaftsgebäude. In: Innere Kolonisation, Mai 1963.
- KÖRBER, J.: Einzugsbereiche zentraler Orte. Bericht über eine Beispielsuntersuchung in Rheinl.-Pfalz. In: Ber. z. dt. Ldk., Bd. 17, 1, 1956.
- KÖTTER, H.: Der Einfluß der sozialen u. wirtschaftl. Differenzierung der Landbevölkerung auf die Landbewirtschaftung. In: Ber. üb. Landw., 162. Sdh., 1955.
- KRATZER, J.: Die naturräuml. Gliederung in ihrer Bedeutung für die Aufbereitung u. Darstellung agrarstatistischer Betriebsergebnisse. In: Geogr. Taschenb. 1958/59.
- KRAUS, T.: Die Geographie unter besonderer Berücksichtigung der Wirtschafts- u. Sozialgeogr. In: Aufg. dt. Forsch., Bd. 2, 1957.
- KUHNNEN, F.: Agrargebiete als Industriestandorte. In: Innere Kolonisation, Okt. 1958.
- : Zur Frage der Betriebsgröße in der nebenberuflichen Landwirtschaft. In: Innere Kolonisation, Nov. 1959.
- Landesgesetz über die Einführung einer Höfeordnung. In: Staatszeitung (v. Rhl.-Pfalz.), 39, 3, 1953.
- Landesplanung Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Das Notstandsgebiet Oberwesterwald, Mainz 1956.
- LANG, E. u. FAULSTICH, A.: Die Flurbereinigung und Siedlung im Lande Hessen. In: Allg. Vermess.-Nachr., Jg. 1954, H. 9.
- LANGENBACH, W.: Amt Daaden (Friedewald). Entwicklung, Wirtschaft und Verkehr, Eisernfeld 1965.
- LEWIS, W. A.: Die Theorie des wirtschaftlichen Wachstums, Tübingen 1956.
- MEIMBERG, P.: Die Landbaugebiete Hessens. Untersuchung über die Betriebssysteme der hess. Landwirtschaft. In: Schr. des Hess. Bauernverb., 1951.

- : Untersuchungen über die Bewirtschaftung ertragsarmer Grünlandflächen in Hessen. In: Ber. ü. Landw., 172. Sdh. 1959.
- MEYNEN, E., KLÖPPER, R. u. KÖRBER, J.: Rheinland-Pfalz in seiner Gliederung nach zentralörtlichen Bereichen, Remagen 1957.
- Ministerium f. Landw., W. u. F. (Hrsg.): Agrarstruktur und Agrarförderung in Rheinland-Pfalz, Mainz 1961.
- Ministerium f. Wirtschaft (Hrsg.): Denkschrift des Landes Rheinh.-Pfalz zu dem Antrag der Landesregierung auf Anerkennung der Roten Zone u. des Oberwesterwaldkreises als Notstandsgebiet, Mainz 1951.
- MÜLLER, E.: Untersuchungen über Entwicklung, Umfang und Wirtschaftlichkeit der kulturtechnischen Arbeiten in den Kreisen Marienberg, Westerbürg u. Dillenburg. Gießen 1934.
- MÜLLER, G.: Großstädtische Ballung und „social costs“. In: Inf. d. Inst. f. Raumf., Bd. 13, 1963, S. 121 ff.
- MÜLLER-WILLE, W.: Das Rheinische Schiefergebirge und seine kulturgeogr. Struktur und Stellung. In: Dt. Arch. f. Landes- u. Volksforsch., H. 6, 1942.
- : Der Westerwald. In: Rhein. Bl., H. 7, 1936.
- NELLNER, W.: Die Pendelwanderung in der Bundesrep. Deutschland, ihre statist. Erfassung und kartogr. Darstellung. In: Ber. z. dt. Ldk., Bd. 17, 1956.
- NEUHAUS, H.: Das Westerwälder Bauernhaus. In: Rhein. Bl., H. 7, 1936.
- NIESSEN, J.: Die geschichtliche Stellung des Westerwaldgebietes. In: Rhein. Bl., H. 7, 1936.
- OTREMBA, E.: Allgemeine Agrar- und Industriegeographie, Stuttgart 1960.
- : Das Problem der Ackernahrung. In: Rhein-Main. Forsch., H. 19, 1938.
- : Sozialgeographische Wandlungen der Gegenwart in der landeskundl. Darstellung. In: Ber. z. dt. Ldk., Bd. 5, 1947.
- PFEIFER, G. u. SCHÜTTLER, A.: Die kleinräumliche Kartierung landwirtschaftl. Nutzflächen u. ihre kulturgeographische Bedeutung. In: Pet. Mitt., 1941, S. 153-167.
- PLENGE, J.: Westerwälder Hausierer und Landgänger. In: Schr. d. Vereins f. Sozialpol., Leipzig 1898.
- PRIEBE, H.: Um die Zukunft der Familienbetriebe. In: Innere Kolonisation, Mai 1963.
- RADLOFF, A.: Betriebswirtschaftliche Probleme der Flurbereinigung, dargestellt an einer Gemeinde des Hohen Westerwaldes (Mademühlen), Gießen 1951.
- RAMSEGER, A.: Die geschichtliche Entwicklung der Verkehrserschließung des Westerwaldes von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart, Köln 1950.
- RIEHL, W. H.: Das Land der armen Leute, Stuttgart 1883.
- RUPP, A.: Das Problem der landwirtschaftl. Kümmerbetriebe und die Möglichkeiten ihrer Sanierung unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im Oberwesterwald, Gießen 1944.
- RUPPERT, K.: Zur Definition des Begriffes „Sozialbrache“. In: Erdk., Bd. 12, 1958.
- : Zur Entwicklung der Sozialbrache in Süd- und Westdeutschland. In: Ber. z. dt. Ldk., Bd. 21, 1, 1958.
- : Der Wandel der sozialgeograph. Struktur im Bilde der Landschaft. In: Die Erde, 1955.
- SCHÄFER, K.: Die zweckmäßigen landwirtschaftl. Betriebsgrößen in den einzelnen Landschaftskreisen des Dillkreises, Gießen 1959.
- SCHAMP, H.: Der Wandel der Kulturlandschaft als geographisches Problem. In: Geogr. Rdsch., H. 8, 1958.
- SCHLIER, O.: Über die Verwendung statistischer Ergebnisse bei regionalen Untersuchungen. In: Ber. z. dt. Ldk., Bd. 14, 2, 1955.
- SCHLOTTER, H.: Die Abwanderung aus der Landwirtschaft unter dem Aspekt der Raumordnung. In: Geogr. Rdsch., Jg. 13, 1961.
- SCHMITHÜSEN, J.: Vorschläge über die Verwendung von bestimmten Leitfarben bei landwirtschaftsgeogr. Nutzflächenkartierungen. In: Ber. z. dt. Ldk., Bd. 3, 2, 1943.
- SCHNEIDER, K.: Agrares Sanierungsprogramm zur Strukturverbesserung des Notstandsgebietes Oberwesterwald; Bonn 1956.
- SCHNEIDER, M.: Die natürlichen Grundlagen des Wirtschaftslebens im Westerwald, Frankfurt 1933.
- SCHNEIDER, W.: Untersuchung über Verbesserungsmöglichkeiten der kleinbäuerlichen Betriebe im hohen Westerwald unter besonderer Berücksichtigung der Weidewirtschaft, Gießen 1953.
- SCHÖLLER, P.: Grenzland Westerwald. In: Raumf. u. Raumordn., Bd. 13, 3, 1955.

- SCHÖLLER, P. u. PETRI, F.: Der Westerwald. Struktur, Grenzen und Raumbeziehungen, Münster 1954.
- SCHUMANN, A.: Untersuchungen über die geographische und wirtschaftliche Bedeutung der Forsten des Westerwaldes für seine Bewohner und seine Einwirkung auf die Volksdichte, Gießen 1922.
- SINZIG, H.: Die Ertragssteigerung der Wiesen und Weiden des hohen Westerwaldes durch Bodenmeliorationen, Bonn 1929.
- SPITZER, H.: Über die Entwicklung der Landwirtschaft in ertragsarmer Lage unter dem Einfluß industrieller Ausbreitung, Gießen 1958.
- STEUER, R.: Die Flurbereinigung, Minden 1950.
- STICKEL, R.: Der Westerwald. Eine landeskundliche Skizze. In: Festschr. f. A. Philippson, Leipzig 1930.
- TROLL, C.: Die geographische Landschaft und ihre Erforschung. In: Studium generale, Jg. 3, 1950.
- : Die geographische Wissenschaft in Deutschland in den Jahren 1933-1945. In: Erdk. 1947.
- : Der Stand der geograph. Wissenschaft und ihre Bedeutung für die Aufgaben der Praxis. In: Forsch. u. Fortschr., 1956.
- VIERLING, H.: Die Agrarförderung in Rheinland-Pfalz. Entwicklungslinien und Aufgaben im Gemeinsamen Markt, Mainz 1961.
- VOPPEL, G.: Passiv- und Aktivräume und verwandte Begriffe der Raumforschung im Lichte wirtschaftsgeogr. Betrachtungsweise, erläutert an Wirtschaftslandschaften Deutschlands. In: Forsch. z. dt. Ldk., 132, 1961.
- WAGNER, E.: Der Hohe Westerwald, Bonn 1944.
- : Wirtschaftsgeschichte und heutige Wirtschaftslandschaft des Hohen Westerwaldes. In: Ber. z. dt. Ldk., Bd. 20, 1, 1958.
- WEBER, R.: Die Trieschwirtschaft - Feldgraswirtschaft - des Westerwaldes und ihre Entstehung, Bonn 1925.
- Westerwälder Zeitung: Heimatbeilage vom 26. 5. 1965: Lebendiger Oberwesterwald.
- WIEGELMANN, G.: Brachflächen und volkstümliche Traditionsformen. In: Ber. z. dt. Ldk., Bd. 21, 1, 1958.
- : Natürliche Gunst und Ungunst im Wandel rheinischer Agrarlandschaften erörtert an Hand von Untersuchungen in der nördl. Eifel ... und im Saarland. In: Kölner geogr. Arb., Bd. 12.
- WITT, W.: Die Veränderungen in der Kulturlandschaft als Grundlage landesplanerischer Entwicklungsrichtlinien. In: Inf. d. Inst. f. Raumf., Jg. 1958.
- WURZBACHER, G.: Das Dorf im Spannungsfeld industrieller Entwicklung, Stuttgart 1954.
- ZINGEL, J.: Beiträge zur Agrargeschichte des Westerwaldes, Tübingen 1909.

## 2. Statistischer Nachweis

- Hessisches Statistisches Landesamt: Hessisches Gemeindestatistik 1950, Bd. 48; Wiesb. 1952; (H. 1-4).
- : Hessische Gemeindestatistik 1960/61, (H. 1-5), Wiesb. 1963.
- : Die Wohnbevölkerung der hess. Gemeinden am 30. 6. 1964. In: Stat. Ber. d. Hess. Stat. Landesamtes, Wiesb.
- Statistisches Bundesamt: Bodenbenutzung und Ernte 1950. In: Stat. der BRD, Bd. 65, Wiesb. 1954.
- : Bodennutzung und Ernte 1960. In: Stat. der BRD, Bd. 262, Wiesb. 1961.
- : Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1964, Wiesb. 1964.
- Statistisches Landesamt Nordrhein-Westfalen: Gemeindestatistik des Landes Nordrhein-Westfalen 1949/50. Düsseldorf 1952.
- : Gemeindestatistik des Landes Nordrhein-Westfalen 1960/61, Teil 1-5. Düsseldorf 1963/64.
- Statistisches Landesamt Nordrhein-Westfalen: Die Wohnbevölkerung der Gemeinden am 30. 6. 1964. In: Stat. Ber. des Stat. Land. NRW, Okt. 1964.
- Statistisches Landesamt Rheinl.-Pfalz: Die Bevölkerung der Gemeinden in Rheinl.-Pfalz von 1815-1950. Bad Ems 1954.

- : Gemeindestatistik von Rheinl.-Pfalz. Ergebnisse der Volks-, Berufs-, Wohnungs- u. Arbeitsstättenzählung 1950 u. der landw. Erhebungen 1949/50. Bad Ems 1952.
  - : Gemeindestatistik von Rheinl.-Pfalz 1960/61 (Teil 1-5), Bad Ems 1963/64.
  - : Die Industrie in Rheinland-Pfalz im Jahre 1963. In: Stat. von Rheinl.-Pfalz, Bd. 139, Bad Ems 1964.
  - : Die nichtlandwirtschaftl. Arbeitsstättenzählung in Rhl.-Pfalz 1950, Bd. 15, Bad Ems 1952.
  - : Die Pendelwanderung in Rheinl.-Pfalz 1950. In: Stat. v. Rhl.-Pf., Bd. 28. Bad Ems 1954.
  - : Die Wohnbevölkerung der Gemeinden am 30. 6. 1964. In: Stat. Ber. d. Stat. Land. Rhl.-Pf., Okt. 1964.
  - : Stat. Ber.: Beherbergungsbetriebe und ihre Einrichtungen in Rhl.-Pf. am 1. April... (ersch. jährlich), Juni 1957, 1960 und 1964.
- Statistisches Reichsamt Berlin: Statistik des Deutschen Reiches: Gemeindestatistik. Die Ergebnisse der Volks-, Berufs- u. landw. Betriebszählung 1939. Bd. 559, H. 9, 10, 11.

### 3. Atlanten und Karten

Akademie f. Raumf. u. Landesplanung: Deutscher Planungsatlas, Bd. Hessen, Han. 1960.

- : Deutscher Planungsatlas, Bd. Rheinl.-Pfalz, Han. 1965.

Amt für Landeskunde: Gemeindegrenzenkarte 1 : 300 000, Blatt Köln, Remagen 1952.

BEHRMANN, W., u. MAULL, O.: Rhein-Mainischer Atlas, Frankfurt 1929.

Deutscher Wetterdienst: KlimaAtlas von Rheinland-Pfalz, Bad Kissingen, 1957.

Forschungsgesellschaft f. Agrarpol. u. Agrarsoziol.: Karten zur Orientierung regionaler Agrarpolitik, o. O., o. J. (auf der Grundlage der Zählungen von 1939 u. 1949).

Hess. Landesamt für Bodenforschung: Geologische Übersichtskarte von Hessen, 1 : 300 000, Wiesb. 1960.

Landesplanung Hessen: Hessenatlas, Wiesb. 1953.

- : Vorläufiger Raumordnungsplan für das Land Hessen. Region Lahn-Dill, Wiesb. 1957.

Landesplanung Rheinl.-Pfalz: Rheinland-Pfalz, Grundlagen zur Raumplanung, Mainz 1954.

Landesplanungsbehörde Nordrhein-Westfalen: Nordrhein-Westfalen Atlas, Düss., o. J.

Landesvermessungsamt Rhl.-Pfalz: Karte der Gemeindegrenzen des Landes Rheinl.-Pfalz 1 : 200 000, Stand 1964.

Landesvermessungsamt Rhl.-Pfalz bzw. Hessen: **T o p o g r a p h. K a r t e n :**

(1 : 25 000)

Nr.	5213	Betzdorf	Ausg.	1958
	5214	Burbach	Ausg.	1956
	5215	Dillenburg	Ausg.	1955
	5313	Marienberg	Ausg.	1961
	5314	Rennerod	Ausg.	1957
	5315	Herborn	Ausg.	1957
	5413	Westerburg	Ausg.	1956
	5414	Mengerskirchen	Ausg.	1957
	5415	Merenberg	Ausg.	1957

(1 : 50 000)

Nr.	5312	Betzdorf	Ausg.	1961
	5314	Dillenburg	Ausg.	1961
	5512	Montabaur	Ausg.	1962
	5514	Weilburg	Ausg.	1959

(1 : 100 000)

Nr.	459	Dillenburg	Ausg.	1960
-----	-----	------------	-------	------

Mairs geogr. Verlag: Deutsche Generalkarte, 1 : 200 000, Blatt 10 und 12, versch. Ausg. von 1950-1964.

WALTER: Übersichtskarte der Braunkohlenvorkommen auf dem Westerwald, 1 : 50 000, Berlin 1922.

#### 4. Luftbilder

- Hansa Luftbild GmbH, Bonn: Luftbildplan „Rennerod“, 1 : 25 000, 1938.  
- : Luftbildplan „Marienberg“, 1 : 25 000, 1938.  
Photogrammetrie GmbH, München: Luftbildaufnahmen „Forst Hachenburg“, 1 : 20 000, 1961.  
Vermessungsbüro Rüpke, Hamburg: Luftbildaufnahmen „Rennerod“, 1 : 20 000, 1963.

#### 5. Unveröffentlichte Unterlagen

- Gemeindeverwaltungen von Marienberg u. Höhn-Urdorf: Unterlagen über Industrieansiedlungen, Pendelwanderung usw., Stand 1965.  
Hessisches Stat. Landesamt: Bodennutzungserhebung 1950.  
- : Bodennutzungserhebung 1960.  
- : Nichtlandwirtschaftl. Arbeitsstättenzählung 1950.  
- : Nichtlandwirtschaftl. Arbeitsstättenzählung 1960.  
- : Allgemeine Viehzählungen vom Dez. 1948 und 1964.  
HOFMANN, W.: Felderübersichtskarte der Gewerkschaft Alexandria, Höhn 1947  
Industrie- und Handelskammer zu Dillenburg: Industriebetriebe und Beschäftigte im Kammerbezirk, 1962.  
Kulturamt Dillenburg: 2 Übersichtskarten von Rabenscheid vor und nach der Flurbereinigung, 1 : 5000, etwa 1958 und 1962.  
Kulturamt Montabaur: Übersichtskarte „Flurbereinigung Ailertchen und Dreisbach“, 1 : 20 000, 1965.  
Landesplanungsbehörde Rheinl.-Pfalz: Verkehrserschließung und Wirtschaftsbelebung passiver agrarer Wirtschaftsräume, dargestellt am Beispiel Oberwesterwald, o. O. 1956.  
Landsiedlung Rheinl.-Pfalz GmbH: Gemarkungs- und Besitzstandskarten „Zusammenlegung Unnau“, 1 : 2000, Montabaur 1965.  
Landwirtschaftsministerium Mainz: Erhebungen zur agrarstrukturellen Rahmenplanung in Rheinl.-Pfalz, 1964.  
Landwirtschaftsschule Herborn: Übersichtskarte „Aufteilung der Gemeindeweide Mademühlen“, 1 : 10 000, 1958.  
PABSCH, H.: Ein Westerwaldprogramm. Zur Einbeziehung des Oberwesterwaldes in die Förderungsgebiete des Bundes, Westerburg o. J.  
PILLEP: Die Wirtschaft des Oberwesterwaldkreises, Westerburg 1964.  
Statist. Landesamt Nordrhein-Westfalen: Allgemeine Viehzählungen vom Dez. 1950 und 1964.  
- : Bodennutzungserhebungen von 1950 und 1960.  
Statist. Landesamt Rheinl.-Pfalz: Allgemeine Viehzählungen vom Dez. 1948 und 1964.  
- : Bodennutzungserhebungen von 1950 und 1960.  
- : Nichtlandwirtschaftl. Arbeitsstättenzählungen 1950 u. 1960.  
Verkehrsverein Marienberg: Unterlagen über die Entwicklung des Fremdenverkehrs von 1938 bis 1965.  
Verwaltung der ehem. Grube Alexandria, Höhn-Urdorf: Unterlagen über Umfang der Produktion, Zahl der Beschäftigten sowie Abbauverhältnisse.

Tab. A Landwirtschaftliche Betriebe und Viehhaltung in den Gemeinden des Hohen Westerwaldes<sup>1</sup>

	Betriebe <sup>2</sup>			Betriebsgrößenklassen Zahl der Betriebe mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von Hektar						Viehbestand								
	1949	1960	±%	<2 <sup>3</sup>		2-10		10		Rinder			Kühe		Pferde		Ziegen	
				1949 <sup>2</sup>	1960	u.m.	u.m.	1948	1964	±%	1948	1964	1948	1964	1948	1964		
Ailertchen	78	64	-18	19	58	1	22	41	1	277	153	-45	43	6	2	21		
Bach	43	38	-12	23	19	1	18	19	1	108	83	-23	36	4	2	9	1	
Bölsberg	44	30	-32	35	8	1	20	10		68	35	-44	6			31		
Bretthausen	45	35	-22	11	31	3	9	26		204	147	-28	3	65	13	6	2	
Büdingen	50	36	-28	19	31			20		161	110	-32	4	33	6	14		
Dreisbach	56	51	-9	12	44		18	33		207	124	-40	2	33	6	1	3	
Eichenstruth	26	18	-31	12	13	1	4	13	1	66	76	15	29		2	13		
Emmerichenhain	82	71	-13	21	59	2	33	36	2	308	166	-46	68	2		8		
Enspel	23	14	-39	6	15	2	2	9	3	100	94	-6	2	45	8	5	21	1
Erbach	32	12	-63	23	8	1	5	3	4	75	107	43	1	40	4	42		
Fehl-Ritzhausen	96	74	-22	48	47	1	33	40	1	257	174	-32	69	5		38	1	
Großseifen	41	18	-56	33	8		11	5	2	82	26	-68	13	1	1	40		
Hahn b. M.	42	40	-5	19	22	1	17	22	1	122	120	-2	31	3	2	10	1	
Hardt	50	41	-18	28	20	2	19	22		120	108	-10	51	1	1	24		
Hellenhahn-Sch.	130	134	3	33	92	5	57	72	5	410	191	-53	13	67	15	1	8	2
Höhn-Urdorf	106	79	-25	53	51	2	42	33	4	270	164	-39	24	57	20	1	32	
Hölzenhausen	25	18	-28	17	7	1	11	6	1	61	59	-3	1	16	1	5		
Hof	171	150	-12	69	101	1	72	78		510	319	-37	141	17	1	71	5	
Homberg	32	27	-16	6	25	1	4	23		154	110	-29	4	45	3	7		
Kirburg	59	48	-19	31	28		26	22		152	83	-45	29	3	1	17	1	
Langenbach b. K.	94	96	2	53	40	1	63	33		215	127	-41	19	7		34	1	
Langenbach b. M.	72	53	-26	52	19	1	37	15	1	153	118	-23	6	31	9	3	71	
Lautzenbrücken	47	43	-9	15	30	2	25	17	1	131	83	-37	32	1		15	1	
Liebenscheid	78	73	-6	17	60	1	17	54	2	339	292	-14	10	111	10	6	7	
Löhnfeld	24	23	-4	6	17	1	9	14		112	43	-62	16			10		

Tab. A Landwirtschaftliche Betriebe und Viehhaltung in den Gemeinden des Hohen Westerwaldes<sup>1</sup>

(Fortsetzung)

	Betriebe <sup>2</sup>			Betriebsgrößenklassen Zahl der Betriebe mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von Hektar						Viehbestand								
	1949	1960	±%	<2 <sup>3</sup>		2-10		10		Rinder		Kühe		Pferde		Ziegen		
				u.m.		u.m.		u.m.		1948	1964	±%	1948	1964	1948	1964	1948	1964
				1949 <sup>2</sup>	1960	1949 <sup>2</sup>	1960	1949 <sup>2</sup>	1960									
Marienberg	104	61	-41	73	30	1	35	24	2	195	123	-37	14	44	14	8	138	1
Mörlen	59	48	-19	33	25	1	29	19		154	68	-56	1	28	5	4	27	
Neuhochstein	68	50	-26	47	20	1	31	19		141	68	-52		17	2	3	23	1
Neunkhausen	104	105	1	44	57	3	43	60	2	324	264	-19	13	101	9	7	51	3
Neustadt	59	59	0	23	35	1	26	32	1	173	108	-38		41	3	1	3	1
Niederroßbach	99	92	-7	33	64	2	31	57	4	326	300	-8	4	121	7		13	
Nister-Möhr.	53	52	-2	11	42		5	47		290	183	-37		90	3	1	3	
Norken	87	85	-2	59	27	1	61	24		206	91	-56	1	29	3		46	
Oberroßbach	53	48	-9	11	42		13	35		199	167	-16	2	92	7	4	18	
Oellingen	82	80	-2	34	45	3	45	33	2	237	90	-62		21	6	20	29	1
Pfuhl	61	54	-11	41	19	1	31	23		123	93	-24		33			32	7
Püschchen	27	24	-11	11	15	1	12	12		83	27	-67		8	7	2	5	
Rehe	104	114	10	22	80	2	42	72		420	302	-28	15	101	11	7	24	
Rennerod	272	193	-29	156	113	3	114	72	7	575	304	-47	2	109	30	6	129	2
Salzburg	29	27	-7	5	24		10	17		111	38	-66		10	3		4	3
Schönberg	38	25	-34	17	21		7	16	2	110	83	-25		34		1	6	
Stangenrod	53	40	-25	41	12		28	12		126	80	-37	1	40	3		24	
Stein-Neukirch	72	59	-18	16	52	4	20	39		331	159	-52		75	5		3	5
Stockhausen-Ilf.	65	60	-8	30	35		21	38	1	175	190	9	2	65	7		22	1
Stockum	25	18	-28	8	16	1	4	14		97	93	-4		35	4	1	7	
Unnau	94	67	-29	58	36		37	27	3	344	264	-23	3	86	7	4	56	1
Waigandshain	43	47	9	3	38	2	17	27	3	273	200	-27		90	4		1	
Weißenberg	30	30	0	9	21		7	23		180	156	-13	21	70	7	4		
Willingen	61	52	-15	8	52	1	9	43		290	148	-49		62	9		8	
Zehnhausen b. R.	54	54	0	15	36	3	18	34	2	187	115	-39	2	34	7	1	13	
Zinhain	44	32	-27	29	14	1	19	12	1	75	52	-31		23	1		47	2

Tab. A Landwirtschaftliche Betriebe und Viehhaltung in den Gemeinden des Hohen Westerwaldes<sup>1</sup>

(Fortsetzung)

	Betriebe <sup>2</sup>			Betriebsgrößenklassen Zahl der Betriebe mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von Hektar							Viehbestand							
	1949	1960	±%	<2 <sup>3</sup>		2-10		10		Rinder			Kühe		Pferde		Ziegen	
				1949 <sup>2</sup>	u.m.	1960	u.m.	1948	1964	±%	1948	1964	1948	1964	1948	1964		
	1949	1960	±%	1949 <sup>2</sup>	u.m.	1960	u.m.	1948	1964	±%	1948	1964	1948	1964	1948	1964		
<i>Oberwesterwaldkreis<sup>4</sup></i>	3386	2862	—15	1498	1824	64	1305	1497	60	10407	6878	—34	151	2585	309	109	1285	42
Derschen	95	56	—41	60	33	2	30	25	1	199	118	—41	13	38	6	1	102	7
Elkenroth	144	107	—26	77	65	2	43	61	3	375	288	—23	21	157	15	5	48	
Emmerzhäusen	90	73	—19	71	18	1	59	14		150	78	—48		35	3		112	2
Friedewald	92	67	—27	56	33	3	41	21	5	230	200	—13	8	59	7	5	76	8
Mauden	18	13	—28	8	8	2	5	6	2	55	53	—4	9	18	5	1	11	2
Nauroth	98	81	—17	56	41	1	49	32		231	93	—60		41	9	4	29	
Nisterberg	69	60	—13	15	53	1	13	46	1	208	179	—14		80	9	1	13	1
Oberdreisbach	62	53	—15	41	20	1	35	18		115	69	—40	3	13	3	3	65	6
Weitefeld	156	104	—33	136	19	1	88	15	1	195	94	—52	1	17	9	2	218	6
<i>Kreis Altenkirchen<sup>4</sup></i>	824	614	—25	520	290	14	363	238	13	1758	1172	—33	55	458	66	22	674	32
Lippe (NRW)	117	99	—15	58	57	2	42	57		294	197	—33	8		6		36	
Breitscheid	170	96	—44	84	85	1	50	45	1	407	103	—75	16	35	17	9	115	6
Driedorf	137	76	—45	56	78	3	27	40	9	548	332	—39	117	77	19	11	64	3
Gusternhain	73	71	—3	19	53	1	25	45	1	324	249	—23	14	71	9	4	39	
Heiligenborn	17	15	—12	7	9	1	4	10	1	71	57	—20	8	15	3		16	
Heisterberg	30	28	—7	1	28	1	1	27		185	144	—22	9	24	5	3	6	
Hohenroth	30	26	—13		28	2	1	25		204	210	3	49	80	26	2	5	
Mademühlen	85	71	—16	22	58	5	11	41	19	551	529	—4	103	171	32	11	36	1
Münchhausen	63	60	—5	15	44	4	13	44	3	324	350	8	74	133	26	10	33	
Odersberg	46	45	—2	6	39	1	10	34	1	251	232	—8	13	45	14	3	16	6
Rabenscheid	67	69	3	6	58	3	8	56	5	399	346	—13	56	154	15	3	3	

Tab. A Landwirtschaftliche Betriebe und Viehhaltung in den Gemeinden des Hohen Westerwaldes<sup>1</sup>

(Schluß)

	Betriebe <sup>2</sup>			Betriebsgrößenklassen Zahl der Betriebe mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von Hektar						Viehbestand								
	1949	1960	±%	<2 <sup>3</sup>		2-10		10		Rinder			Kühe		Pferde		Ziegen	
				u.m.		u.m.		u.m.			u.m.		u.m.		u.m.			
				1949 <sup>2</sup>	1960	1948	1964	±%	1948	1964	1948	1964	1948	1964				
Rodenberg	34	33	3	5	29	4	28	1	187	246	32	13	83	6	15	2		
Rodenroth	64	42	-31	14	50	12	27	3	295	289	-2	47	119	18	3	54	7	
Roth	66	68	3	21	44	1	36	30	2	257	176	-32	29	60	15	4	26	8
Seilhofen	25	22	-12	5	18	2	4	16	2	220	258	17	58	104	23	1	9	6
Waldaubach	71	67	-6	12	58	1	23	43	1	280	226	-19		43	5	1	5	
<i>Dillkreis</i> <sup>4</sup>	978	789	-19	273	679	26	229	511	49	4503	3747	-17	606	1214	233	65	442	39
<i>Hoher Westerwald</i>	5305	4364	-18	2349	2850	106	1939	2303	122	16962	11994	-29	820	4257	614	196	2437	113

<sup>1</sup> Gem. stat. 1949/50 und 1960/61 sowie Allg. Viehzählung 1948 und 1964 der Länder Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein-Westfalen.

<sup>2</sup> Landwirtschaftliche Betriebe mit einer Wirtschaftsfläche von 0,5 ha und mehr; 1949 einschließlich der forstwirtschaftlichen Betriebe (das ist der Grund für die teilweise rückläufige Entwicklung in der Größenklasse 10 und mehr ha).

<sup>3</sup> Angaben in Hektar.

<sup>4</sup> Die angegebenen Werte beziehen sich nur auf die untersuchten Gemeinden.

Tab. B Die Bodennutzung in den Gemeinden des Hohen Westerwaldes<sup>1</sup>

	Ackerland <sup>a</sup>					Wiesen					Weiden					Landwirtschaftl. Nutzfläche				
	1950		1960			1950		1960			1950		1960			1950	1960			
	ha	% LN	ha	% LN	±%	ha	% LN	ha	% LN	±%	ha	% LN	ha	% LN	±%	ha	Wf <sup>a</sup>	ha	Wf <sup>a</sup>	±%
Ailertchen	87	27	70	21	-20	157	49	157	48	0	76	24	100	30	32	320		328		3
Bach	41	36	36	34	-12	54	48	51	49	-6	18	16	18	17	0	112		105		-6
Bölsberg	25	26	23	24	-8	43	45	51	53	19	28	29	22	23	-21	96		96		0
Bretthausen	53	20	45	16	-15	140	53	149	56	6	70	27	74	28	6	264		268		2
Büdingen	52	40	38	32	-27	66	50	54	47	-18	12	9	24	21	100	131		116		-11
Dreisbach	86	38	66	26	-23	102	46	135	53	32	35	16	53	21	51	223		254		14
Eichenstruth	23	35	19	26	-17	31	47	34	47	10	12	18	19	26	58	66		73		11
Emmerichenhain	99	30	76	23	-23	199	59	168	54	-16	37	11	71	23	92	335		314		-6
Enspel	34	34	24	26	-29	46	46	34	37	-26	18	18	34	37	89	99		92		-7
Erbach	40	39	25	26	-38	41	41	26	26	-37	20	20	48	48	140	101		99		-2
Fehl-Ritzhausen	97	37	86	32	-11	124	48	123	46	-1	36	14	58	22	61	259		267		3
Großseifen	33	48	22	32	-33	33	49	35	51	6	2	3	11	16	450	68		68		0
Hahn b. M.	46	42	33	28	-28	47	42	44	37	-6	17	15	42	35	147	111		119		7
Hardt	46	34	38	34	-17	55	41	50	45	-9	33	25	23	21	-30	134		111		-17
Hellenhahn-Sch.	178	34	110	22	-38	220	42	249	50	13	125	24	128	26	2	523		494		-6
Höhn-Urdorf	119	38	89	29	-25	119	37	133	44	12	80	25	78	26	-3	319		300		-6
Hölzenhausen	20	26	21	25	5	24	32	17	22	-29	32	42	42	53	31	76		79		4
Hof <sup>4</sup>	158	28	152	33	-4	309	54	197	44	-36	102	18	103	23	1	569		451		-21
Homburg	42	27	30	19	-29	80	50	77	48	-4	37	23	52	33	41	159		159		0
Kirburg	52	25	47	19	-10	74	35	69	29	-7	84	40	124	52	48	210		240		14
Langenbach b. K.	88	33	61	22	-31	94	35	128	46	36	86	32	90	32	5	268		279		4
Langenbach b. M.	56	38	41	32	-27	71	48	38	30	-46	20	14	47	37	135	147		127		-14
Lautenbrücken	35	18	26	12	-26	111	57	142	64	28	48	25	53	24	10	194		221		14
Liebenscheid	99	21	82	19	-17	274	56	188	46	-31	113	23	143	35	27	486		412		-15
Löhnefeld	26	19	12	10	-54	85	64	84	71	-1	22	17	23	19	5	133		119		-11
Marienberg	99	39	57	27	-42	124	49	117	56	-6	30	12	36	17	20	253		210		-17
Mörten	50	27	40	23	-20	72	39	52	30	-28	63	34	83	47	32	185		175		-5

Tab. B Die Bodennutzung in den Gemeinden des Hohen Westerwaldes<sup>1</sup>

(Fortsetzung)

	Ackerland <sup>2</sup>					Wiesen					Weiden					Landwirtschaftl. Nutzfläche			
	1950		1960		±%	1950		1960		±%	1950		1960		±%	1950		1960	
	ha	% LN	ha	% LN		ha	% LN	ha	% LN		ha	% LN	ha	% LN		ha	% Wf <sup>3</sup>	ha	% Wf <sup>3</sup>
Neuhochstein	53	38	41	29	-23	54	39	63	46	17	32	23	34	25	6	139	138	-1	
Neunkhausen	111	29	99	23	-11	152	39	149	35	-2	125	32	175	41	40	389	424	9	
Neustadt	64	31	57	26	-11	84	42	93	44	11	54	27	63	30	17	202	213	5	
Niederroßbach	114	36	83	26	-27	165	52	196	61	19	37	12	43	13	16	316	322	2	
Nister-Möhr.	67	29	57	23	-15	127	55	151	61	19	36	16	37	15	3	230	246	7	
Norken	63	28	48	20	-24	108	47	138	57	28	56	25	54	22	-4	229	242	6	
Oberroßbach	55	25	46	22	-16	126	58	121	59	-4	38	17	38	19	0	219	205	-6	
Oellingen	110	39	80	31	-27	121	43	88	33	-27	49	17	96	36	96	281	264	-6	
Pfuhl	43	32	44	33	2	69	51	42	31	-39	23	17	48	36	109	135	134	-1	
Püschchen	30	31	26	23	-13	49	50	51	47	4	19	19	33	30	74	98	109	11	
Rehe	119	27	75	17	-37	221	49	234	55	6	107	24	118	28	10	447	428	-4	
Rennerod	175	20	135	18	-23	527	63	338	43	-36	139	17	301	38	117	841	787	-6	
Salzburg	38	31	21	14	-45	84	69	120	85	43		0	1	1	100	122	142	16	
Schönberg	46	38	50	41	8	56	47	29	24	-48	16	13	42	35	163	120	121	1	
Stangenrod	44	41	32	34	-27	48	45	24	26	-50	15	14	37	40	147	106	92	-13	
Stein-Neukirch <sup>4</sup>	75	17	53	31	-29	259	57	98	59	-62	120	26	16	10	-87	453	167	-63	
Stockhausen-Ilff.	70	45	60	30	-14	84	54	76	39	-10	2	1	58	30	2800	157	194	24	
Stockum	31	35	27	33	-13	36	41	34	41	-6	19	22	21	26	11	88	82	-7	
Unnau	87	32	64	24	-26	133	49	72	27	-46	51	19	133	49	161	271	270		
Waigandshain	70	24	49	19	-30	146	50	140	55	-4	76	26	65	25	-14	291	255	-12	
Weißenberg	47	25	42	21	-11	74	40	81	42	9	65	35	71	37	9	186	194	4	
Willingen	64	18	52	18	-19	185	52	137	47	-26	107	30	101	35	-6	357	290	-19	
Zehnhausen b. R.	67	35	57	29	-15	100	53	102	51	2	23	12	39	20	70	190	199	5	
Zinhain	29	31	25	29	-14	48	54	42	53	-13	13	15	14	18	8	89	80	-10	
Oberwesterwaldkreis <sup>5</sup>	3456	29	2692	24	-22	5851	50	5221	47	-11	2478	21	3237	29	31	11797	61 11174	58 -5	

Tab. B Die Bodennutzung in den Gemeinden des Hohen Westerwaldes<sup>1</sup>

(Fortsetzung)

	Ackerland <sup>2</sup>					Wiesen					Weiden					Landwirtschaftl. Nutzfläche				
	1950		1960			1950		1960			1950		1960			1950		1960		
	ha	% LN	ha	% LN	±%	ha	% LN	ha	% LN	±%	ha	% LN	ha	% LN	±%	ha	Wf <sup>3</sup>	ha	% Wf <sup>3</sup>	±%
Derschen	84	31	84	25	0	142	53	116	25	-18	44	16	135	40	207	269		335		25
Elkenroth	206	57	197	53	-4	99	27	112	31	13	58	16	57	16	-2	364		366		1
Emmerzhäusen <sup>4</sup>	51	25	39	36	-24	102	51	29	27	-72	47	24	40	37	-15	200		108		-46
Friedewald	163	50	122	33	-25	62	19	75	20	21	101	31	168	46	66	325		368		13
Mauden	19	30	20	37	5	30	47	22	41	-27	14	22	12	22	-14	64		54		-16
Nauroth	131	47	147	48	12	74	26	81	26	9	77	27	81	26	5	281		309		10
Nisterberg	89	34	81	30	-9	123	48	135	51	10	45	18	50	19	11	257		266		4
Oberdreisbach	56	43	48	30	-14	71	55	83	53	17	2	2	27	17	1250	129		158		22
Weitefeld	101	40	119	39	18	105	42	29	9	-72	39	16	155	51	297	250		306		22
<i>Kreis Altenkirchen<sup>5</sup></i>	900	42	857	38	-5	808	38	682	30	-16	427	20	725	32	70	2139	46	2270	49	6
Lippe (NRW)	90	18	73	15	-19	176	37	180	37	2	215	45	235	48	9	481	57	488	55	1
Breitscheid	152	30	97	26	-36	221	44	129	34	-42	130	26	148	39	14	504		380		-25
Driedorf	149	25	114	23	-23	236	40	174	33	-26	208	35	227	44	9	593		520		-12
Gusternhain	89	24	71	21	-20	128	34	114	33	-11	160	42	158	46	-1	377		343		-9
Heiligenborn	21	27	20	25	-5	30	38	32	40	7	27	34	28	35	4	79		80		1
Heisterberg	55	24	46	20	-16	96	42	104	46	8	78	34	76	34	-3	229		226		1
Hohenroth	66	26	49	18	-26	106	42	99	38	-7	79	31	115	44	46	251		262		4
Mademühlen	132	24	112	22	-15	222	41	227	43	2	194	35	185	35	-5	548		524		-4
Münchhausen	110	28	101	28	-8	187	48	135	37	-28	92	24	125	35	36	389		361		-7
Odersberg	83	35	84	35	1	106	44	106	44	0	51	21	51	21	0	240		241		
Rabenscheid	106	21	96	20	-9	201	41	201	42	0	190	38	182	38	-4	496		479		-3
Rodenberg	56	37	58	34	4	69	45	69	41	0	27	18	42	25	56	153		170		11
Rodenroth	110	41	96	34	-13	119	44	111	40	-7	42	15	73	26	74	271		280		3
Roth	84	26	81	26	-4	103	33	98	31	-5	127	41	134	43	6	313		312		
Seilhofen	57	29	57	31	0	80	41	73	39	-9	57	29	57	30	0	194		187		-4
Waldaubach	91	23	74	21	-19	134	34	116	33	-13	171	43	161	46	-6	396		351		-11

Tab. B Die Bodennutzung in den Gemeinden des Hohen Westerwaldes<sup>1</sup>

(Schluß)

	Ackerland <sup>2</sup>					Wiesen					Weiden					Landwirtschaftl. Nutzfläche				
	1950		1960		±%	1950		1960		±%	1950		1960		±%	1950		1960		±%
	ha	% LN	ha	% LN		ha	% LN	ha	% LN		ha	% LN	ha	% LN		ha	% Wf <sup>3</sup>	ha	% Wf <sup>3</sup>	
<i>Dillkreis</i> <sup>5</sup>	1361	28	1156	26	-15	2038	40	1788	37	-12	1633	32	1762	37	8	5033	59	4716	55	-6
<i>Hober Westerwald</i>	5807	30	4778	26	-18	8873	46	7871	42	-11	4753	24	5959	32	25	19450	58	18648	55	-4

<sup>1</sup> Bodennutzungserhebungen 1950 und 1960 von Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein-Westfalen.<sup>2</sup> Einschließlich Gartenland.<sup>3</sup> Wf = Wirtschaftsfläche.<sup>4</sup> Angaben stark beeinträchtigt durch Bau eines Truppenübungsplatzes.<sup>5</sup> Die angegebenen Werte beziehen sich nur auf die untersuchten Gemeinden.

Tab. C Zur Sozialstruktur der Gemeinden des Hohen Westerwaldes<sup>1</sup>

	Wohnbevölkerung <sup>a</sup>				Auspendler				Erwerbspersonen											
	1939	1950	1964	±%	1950		1961		Landwirtschaft <sup>4</sup>				Industrie und Handwerk							
					% E <sup>3</sup>	% E	1950	1961	% E	% E	±%	1950	1961	% E	±%					
Ailertchen	470	500	501	7	64	25	121	55	138	55	74	33	—46	82	32	115	52	40		
Bach	246	267	271	10	46	31	41	32	68	45	43	34	—37	66	44	60	47	—9		
Bölsberg	215	212	223	4	41	35	64	61	53	45	31	30	—42	49	42	62	59	27		
Bretthausen	200	171	155	—23	12	11	49	47	91	81	48	46	—47	18	16	37	35	106		
Büdingen	502	520	578	15	61	23	92	37	91	35	44	18	—52	113	43	139	56	23		
Dreisbach	339	347	330	—3	54	28	83	51	116	60	70	43	—40	58	30	75	46	29		
Eichenstruth	152	138	166	9	22	29	39	53	43	56	29	39	—33	29	38	34	46	17		
Emmerichenhain	385	426	495	29	53	22	110	46	140	58	73	31	—48	63	26	101	42	60		
Enspel	257	262	260	1	18	13	23	21	46	34	26	24	—43	57	43	56	52	—2		
Erbach	462	526	567	23	59	27	106	43	41	19	26	11	—37	106	49	139	57	31		
Fehl-Ritzhausen	520	603	634	22	100	31	130	38	148	46	139	41	—6	122	38	152	44	25		
Großseifen	349	379	375	7	63	35	86	61	67	37	22	16	—67	88	49	87	62	—1		
Hahn b. M.	250	255	297	19	41	28	77	51	70	48	63	41	—10	62	42	71	47	15		
Hardt	238	286	325	37	51	33	75	47	77	50	55	34	—29	53	34	66	41	25		
Hellenhahn-Sch.	729	718	886	22	84	19	189	46	274	62	162	40	—41	133	30	202	49	52		
Höhn-Urdorf	774	963	1031	33	48	12	145	34	135	32	71	17	—47	209	50	253	60	21		
Hölzenhausen	152	163	164	8	26	34	45	63	31	41	16	23	—48	33	43	44	62	33		
Hof	864	865	1005	16	116	24	196	38	276	56	202	39	—27	153	31	212	41	39		
Homburg	146	146	139	—5	13	13	47	51	64	66	41	44	—36	19	20	37	40	95		
Kirburg	336	396	388	15	46	22	79	41	98	47	71	37	—28	71	34	73	38	3		
Langenbach b. K.	454	510	529	17	60	23	114	38	132	50	107	36	—19	94	35	144	48	53		
Langenbach b. M.	586	613	725	24	100	31	144	49	109	35	61	21	—44	143	45	145	49	1		
Lautzenbrücken	238	254	280	18	27	20	54	40	74	56	58	41	—22	41	31	57	41	39		
Liebscheid	352	389	419	19	31	13	94	45	169	70	97	46	—43	52	22	86	41	65		
Löhnefeld	100	104	102	2	17	24	30	54	53	76	23	41	—57	16	23	24	43	50		

Tab. C Zur Sozialstruktur der Gemeinden des Hohen Westerwaldes<sup>1</sup>

(Fortsetzung)

	Wohnbevölkerung <sup>2</sup>				Auspendler				Erwerbspersonen											
	1939	1950	1964	±%	1950		1961		Landwirtschaft <sup>4</sup>				Industrie und Handwerk							
					% E <sup>3</sup>	% E	1950	1961	% E	% E	±%	1950	% E	1961	% E	±%				
Marienberg	1699	1895	2755	62	119	14	214	22	154	19	71	7	—54	337	41	415	43	23		
Mörten	343	380	417	22	44	24	108	52	100	53	67	32	—33	71	38	107	52	51		
Neuhochstein	378	411	446	18	55	27	122	60	101	50	50	24	—50	82	40	122	60	49		
Neunkhausen	520	599	651	25	59	18	135	41	177	55	118	36	—33	104	32	155	47	49		
Neustadt	330	318	384	16	51	29	103	52	95	55	76	39	—20	53	31	95	48	79		
Niederroßbach	506	560	590	17	83	27	155	48	171	55	120	38	—30	111	35	159	50	43		
Nister-Möhr.	218	237	271	24	19	13	75	46	110	73	76	46	—31	30	20	61	37	103		
Norken	515	573	705	37	76	25	144	46	134	45	90	28	—33	120	40	174	55	45		
Oberroßbach	241	256	309	28	30	22	66	43	84	60	63	41	—25	36	26	71	46	97		
Oellingen	528	578	671	27	91	31	170	59	144	49	89	31	—38	127	43	164	57	29		
Pfuhl	336	361	389	16	80	42	90	46	75	39	85	43	13	95	50	83	42	—13		
Püschchen	146	168	158	8	25	29	47	55	39	45	27	32	—31	43	50	48	56	12		
Rehe	500	571	768	54	40	11	94	24	229	66	119	31	—48	66	19	165	43	150		
Rennerod	1632	1727	2097	28	87	10	304	35	371	42	193	22	—48	256	29	374	43	46		
Salzburg	151	167	131	—13	23	23	47	53	66	65	32	36	—52	27	26	36	40	33		
Schönberg	194	336	410	33	38	23	98	57	75	45	44	25	—41	53	32	83	48	57		
Stangenrod	172	319	319	20	65	43	93	57	63	42	56	34	—11	71	47	91	55	28		
Stein-Neukirch	291	335	364	25	30	15	110	51	138	69	85	40	—38	48	24	68	32	42		
Stockhausen-Ilff.	336	368	375	12	64	31	97	46	109	53	95	45	—13	73	36	90	42	23		
Stockum	219	259	357	63	37	27	62	45	43	31	27	20	—37	67	49	80	58	19		
Unnau	632	760	863	37	71	17	116	30	175	43	99	25	—43	167	41	176	45	5		
Waigandshain	196	216	194	—1	10	7	32	30	121	81	68	64	—44	10	7	29	27	190		
Weißenberg	155	144	146	—6	12	13	49	52	68	76	40	43	—41	21	23	48	51	129		
Willingen	258	292	310	20	30	17	63	39	121	69	77	48	—36	39	22	59	36	51		
Zehnhausen b. R.	261	353	295	13	56	30	82	48	111	60	76	44	—32	60	32	69	40	15		
Zinhain	295	352	405	37	32	18	56	33	57	31	35	21	—39	86	47	100	59	16		

Tab. C Zur Sozialstruktur der Gemeinden des Hohen Westerwaldes<sup>1</sup>

(Fortsetzung)

	Wohnbevölkerung <sup>a</sup>				Auspendler				Erwerbspersonen									
	1939	1950	1964	±%	1950		1961		Landwirtschaft <sup>4</sup>				Industrie und Handwerk					
					% E <sup>a</sup>	% E	1950	1961	1950	1961	±%	1950	1961	±%				
<i>Oberwesterwaldkreis</i> <sup>5</sup>	20576	22548	25625	25	2580	22	4965	42	5735	48	3630	31	-37	4183	35	5593	47	34
Derschen	651	667	892	37	143	42	253	70	149	43	79	22	-47	155	45	232	64	50
Elkenroth	937	1051	1307	39	187	35	323	53	231	43	153	25	-34	224	42	340	55	52
Emmerzhausen	467	497	1113	138	90	34	116	45	124	47	65	25	-48	110	42	133	51	21
Friedewald	647	768	905	40	105	29	185	48	156	44	91	24	-42	132	37	197	51	49
Mauden	80	101	79	-1	9	19	26	57	30	63	18	39	-40	14	29	21	46	50
Nauroth	588	644	766	30	84	24	189	51	183	52	93	25	-49	122	34	214	58	75
Nisterberg	301	330	380	26	35	18	77	42	121	64	84	46	-31	53	28	78	42	47
Oberdreisbach	363	407	470	29	49	24	120	54	100	49	50	23	-50	82	40	139	63	70
Weitefeld	947	1151	1397	48	185	39	291	48	184	39	129	21	-30	227	48	379	63	67
<i>Kreis Altenkirchen</i> <sup>5</sup>	4981	5616	7309	47	887	32	1580	52	1278	45	762	25	-40	1119	40	1733	57	55
Lippe (NRW)	454	509	483	6	68	27	148	49	116	46	127	42	9	108	43	137	45	27
Breitscheid	1134	1688	1671	47	82	10	302	37	279	35	125	15	-55	389	49	510	62	31
Driedorf	837	1294	1458	74	97	15	281	45	253	40	103	17	-59	249	39	357	58	43
Gusternhain	412	462	460	12	60	23	83	37	160	61	101	44	-37	88	33	100	44	14
Heiligenborn	99	148	139	40	17	28	57	64	31	51	25	28	-19	22	36	54	61	145
Heisterberg	147	182	171	16	15	13	46	51	88	77	33	36	-63	16	14	42	46	163
Hohenroth	167	209	195	17	12	11	53	49	87	78	48	44	-45	22	20	51	47	132
Mademühlen	438	598	629	44	37	10	100	32	220	60	119	38	-46	109	30	152	48	39
Münchhausen	322	445	395	23	37	15	85	40	163	67	107	50	-34	61	25	83	39	36
Odersberg	201	283	261	30	5	4	68	45	92	71	75	49	-18	30	23	68	45	127
Rabenscheid	292	422	423	45	44	19	119	53	158	67	95	42	-40	71	30	101	45	42
Rodenberg	180	198	209	16	23	19	43	36	89	72	63	53	-29	31	25	49	41	58
Rodenroth	362	416	415	15	62	27	81	41	137	60	96	48	-30	75	33	83	42	11
Roth	359	545	578	61	50	18	92	29	116	42	57	18	-51	119	43	192	61	61
Seilhofen	120	177	174	45	15	16	34	34	75	78	61	61	-19	15	16	30	30	100
Waldaubach	321	396	416	30	46	20	116	55	144	63	71	34	-51	70	31	109	52	56

Tab. C Zur Sozialstruktur der Gemeinden des Hohen Westerwaldes<sup>1</sup>

(Schluß)

	Wohnbevölkerung <sup>2</sup>				Auspendler				Erwerbspersonen									
	1939	1950	1964	±%	1950		1961		Landwirtschaft <sup>4</sup>				Industrie und Handwerk					
					% E <sup>3</sup>	% E	% E	% E	±%	% E	% E	% E	±%					
<i>Dillkreis</i> <sup>5</sup>	5391	7463	7594	41	602	15	1560	41	2092	54	1179	31	—44	1367	35	1981	52	45
<i>Hober Westerwald</i>	31402	36136	41011	31	4137	22	8253	43	9221	49	5698	30	—38	6777	36	9444	50	39

<sup>1</sup> Gemeindestatistiken von 1939, 1949/50 und 1960/61 des Deutschen Reiches bzw. der Länder Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein-Westfalen.

<sup>2</sup> 1939 ohne, 1950 und 1964 mit Soldaten im Wehrdienst.

<sup>3</sup> Prozent aller Erwerbspersonen.

<sup>4</sup> und Forstwirtschaft.

<sup>5</sup> Die angegebenen Werte beziehen sich nur auf die untersuchten Gemeinden.



Bild 1: Blick vom Salzburger Kopf über das oberste Nistertal mit Nister-Möhrendorf zur Fuchskaute (657 m, links)

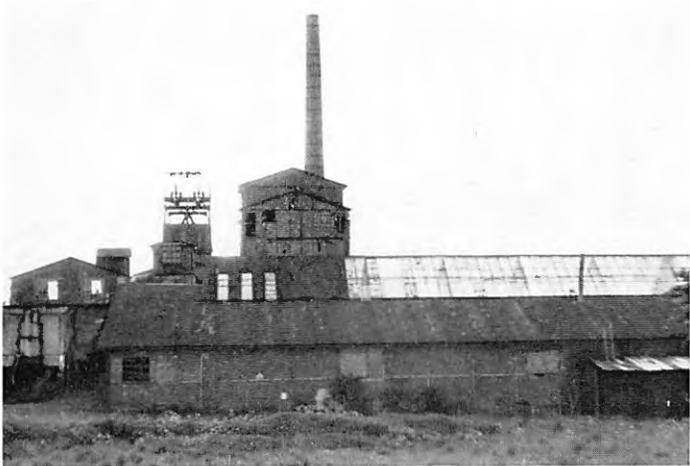


Bild 2: Nach dem Kriege stillgelegte Braunkohlengrube Alexandria in Höhn-Urdorf



Bild 3: Neues Basaltwerk Stockum. Der im „Stöffel“ gewonnene Basalt wird auf einem langen Förderband zur Verarbeitung ins Werk transportiert



Bild 4: Campingplatz und Ferienkolonie am Ostufer der 1948 gebauten Krombachtalsperre



Bild 5: 1952 errichtetes Kunststoffwerk in Höhn-Urdorf



Bild 6: Offene Gemeindeweide und ehemaliges Feldgraswechselland (Trieschland) in Heisterberg. Im Vordergrund junge Fichtenaufforstung



Bild 7: In den Jahren 1962/63 durchgeführte Gruppensiedlung von drei landwirtschaftlichen Familienbetrieben in Rennerod



Bild 8: Neuer landwirtschaftlicher Betrieb in Möhrendorf, der noch die traditionelle Queraufteilung in Wohnung, Stall und Scheune zeigt



Bild 9: Neuer, auf Milchwirtschaft und Kälbermast spezialisierter Aussiedlerhof in Hellenhahn (T-Form)



Bild 10: Moderner Aussiedlerhof in Hellenhahn. Charakteristisch ist die Trennung von Wohn- und Wirtschaftsgebäude (L-Form)



Bild 11: Traditionelles Westerwälder Quereinhaus mit Niederlaß in Emmerichenhain, dessen Wohnteil in jüngster Zeit erweitert wurde



Bild 12: Brachliegende Wiesen in den Gemarkungen Nister-Möhrendorf und Brett-  
hausen



Bild 13: Traditionelles Quereinhaus in Möhrendorf, das Wohnung, Stall und Scheune unter einem Dach vereint



Bild 14: Ehemaliger Nebenerwerbsbetrieb in Emmerichenhain, dessen Wirtschaftsteil (Scheune und Stall) nach Aufgabe der Landwirtschaft zu Wohnraum umgebaut wurde

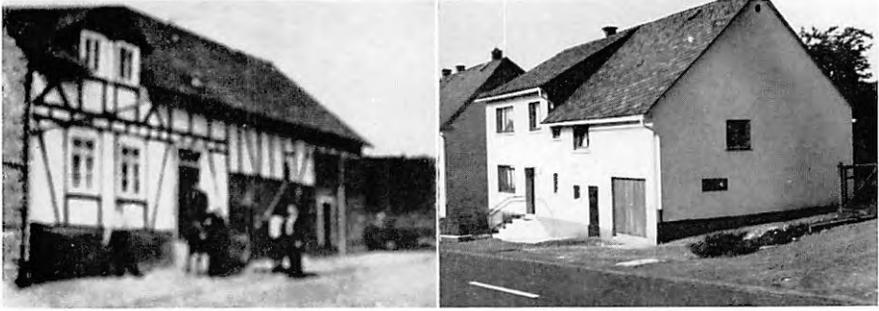
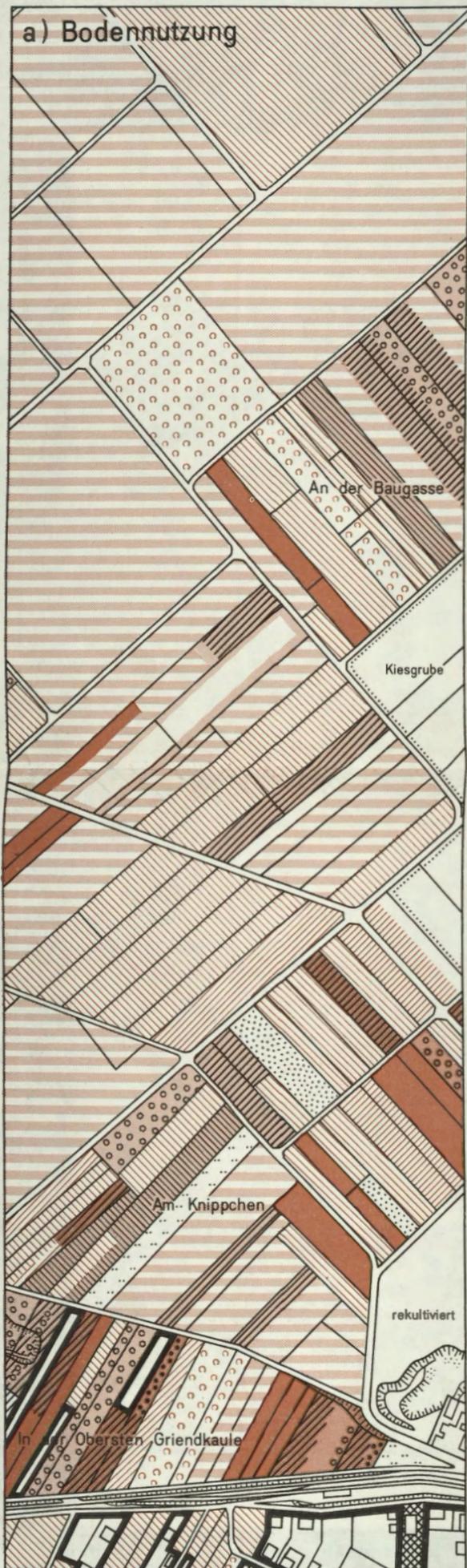


Bild 15: Haus bei Hellenhahn vor und nach dem Umbau. Nach Aufgabe der früher im Nebenberuf betriebenen Landwirtschaft wurde das Gebäude so umgebaut, daß jetzt einige Zimmer an Fremde vermietet werden können

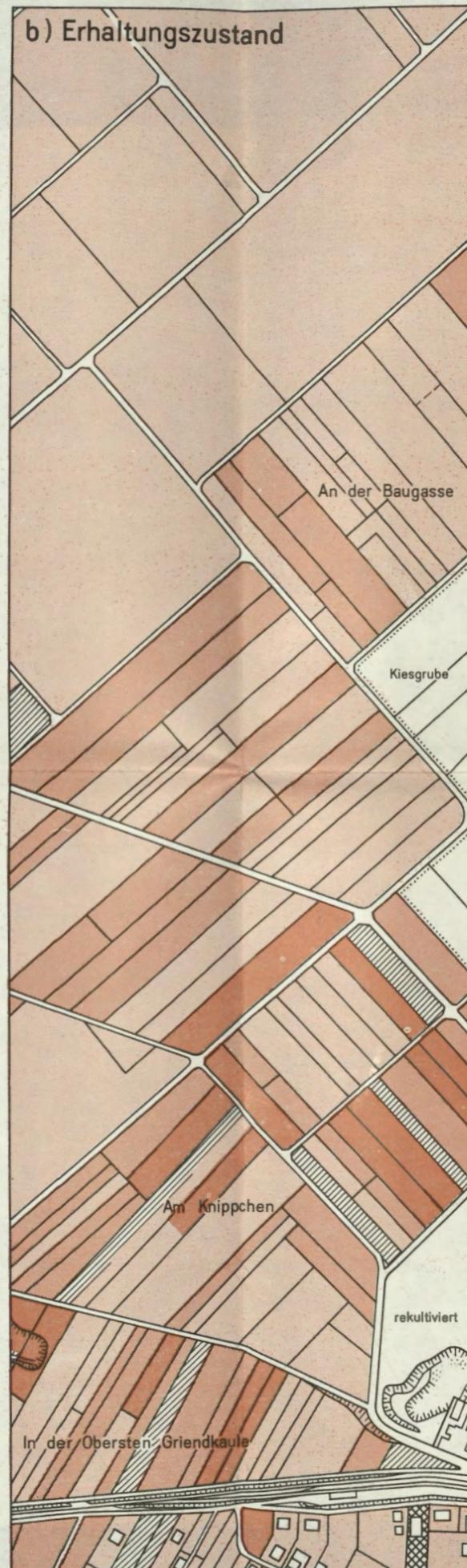


Bild 16: Blick auf eine Neubausiedlung in Rennerod

Karte 3: Ausschnitte aus der Landwirtschaftlichen Nutzfläche Mondorfs 1968



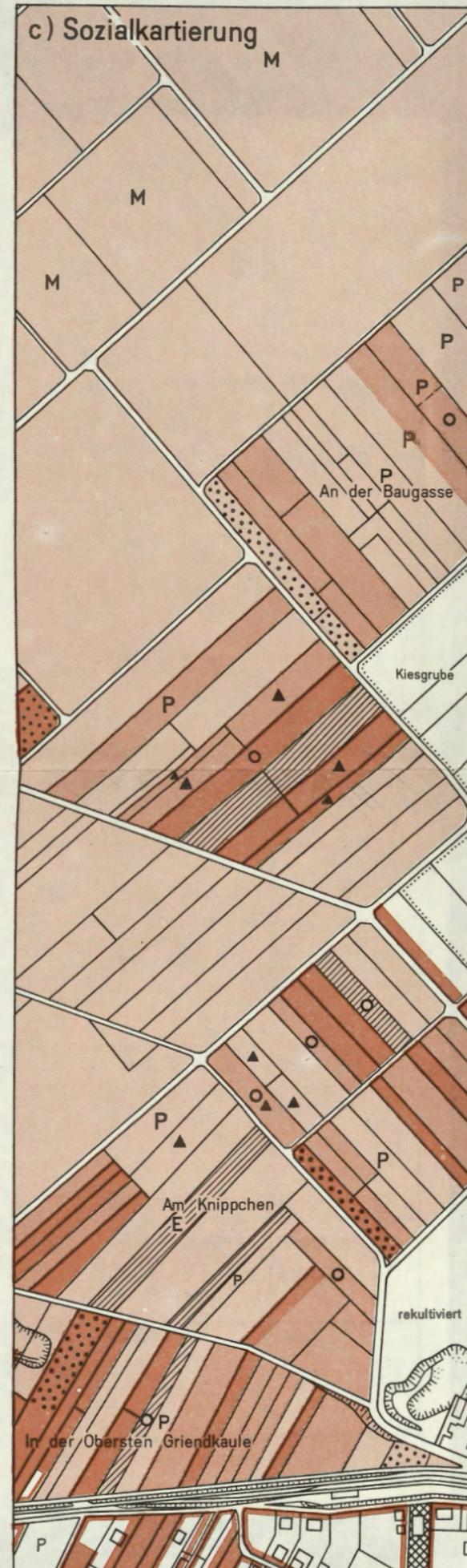
- Bodennutzung**
- I. Obst- und Gemüsegartenbau**
- Stockwerkkultur
  - Baum-Strauch-Kultur
  - Bungert
  - Strauchkultur
  - Haus-, gemischter Garten
  - Rhabarber
  - Kartoffeln
  - Bohnen, Hülsenfrüchte
  - Erdbeeren
  - übriges Gemüse
- II. Feldgartenbau**
- gemischter Feldgarten
  - Rhabarber
  - Kartoffeln
  - Bohnen, Hülsenfrüchte
  - Erdbeeren
  - übriges Gemüse
- III. Ackerland**
- Getreide, Futtergetreide, Hackfrüchte
- IV. Grünland**
- Weide
  - Luzerne, Klee
  - Gewerbegebiete



- Erhaltungszustand**
- intakt, in gutem oder sehr gutem Zustand
  - noch ertragsfähig
  - verwildert, in guten Jahren noch abgeerntet
  - total verkommen

- Sozialkartierung**
- Hauptberufliche Landwirtschaft**
- Vollerwerbsbetriebe
  - Zuerwerbsbetriebe
  - Grenzbetriebe
- Nebenberufliche Landwirtschaft**
- Nebenerwerbsbetriebe
  - Freizeitlandwirt, Kleingärtner
  - Hausgartenbesitzer
  - Höhere Angestellte, Beamte, freie Berufe
  - Unternehmer, Großhändler
- Sonstige sozialök. Merkmale**
- Pensionär, Rentner, Invalide
  - Erbgemeinschaft
  - Pachtland
  - Einmäcker in Mondorf
  - Ausmäcker (aus M.)

Maßstab 1:5000  
 0 100 200m



H.-J. Sander, 1970

## Landwirtschaftliche Vollerwerbsbetriebe in Mondorf 1968

Tabelle 19:

Betrieb	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Alter d. Inh. Beruf:	39 (u.Mutter) Landw.	38 (u.Vater) Landw.	34 (u.Vater) Landw.	36 (u.Vater) Landw.	38 (u.Vater) Landw.	29 Landw.	36 Landw.	39 Landw.	28 Landw.	33 Landw.	43 Landw.	55 Landw.
der Eltern, der Kinder	Landw. Schul.	Landw. Schul.	Landw. Schul.	Landw. Schul.	Landw. Schul.	Landw. Schul.	Landw. Schul.	Landw.,Osten Schul.	Landw., Gastw. Metzger Kleinkind	unbek. Schul.	Landw. -	Landw. Lehre
Gr. d. Fam. soz.-ök. Kl.	7 I	6 I	6 I	6 I	5 I	3 I	5 I	5 I	5 I	4 I	3 I	4 I
Betr.-Größe	20 ha	18 ha	13 ha	13 ha	16 ha	22 ha	8 ha	12,5 ha	15 ha	21 ha	15 ha	10,5 ha
Eigenland	14 ha	8 ha	10 ha	6 ha	11 ha	16 ha	9 ha	10 ha	10 ha	15 ha	10 ha	7,5 ha
zuepachtet	6 ha	10 ha	3 ha	7 ha	5 ha	6 ha		2,5 ha	5 ha	6 ha	5 ha	3 ha
verpachtet	-	-	-	-	-	-	1 ha	-	-	-	-	-
Betr.-Typ	gemi.	gemi.	gemi.	gemi.	gemi.	Hackfr. u. Getr.	Obst	gemi.	Vieh.	Getr. u. Hackfr.	gemi.	Gemüse, Obst
Gemüse	80%	-	4 ha	1 ha	1 ha	-	-	1,5 ha	-	-	5 ha	10,5 ha
Obst		8 ha	2,5 ha				8 ha					60-70%
Getreide	-	10 ha	5 ha	6 ha	5 ha	10 ha	-	9 ha	9,5 ha Futtererz.	21 ha Getr. u. Hackfr.	10 ha	-
Hackfrucht	-		-	6 ha	3 ha	6 ha	-					
Vieh	Jungv.-Aufz.		20 St. Pen- sionsv.	6 Kühe 6 St. Aufz.	5 K. 5 Bull. Aufz., 6 ha Grünl.	6 ha Futter		2 ha Grünl., Mast u. Milcherz.	240 Schweine- mast		10 Schw, Mast, Pensionsv.	
Unterglas	20 m <sup>2</sup>	40 m <sup>2</sup>										
Sonst. Aufwand	-	Kühlanl.	-	-	-	-	Kühlanl.	-	Mastanl.	-	-	-
Lage, Größe d. Parzellen	Mond., Bergh. Rheidt	groß, Mond., Rheidt	mittel, Mond., Bergh.	verschied. Mond., Rheidt	groß, Gärt.	Mond., 1 - 2,5 ha groß	mittel	groß	groß, Mond., Rheidt	Rheidt groß, Mondorf klein	Rheidt groß, Mondorf klein	klein, Gärten
Masch.- Bestand	Trakt. u. Sort.- Masch.	gut	gut	gut	gut	sehr gut	gut Sort.-Masch.	gut	gut	gut	gut	wenig
Beschäftigte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	Saisonbeschä.	-	-
mith. Fam.-Ang.	3	2	2	1 1/2	2	-	1	1 1/2	1	-	1/2	1/2
Markt Struktur- wandel	Sammelst. Obst, spezi. Getr.	Köln zsm-gel. aus 2 Betr.	Mühl., Sammelst.	Mühl., Molk.	Mühl., Molk. Sammelst. zsm-gel. aus 2 Betr.	Mühl., Zuckerf. 1962 Getr. u. Rüben	Köln, Sammelst. Obst- spez.	Mühl., Zuckerf., Schlachth., verringert	Schlachth. nach Teilung: Mast	Mühl. u. Zuckerf. Getr. u. Rüben	Sammelst., Mühl., Zuckerf., Metzger, kleiner, Getr. gepl.	Sammelst. kleiner
Exist. seit Aussiedl.	alt	alt	alt	alt 1965	alt	alt	alt 1963	alt 1959	alt, Mast seit 65 Mastanlage 1965	mit Unterbrechg., alt natürliche Randlage	alt	alt 1960

Tabelle 22:

Landwirtschaftliche Nebenerwerbsbetriebe in Mondorf 1968

Betrieb:	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Alter	47	62	36	44	33	54	37	46	58	56	65	58	46	46	64
Beruf, Ausbild.	Ind-Ang. Landw./Kfm	Chem.-Arb. Chem.-Arb.	Chem.-Arb. Schreiner	Chem.-Arb. Chem.-Arb.	Strombau-angest.	Kaufm. Angest.	Chem.-Arb.	Arb. Gießer	Angest. Bahn	Angest., Gärtn. Gärtn.	Rentner Chem-Arb.	Witwe Landw.	Früchtehändl. Kfm, Chem-Arb.	Reitl. u. Gastw. Landw.	Fischer u. Landw. Fischer u. Landw.
der Eltern	Landw.	Korb./Landw.	Landw.	Landw.	k. Ang.	Landw.	Landw.	Landw.	NE-Landw.	k. Ang.	Korb./Landw.	Landw.	k. Ang.	Landw.	k. Ang.
der Kinder	Schule	Handw., MTA	Kleink.		Kleink.	Schul., Gymn.	Kleink.	Schule	Handw.	Landw.	Arb.	Handw.	Schule	Kfm.	Maurer
Gr.d.Fam.	3	4	5	2	3	6	7	3	4	3	2	5	5	3	2
Eink. Landw.	gut, ab. nicht lebensnotw., über 1000,- monatl.	U.-Stü. Hausfin. ausreichend	U.-Stü. ausreichend	n. lebensnotw. ausreichend	Hausmitfin. gut ausr.	U.-Stü. ausreichend	U.-Stü. Hausfin. ausreichend	U.-Stü. Hausfin. ausreichend	U.-Stü. Hausfin. ausreichend	20%	U.-Stü. Rente	U.-Stü. Hausfin. Ex.-Grenze	40%	Futtererz., 10% sehr gut	40%
Eink. Beruf										80%			60%		60%
soz.-ök. Kl.	IVa	IVa	IVa	IVa	IVa	IVa	IVa	IVa	IVa	IVa	IVb	IVb	IVc	IVc	IVc
Betr.-Größe	7 Mg.	4 Mg.	9 Mg.	5 Mg.	8 Mg.	10 Mg.	6 Mg.	5,5 Mg.	3 Mg.	2 Mg.	6 Mg.	10 Mg.	4 Mg.	8 ha	8 Mg.
Eigenland	18 Mg.	4 Mg.		8 Mg.	8 Mg.	8 Mg.	6 Mg.	5 Mg.	3 Mg.		6 Mg.	8 Mg.	4 Mg.	24 ha	8 Mg.
zugepachtet			9 Mg.			2 Mg.				2 Mg.		2 Mg.		4 ha	
verpachtet	11 Mg.			3 Mg.				0,5 Mg.						20 ha	
Betr.-Typ	Gartenb. u. Gärtn. -Frühgem.	gemi., Kart.	gemi.	Fam.-Vers.	Obst, Gemüse	Getr., Hackfr.	Fam.-Vers.	Selbstvers.	Markterz.	Baumsch., Gärtn.	Obst, Gemüse	Obst, Gemüse	Markterzeug.	Grünland, Futtererz.	Eigenvers.
Gemüse		1 Mg.		1 Mg.	6 Mg.				3 Mg. intens.				4 Mg.		
Obst			4 Mg.				3 Mg.	1,5 Mg.							
Getreide															
Hackfrucht		3 Mg.	5 Mg.	4 Mg.	2 Mg. Kart.	10 Mg.	3 Mg. Kart.	3 Mg.			Kart.	Kart.		Futtererz.	
Vieh							6 Schweine	Schw., Hü.	4 Schweine		Hühner			Reitpferde	
gärtnerisch	Blum/Frühg.									Baumsch.					
Unterglas	3600m <sup>2</sup>														
sonst. NE									Eigenhand.			Tocht. halbtags besch. Gärten		Fischteichverp.	
Lage, Größe d. Parzellen	Treibhäuser	Gärten	Eisverk. Bierverk. klein, Gärten	mittel	klein, Gärt.	mittel	klein, Gärt.	mittel	Gärten	klein. Hs.-Nähe	Gärten	Gärten	Gärten	groß	Gärten
Masch.-Bestand	Traktor	1 Holder	Traktor	1 Holder	1 Holder	1 Holder	1 Traktor, Fräse	1 Holder	Holder, Fräse		4rad-Holder, kl. Masch.	Trakt., Egge	Trakt., Lieferw.	vollmech.	1 Holder
mith. Fam. Ang.	1			1/2		1/2	1/2		1/2						1/2
Markt	Sammelst., Priv.	Sammelst., Priv.	Sammelst.	Mühl., Sammelst. Obst, Getr.	Sammelst., Priv.	Mühlen	Eigenvers., Sammelst. k. Ang.	Eigenvers., Sammelst. weniger Obst u. Gem.	Einz.-Gesch.	Firm.-Auftr.	Sammelst.	Sammelst.	Eigenvermarkt., Köln	ehem. Vollandwirtschaft, jetzt k. selbständiges Unternehmen	Eigenvers., Sammelst.
Strukturwandel	1963 NE, davor spez.					1958 von Obst u. Gemüse			Eigenvermarkt. seit 1962	k.					
Tendenz	Abbau	bis Ende	aufbauend	erhalt.	k. Ang.	Getr. weiter	erhalt.	erhalt.	weiterfüh.	aufbauend	auslauf.	weiterfüh.	konsolid.		erhalt.
Betr.-Ziel	Minimalerhaltung alt, NE	Hausfin.	Hausfin.	Erb. Instd.-Halt.	Hausfin.	U.-Stü., Trad.	Hausfin.	Hausfin., Trad.	Hausfin., Trad.	verselbständig.	U.-Stü.	Hausfin., U.-Stü.	Erz. u. Hand.	alt, Reitsch. 1960	Lebenserh.
Exist. seit	1963	alt	1964	alt	1962 (Neub.)	alt	alt	1950 Flüchtl. (Pommern)	alt, neue Vermarkt.-Meth.	1960	v. Elt. übern.	alt ehem. Vollerw.-Btr.	1952		1930

Tabelle 23:

Landwirtschaftliche Freizeitbetriebe in Mondorf 1968 (Forts.)

	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28		
	55	61	39	58	63	58	55	46	57	43	36	49		
	Chem.-Arb. Landw.	Chem.-Arb. Chem.-Arb.	Masch.-Schl. Landw.	Chem.-Arb. Chemie	Chem.-Arb. Fischer	Arb. Fähre, Schlachter	Chem.-Arb. Chemie	Chem.-Arb. Chemie	Chem.-Arb. Chemie	Maurer Maurer	Masch.-Schl. Masch.-Schl.	Chem.-Arb. Chem.-Arb.		
	Lehrl.	k. Ang.	Rent. Schule	Korb./Landw. Arb.	Korbm. Handw.	Bauuntern. Handw.	Rentner(Landw.)	Landw. Schul.	K. Ang. Schule	Chem.-Arb. Bahnang.	Korb./Landw. Kleink.	k. Ang. Handw.		
	DDR	Mond.	Jugosl.	Mond.	Mond.	Mond.	Mond.	Mond.	Mond.	Köln	Rheidt	Niederk.		
	4	3	5	5	5	2	2	4	6	5	7	4		
	10%	10%	10%	10%	10%	10%	10%	10%	10%	10%	10%	10%		
	Va	Va	Va	Va	Va	Va	Va	Va	Va	Va	Va	Va		
	2 Mg.	2 Mg. 4 Mg.	2,5 Mg.	3 Mg. 3 Mg.	3 Mg. 8 Mg. 5 Mg.	3 Mg. 7 Mg. 3 Bp. 4 Mg.	1,5 Mg. 1,5 Mg.	3,5 Mg. 3,5 Mg.	2,5 Mg. 2 Mg. 0,5 Mg.	4,5 Mg. 4,5 Mg.	2,2 Mg. 1,2 Mg. 1 Mg.	2 Mg. 2 Mg.		
	Hsg, Übersch.	Hsg, Übersch.	Hsg, Übersch.	Hsg, Übersch.	Hsg, Übersch.	Hsg, Übersch.	Hsg, Übersch.	Hsg, Übersch.	Hsg, Übersch.	Hsg, Erw-G.	Hsg, Übersch.	Hsg, Übersch.		
	2 Mg.	2 Mg.	2 Mg.	3 Mg.	1,5 Mg. Erdb.	3 Mg.	1,5 Mg.	3,5 Mg.	2,5 Mg.		2,2 Mg.	2 Mg.		
Getr.										4 Mg.				
Hackfr.														
Vieh			0,5 Mg. Kan., Hüh.		1,5 Mg.									
Gärt.														
Unterglas														
Sonst. NE		Fla-Bier-Verk.					Fla-Bier-Verk.				Hs.-Vermiet.			
Lage, Größe d. Parzellen	Gärt.	1 Garten	Gärt.	Gärt.	Gärt.	Gärt.	Gärt.	Gärt.	Gärt.	Gärt.	Gärt. u. Baupl.	2 Gärt.	Gärt.	
Masch.-Bestand	1 Holder		1 Holder	1 Holder	1 Holder	Traktor	1 Holder	1 Holder	1 Holder	1 Holder	4rad Holder	1 Holder	1 Holder	
mith. Fam. Ang.		Mutter		Bruder		1 Sohn						Eltern		
Markt	Sammelst.	Hs., Sammelst.	Hs., Sammelst.	Hs., Sammelst.	Hs., Sammelst.	Hs., Sammelst.	Hs., Sammelst.	Hs., Sammelst.	Hs., Sammelst.	Hs., Sammelst.	Mühle	Hs., Sammelst.	Hs., Sammelst.	
Betriebsziel Tendenz	Trad. aus-landw. Fam. abbauend	Eigenvers., Trad., aus landw. Fam.	Landw Trad., Eigenvers., Hobby	Fam. Vers., Trad., Erbinst.	aus NE abgest., Trad., abbauend	aus NE abgest., erweiter. Gart., erhaltend (Trad.)	aus NE abgest., Trad., Erbinst.	aus NE abgest., Erbinst., abbauend	Fam-Vers., ehem. landw. Betrieb, Trad., abbauend	abgest. v. Vollerw. Betrieb, Trad., Erbinst., erhalt.	Großfamvers. Hobby, Trad., erhaltend	Erbinst., soll geteilt werden	Trad., Fam.-vers., Hobby erhalt.	Erbinst., Trad., abbauend

Tabelle 23:

Landwirtschaftliche Freizeitbetriebe in Mondorf 1968

Betrieb:	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Alter	59	59	65	56	60	48	38	60	45	60	56	52	55	48
Beruf	Maurer	Arb.	Chem.-Arb.	Chem.-Arb.	Arb.	Chem.-Arb.	Arb.	Arb.	Chem.-Arb.	Arb.	Arb.	Arb.	Gießer	Chem.-Arb.
Ausbildung	Korb, Landw.	Masch-Schl.	Chem.-Arb.	k. Ang.	Stromb.	Chemie	Chemie, Frau a. Landw.	Fähre (Schiffer)	Chemie	Fähre (Schiffer)	Chemie	Chemie	Gießer	Chemie
M. Eltern	Korb.	Korb, Landw.	Hi.-Arb. Korb, Landw.	k. Ang.	k. Ang.	Arb.	k. Ang.	k. Ang.	Postbea.	K. Ang.	Arb.	k. Ang.	Arb.	k. Ang.
M. Kinder	Maurer	Handw.	Arb.	Arb.	keine	Lehre	Schule	Handw.	Schule	Handw.	Handw.	Gymn.	Handw.	keine
Herkunft	Mond.	Mond.	Mond.	Mond.	Mond.	Mond.	Hunsr.	Mond.	Mond.	Mond.	Mond.	Schles.	Mond.	Ruhr
Fr.d.Fam.	4	3	2	4	3	7	5	3	5	4	3	4	4	2
Link. Landw.	10%	13. Mongeh.	10%	10%	10-20%	10%	10%	10%	10%	10%	10%	10%	10%	10%
Soz.-ök. Kl.	Va	Va	Va	Va	Va	Va	Va	Va	Va	Va	Va	Va	Va	Va
Betr.-Größe	3 Mg.	2 Mg.	2,5 Mg.	1 Mg.	4 Mg.	2 Mg.	3 Mg.	2 Mg.	1,5 Mg.	4 Mg.	1,5 Mg.	1 Mg.	2 Mg.	0,5 Mg.
Eigenl.	3 Mg.	2 Mg.	2 Mg.	1 Mg.	4 Mg.	2 Mg.	2,5 Mg.	2 Mg.	1,5 Mg.	4 Mg.	1,5 Mg.	1 Mg.	2 Mg.	0,5 Mg.
zugepachtet			0,5 Mg.				0,5 Mg.							
verpachtet														
Betr.-Typ		Hausgart.	Eigenvers.	großer Hsg.	Hsg, Übersch.	Hsg, Übersch.	Hs., Erw-Gart.	Hsg, Übersch.	Hsg, Übersch.	Hsg, Übersch.	Hsg, Übersch.	Hsg, Übersch.	Hsg, Übersch.	Hsg, Übersch.
Gemüse		2 Mg.		1 Mg.			3 Mg.	2 Mg.	1,5 Mg.	4 Mg.	1,5 Mg.		2 Mg.	0,5 Mg.
Obst	3 Mg.			1 Mg.										
Betr.			Futtererz.											
ackfr.			Schw, Schaf, Hühner											
iehh														
ärt.														
nterglas														
onst. NE	Körbe									Fähr-Akt.			Fla-Bier, Eis-Verk.	
age, Größe . Parzellen	klein	klein	klein	klein	klein	klein	Gärt.	Gärt.	Gärt.	6 Gärt.	Gärt.	Gärt.	Gärt.	Gärt.
asch.- Bestand	Holder, Geräte	1 Holder	1 Holder	1 Holder	1 Holder	1 Holder Fräse	1 Holder	1 Holder	1 Holder	1 Holder	1 Holder	1 Holder	1 Holder	1 Holder
ith. Fam-Ang	2													
arkt	Sammelst., Eigenvers.	Sammelst., Eigenvers.	Eigenvers.	Eigenvers., Sammelst.	Eigenvers., Sammelst.	Eigenvers., Sammelst.	Sammelst.	Eigenvers., Sammelst.	Mutter Eigenvers., Erb-inat.,	Ehefrau Sammelst.	Eigenvers., Sammelst.	Eigenvers., wenig Aufw.,	Eigenvers., Sammelst.	Eigenvers., Sammelst.
Betriebsziel	Trad., Hausfin. Famvers. n. Pens. verstärkt Korb. geplant	Famvers. Abbau	Ausbau n. Pens. gepl. Hobby, Trad.	Eigenvers. ges. Nahrung, Hobby	Familienvers. Verstärkt. n. Pens. gepl.	Familienvers. Trad. (Frau = Schlesier)	Trad., Ehefrau aus Landw.	Trad., Erbinst., abbauend	abbauend	Trad., Hobby, Erbinst., abbauend	Trad., Hobby Erbinst., Frau a. Landw.	von NE abgest., Trad., abbauend	von NE abgest., Hobby Erbinst., Trad	von NE abgest., Hobby Erbinst., Trad

Tabelle 23:

Landwirtschaftliche Freizeitbetriebe in Mondorf 1968 (Forts.)

Betrieb:	29	30	31	32	33	34	35	36	37
Alter	58	46	64	33	58	45	62	38	60
Beruf	Chem.-Arb.	Chem.-Arb.	ungel.Arb.	Postbea.	Brennst., Händler	Bahnbea.	Kfm.	Angest.	Rent.
Ausbildung	Chemie	Chemie	Chemie	Post	Landw.	Bahn	Kfm., Sped.	Dipl.Landw.	Chem.
Eltern	Korb/Landw.	Arb.	Bauarb.	k.Ang.	Landw.	Arb.	k.Ang.	Rent.	Arb.
Kinder	Handw.	Schule	Handw.	Kleink.	Händl., Handw.	Bahn	Kfm., Fahr.	Kleink.	Str.
Herkunft	Mond.	Mond.	Mond.	Mond.	Bergh.	Köln	Mond.	Südd.	Mond.
r.d.Fam.	4	7	5	3	5	5	7	3	3
ink. Landw.	5-10%	10%	10%	5%	5%	10%	10%	10-20%	5%
oz.-ök.Kl.	Va	Va	Va	Va	Va	Va	Va	Va	Vb
etr.-Größe	1 Mg.	2 Mg.	3 Mg.	0,5 Mg.	5 Mg.	2 Mg.	2 Mg.	6 Mg.	1,5
eigenl.	3 Mg.	2 Mg.+Bp.	5 Mg.	0,5 Mg.	30 Mg.	2 Mg.	3 Mg.	6 Mg.	1,5
ugepachtet									Hsg.
erpachtet	2 Mg.		2 Mg.		25 Mg.		1 Mg.		
etr.-Typ	großer Hsg.	Hsg.Übersch.	Hsg.Übersch.	Hsg.Übersch.	großer Hsg.	Hsg., Übersch.	Hsg., Übersch.	Versuchsanl.	Hsg.
emüse									
bst	1 Mg.	2 Mg.	3 Mg.		5 Mg.			6 Mg.	
etr.									
ackfr.									
ieh			1 Schwein						
ärt.									
nterglas					2 Gew.-Häuser				
onst. NE					Hausverm.				
age, Größe . Parzellen	Gärt.	Gärt. + 1 Baupl.	Gärt.	Garten	ums Haus	Gärt.	Gärt.	1 Garten	klei Gärt
asch.- estand		1 Holder	Traktor		Gartengerät	1 Holder	Holdergesp.	Gerät	1 Ho
ith.Fam-Ang.			1 Sohn			Schwager	Söhne	Eltern	
arkt	Hs., Sammelst.	Hs., Sammelst.	Hs., Sammelst.	Hs., Sammelst.	Hs., Sammelst.	Hs., Sammelst.	Hs., Köln	Teil Sammelst.	Hs.
etriebsziel	n.Pens.Aus- bau gepl., Hobby, Trad.	Fam.-Vers., Hobby abbauend	Fam.-Vers., Trad., Hobby, abbauend	Erbinat., eigene Frisch-Vers.,	Hobby, Trad., stammt aus LW.	Fam.Trad., Hausvers., Hobby	Eigenprod.f. eig.Vermarkt., Trad., erhaltend	Versuchszucht, erhaltend	Hs., Vers erha



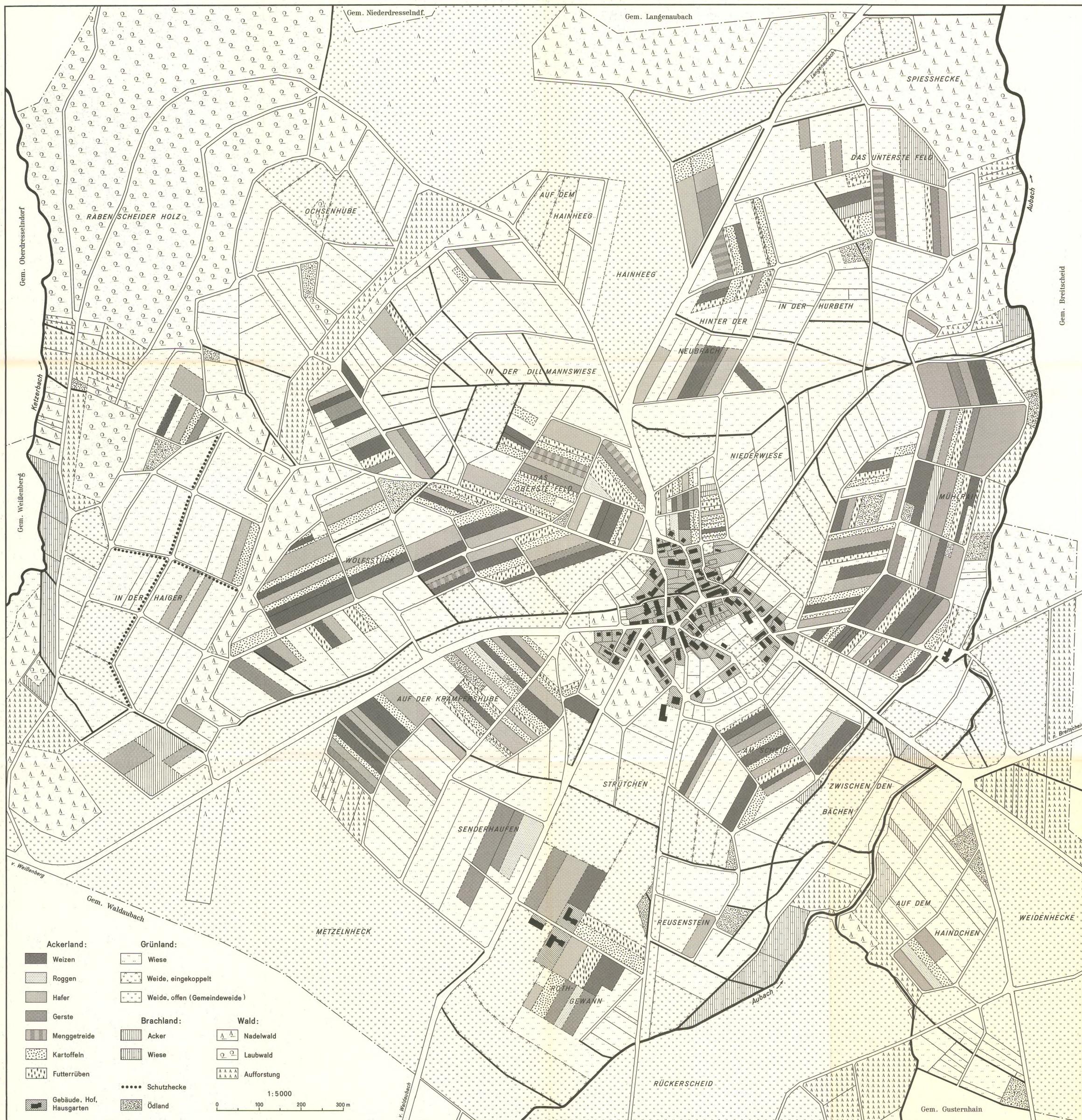
Tabelle 25: Struktur und Standortfaktoren des Mondörfer Gewerbes 1968  
(nach eigenen Ermittlungen)

Berufsgruppe	Gesamt	WIRTSCHAFTSBEREICH					BETRIEBSGRÖSSE			WOHNUNG U. HERK. DES BETR. INHAB.		EXISTENZ DES BETRIEBES		VERSORGUNGSBEREICH				HERKUNFT DES BETRIEBES		ART DES WARENANGEBOTES		
		Indust. + verar.	Handwerk prod. + leist.	dienst- und Einzelh.	Einzel- hand.	Groß- + Bank	rein- Dienst.	Fam- Betr. 2 - 10	10 - 50	üb. 50	Eig. hs	Mondo.	seit 60	vor 56	örtl.	unt. Sieg	BN-Raum	übereg.	am Ort	Zuzug	Kurzfr.	Langfr.
Fisch, Korbma.	3						3			3	3			1	2			3		1		2
Bäckerbrotb.	6	4		2			4	2		5	4	3	3	1	4	1		6		1		6
Bäcker	6	6						2	4	6	6	1	5		5	1		6				6
Bäckermeister	2	2						2		2	2	1	1		2			2		2		
Brotbacker	6	5		1			2	4		6	6	3	2	4	1	1		5	1			6
Brotbackerh.	2	2					1	1		2	2	1		1	1			2				2
Brotbackerh.	2	2						2		2	1	1			2			2		1	1	
Brotbackerh.	3	3					2	1		2	2	1	1	1	2			2	1	1	2	
Brotbackerh.	4	2		1	1		1	2	1	4	4	2	1	1	2	1		3	1		4	
Brotbackerh.	1	1						1		1	1		1		1			1				1
Brotbackerh.	3			2	1		1	2		3	3		3	1	2			3		1	2	
Brotbackerh.	2	2					1	1		2	2	1	1	2				2		1	1	
Brotbackerh.	1	1						1		1	1	1			1			1			1	
Brotbackerh.	3	3					2	1		3	3	1	2	2	1			3		1	2	
Brotbackerh.	3	2	1					1	1	3	3	1	2			3		3			3	
Brotbackerh.	2	1	1					1	1	1	2		2			2		2			2	
Brotbackerh.	3	1	2				1	1	1	3	2	3			1	2		2	1		3	
Brotbackerh.	1							1		1	1				1			1				1
Brotbackerh.	1	1						1		1	1	1			1			1				1
Brotbackerh.	2	2					3	1		3	3	1	3	3	1			3	1	2	1	
Brotbackerh.	4	1		2	1		3	1		4	3	3	3	3	1			3	1	3	1	
Brotbackerh.	3				3		3			3	2	1	2	2	1			1	2	2	1	
Brotbackerh.	11				11		9	1	1	11	9		10	10	1			11		11		
Brotbackerh.	6			6			4	2		5	4	1	4	4	2			6		6		
Brotbackerh.	4			4			3	1		4	3		3	3	1			3	1	3	1	
Brotbackerh.	1				1			1		1	1		1	1	1			1				1
Brotbackerh.	2				2	1	2			2	2		2	4	1			2		1		1
Brotbackerh.	5				5		5			5	5	1	4	5				5		5		
Brotbackerh.	3				3		3			3	2		2	3				2	1		3	
Brotbackerh.	1		1				1			1	1		1		1			1				1
Brotbackerh.	7		7				6	1		6	5	1	5	7		1		7				7
Brotbackerh.	3		3				2	1		3	3	3		1	2			3		3		3
Brotbackerh.	4			4			2	2		4	4		3	4				4				4
Brotbackerh.	3					3	3			3	2	2	1	2	2	1		2	1			3
Brotbackerh.	2		1			1	2			1	1	1	1	2				2				2
Brotbackerh.	2		2				2			2	1		2	2				2		1		1
Brotbackerh.								1	1	2	1	1	1		2			2				2
Brotbackerh.	4		4				2	2		4	3	1	3	2	2			3	1			4
Brotbackerh.	3		2			1	1	1	1	2	3	1	2			1	1	3				3
Brotbackerh.	2					2		2		2			1	2				1	2			2
Brotbackerh.	1					1		1		1	1	1			1			1			1	
Brotbackerh.	2					2	2			2		1		2				1	1		2	
Brotbackerh.	2					2	2			2		1		2				1	1			2
Brotbackerh.	3					3	2	1		3	1		2	1	2			3				3
Brotbackerh.	1					1		1		1		1			1			1				1
Brotbackerh.	2			1	1		1	1		1	1	1	1	2				2				2









<b>Ackerland:</b>	<b>Grünland:</b>	<b>Wald:</b>
Weizen	Wiese	Nadelwald
Roggen	Weide, eingekoppelt	Laubwald
Hafer	Weide, offen (Gemeindeweide)	Aufforstung
Gerste	<b>Brachland:</b>	
Menggetreide	Acker	
Kartoffeln	Wiese	
Futterrüben	Schutzhecke	
Gebäude, Hof, Hausgarten	Ödland	

1:5000  
0 100 200 300 m